

Landtag des Saarlandes

7. Wahlperiode



Pl. 7/77
19. 3. 80

77. Sitzung

am 19. März 1980, 9.00 Uhr, im Gebäude des Landtages
zu Saarbrücken

Beginn: 9.01 Uhr

Ende: 23.28 Uhr

(Die Sitzung wird von 12.43 Uhr bis 14.03 unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Landtagspräsident **Schnur** (CDU)

Erster Vizepräsident **Herold** (SPD)

Zweiter Vizepräsident **Mann** (FDP)

Dritter Vizepräsident **Frau Waschbüsch** (CDU)

Erster Schriftführer **Brück** (SPD)

Zweiter Schriftführer **Alfred Becker** (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsident **Zeyer**

Minister des Innern **Wilhelm** (CDU)

Minister der Finanzen **Behles** (CDU)

Minister für Rechtspflege und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund **Dr. Wicklmayr** (CDU)

Minister für Kultus, Bildung und Sport **Jochem** (CDU)

Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

Frau Dr. Scheurle

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

Klump (FDP)

Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

Schacht (CDU)

ES FEHLT:

Abg. **Hans Becker** (SPD)

Geburtstagsglückwünsche	4115	3. Zweite Lesung des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung (Drucksachen 7/2098 und 7/2153)	4124
Begrüßung von Zuhörern	4115, 4132, 4158	(Erste Lesung: 75. Sitz. v. 30. Jan. 1980)	
Mitteilungen des Präsidenten betreffend		Abg. Lindner (SPD), Berichterstatter . . .	4125
Wortlaut der geänderten Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für den Absatz von Koks- und Hochofenkoks an die Eisen- und Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Zustimmungserklärung	4115	Abg. Hans Georg Wagner (SPD)	4126
die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im vierten Quartal des Haushaltsjahres 1979	4115	Abg. Ganz (CDU)	4128
Zeitpunkt und Tagesordnung für die heutige Sitzung	4116	Abg. Mann (FDP)	4130
Änderung der Tagesordnung	4116	Minister Schacht	4131
Verkürzung der Verteilungsfrist	4116	Abstimmungen, endgültige Annahme in Zweiter Lesung	4132
1. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof (Drucksachen 7/2113 und 7/2154)	4116	4. Beschlußfassung über den Antrag des Finanzministers betreffend Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 1979 (Drucksache 7/2137)	4132
(Erste Lesung: 76. Sitz. v. 27. Febr. 1980)		Abg. Hein (CDU), Berichterstatter	4132
Abg. Schwarz (CDU), Berichterstatter	4116	Abstimmung, Annahme des Antrages	4133
Abg. Kronenberger (SPD)	4117	6. Aussprache über die aktuelle arbeitsmarktpolitische Situation im Saarland	4133
Abg. Schwarz (CDU)	4118	Regierungserklärung zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und zur wirtschaftlichen Situation des Saarlandes	4133
Minister Wilhelm	4119	Ministerpräsident Zeyer	4133
Abg. Mann (FDP)	4119	Abg. Läßle (SPD)	4135
Abstimmungen, endgültige Annahme in Zweiter Lesung	4119	Minister Klumpp	4146
2. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulfwesen (Drucksachen 7/2095 und 7/2158) (Erste Lesung: 75. Sitz. v. 30. Jan. 1980)	4119	Unterbrechung der Sitzung	4153
Abg. Meyer (CDU), Berichterstatter	4120	Fortsetzung der Aussprache über die aktuelle arbeitsmarktpolitische Situation im Saarland	4153
Abg. Schmit (SPD)	4120	Abg. Herold (SPD)	4153
Abg. Meyer (CDU)	4121	Abg. Diversy (CDU)	4158
Abg. Hügel (FDP)	4122	Minister Klumpp	4161
Minister Jochem	4123	Abg. Klimmt (SPD)	4162
Abstimmungen, endgültige Annahme in Zweiter Lesung	4124	Frau Minister Dr. Scheurlen	4166
		Abg. Herold (SPD)	4168
		5. Aussprache über den Ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz (Drucksache 7/2072)	4174

Abg. Schwarz (CDU), Berichterstatter	4174	10. Zweite Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes auf dem Gebiet der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst (Drucksache 7/2122)	4237
Abg. Kasper (SPD)	4176	(Erste Lesung: 76. Sitz. v. 27. Febr. 1980)	
Abg. Robert Wagner (CDU)	4178	Abg. Robert Wagner (CDU), Berichterstatter	4237
Abg. Mann (FDP)	4180	Abg. Triem (SPD)	4237
Minister Wilhelm	4182	Minister Wilhelm	4238
7. Aussprache über den Bericht 1979 zum Umweltprogramm Saarland	4183	Abg. Brück (SPD)	4238
8. Aussprache über Umweltpolitik	4183	Abstimmung, endgültige Annahme in Zweiter Lesung	4239
Abg. Lindner (SPD)	4183	Landtagspräsident Schnur zum Abschluß der laufenden Wahlperiode	4239
Abg. Mann (FDP)	4189	Dank des Hauses für die Amtsführung des Landtagspräsidenten	4239
Minister Schacht	4191	Vizepräsident Herold	4239
Abg. Netzer (SPD)	4202		
Abg. Dr. Budell (CDU)	4206	Präsident Schnur:	
Abg. Kasper (SPD)	4214	Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Landtagssitzung.	
Abg. Groß (CDU)	4217	Ich darf zunächst einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Herr Abgeordneter Dr. Franz Becker ist am 5. März 50 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Marianne Granz ist am 7. März 38 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Ludwig Triem ist am 7. März 59 Jahre alt geworden. Ich darf allen Geburtstagskindern noch einmal herzliche Glückwünsche aussprechen.	
Abg. Netzer (SPD)	4218	(Beifall des Hauses.)	
Abg. Alfred Becker (CDU)	4219	Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit nimmt heute das Katholische Bildungswerk St. Ingbert unter Leitung von Frau Dr. Lamla an der Sitzung teil.	
Minister Schacht	4220	(Beifall des Hauses.)	
Abg. Hans Georg Wagner (SPD)	4221	Die Regierung des Saarlandes hat dem Landtag unter Bezugnahme auf Artikel 95 Absatz 2 der Verfassung des Saarlandes den Wortlaut der geänderten Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für den Absatz von Koks- und Hochofenkoks an die Eisen- und Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Zustimmungserklärung übersandt. Ich habe den Wortlaut den Mitgliedern des Hohen Hauses übermitteln lassen.	
Abg. Kopp (SPD)	4223	Der Minister der Finanzen hat dem Landtag gemäß § 37 Absatz 4 der Haushaltsordnung des Saarlandes vom 3. November 1971 die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im	
Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU und der FDP eingebrachten Antrag betreffend Umweltpolitik im Saarland (Drucksache 7/2157), Annahme des Antrages	4225		
9. Aussprache über die Antwort der Regierung zu der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion betreffend Lage der Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Saarland (Drucksache 7/1900)	4225		
Abg. Schreiber (CDU)	4225		
Abg. Klimmt (SPD)	4228		
Frau Minister Dr. Scheurlen	4230		
Frau Abg. Granz (SPD)	4232		
Minister Jochem	4235		

(Präsident Schnur)

vierten Quartal des Haushaltsjahres 1979 übermittelt. Da der Landtag gemäß § 37 Absatz 4 der Haushaltsordnung von den über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben Kenntnis nehmen muß, habe ich eine Zusammenstellung der Haushaltsausgaben den Mitgliedern des Hohen Hauses übermitteln lassen.

Das Erweiterte Präsidium hat vereinbart, die Aussprache zu den Punkten 7 und 8 gemeinsam durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren. — Kollege Hügel.

Abg. Hügel (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen der Wichtigkeit des Problems, über die arbeitsmarktpolitische Situation zu sprechen, beantrage ich, daß wir Punkt 6 vor Punkt 5 der Tagesordnung behandeln, und bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihre Zustimmung.

Präsident Schnur:

Sie haben den Antrag gehört. Es ist beantragt worden, Punkt 6 vor Punkt 5 zu behandeln. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Ist jemand dagegen? — Keine Gegenstimme. Enthält sich jemand der Stimme? — Keine Enthaltung. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Die CDU-Landtagsfraktion und die FDP-Landtagsfraktion haben zu Punkt 8 einen Antrag betreffend Umweltpolitik im Saarland eingebracht, der Ihnen als Drucksache 7/2157 vorliegt. Für diesen Antrag ist eine Verkürzung der Verteilungsfrist erforderlich. Wer für die Verkürzung der Verteilungsfrist ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke. Enthält sich jemand der Stimme? — Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß die Verteilungsfrist mit Stimmenmehrheit verkürzt ist.

Der Ausschuß für innere Verwaltung hat beantragt, das Gesetz zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes auf dem Gebiet der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst, Drucksache 7/2122, in die heutige Tagesordnung aufzunehmen. Wer dafür ist, daß der Gesetzentwurf Drucksache 7/2122 als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Keine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? — Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß die Drucksache 7/2122 als Punkt 10 in die Tagesordnung aufgenommen ist.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag zu seiner 77. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Ich rufe auf Punkt 1 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof (Drucksachen 7/2113 und 7/2154).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Schwarz.

Abg. Schwarz (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen hat sich in zwei Sitzungen mit dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Saarlandes beschäftigt. Der Ausschuß empfiehlt zunächst eine rechtstechnische Änderung in der Weise, daß die in Artikel 1 Nummer 3 vorgeschlagene Regelung in die Nummer 1 eingearbeitet wird; er verspricht sich davon eine bessere Übersichtlichkeit in der Anlage des Gesetzes.

Diskussionspunkt im Ausschuß war weiterhin die Frage der Ausgestaltung des Vorschlagsrechts für die Bestellung und Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, die im Entwurf an einen Vorschlag des Erweiterten Präsidiums geknüpft ist. Der Ausschuß empfiehlt, dieses Vorschlagsrecht an eine Entscheidung des Präsidiums zu knüpfen, weil nach dem Parlamentsrecht ein Beschlußcharakter des Erweiterten Präsidiums nicht vorgesehen ist und es uns auch nicht angezeigt erscheint, den Charakter des Erweiterten Präsidiums durch die Hintertür zu verändern und ihm dadurch eine Beschlußqualität einzuräumen.

Drittens empfiehlt der Ausschuß, die im Artikel 3 enthaltene Ermächtigung des Ministers des Innern, die sich darauf erstreckt, auch Unstimmigkeiten im Gesetz zu beseitigen, auszuräumen, weil uns scheint, daß diese Ermächtigung zu weitgehend ist und dies eine Aufgabe ist, die dem Gesetzgeber selbst vorbehalten ist. Dies war eine Mehrheitsentscheidung im Ausschuß.

Im Kernpunkt der Diskussion des Ausschusses stand die Frage, ob und inwieweit auch Laienrichter beim Verfassungsgerichtshof angesiedelt werden sollen. Der Ausschuß hat mit Mehrheit empfohlen, von einer Ansiedlung von Laienrichtern beim Verfassungsgerichtshof Abstand zu nehmen. Er hat auch einen Vorschlag der Ausschußminderheit abgelehnt, die Anforderungskriterien bei Berufsrichtern zu ändern und davon Abstand zu nehmen, daß Berufsrichter einem oberen Landesgericht angehören sollen.

Zu den weiteren Diskussionspunkten zählten auch die im Gesetz enthaltenen Fristen bei der Bestellung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes. Der Ausschuß hat davon abgesehen, die im Gesetz vorgeschlagenen Fristen zu verändern und knüpft dies an die Erwartung, daß es baldmöglichst nach Inkrafttreten des Gesetzes gelingen wird, die Funktionsfähigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit durch eine zügige Durchführung der Wahl der Richter entsprechend der Anlage dieses Gesetzes herzustellen. Der Ausschuß empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kronenberger.

Abg. Kronenberger (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Saarlandes ist eine notwendige Folge der Verfassungsänderung des vergangenen Jahres. Die Änderung der Verfassung brachte wesentliche Veränderungen mit sich, die von allen Fraktionen des Hauses getragen worden sind, nämlich zur Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, die in Zukunft nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit des Hohen Hauses bestellt werden können und damit nicht mehr einer einfachen Mehrheitsdisposition unterworfen sind — sozusagen eine Verankerung dieses Verfassungsgerichtshofes über den Parteien —, und zweitens eine klärende Zuständigkeitsregelung mit einer erweiterten Kompetenz, die wir alle gemeinsam begrüßt haben, nämlich, daß der Verfassungsgerichtshof auch dann zuständig sein soll, wenn es um Entscheidungen der Landesregierung im Zusammenhang mit Volksbegehren geht und wenn Verfassungsbeschwerden von Gemeinden erhoben werden, die sich durch ein Gesetz — also durch die Tätigkeit dieses Landtags als Gesetzgeber — in ihrem Selbstverwaltungsrecht verletzt fühlen.

Das, was wir damals gemeinsam begonnen haben, wollten wir auch bei der Novellierung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof gemeinsam fortsetzen. Aus der Berichterstattung haben Sie entnommen, daß dem Anliegen der SPD-Fraktion, das ehrenamtliche Richterelement entsprechend der Definition des deutschen Richtergesetzes zu verankern, nicht gefolgt worden ist; wir müssen daher heute die Novellierung des Gesetzes ablehnen.

Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes steht als sichtbare Spitze der dritten Gewalt in unserem Lande neben Landtag und Landesregierung. Er ist die sichtbare Spitze der rechtsprechenden Gewalt, von der wir in die Verfassung den alten Grundsatz in Artikel 110 neu hineingeschrieben haben: Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. In der Bindung an das Gesetz üben sie ihr Amt im Geiste des demokratischen und sozialen Rechtsstaates aus. Die Gewaltenteilung zwischen Entscheidungsmacht und Kontrollmacht ist wichtig, sie wird von diesem Hause und allen Fraktionen für wichtig gehalten und begrüßt. Die Verfassungsorgane sind verpflichtet, die gegenseitige Funktion zu achten und die Grenzen ihrer Entscheidungsmacht zu respektieren. Die Verfassung und die sie tragende Bevölkerung — durch die mittelbare Entscheidung des Landtages — müssen in einem unauflösbaren Zusammenhang stehen. Wir alle spüren bei unserer Arbeit einen stetigen und unaufhaltsamen Hauch von Entfremdung, die sich zwischen dem Bürger und seinem Staat immer wieder bemerkbar macht, die dadurch entsteht, daß wir — wir sind also selber mit schuld — komplizierte Gesetze und Verordnungen erlassen, daß dem Bürger unverständliche Expertenentscheidungen zugemutet werden, wenn er Gegenstand von Planungen ist, deren Auswirkungen er nicht überschaut, wenn er etwa einen Bescheid einer datenverarbeitenden Stelle

in Händen hält, den er ohne nähere Erläuterung nicht verstehen kann.

In diesem Zusammenhang ist es einfach wichtig, auch die letzten Bindungen und Möglichkeiten nicht aufzugeben, diesen Zusammenhalt und diesen Zusammenhang von Betroffenen, von Bürgern und ihrer Verfassung deutlich zu machen. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, hätten wir gerne gesehen, daß nach der Definition des deutschen Richtergesetzes ehrenamtliche Richter Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes hätten werden können. Das ist eine Regelung, die in allen Bundesländern in der Form Platz greift, daß das ehrenamtliche Element gegenüber dem Berufsrichter sogar überwiegt. In allen Bundesländern, mit Ausnahme unseres Bundeslandes und mit Ausnahme des Landes Schleswig-Holstein, das keinen eigenen Verfassungsgerichtshof hat und diese Kompetenz dem Bundesverfassungsgericht überwiesen hat, gibt es diese Regelung. Es wäre auch wichtig gewesen, dieses ehrenamtliche Element, das das Deutsche Richtergesetz so definiert: nicht Berufsrichter und nicht Berufsjurist, heute sichtbar zu verankern, weil wir gerade an der neuen Kompetenz der Entscheidung über das Volksbegehren und der Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden der Gemeinden hätten deutlich werden lassen, daß es hier einen unauflösbaren Zusammenhang gibt.

Diejenigen, die einwenden, man solle dies nicht tun, meinen, das damit begründen zu können, daß den sogenannten Laien der Sachverstand abgeht und daß in einer immer komplizierter werdenden Rechtsprechung der Überblick verlorengehe. Dieses Argument muß man sehr ernst nehmen. Den Laienrichter gibt es ja schon sehr lange. Laienrichter gibt es in allen Gerichtszweigen bis in die Bundesgerichte hinein. Und niemand hat in der Vergangenheit auch bei den Verfassungsgerichtshöfen der übrigen Bundesländer deren Kompetenz und Wichtigkeit in Frage gestellt. Es gibt einen Sachverstand, meine Damen und Herren, der durch Betroffenheit erzeugt wird, einen Sachverstand, der durch nichts ersetzt werden kann als durch die Betroffenheit derjenigen, die von Problemen unmittelbar berührt sind.

Es ist natürlich wichtig, daß das handwerkliche Rüstzeug eines Berufsrichters im Verfassungsgerichtshof gewahrt bleibt. Es ist aber auf der anderen Seite ebenso wichtig darzulegen, daß der Berufsrichter nicht einen automatischen Deduktionsprozeß in Gang setzt, auf dem Sachverhalte in die Rechtsordnung umgesetzt werden, sonst könnte man die Rechtsfindung ja auch Computern überlassen.

Die Funktion der ehrenamtlichen Richter besteht meines Erachtens vielmehr darin, daß sie in Kenntnis bestimmter Lebensverhältnisse durch ihre soziale Herkunft ein Problembewußtsein mitbringen, das hilft, den Berufsrichtern den Blick für die tatsächlichen Lebensverhältnisse zu schärfen und gegen schichtenspezifisches und vielleicht auch standeseigenes Denken anzugehen. Zugleich ermöglicht die Funktion der ehrenamtlichen Richter etwas, was unersetzbar ist, nämlich so etwas wie eine Plausibilitätskontrolle. In den Beratungen des Gremiums selber sind Berufsrichter dann gezwungen, ihre Argumente vor den ehrenamtlichen Richtern überzeugend und verständlich darzulegen und zu begründen, so daß also die Begründung selbst schon für den betroffenen Bürger verständ-

(Abg. Kronenberger)

licher und deutlicher wird. An der Überzeugungskraft richterlicher Argumentation muß sich beweisen, daß es verständlich ist.

Alles dies, meine Damen und Herren, waren Gründe für uns, das ehrenamtliche Laienelement im Verfassungsgerichtshof verankern zu wollen. Ich darf, um alle diese Gründe zusammenzufassen, aus einem Gutachten über diese Frage, das Winfried Raab angefertigt hat, zitieren: „Gerade die Verfassungsgerichtsbarkeit, die über die Verletzung der höchsten und wertvollsten Individualrechte, nämlich die Grundrechte, entscheidet, der die Auslegung der Verfassung, das Fundament der Gesellschaftsordnung, anvertraut ist, fordert geradezu eine Beteiligung von ehrenamtlichen Richtern, da vor allem hier einer möglichen Standesideologie und Vernachlässigung der sozialen Dimension zugunsten eines falsch verstandenen Staatsverständnisses im Sinne von ‚Staatsdienertum‘ entgegengewirkt werden muß. Dem wahren sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der die Mitwirkung aller Bürger am gesellschaftlichen Leben zum Ziel hat und dessen Entscheidungen in jeder Weise nachvollziehbar, kontrollierbar, verständlich und einsehbar sein sollen, kann die Mitwirkung von Laienrichtern an der Verfassungsgerichtsbarkeit nur förderlich sein. Voraussetzung für das Amt des Laienrichters ist auch in der Verfassungsgerichtsbarkeit weniger die spezifische Kenntnis auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts – dies soll und kann auch besser von den Berufsrichtern wahrgenommen werden –, sondern einmal die Herkunft aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und die Sensibilität für die sozialen Probleme ihrer Lebenskreise, verknüpft mit der Fähigkeit, das Informationsniveau und Problembewußtsein der Berufsrichter hinsichtlich der sozialen Dimension – ich ergänze: hinsichtlich der politischen Dimension – zu stärken.“

Dem wäre in der Tat nichts mehr hinzuzufügen. Gestatten Sie mir zum Abschluß eine persönliche Bemerkung, die aber doch noch mit dem Thema zusammenhängt. Solange es im Landtag möglich ist, wichtige Anliegen der Bevölkerung aufzugreifen und ihnen gerecht zu werden, solange die Kontrolle der Macht funktioniert, solange werden das Parlament und seine Mitglieder eine durch nichts zu ersetzende Aufgabe erfüllen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schwarz.

Abg. Schwarz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß das hohe Maß an Gemeinsamkeit, das uns bei der Verabschiedung der saarländischen Landesverfassung miteinander verbunden hat, bei diesem Gesetz über die Wahl der Verfassungsrichter von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode aufgegeben wird. Dazu besteht um so weniger Veranlassung,

als durch das in der Verfassung festgeschriebene Zweidrittelquorum garantiert ist, daß die Wahl der Verfassungsrichter auf eine breite Grundlage gestellt ist und auch in der Regel der Mitwirkung der Opposition bedarf.

In Ihren Ausführungen, Herr Kollege Kronenberger, ist eine gute Portion Mißtrauen gegenüber dem Element der Berufsrichter angeklungen. Wir teilen dieses Mißtrauen nicht. Wir sind auch der Auffassung, daß Sensibilität und Problembewußtsein nicht ausschließlich Sache der Laien sein können, sondern daß gerade diese Merkmale, Eigenschaften und Tugenden auch von unserer Richterschaft in hohem Maße verkörpert werden. Es gehört geradezu zu den Kennzeichen der Bundesrepublik Deutschland, daß sie sich auszeichnet durch ein starkes Gewicht der Verfassungsgerichtsbarkeit. Dieses starke Gewicht ist auch begründet worden durch die hohe Qualität der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das sich in seinen beiden Senaten ja auch ausschließlich aus Berufsrichtern zusammensetzt. Dies ist für uns ein Modell, das Pate gestanden hat bei den Inhalten dieses Gesetzes. Und daran haben wir uns orientiert. Für uns waren – ich räume durchaus ein, daß es sachliche Gesichtspunkte gibt, die Ihre Position abstützen – hier drei Gesichtspunkte ausschlaggebend.

Erstens der Gesichtspunkt der Praktikabilität. Wenn wir Ihrem Modell folgen, haben wir drei Gruppen innerhalb des Verfassungsgerichtshofes, nämlich einmal die Berufsrichter, zum zweiten die Laienrichter und zum dritten die ehrenamtlichen Richter, die nicht Berufsrichter sind. Wir könnten dies dann konsequenterweise nur in einer Gruppenwahl tätigen. Das wirft jedoch schwerwiegende Probleme auf, zumal ja die Bestellung von Richtern an ein Zweidrittelquorum geknüpft ist. Man kann sich unschwer vorstellen, welches Tauziehen dann dieser Bestellung in den einzelnen Gruppen jeweils vorausgeht.

Der zweite Gesichtspunkt, der uns in unserer Haltung bestimmt hat, ist der der Qualität. Ich habe vorhin bereits auf das Ansehen der Verfassungsgerichtsbarkeit hingewiesen, das gerade in der Qualität ihrer Rechtsprechung begründet ist. Deshalb schien es uns notwendig zu sein, die Qualitätsanforderungen möglichst hoch anzusiedeln. Dazu gehört einmal, daß die Berufsrichter aus den oberen Landesgerichten hervorgehen, zum zweiten auch, daß das Element der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, eine juristische Vorbildung zu haben, hier festgeschrieben wird.

Zum dritten hängt damit auch die Frage der Funktionsfähigkeit der Verfassungsrechtsprechung zusammen. Wir setzen Vertrauen in das Modell, das in diesem Gesetz hier verankert ist, und werden ihm deshalb unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Wilhelm.

Minister Wilhelm:

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Auch ich bedauere es sehr, daß gerade an diesem Punkt nicht volle Übereinstimmung im Parlament zu erzielen ist. Ich muß allerdings auch darauf hinweisen, daß wir als Saarland uns für ein Verfassungsgericht entschieden haben, das mit Volljuristen besetzt ist. Ich meine, daß hier einfach eine Entscheidung fällig ist, und man kann sich so oder so entscheiden. Der Hinweis meines Kollegen Schwarz, daß auch das Bundesverfassungsgericht ausschließlich von Berufsrichtern besetzt ist, zeigt sicher, daß der Bund bei seiner Entscheidung zumindest die gleichen Überlegungen anstellen mußte, wie das bei uns der Fall war.

Die Wahl mit einer Zweidrittelmehrheit garantiert eine breite Mitwirkung des Landtages. Von daher kann man auch bei der Einigung über die Personen von einer vernünftigen Besetzung dieses Gerichtes ausgehen. Wir haben keine Tradition der Laienrichter bei unserem Verfassungsgericht und waren der Meinung, daß wir bei der bewährten Methode der Besetzung durch Volljuristen bleiben sollten.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Kronenberger. Sie haben vorhin von der Entfremdung der Bürger zum Staat, zu seinen Institutionen gesprochen. Ich halte es für ein untaugliches Mittel, gerade beim Verfassungsgericht diese Probleme zu erörtern. Wenn wir an die Bürger denken, an die Schwierigkeiten, die Irritationen und Frustrationen, dann ist das in erster Linie eine Frage an die Regierung, den Gesetzgeber und die Verwaltung. Mit einer Ansiedlung von Laienrichtern beim Verfassungsgerichtshof kommen Sie diesem Problem nicht nahe. Dazu ist es viel zu komplex und zu umfangreich. Ich würde Sie trotzdem bitten, dem Gesetzentwurf in der vom Ausschuß vorgelegten Fassung zuzustimmen.

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mann.

Abg. Mann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes entscheidet über Verfassungstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Verfassung des Saarlandes. Er kann jetzt auch angerufen werden, um Entscheidungen der Landesregierung zur Zulässigkeit oder dem Zustandekommen eines Volksbegehrens zu überprüfen. Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat damit auch eine große politische Bedeutung erhalten.

Durch die Änderung der Verfassung des Saarlandes vom 4. Juli 1979 sind auch Verfassungsbestimmungen geändert worden, die den Verfassungsgerichtshof betreffen. Dadurch wurde die vorliegende Novelle des Verfassungsgerichtshofgesetzes notwendig. So werden in Zukunft sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes vom Landtag gewählt. Dabei bedarf es einer Mehrheit von zwei Drittel aller Mitglieder dieses Hohen Hauses. Damit soll erreicht werden, daß den Verfas-

sungsrichtern eine erhebliche Mehrheit ihr Vertrauen ausspricht und daß der nicht Verfassungsrichter werden kann, gegen den doch eine beachtliche Minderheit votiert. Dieser Wahlmodus gilt auch für den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes.

Bisher waren der Präsident des Oberlandesgerichtes sowie der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes kraft Amtes Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes. Damit war gesichert, daß richterliche Erfahrung und Praxis in die Arbeit des Verfassungsgerichts eingebracht wurden. Um dies auch in Zukunft sicherzustellen, ist vorgesehen, daß mindestens zwei der sieben Mitglieder des Verfassungsgerichts und deren Stellvertreter Berufsrichter an einem obersten Landesgericht sein sollen.

Ich bedauere, daß die große Gemeinsamkeit aller Fraktionen — bei der Änderung der Verfassung vorhanden — heute in der letzten Sitzung nicht mehr zutage tritt. Wir sind der Auffassung, daß gerade beim Verfassungsgericht hohe Sach- und Fachkenntnis im Bereich des Rechts vorhanden sein muß. Auf diese Qualität der Urteilsfindung wollten wir nicht verzichten und wollten dies auch nicht schmälern. Meine Fraktion stimmt dem vorgelegten Gesetzentwurf in Zweiter Lesung zu. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 7/2154 vorliegt.

Ich lasse zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 7/2154 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke. Enthält sich jemand der Stimme? — Keine Enthaltungen. Ich stelle fest, daß der Abänderungsantrag des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke. Enthält sich jemand der Stimme? — Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulwesen (Drucksachen 7/2095 und 7/2158).

(Präsident Schnur)

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Meyer.

Abg. Meyer (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuß für Kultus, Bildung und Sport hat sich in drei Sitzungen mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulwesen beschäftigt. Wir haben eine Anhörung durchgeführt, zu der wir die Lehrerverbände, die Landeselternvertretungen und die Landesschulkonferenz eingeladen haben. Ein Antrag der Ausschußminderheit, die Verabschiedung des Gesetzes in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchzuführen, ist von der Ausschußmehrheit abgelehnt worden.

Der Ausschuß hat nur eine redaktionelle Änderung des Gesetzentwurfes vorgenommen, und zwar in Artikel II. Dort heißt es jetzt: „Dieses Gesetz tritt am Ersten des auf seine Verkündung folgenden Monats in Kraft“ anstatt „... des auf seine Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft“. Der Ausschuß hat mit Stimmenmehrheit diesem Gesetzentwurf zugestimmt und bittet Sie, dieses Gesetz in Zweiter Lesung zu verabschieden. — Vielen Dank.

Präsident Schnur:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmit.

Abg. Schmit (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion wird den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulwesen ablehnen. Wir sind zunächst einmal der Meinung, daß aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Abbau von Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten, ganz gleich in welchen Bereichen, Einhalt geboten werden muß.

Um was geht es hier? Die Landesregierung will die derzeitigen Mitwirkungsrechte der Schulkonferenzen bei der Auswahl des Schulleiters ersatzlos streichen und damit ein Kernstück des Schulmitbestimmungsgesetzes wegfallen lassen. In diesem Zusammenhang ist interessant, mit welchem Enthusiasmus Kollegen der CDU-Fraktion bei der Verabschiedung des Schulmitbestimmungsgesetzes im Jahre 1974 die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte verteidigt haben. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus der Landtagsitzung vom 27. März 1974 zitieren, und zwar den Kollegen Rohde. Er hat dort folgendes ausgeführt: „Wenn wir nun im Schulmitbestimmungsgesetz, etwa in der Schulkonferenz, neben sechs Vertretern der Lehrer und drei Vertretern der Eltern auch drei Schüler aufnehmen, so tun wir dies, weil wir der Meinung sind, daß die junge Generation durch Einübung in demokratische Verhaltensweisen innerhalb der Schule und in anderen Institutionen stärker mit der Erwachsenengeneration in

Kontakt kommen und Zugang zu unseren Wertvorstellungen erhalten muß.“ Und der Kollege Rohde hat folgendermaßen fortgefahren: „Wir verabschieden dieses Schulmitbestimmungsgesetz, weil wir der Überzeugung sind, daß diese Veränderung unseres Schulwesens der kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung voll angemessen und daher notwendig ist.“ — Zitatende.

Aber auch der Kollege Behles hat sich damals zum Schulmitbestimmungsgesetz ausgelassen; ich darf hier auch einmal den Kollegen Behles zitieren. Er hat da folgendes gesagt: „Der Regierungsentwurf zum Gesetz über die Mitbestimmung und Mitwirkung im Schulwesen zeichnet sich dadurch aus, daß nach meiner Kenntnis hier erstmals im Schulgesetz eines Bundeslandes die unmittelbaren Rechte der einzelnen Eltern in und gegenüber der Schule in präziser und weitreichender Weise festgelegt werden. Die CDU-Fraktion hält dies für ein bemerkenswertes Vorhaben, das sie voll unterstützt.“ — Zitatende.

Nun, Herr Kollege Behles, soll dieses bemerkenswerte Vorhaben wieder abgeblasen werden. Wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung Wirklichkeit wird, dann ist es wieder so, daß nach Ausschreibung einer Schulleiterstelle eines Tages sich jemand als der neue Schulleiter vorstellt, ohne daß Eltern, Lehrer und Schüler überhaupt wußten, wer sich für diese Schulleiterstelle beworben hatte.

(Frau Abg. Waschbüsch (CDU): Dies sagen Sie wider besseres Wissen.)

Hieraus folgt, Kollegin Waschbüsch, daß ein ersatzloser Wegfall der derzeitigen Mitwirkungsrechte bei der Auswahl des Schulleiters alle am Schulleben Beteiligten treffen wird. Den Eltern ist zum Beispiel im Grundgesetz garantiert, daß sie in erster Linie für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind. In Konkretisierung dieses Rechts wurde im Schulmitbestimmungsgesetz des Jahres 1974 den Eltern das Recht eingeräumt, an der Gesamtkonferenz teilzunehmen. Aus § 28 Schulordnungsgesetz, insbesondere aber aus dem Grundsatz der kollegialen Schulleitung folgt die Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung des Lehrerkollegiums an der Auswahl des Schulleiters. Dies alles soll heute nicht mehr gelten!

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in sieben von elf Bundesländern in verschiedenen Formen eine Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeit bei der Bestellung eines Schulleiters vorgesehen ist. Aber wie in vielen Bereichen scheint das Saarland auch hier den Rückwärtsgang eingelegt zu haben und den Katalog von Negativleistungen um eine weitere bereichern zu wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Hinzu kommt aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß nicht nur die SPD-Landtagsfraktion nein zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung sagt. Hier könnte man noch einwenden, die Opposition tue dies nur aus ihrer Oppositionsrolle heraus. Nein zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung sagen ausnahmslos diejenigen, die es auf Grund ihres Sachverstands eigentlich wissen sollten, nämlich alle Lehrerver-

(Abg. Schmit)

bände, alle Elternvertretungen, alle Schülervertretungen. Dies hat sich klar bei der von uns beantragten Anhörung herausgestellt.

(Beifall bei der SPD.)

Wie dieser Gesetzentwurf von all diesen Verbänden bezeichnet wird, ergibt sich aus folgendem. Der Gesetzentwurf wird von diesen Verbänden zum Beispiel als Preisgabe rechtlichen Fortschritts, als Preisgabe demokratischer Mitwirkungsrechte und sogar als Kahlschlag bezeichnet.

CDU und FDP wollen alle diese ernsthaften Einwände einfach in den Wind schlagen und dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen. Diesen „Kahlschlag“ begründet nun die Landesregierung damit, daß sich Bewerber anderer Schulen selten an dem Auswahlverfahren beteiligt hätten. Ich muß nun folgendes sagen. Diese Begründung der Landesregierung ist schlicht und einfach falsch. Bei der Anhörung konnten wir erfahren, daß zum Beispiel im Grund- und Hauptschulbereich in den letzten drei Jahren lediglich eine einzige Stelle ohne einen auswärtigen Bewerber ausgeschrieben wurde

(Abg. Kronenberger (SPD): Hört, hört!)

und daß sich in den beruflichen Schulen in rund 70 Prozent der Fälle auswärtige Bewerber beworben haben. Das nennt sich dann bei der Landesregierung „selten“. Wir halten es für eine unerhörte Zumutung sondergleichen, wenn eine Landesregierung einen Gesetzentwurf mit objektiv falschen Angaben begründet, zumal wenn dies noch die einzige Begründung ist.

(Beifall bei der SPD.)

Die SPD-Fraktion hat von Anfang an – ebenso wie z. B. auch die Lehrerverbände – vermutet, daß die von der Landesregierung gemachten Angaben insofern falsch sind. Um nun Licht in dieses Dunkel zu bekommen, haben meine Kollegin Granz und ich durch eine parlamentarische Anfrage die wirklichen Zahlen erfragen wollen. Es sind mittlerweile sechs Wochen vergangen.

(Frau Abg. Granz (SPD): So macht man das!)

Die übliche Beantwortungsfrist ist bei weitem überschritten – ohne jede Entschuldigung; die Anfrage ist immer noch nicht beantwortet. Ich kann nur vermuten – das tue ich für die gesamte SPD-Fraktion –, daß die Zahlen bewußt verdeckt gehalten werden, bis das Gesetz über die Bühne ist.

(Beifall bei der SPD.)

Ich stelle aber eine Frage, Herr Kultusminister. Vielleicht können Sie uns die Entscheidung erleichtern und uns heute den Gesetzentwurf einmal mit wirklichen Zahlen begründen.

Hinzu kommt noch, daß Lehrerverbände, Eltern- und Schülervertretungen qualifizierte Vorschläge bei dieser Anhörung zur Verbesserung des jetzigen Auswahlverfahrens gemacht haben,

um eventuelle Mängel des Verfahrens zu beheben. Aber auch auf diese Vorschläge geht man bei CDU und FDP nicht ein.

Es stellt sich – und ich komme damit zum Schluß – daher mit aller Eindeutigkeit die Frage, warum eigentlich die Landesregierung, die CDU und die FDP das Schulmitbestimmungsgesetz ändern wollen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß nicht mehr der Sach- und Fachverstand einer Schulkonferenz gefragt ist, sondern außerschulische Interessen und Einflüsse bei der Auswahl von Schulleitern verstärkt werden sollen.

(Beifall bei der SPD.)

Die SPD-Fraktion macht hier nicht mit und lehnt den Gesetzentwurf der Landesregierung ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat der Abgeordnete Meyer.

Abg. Meyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muß ich den Eindruck, der durch die Worte meines Vorgängers, Herrn Kollegen Schmit, hier entstanden ist, ganz eindeutig zurückweisen. Herr Kollege Schmit, Sie haben versucht, den Eindruck zu vermitteln, daß es generell um den Abbau von Mitwirkungsrechten in der Schule geht, von Mitwirkungsrechten der Eltern, Schüler und Lehrer.

(Abg. Schmit (SPD): Natürlich!)

Sie wissen ganz genau, daß nur ein einziger Bereich betroffen ist, und zwar ein Bereich, der während der letzten Jahre zu eindeutigen Fehlentwicklungen geführt hat. Wir haben dieses Gesetz deshalb geändert, weil wir die Fehlentwicklungen in diesem Maße nicht mehr haben wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die jetzige Regelung ist sicherlich vor sechs Jahren in gutem Glauben und in bester Absicht vom saarländischen Landtag getroffen worden. Es ist anfänglich auch sehr gut gelaufen, aber schon bald haben in der Folge die Kollegien die Chance der Manipulierbarkeit des Dreier-Vorschlages erkannt, und nicht immer ist der bestmögliche Schulleiter, sondern oft der bequemste Bewerber und dann noch meistens aus dem Kollegium selbst vorgeschlagen worden. Unter anderem hatte dies auch sehr oft den Nebeneffekt, daß dadurch, daß man in den meisten Fällen einen stellvertretenden Schulleiter genommen hat, eine Stelle im Kollegium frei wurde und sich dadurch die Chancen für eigene Kollegen im Kollegium erhöht haben. Es ist also eindeutig, daß in der Praxis enorme Unzulänglichkeiten und Fehlentwicklungen stattgefunden haben und dies zu Unzumutbarkeiten für Bewerber geführt hat, insbesondere für Bewerber von auswärts.

(Abg. Meyer)

Herr Kollege Schmit, Sie wissen auch, daß in dieser Anhörung sowohl von Elternvertretern als auch von betroffenen Lehrern selbst bestätigt wurde, daß dieses Gesetz dringend einer Novellierung bedarf, wenn ich Ihnen auch zugestehe, daß hier über das Wie einer Novellierung unterschiedliche Meinungen vorgeherrscht haben. In dieser Anhörung ist beispielsweise davon gesprochen worden, daß in Kollegien sogar Direktoren-Wahlkämpfe stattgefunden haben, die zu nicht unerheblichen Schwierigkeiten im Kollegium und damit zu einer Verschlechterung des Schulklimas geführt haben. Außerdem war es früher fast ein ungeschriebenes Gesetz, daß Schulleiter von außen bestellt werden. In der Folge dieses Gesetzes ist immer mehr eine umgekehrte Entwicklung eingetreten, nämlich immer mehr Vorschläge von Bewerbern der eigenen Schulen wurden favorisiert. Übrigens hat es bei der Mitwirkung in anderen Bereichen, beispielsweise im Bereich der Justiz oder im Hochschulbereich, wo Kollegien mitwirken dürfen, bis heute immer das Prinzip des Verbots von Hausberufungen gegeben. Hier im Bereich der Schulen hat es eine umgekehrte Entwicklung, also eine eindeutige Fehlentwicklung gegeben.

Ich darf Ihnen noch folgendes Beispiel der Manipulierbarkeit des Dreier-Vorschlags vortragen, das des öfteren, wie in der Anhörung erklärt wurde, eingetreten ist. Und zwar hat es Absprachen in Kollegien gegeben, und danach ist dann auf Platz eins der erwünschte Kollege vom eigenen Kollegium gesetzt worden, meist mit sehr großer Stimmenzahl, auf Platz zwei und Platz drei sind dann aussichtslose Bewerber gesetzt worden, und qualifizierte Bewerber von außen sind überhaupt nicht in den Dreier-Vorschlag aufgenommen worden. Deshalb ist zwangsläufig – und auch diese Aussage von Ihnen, Herr Kollege Schmit, stimmt einfach nicht –, wie eindeutig erwiesen ist, die Zahl der auswärtigen Bewerber zurückgegangen – dies ist durch Anhörung eindeutig bestätigt worden –, weil sich die Betroffenen – ich zitiere hier, ohne einen Namen zu nennen, einen Lehrer aus der Anhörung – im Wissen um die Aussichtslosigkeit ihrer Bewerbung keinem Laufstegverfahren hätten unterziehen wollen.

Meine Damen und Herren, damit ist eindeutig geworden, daß diese Wahlen zu Fehlentwicklungen geführt haben, die sicherlich menschlich verständlich sind, aber natürlich nicht immer die beste Entscheidung, die beste Lösung erbracht haben. Ich gebe gerne zu, daß auch nicht jede Entscheidung eines Ministers immer die bestmögliche Lösung darstellt. Aber es gibt hier einen entscheidenden Unterschied: Der Minister hat die Verantwortung für seine Entscheidung zu tragen, und er kann notfalls auch zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist der kleine, aber entscheidende Unterschied zu einer Entscheidung durch die Gesamtkonferenz oder durch ein Kollegium.

Sie kennen sicherlich auch das böse Wort, das infolge dieses Gesetzes die Runde gemacht hat; es wird ja sehr oft hier von sogenannten Spießbratenrektoren oder -direktoren gesprochen, ganz einfach, weil vor manch entscheidender Wahl im Kollegium feuchtfrohliche Wahlparties stattgefunden haben.

(Abg. Springer (SPD): Das ist eine Diffamierung ersten Ranges! – Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich glaube, daß damit eigentlich unbestritten ist, daß diese Regelung einer dringenden Novellierung bedarf. Der Arbeitskreis Kultus, Bildung und Sport der CDU-Landtagsfraktion und auch die Fraktion selbst haben sich mit dem Vorschlag der Landesschulkonferenz beschäftigt, der vorsieht, daß der Minister der Gesamtkonferenz drei Bewerber seiner engsten Wahl vorschlägt und daß bei einer Ablehnung eines oder mehrerer Bewerber die Konferenz ihre Ablehnung eingehend zu begründen habe. Wir sind aus zwei Gründen, aus folgenden Gründen diesem Vorschlag nicht gefolgt. Erstens. Weil die Ablehnung zu begründen ist, steht zu befürchten, daß persönlich negative Angelegenheiten von Bewerbern und zwangsläufig Abqualifizierungen erfolgen und damit die Gefahr der Diskriminierung von Bewerbern auch in der Öffentlichkeit gegeben ist. Zum zweiten glauben wir, wenn der Minister die Ablehnungsgründe nicht anerkennt, daß dann eine noch größere Frustration in der Gesamtkonferenz bei den Kollegen eintreten wird.

Außerdem war die Mehrheit in unserer Fraktion der Meinung, daß es keine Notwendigkeit gibt, Lehrer gegenüber den übrigen Beamten oder Arbeitnehmern zu privilegieren durch eine solche Regelung. Darüber hinaus darf ich darauf verweisen, daß der Personalrat bei der Besetzung von Funktionsstellen bis zur A 15 auch noch Mitwirkungsrechte hat. Wir haben aber sowohl im Ausschuß als auch in der Fraktion die Zusicherung vom Minister erhalten, daß, bevor der neue Schulleiter sich vorstellt, das Kollegium informiert wird, damit nicht der Fall eintritt, daß erst morgens, wenn der neue Schulleiter an die Tür klopft, das Kollegium von der Entscheidung des Ministers erfährt.

Ich glaube, daß dies eine annehmbare Regelung ist. Die CDU-Fraktion wird deshalb diesem Gesetz zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hügel.

(Frau Abg. Granz (SPD): Herr Hügel, jetzt nicht lügen! – Widerspruch bei den Regierungsparteien und Zurufe: Na, na!)

Abg. Hügel (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat sich die Entscheidung, dem Gesetzentwurf in Zweiter Lesung zuzustimmen, nicht leicht gemacht. Die sehr eingehende und informative Anhörung der Lehrerverbände, der Landesschulkonferenz und der Landeselternvertretung im kulturpolitischen Ausschuß wurde in unserer Fraktion sehr ausführlich diskutiert. Die Anhörung der Verbände hat klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß das bisherige Verfahren zur Benennung von Schulleitern in seiner praktischen Handhabung zu unbefriedigenden und teils unzutraglichen Ergebnissen geführt hat. Die Zahl der Fremdbewerber für eine freiwerdende Funktionsstelle nimmt – das konnte

(Abg. Hügel)

unwidersprochen festgestellt werden — seit 1974 kontinuierlich in der sicheren Erkenntnis der Aussichtslosigkeit einer auswärtigen Bewerbung ab. Hausberufungen des eigenen Systems waren die Regel. Das Wort vom Direktorenwahlkampf machte bei den Anhörungen die Runde.

Diese unglückliche Entwicklung, die vom derzeitigen Schulmitbestimmungsgesetz geradezu vorprogrammiert wird, kann unseren Schulen langfristig nicht guttun. Allein schon im Interesse von Schülern, Eltern und Lehrern galt es hier Abhilfe zu schaffen. Die Vorschläge der Verbände reichen denn auch von der Stärkung der Verantwortlichkeit des Ministers, wie es der Entwurf der Landesschulkonferenz vorsieht, der in der Intention dem Regierungsentwurf noch am nächsten kommt, bis hin zur Reform des Schulmitbestimmungsgesetzes je nach Interessenlage. Zweifelsohne stellt das bisherige Verfahren eine Privilegierung der Lehrer gegenüber den übrigen Landesbeamten dar. Uns scheint der Vorschlag der Landesregierung die sauberste und beste Lösung zu sein, weil sie die Gleichbehandlung mit den übrigen Landesbeamten wiederherstellt und die unerfreulichen Begleiterscheinungen bei der Auswahl der Schulleiter im Interesse eines geordneten Schulwesens abstellt. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Jochem.

Minister Jochem:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal darf ich Herrn Schmit antworten auf die Frage, welche Gründe maßgebend waren für die Änderung des Schulmitbestimmungsgesetzes. Sie haben gemeint, die Tatsache, daß weniger Lehrer von außerhalb Chancen gehabt hätten als Lehrer des eigenen Systems, sei der einzige Grund gewesen. Das muß ich richtigstellen. Sie haben außerdem behauptet, die Zahlen seien falsch. Es ist nicht der Fall.

Zunächst darf ich festhalten: Es gibt nicht nur diesen einen genannten Grund, sondern es gibt viele Gründe, die uns veranlaßt haben, dieses Gesetz zu ändern. Eine ganze Reihe von Gründen haben meine Vorredner schon dargelegt, als sie hier von den praktischen Erfahrungen mit dem Gesetz gesprochen haben. Diese Gründe sind meines Erachtens viel gravierender als der genannte. Wenn Sie die Regierungserklärung durchlesen, werden Sie feststellen, daß dort der Satz steht: „Das bisherige Verfahren brachte vermeidbare Belastungen.“ Wenn Sie die Praxis einigermaßen kennen, werden Sie wissen, daß die Kollegien und die Elternschaft gerade durch die Auseinandersetzung um den Schulleiter in ganz hohem Maße belastet waren durch solche Auswüchse, wie sie hier teilweise von meinen Vorrednern genannt worden sind.

Abg. Schmit (SPD):

Herr Minister, darf ich eine Zwischenbemerkung machen. — Sie gestehen mir doch sicherlich zu, daß in der schriftlichen Begründung des Regierungsentwurfes die von mir vorgetragene Begründung die einzige Begründung der Landesregierung war. Wenn Sie soviel stichhaltigere Gründe haben, verstehe ich wirklich nicht, warum Sie diese Gründe nicht auch in die Begründung hineingeschrieben haben.

(Beifall bei der SPD.)

Minister Jochem:

Den Grund, den ich zuletzt angeführt habe, können Sie der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eindeutig entnehmen. Ich verschweige aber nicht, daß auch die Gründe, die in der Begründung des Entwurfs zur Änderung des Gesetzes angeführt worden sind, selbstverständlich berechtigt sind und nicht, wie Sie sagen, falsch sind. Ich werde das gleich im einzelnen nachweisen.

Ich möchte nur noch dem, was meine Herren Vorredner gesagt haben — die Kollegen Meyer und Hügel —, etwas hinzufügen. Unabhängig von der Tatsache, daß manchmal dieses sogenannte Laufstegverfahren peinlich war, daß die Kollegien durch die Auseinandersetzung um den Schulleiter belastet waren, daß es dort zu Gruppenbildungen kam, ist noch folgendes festzustellen. Es gibt auch Fälle — und dies läßt sich nachweisen —, daß auf Grund der Beratungen in der Gesamtschulkonferenz Indiskretionen erfolgt sind, die zur Abqualifizierung anderer Kollegen, die nicht zum Zuge kamen, geführt haben. Hier gibt es Beispiele, wo solche Informationen sogar in die Presse gelangt sind, und in der Presse hat dann gestanden: Man konnte sich auf diesen oder jenen nicht einigen oder verständigen, weil er weniger qualifiziert war. Ist es denn notwendig, wenn Kollegen vielleicht unter diesem oder jenem Aspekt schwächer sind als andere, daß dies in dieser Form in der Öffentlichkeit breitgetreten werden muß? Das ist Gott sei Dank nicht die Regel, aber daß dies auch vorgekommen ist, kann nicht bestritten werden. Ich glaube, all das, was im Hinblick auf die Berufung und auf die Vorauswahl gesagt worden ist, ist sicherlich schon Grund genug, das Verfahren zu ändern.

Meine Damen und Herren, man sollte sich bei der Diskussion dieser Frage auch einmal überlegen: Welche Kriterien sind überhaupt bei der Berufung eines Schulleiters anzulegen, und nach welchen Kriterien wird vielfach geurteilt? Wenn man einmal annimmt, ein fremder Kollege bewirbt sich, dann werden die Mitglieder der Gesamtschulkonferenz natürlich herumhören, wer das ist. Dann werden alle möglichen Auskunftsquellen in Anspruch genommen, und dann wird nach allen möglichen Gesichtspunkten geurteilt. Die Zugehörigkeit zu Vereinen beispielsweise oder die Aktivität in Vereinen spielt unter Umständen eine ganz große Rolle. Meine Damen und Herren von der Opposition, tun Sie nicht so, als wüßten Sie das nicht. Hier werden zur Urteilsbildung — gerade wenn es sich um schulfremde Bewerber handelt — Kriterien mit eingebunden, die alles andere als geeignet sind, den wirklich qualifizierten

(Minister Jochem)

Schulleiter zu finden. Ich bin der Meinung, einzig und allein ausschlaggebend für die Berufung eines Schulleiters muß seine Qualifikation sein, und zwar seine Qualifikation als Schulleiter.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hierzu noch etwas sagen. Es ist nicht unbedingt so, daß der beste Lehrer auch der beste Schulleiter sein muß. Daß er ein guter Lehrer sein muß, ist als Voraussetzung eine Selbstverständlichkeit. Aber darüber hinaus werden auch noch andere Eigenschaften verlangt, wie Organisationstalent, Repräsentationsvermögen und Kontaktfreudigkeit, die oft gerade bei solchen vielleicht mehr oder weniger manipulierten Berufungen keine Rolle mehr spielen.

Nun zu den Zahlen. Es ist eindeutig und überzeugend, wenn wir feststellen, daß die Auswärtigen sich bei Ausschreibungen weit weniger häufig bewerben als die Kollegen vom eigenen System. Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen. Wenn in Saarbrücken für eine Schulleiterstelle nur drei Bewerbungen vorliegen, während in einem Umkreis von etwa 20 Schulen mit Sicherheit zehnmal so viele potentielle Bewerber wären, dann melden sich diese nicht, erstens wegen des komplizierten Vorstellungsverfahrens und zweitens, weil sie aus Erfahrung wissen, daß sie keine Chance haben. Mit anderen Worten, die Zahl derer, die sich im Grunde bewerben könnten, wird schon vermindert. Wenn sich dann doch einige Auswärtige beworben haben — auch dies ist feststellbar —, dann haben diejenigen, die vom gleichen System kommen, gegenüber den Auswärtigen die größeren Chancen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hierzu einige Zahlen nennen. Bei den Realschulen haben wir in den Jahren von 1974 bis 1979 insgesamt 14 Bewerbungen von fremden Schulen gehabt, von der eigenen Schule hatten sich aber 27 beworben. Zum Zuge kamen von den Fremden fünf —, aber von der eigenen Schule 16 Bewerber. Ich werde Ihnen gleich erklären warum. Bei den Gymnasien hatten sich in der gleichen Zeit acht von fremden Schulen und 23 von der eigenen Schule beworben. Von den fremden Bewerbern kamen nur drei zum Zug, von der eigenen Schule acht. Bei den Grund- und Hauptschulen hat sich natürlich das Bild in den letzten Jahren deshalb etwas verzerrt, weil das Ausschreibeverfahren bzw. Mitbestimmungsverfahren nicht zum Tragen kam. Der Kultusminister war nämlich durch das Haushaltsgesetz gezwungen, in erster Linie nur solche Lehrer als Schulleiter zu berufen, die überbezahlt waren. Insofern stimmt natürlich bei den Grund- und Hauptschulen die Proportion nicht mehr, weil hier das Mitbestimmungsverfahren vielfach überhaupt nicht durchgeführt werden konnte.

Ich komme nun noch einmal auf die Zahlen zurück, die ich genannt habe. Sie zeigen doch eindeutig, daß der auswärtige Bewerber die weitaus geringeren Chancen hatte und auch tatsächlich in wesentlich weniger Fällen zum Zuge kam. Nun wird man sagen, dann hätte der Kultusminister eigentlich doch den Auswärtigen nehmen können. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Dreier-Vorschläge anschauen, dann werden Sie feststellen, daß in den überwiegenden Fällen die Kollegen, die an erster Stelle stehen, weitaus mehr Stimmen haben als diejenigen, die an zweiter Stelle stehen. Es gibt Kollegien, die waren sehr klug; sie haben, wenn sie einen Auswärtigen

in den Dreier-Vorschlag genommen haben, mit einer relativ geringen Stimmenzahl gewählt. Man mußte dann tatsächlich sagen: Wenn ich diesen auswärtigen Bewerber mit einem Bewerber vom einheimischen System vergleiche, dann muß der andere weit weniger geeignet sein. Das sind die Konsequenzen.

Nun werden Sie vielleicht auch noch sagen, der Kultusminister kann ja jemand außerhalb des Dreier-Vorschlages nehmen. Sicherlich: rechtlich kann er das; aber, meine Damen und Herren, wenn ein Dreier-Vorschlag gemacht wird, dann findet man immer einen dabei, der geeignet ist. Ob aber dieser der potentiell Beste ist, der auch die anderen, die sich nicht beworben haben, überfliegt, das bleibt dahingestellt. Man kann mit Fug und Recht sagen, es sind sicherlich gute Schulleiter ernannt worden, aber man kann ebenso gut sagen, es haben sich viele Bessere nicht beworben. Meine Damen und Herren, deshalb bin ich der Auffassung, es ist notwendig, daß dieses Verfahren geändert wird, denn jede Bewerbung bringt unnötige Konflikte, und wir sollten möglichst rasch besorgt sein, daß diese Konflikte vermieden werden.

(Beifall bei den Regierungspartelen.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuß für Kultus, Bildung und Sport einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 7/2158 vorliegt.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 7/2158 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Keine Gegenstimme. Wer Enthält sich? — Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Abänderungsantrag des Ausschusses für Kultus, Bildung und Sport einstimmig angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? — Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung (Drucksachen 7/2096 und 7/2153).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Lindner.

Abg. Lindner (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In seiner 75. Sitzung hat der saarländische Landtag am 30. Januar 1980 das von der Regierung vorgelegte Zweite Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen überwiesen. Dieser Ausschuß hat sich in fünf Sitzungen, der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen in einer Sitzung mit der Vorlage befaßt. Zudem führte der Umweltausschuß eine Anhörung durch, an der die betroffenen und in Frage kommenden Verbände und Institutionen beteiligt waren. Ziel der Gesetzesänderung soll zum einen Teil die Ausräumung von Schwierigkeiten sein, die sich bei der Anwendung des Gesetzes in der Praxis ergeben haben, des weiteren soll die Gesetzesänderung einer Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren dienen. Ein besonderer Punkt im Gesetzesvorhaben war die Aufnahme von Regelungen, die sozusagen als Ausfluß eines OVG-Urteils Fragen des sogenannten Sachverständigenwesens im Hinblick auf eventuelle Rechtsstreitigkeiten durchsetzbar und rechtsklar machen sollen.

Zu den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen. Zu Artikel 1 Nummer 1: § 2 Absatz 5. Die Einfügung des Wortes „mindestens“ dient der sachlichen Klarstellung des Begriffes: lichte Höhe für Vollgeschosse. Die Streichung des Wortes „stark“ trägt dem Umstand Rechnung, daß ein Gebäude dann auf einer Seite vollständig über das Gelände hinausragen können soll, wenn das Gelände eben nicht „stark“ hängig ist.

Neue Nummer 2. § 7 Absatz 1 Satz 2 der Landesbauordnung bestimmt, daß der Bauwuch von der Grenze zu dem grenznächsten Bautell eines jeden Geschosses zu rechnen ist. Das hat sich bisher nur bei Gebäuden mit Flachdächern begünstigend ausgewirkt, weil zum Beispiel bei einem Gebäude mit drei Vollgeschossen für das erste und zweite Geschoß nur 3 m Bauwuchbreite gefordert wurden und erst das dritte Geschoß 4,50 m Bauwuchbreite einhalten mußte. Gleiches muß auch gelten, wenn die Dachflächen zur Nachbargrenze geneigt sind. Das bedeutet in der Praxis, daß unter Umständen ein Vollgeschoß im Dachraum bei der Berechnung der Bauwuchbreite unberücksichtigt bleibt.

Die angeführte Änderung ist ein Ergebnis der Anhörung, bei der die Anregung eines Berufsverbandes entsprechend aufgenommen wurde. Diese Änderung wurde im Ausschuß von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen, weil diese Änderung von der Problematik her nach Meinung der Fraktion den Rahmen einer kleinen Novelle zur Landesbauordnung sprengt.

Anders bei der Änderung in § 82 b Absatz 1. Hier war der Ausschuß einstimmig der Auffassung, Nummer 2 wie folgt zu fassen: „eine mindestens zehnjährige Berufspraxis besitzt“. Er war auch einstimmig der Auffassung, den Absatz 3 zu streichen.

Ebenso hat es die Mehrheit des Ausschusses im jetzigen Absatz 3 Nummer 2 bei der Fassung belassen: „das 68. Lebensjahr vollendet hat“. Die Minderheitsfraktion versuchte eine Lösung zu finden, die das Erlöschen der Anerkennung als Prüflingenieur für Baustatik mit Vollendung des 65. Lebensjahres und einer Verlängerungsmöglichkeit bei Vorlage eines

amtsärztlichen Zeugnisses zum Inhalt gehabt hätte. Von der Koalition wurde dafür plädiert, es bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung der Altersgrenze zu belassen, da man damit im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen guten Kompromiß gefunden habe.

Zu Nummer 11 (bisher Nummer 10). Im Regierungsentwurf war dieser Satz versehentlich weggelassen worden. Seine Wiedereinfügung ist praktisch redaktionell geboten.

Zu Nummer 13. Hier war die Mehrheit des Ausschusses der Auffassung, in § 96 Absatz 9 seien dem zweiten Satz folgende Worte anzufügen: „Der Sachverständige muß eine Vermessungsstelle gemäß § 6 des Saarländischen Katastergesetzes sein.“ Als Begründung wird angesehen, daß die Einfügung dieses Satzes notwendig ist, weil die Einmessung eines Gebäudes aus sachlichen und rechtlichen Gründen nur von solchen Kräften durchgeführt werden sollte, die die nachgewiesenen fachlichen Voraussetzungen dazu erfüllen.

Zu Artikel II. Auch hier war die Mehrheit des Ausschusses der Meinung, folgende Worte seien anzufügen: „durch dieses Gesetz gegebene Erleichterungen sind jedoch anzuwenden.“ Gemeint sind einige Erleichterungen, die das Änderungsgesetz den Bauherren, deren Bauanträge sich am 1. Mai 1980 schon im Verfahren befinden, auch zugute kommen lassen soll.

Zu Artikel III. Der Ausschuß war einmütig der Auffassung, das Gesetz solle am 1. Mai 1980 in Kraft treten.

Meine Damen und Herren, der Ausschuß merkte im Laufe dieser seiner Beratungen, daß die Problematik eine große wurde und die zur Verfügung stehende Zeit eine zu kurze war. Ich denke besonders an Fragen aus dem Bereich der Behinderten und an manche verwaltungsmäßige Änderung, die im Wege einer ländergleichen Gemeinsamkeit noch nicht abschließend beurteilt werden kann und eine sogenannte große Novelle der Landesbauordnung unabdingbar macht. Die Ausschlußminderheit sah aus diesen Gründen keine Möglichkeit, die Zustimmung zum heute vorliegenden Änderungsgesetz zu geben. Die Ausschlußmehrheit bejahte die sogenannte kleine Novelle. Sie befand die Beratungszeit als ungenügend, jedoch ausreichend genug.

Damit bin ich am Ende meiner Berichterstattung. Ich darf Sie bitten, dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des von dem Ausschuß beschlossenen Abänderungsantrages Ihre Zustimmung zu geben und den Gesetzentwurf heute in Zweiter und letzter Lesung zu verabschieden. — Danke schön.

(Beifall.)

Präsident Schnur:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hans Georg Wagner.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesbauordnung ist wie kein anderer Gesetzentwurf sehr stark für die Bürgerinnen und Bürger von Interesse bei allen baulichen Anlagen, die im Lande entstehen, die nach den Maßstäben der Landesbauordnung durchgeführt werden müssen. Im Unterschied zum Bundesbaugesetz, das ja die planerischen Dinge regelt, werden in der Landesbauordnung — wie der Berichterstatter gesagt hat — ganz konkrete Probleme, wie etwa Bauwichtigkeiten, also Grenzabstandsüberlegungen, angesprochen. Da dieses Gesetz so wichtig ist, haben wir als Sozialdemokraten auch die Novelle sehr wichtig genommen, die am 23. Januar hier eingebracht wurde, die dann allerdings von der Koalition sozusagen im Hopplahopp-Verfahren durch den Ausschuß gejagt wurde, damit man heute — am 19. März — die Verabschiedung vornehmen kann, obwohl kein sachlicher Grund für dieses schnelle Verfahren gegeben war. Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man weiß, daß in der vorletzten Sitzung ein weiterer Abänderungsantrag der Koalition — mit der Schreibmaschine des Ministeriums geschrieben — vorgelegt worden ist, woraus wir entnommen haben, daß während der Beratung der Koalition oder dem Minister noch der eine oder andere Punkt eingefallen ist. Man hätte sich hier durchaus Zeit lassen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Ganz (CDU).)

Die Typenvergleiche werden dies ja wohl ergeben. Wir sollten uns nicht länger darüber unterhalten. — Es ist durchaus klar gewesen, daß die Beratung der Novelle zur Landesbauordnung eine längere Zeit, ein längeres Nachdenken benötigt hätte, denn viele Probleme, die in der Landesbauordnung seit Jahren aufgetaucht sind, sind nun einmal Probleme, die die Bürger bedrücken, wenn ich daran denke, wieviele Streitigkeiten allein schon aus der Grenzbebauung entstanden sind. Aber nicht nur dies ist für uns Grund, die Novelle abzulehnen, sondern auch deshalb, weil die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen nicht bereit gewesen sind, in dieser Novelle zur Landesbauordnung etwa die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung stärker einzubinden.

Ich will dies an drei Beispielen erläutern. Einmal ist nicht vorgenommen worden das, was die Landesregierung selber in ihrer Regierungserklärung im August vergangenen Jahres dargestellt hat, daß sie nämlich die älteren Mitbürgerinnen und -bürger zu mehr Selbständigkeit führen will. Sie wollen auch im hohen Alter selbständige Haushalte erhalten. So steht es in der Regierungserklärung. Daraus folgt für uns Sozialdemokraten normalerweise, daß man im Wohnungsbau durchsetzen muß, daß beispielsweise altengerechte Wohnungen gebaut werden können. Die bisherigen gesetzlichen Handhaben geben dafür nichts her. Wir sollten in dieser Landesbauordnung darauf Rücksicht nehmen, daß für die älteren Menschen ein altengerechter Wohnungsbau möglich wird. Die Koalition hat dieses Unterfangen nicht mitgemacht. Wenn man daran denkt, daß etwa 15 Prozent der Saarländer mehr als 65 Jahre alt sind, deutet das schon darauf hin, daß hier ein erheblicher Problembereich angesprochen worden ist. Wir wollten dies im Gesetz, in der Landesbauordnung verankern, einen sozialen Einstieg in diese Landesbauordnung vornehmen.

Ein weiterer Punkt sind die behinderten Menschen. Hier ist sehr deutlich, auch in der Anhörung, vorgetragen worden, wie groß der Problembereich ist. Wenn ich sage, daß in der Bundesrepublik bisher etwa 4 Millionen behinderte Menschen — mit einer jährlichen Zunahme von 200 000 Menschen — gezählt wurden, dann zeigt sich, daß dies auch im Saarland zu einem großen Problem geworden ist. Auch hier reicht das bisherige Instrumentarium der Landesbauordnung zur Sicherung notwendiger Einrichtungen für Behinderte nicht aus. Ich meine, wenn man sich vorstellt, daß ein Behinderter auf einer Liste der CDU, der FDP, der SPD oder sonst einer Partei zum saarländischen Landtag kandidieren und gewählt würde, wie soll dieser eigentlich in den Plenarsaal hineinkommen! Der Ausschuß für Haushalts- und Finanzfragen des Landtages hat vor Jahren schon die Mittel zur Verfügung gestellt, behindertengerechte Einrichtungen zu schaffen, aber gemacht wurde bis heute nichts. Wie ist es — —

(Abg. Mann (FDP): Das hängt aber nicht am Gesetzgeber. — Minister Schacht: Das liegt nicht an der Regierung.)

Es liegt an der Verantwortlichkeit des Ministers, der als Bauminister dafür zuständig ist. Ich gebe Ihnen recht, Kollege Mann, daß der Minister das offenbar nicht mitbekommen hat, daß er dafür eine gewisse Verantwortung trägt. Aber es ist so, daß diese Landesbauordnung für behinderte Menschen nicht das hergibt, was eigentlich notwendig wäre. Ich frage: Wie will eigentlich die Landesregierung das Ziel einer sechsprozentigen Beschäftigung von behinderten Menschen im öffentlichen Dienst sicherstellen, wenn diese überhaupt nicht in die Gebäude hineinkommen? Das muß man hier einmal nüchtern feststellen, daß auch die öffentlichen Gebäude dies nicht hergeben, obwohl jedermann und jede Partei verkündet, daß man darauf Rücksicht nehmen werde. Man tut es in der Praxis nicht. Deshalb wollten wir Sozialdemokraten eine stärkere Sicherung in der Landesbauordnung haben, um zu verhindern, daß die Behinderten neben ihrer körperlichen Behinderung auch noch technisch behindert werden durch die Gesellschaft, die dann in hohem Maße unsozial wirkt.

Meine Damen und Herren, auch die heutige städtebauliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus ist an der Koalition und insbesondere an der Landesregierung und dem zuständigen Minister spurlos vorübergegangen. Jedermann redet heute über eine verdichtete Bauweise in der Bundesrepublik Deutschland. Daß es ein intensives Nachdenken erfordert, ist bisher — —

(Zuruf.)

Einen Augenblick, ich darf meinen Satz zu Ende führen, das wird doch noch gestattet sein. — Die Diskussion ist hier so lapidar behandelt worden, daß es eigentlich erschreckend ist, daß in der Koalitionsfraktion offenbar kein Mensch weiß, was aktuell diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Kollege Hügel.

Abg. Hügel (FDP):

Eine Zwischenfrage, Herr Kollege. Wie ist eigentlich die Situation für die Behinderten im Rathaus Saarbrücken, wo die SPD die Verantwortung trägt?

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Ich würde Sie bitten, Ihren Parteifreund, den Stadtratsvorsitzenden einmal zu fragen. Er kann die Frage dem Oberbürgermeister übermitteln, der sie dann sicherlich beantworten wird. Dann haben Sie die Genugtuung, wenn Sie das hier immer wieder hören wollen. Ich weiß nicht, wie Sie immer dazu kommen, so eine Nebenregierung aufzubauen. Wir sprechen von der Landesregierung, und Sie kommen und sagen: Aber die Stadt Saarbrücken! Als ob die Stadt Saarbrücken eine Nebenstelle zur Landesregierung bilden würde! Daß es in ihrem Verantwortungsbereich besser ist als bei der Landesregierung, weil sie aktiver ist, das habe ich nur zu begrüßen. Ich bin froh, daß der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Oskar Lafontaine, gerade in diesem Bereich, was die behinderten Menschen angeht, sehr viel mehr getan hat.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von den Regierungsparteien.)

Herr Klumpp, Sie haben das nicht bemerkt, Sie fahren mit dem Dienstwagen spazieren, aber die Behinderten sind froh, daß in der Stadt Saarbrücken die Bürgersteige abgesenkt worden sind. Das ist erstmals in einer Stadt im Saarland geschehen in Verantwortung des Herrn Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt, in der Verantwortung von Oskar Lafontaine. Dafür sind wir sehr froh und dankbar.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe vom Bauwisch gesprochen; Sie müssen sich einmal verdeutlichen, was das ist. Bauwisch bezieht sich auf den Gebäudeabstand zur Grenze, der im Normalfall drei Meter beträgt und sicherstellt, daß der Abstand zum nächsten Haus sechs Meter beträgt. Das ist eine sehr große Fläche, die unbebaut liegenbleibt. Darüber gibt es Diskussionen. Das führt nun einmal dazu, darüber nachzudenken, wie eine bessere Ausnutzung der Grundstücke erreicht werden kann; wenn man festschreibt, der Gebäudeabstand muß sechs Meter zum nächsten Gebäude betragen, so bedeutet dies eine Zersiedelung der Landschaft. Das ist nun einmal so. Das ist auch keine neue Idee, die ich hier vortrage. Die Landesregierung hat allerdings in ihrer Regierungserklärung vom 29. August geschrieben, daß sie der Zersiedelung der Landschaft entgegenzutreten möchte. Wenn man also das, was heute hier vorliegt, verabschiedet, verstärkt man exakt die Zersiedelung der Landschaft. Denn neue Wohnformen bzw. Bau- und Architekturformen wurden ja nicht diskutiert im Ausschuß.

Man hat sich keine Gedanken gemacht, daß es auch besser gehen könnte als nur auf dem Weg über diese Bauwisch-Regelung, die nur ein kleines Detail der Diskussionen ist, aber immerhin der Zersiedelung der Landschaft Vorrang einräumt. Das gilt auch für die gesamte Diskussion der sogenannten Abstandsflächen, die in der Landesbauordnung eben-

falls enthalten sind. Ich meine, daß gerade diese Festlegung, die ja von der Landesregierung noch nachgeschoben worden ist, eine mangelnde Konsequenz aus ihrer Aussage vom August vergangenen Jahres gewesen ist. Und wenn wir gerade dabei sind: Das Problem ist doch, daß das Bauland immer geringer wird, daß die Baulandpreise ins Unermeßliche gestiegen sind; auch heute wird in einer Beilage der Saarbrücker Zeitung geschrieben, daß Jahr für Jahr die Baulandpreise im Saarland um zehn Prozent steigen. Das ist keine Behauptung der Opposition, sondern eine Aussage der Saarbrücker Zeitung, die wir allerdings vorher hier schon einmal getroffen haben. Und ich frage: Wenn die Baugrundstücke auch im ländlichen Bereich heute bereits 100 DM oder noch mehr pro Quadratmeter kosten, welcher Arbeitnehmer in diesem Land kann dann noch bauen? Bei 60 000, 80 000 oder gar 100 000 DM für ein Baugrundstück kann ein Arbeitnehmer mit normalem Einkommen hier nicht mehr bauen. Das ist eine Tatsache, die festgestellt worden ist.

(Abg. Robert Wagner (CDU): Herr Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Tut mir leid, Herr Kollege Wagner, das geht von meiner Redezeit ab.

(Abg. Robert Wagner (CDU): In Ordnung, wird so akzeptiert!)

Es kommt eine weitere Tatsache hinzu, die wir erkennen müssen; daß nämlich in absehbarer Zeit immer stärker jüngere Menschen auf den Wohnungsmarkt drängen. Wir haben ja die Nachfrage bei den Ausbildungsstellen erlebt; die werden jetzt auf den Wohnungsmarkt drängen. Eine Umfrage der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hat ergeben — befragt wurden 70 Städte, davon haben 30 geantwortet —, daß bereits heute ein Wohnungsbedarf von etwa 1 Million Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Ich weiß die Zahlen für das Saarland nicht, aber mit Sicherheit wird ein Wohnungsbedarf bestehen. Den kann man möglicherweise ermitteln. Das bedeutet wiederum, daß für junge Menschen kein Angebot an Wohnungen vorhanden ist, daß sie versuchen müssen zu bauen. Und dann kommen jene Grundstückspreisentwicklungen, diese ungezügelten, leistungslosen Spekulationsgewinne hinzu. Da muß man, meine Damen und Herren, einhaken. Es wäre ein Einstieg gewesen, wenn wir bei unserer Diskussion dies hier stärker berücksichtigt hätten.

Lassen Sie mich nun auf die behinderten Menschen zurückkommen. Es ist gesagt worden, daß die erwähnten negativen Punkte nicht am Gesetz lägen. In der Tat verpflichtet die DIN 18024 alle Bauherren gleich welcher Art — öffentlich oder privat — zur Einhaltung dieses behindertengerechten Bauens. Nur sind die gesetzlichen Möglichkeiten, diese DIN-Vorschriften auch durchzuhalten, beim Genehmigungsverfahren und bei der Durchführung des Baues nicht sicher genug. Ich meine, man sollte hier stärker herangehen können. Im Jahre 1981 ist eine gute Gelegenheit gegeben, das zu tun, da dies das Jahr der Behinderten sein wird.

Wir haben noch alle das „Jahr des Kindes“ im Ohr, wobei wir im nachhinein feststellen konnten, daß außer den verbalen

(Abg. Hans Georg Wagner)

Versprechungen nicht sehr viel gelaufen ist. Das Jahr der Behinderten wird, so fürchte ich, ganz genauso enden — mit großen deklamatorischen Erklärungen, mit Plenarsitzungen, mit Debatten über dieses Thema, und am Ende dieses Jahres wird für die Behinderten weniger herauskommen, als ursprünglich geplant war.

(Zuruf von der CDU.)

Ich halte dies für eine schlimme Sache, daß wir solche Jahre propagieren und nachher genau wissen, unter dem Strich kommt nichts Positives heraus.

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

Ich habe das ja pauschal gesagt und nicht bezogen auf die Landesregierung allein, Herr Kollege Behles. Sie sind durchaus in der Lage, die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit das so läuft, wie das eigentlich gewünscht wird.

Nun, ich meine, daß all die Maßnahmen, die wir beim Bauen für die Behinderten bisher nicht eingeführt haben, eine zusätzliche Erschwerung von der Technik her für diese Behinderten sind, da sie von der Teilnahme am allgemeinen Leben dadurch ausgeschlossen sind; eine Sache, die wir nicht wollen, wir wollen eine klare Verankerung in der Landesbauordnung.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Sachverständigen, die angesprochen worden ist. Die Koalition hat sich hier auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts berufen können. Normalerweise ist ein Arbeitnehmer aus dem gewerblichen Leben mit 65 Jahren ausgeschieden. Ich frage, wieso man eigentlich hier den Sachverständigen noch die Möglichkeit einräumen will, auf 68 Jahre zu gehen. Alle Welt, auch die CDU, redet ab und zu von der flexiblen Altersgrenze, die nach unten gesenkt werden soll. Da frage ich, warum man gerade in diesem Teilbereich darauf ausgeht, exakt 68 Jahre festzulegen. Ich finde eine Diskussion hierüber so an der gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland vorbeigehend, daß es eigentlich gar nicht lohnt, noch näher darauf einzugehen. Ich gehe davon aus, daß die nach mir sprechenden Koalitionsredner die Ausrede gebrauchen werden, daß man ja auf die Musterbauordnung, die zur Zeit in der AG Bau beraten wird — Der Minister gibt schon Zeichen und Laut, daß er sich auch so herausreden will.

(Zurufe und Sprechen bei der CDU.)

Die Ausrede wird also die Musterbauordnung sein, die im nächsten Jahr kommen soll. Das mag sein. Ich war ja seinerzeit noch im Bereich des Ministeriums beschäftigt, als wir die erste Musterbauordnung umsetzen mußten.

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

Die Novelle dieser Musterbauordnung, Herr Kollege Behles, deutet darauf hin, daß sie doch nicht so gut sein kann, sonst müßte sie nicht novelliert werden. Insofern ist das schon gegeben. Wir sind skeptisch, daß in dieser Musterbauordnung das darin stehen wird, was ich hier als soziale und

kulturelle Gesichtspunkte der Landesbauordnung angesprochen habe. Im nächsten Jahr käme ja ohnehin die Musterbauordnung, die alles regelt; da frage ich, warum man jetzt überhaupt noch eine Mini-Novelle gemacht hat. Da hätte man sich doch diese Arbeit, dieses Hopplahopp-Getue im Ausschuß ersparen und vielleicht das eine oder andere beraten können. Denn bis das alles in Kraft getreten ist und läuft — dann kommt noch die Sommerpause —, ist das nächste Jahr da, so ist das nun einmal. Es wäre dann doch besser gewesen, wir hätten hier eine längere Diskussion führen können, um auch die Probleme, die ich angesprochen habe, entsprechend zu berücksichtigen.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen werden müßte, ist die Frage der Energieeinsparung. Nun haben wir natürlich die DIN-Normen, die die Energieeinsparung berücksichtigen. Nur, wie sieht es in der Praxis aus? Da wird zwar heute die Genehmigung an diese Formulare gebunden, aber im Regelfall wird doch noch nicht ausreichend wärmeisoliert gebaut. Und wenn Sie, Herr Minister, immer wieder freudig erregt darauf hinweisen, daß das Saarland führend sei, was die Eigenheime angehe — mehr als die Hälfte der Bevölkerung habe Eigenheime, das mag stimmen —, so muß man sehen, daß dort ein erheblicher Bereich der Energieeinsparung liegt, der bisher noch nicht so ausgenutzt worden ist, wie es sein könnte. Die Frage ist, ob man dies nicht — weil das auch in der Zukunft eine ganz erhebliche politische Bedeutung haben wird — in einer gesetzlichen Regelung hätte stärker normieren können, indem man der Bauaufsichtsbehörde eine stärkere Möglichkeit des Durchgreifens eingeräumt hätte.

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab, meine Damen und Herren, weil er zuwenig durchdacht ist, weil zuwenig nachgedacht wurde — auch von den Koalitionsfraktionen — über die Probleme, die ich angesprochen habe, weil der gesellschaftspolitische Diskussionsrückstand bei der Koalition feststellbar ist, weil der Entwurf unausgegoren und unfertig vorgelegt worden ist, weil er im Hopplahopp-Verfahren verabschiedet worden ist und unter Ausschaltung der Problembereiche, die ich angesprochen habe, nämlich für alte Menschen und für behinderte Menschen etwas zu tun und für einen familiengerechten Wohnungsbau. Sie können unter diesen Bedingungen unsere Zustimmung nicht erwarten.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ganz.

Abg. Ganz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, das Urteil darüber, wie oft, wie lange und wie gut wir denken, müssen Sie uns schon selbst überlassen. Sie hätten besser daran getan, am Schluß den Vorschlag einzubringen: der Landtag möge beschließen, einen Landesbeauftragten für Typenvergleich einzusetzen; der fehlt uns gerade noch. Denn Ihr Vorwurf, wir hätten den Änderungs-

(Abg. Ganz)

antrag, den wir im Ausschuß eingebracht haben, im Ministerium schreiben lassen, ist völlig falsch. Ich werde Ihnen nachher sagen, wo er geschrieben wurde; das paßt ja hier wohl nicht hin.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn die den Fraktionen von der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft in Bonn zugestellte Synopse des geltenden Bauordnungsrechts der Länder vollständig ist – und davon darf man wohl ausgehen –, dann haben wir es hierbei mit einer Rechtsmaterie zu tun, die wie kaum eine andere der ständigen Überarbeitung und Fortschreibung bedarf. Aus der Synopse ist zu ersehen, daß bis auf die Länder Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin, deren Landesbauordnungen jüngeren Datums sind – Bremen und Berlin haben sie erst seit dem vorigen Jahr –, alle anderen Bundesländer ihre Bauordnungsgesetze mehrfach geändert haben. Allein schon die Weiterentwicklung der Technik im Bauwesen und die Tatsache, daß das Baurecht von anderen Gesetzen – ich erinnere hier an das Wassergesetz, an das Immissionsschutzgesetz und an das Denkmalschutzgesetz – tangiert wird, zwingt den Gesetzgeber wohl dazu, so zu verfahren. Man sollte also der Landesregierung keinen Vorwurf machen, wie es hier geschehen ist, wenn sie noch kurz vor Ende der Legislaturperiode einen Entwurf zur Änderung der Landesbauordnung eingebracht hat.

Ich habe dem Kollegen der SPD-Fraktion sehr aufmerksam zugehört; es ist zu bedauern, daß Sie der Gegenseite nicht die gleiche Aufmerksamkeit entgegenbringen.

(Zurufe von der SPD: Wir hören Ihnen aufmerksam zu.)

Ich habe gerade gesagt, Herr Kollege Wagner, man sollte der Landesregierung gegenüber nicht den Vorwurf erheben, noch kurz vor Ende der Legislaturperiode einen Gesetzentwurf eingebracht zu haben, weil dies in allen Bundesländern gang und gäbe ist, weil alle Bundesländer ihre Landesbauordnungen bisher geändert haben.

(Abg. Lindner (SPD): Aber nicht kurz vor Ende der Legislaturperiode!)

Unsere Aufgabe, meine sehr verehrten Damen und Herren, war es erstens, zu prüfen – das ist die Aufgabe der Legislative –, ob die Änderungen, so wie sie vorgeschlagen wurden, notwendig sind, und zweitens, ob sie gegenüber dem geltenden Recht für alle Beteiligten Verbesserungen bringen. Die Fraktionen von CDU und FDP haben diese Fragen bejaht und waren deshalb darauf bedacht, das Beratungsverfahren im Ausschuß zügig abzuwickeln und die Novelle mit den im Ausschuß zusätzlich erarbeiteten Änderungen heute zu verabschieden. Dabei waren wir uns – dies räume ich ein – mit den Kollegen der SPD-Fraktion darin einig, daß auch andere Bestimmungen in der Landesbauordnung einer Änderung bedürfen. Von uns selbst und von den im Ausschuß angehörten Verbänden sind eine Reihe von Überlegungen dahingehend angestellt worden; doch wir waren uns bewußt, daß deren Beratungen und die Erarbeitung entsprechender Textvorschläge eines großen Zeitaufwandes bedurft hätten.

Darüber hinaus ist uns allen bekannt, daß die Fachkommission Bauaufsicht derzeit die Musterbauordnung überarbeitet und fortschreibt, und es ist zu erwarten, daß die Fachkommis-

sion noch in diesem Jahr ihre Empfehlungen an die Länder weitergeben wird, die dann mit Sicherheit ihre Bauordnungsgesetze in größerem Umfang ändern werden. Da in diesem Verfahren, das heißt, vor Verabschiedung der Musterbauordnung, die Bundeskammern und Bundesverbände gehört werden müssen, hielten wir es nicht für angebracht, unsere Landesbauordnung jetzt schon in größerem Umfang zu novellieren. Es ist also keine Ausrede, Herr Kollege Wagner, wie Sie vorhin glaubten, uns unterstellen zu können. In den während der Ausschußberatung aufgeworfenen Fragen, beispielsweise stärkere Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Belange im Baubereich – Sie haben Behinderte angesprochen, Kinder, alte Menschen, Probleme des Bauvorlagenrechts, Probleme der Architektenhaftpflicht –, gab es in der Zielsetzung kaum Kontroversen, wohl aber in der Frage, ob wir der Musterbauordnung vorgreifen und diese sehr schwierigen, teilweise die Verfassung tangierenden Probleme jetzt schon anpacken sollten.

Den Fraktionen von CDU und FDP kam es darauf an, jetzt das zu erledigen, Herr Kollege Wagner, was auch bei einer künftigen größeren Änderung unstrittig sein dürfte und was insbesondere Verbesserungen für den Bürger und für die am Baugeschehen Beteiligten mit sich bringt. So dürfen wir unsere Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen – die positiven Dinge dort haben Sie nämlich nicht erwähnt –, daß die von Ministerpräsident Werner Zeyer in seiner Regierungserklärung bekundete Absicht, vor jeder neuen gesetzgeberischen Maßnahme sorgfältig zu prüfen, ob ihr Ziel durch eine Verbesserung der Anwendung des geltenden Rechts erreicht werden kann, in dieser Novelle ihren Niederschlag gefunden hat.

Durch die Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen im § 93, wonach bei Baugenehmigungsverfahren die Zustimmung oder das Einvernehmen anderer Körperschaften, Behörden oder Dienststellen dann als erteilt gelten, wenn diese nicht innerhalb von zwei Monaten unter Angabe von Gründen verweigert werden, ist sicherlich ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Das können Sie nicht bestreiten, weil damit das Genehmigungsverfahren beschleunigt wird.

Eine weitere wichtige Änderung, die eine gerechtere Behandlung des Bürgers ermöglicht, ist in § 67 vorgenommen worden. Nach bisher geltendem Recht konnten die Bauaufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Gemeinden verlangen, daß jemand, der auf seinem Baugrundstück oder in zumutbarer Entfernung keine Parkeinrichtungen schaffen konnte, einen Ablösebetrag an die Gemeinde zahlte, bei dessen Berechnung – und das war entscheidend – die im gesamten Gemeindegebiet für die Schaffung von Ersatzparkeinrichtungen ermittelten durchschnittlichen Herstellungskosten zugrunde gelegt waren. Es ist nicht einzusehen, daß Bürger, in deren Bereich Ersatzmaßnahmen mit einem erheblich geringeren Kostenaufwand errichtet werden, den gleichen Betrag zahlen sollen wie die, in deren Bereich beispielsweise eine Tiefgarage errichtet werden muß. Deshalb ist die Bestimmung, nach der die Gemeinden das Gemeindegebiet in Gebietszonen einteilen können, richtig und sinnvoll. Ich bin sicher, daß auch die Gemeinden diese Änderung begrüßen werden.

Auch die weiteren Änderungen haben unsere Zustimmung gefunden, weil sie eine größere Rechtssicherheit, zum Teil

(Abg. Ganz)

auch eine Minderung des bürokratischen Aufwandes mit sich bringen. Im einzelnen brauche ich darauf nicht mehr einzugehen, der Berichterstatter hat dies bereits getan.

Wir meinen, mit diesem Gesetz sind kleine, aber doch wesentliche Schritte zur Verbesserung des Bauordnungsrechts getan, und wir, die Fraktionen von CDU und FDP, werden deshalb dem Gesetz unsere Zustimmung in Zweiter und letzter Lesung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat der Abgeordnete Mann.

Abg. Mann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorgelegte Änderung der Landesbauordnung ist zum Teil recht technischer Natur. So haben sich in der Praxis Schwierigkeiten beim Begriff des Vollgeschosses und des Bauwuchs ergeben. Die hier vorgelegte Definition ist klarer gefaßt und praxisnah.

(Zurufe von der SPD.)

Es ist kein Wahlkampf. Sie wissen das sehr genau, Herr Wagner, wir sind beide vom Fach. Ich habe Sie so verstanden, daß mit dem Bauen sehr wenig Wahlkampf geführt wird. Ich bin schon froh, daß Sie nicht zu mir sagen: „Jetzt lügen Sie nicht, wenn Sie da vorn hingehen“, wie es Ihre Frau Kollegin vorhin gemacht hat. Ich hätte ihr etwas anderes dazu gesagt. Da hätte Sie sicher sein können. Herr Hügel hat sie nicht verstanden. Er hätte auch nicht geglaubt, daß die Frau Kollegin Granz ihm so schlimme Worte voraussagt, bevor er ein Wort gesagt hat.

(Unruhe. – Sprechen. – Glocke des Präsidenten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zurück zu meinem Thema. Ferner wurde die Möglichkeit geschaffen, zum Zwecke unterschiedlicher Erhebung von Ablösebeträgen das Gemeindegebiet in Zonen einzuteilen. Die bisherige Regelung war zu starr, denn für die Berechnung des Ablösebetrages waren die im gesamten Gemeindegebiet ermittelten durchschnittlichen Herstellungskosten zugrunde gelegt. Diese Regelung führte zu unterschiedlichen, zum Teil nicht sachgerechten Belastungen. Die gefundene Lösung stellt sicher, daß für die Ermittlung der durchschnittlichen Herstellungskosten das Gemeindegebiet gesondert in Gebietszonen eingeteilt werden kann, so daß regionale Besonderheiten berücksichtigt werden können.

Weitere Regelungen betreffen die Zulassung und die Altersgrenze von Prüfingenieuren für Baustatik. Hier ist eine Normierung nötig geworden, da die bisherige Regelung nicht rechtssicher war. Ganz erhebliche Bedeutung haben Geset-

zesänderungen, die der Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens dienen. So gilt eine erforderliche Zustimmung einer anderen öffentlichen Stelle dann als erteilt, wenn diese Stelle nicht innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens ihre Zustimmung mit einer Begründung verweigert hat.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, daß demnächst eine Änderung des Bundesbaugesetzes ansteht, die dann auch Auswirkungen auf das Bauordnungsrecht in unserem Lande haben wird. Eine weitere Novellierung der Landesbauordnung scheint demnach vorgezeichnet zu sein. Ich halte aber gleichwohl die jetzige Novelle für sinnvoll, da sie dem Bürger dient und durch ihren praxisnahen Bezug maßgeblich zur schnelleren Bearbeitung von Bauanträgen beitragen wird.

Und nun zu Ihrem Vortrag, Herr Kollege Wagner. Wir haben im Ausschuß sehr sachbezogen diskutiert, waren uns in vielen Punkten einig und waren auch der Meinung, daß es notwendig wäre, hier eine Novellierung zur praktischen Handhabung vorzunehmen. Wir waren zum Beispiel der Meinung, daß eine zehnjährige praxisbezogene Berufserfahrung notwendig wäre, daß dies entgegen dem Vorschlag der Landesregierung fast gleichlaufend mit dem Alter wäre. Wir hatten auch keine sehr großen Unterschiede bei der Altersbemessung der Prüfingenieure beim achtundsechzigsten Lebensjahr. Der Vorschlag der Opposition war fünfundsechzig plus die Möglichkeit, durch die Vorlage eines Arztes eine dreijährige Verlängerung zu bewerkstelligen.

Wir waren der Meinung, daß die Vermessungsstellen richtig wären, weil dort auch die Verantwortung liegt und weil in der Vergangenheit sehr viele Unterschiede und Mißstände eingetreten sind, da Vermessungen durchgeführt worden waren, die gar nicht Rechtens waren und für die niemand die Verantwortung hatte.

Wir sind der Meinung, daß die kleine Novelle, die wir zur rechten Zeit heute beraten, sehr sachbezogen ist. Und wir wissen, daß wir, wenn das Bundesbaugesetz geändert wird, das heißt, die Musterbauordnung geändert wird, bereit sind, auch hier Änderungen vorzunehmen. Wir wissen, daß die Beratungen nicht sehr lange gedauert haben, sie können aber dennoch intensiv und ordentlich gewesen sein.

Sie haben Möglichkeiten für behindertengerechteres Bauen vorgeschlagen. Ich habe von meiner Bank aus eingeworfen, daß nach meinem Dafürhalten die gesetzlichen Grundlagen dafür ausreichend sind, sie müßten in unserem Land nur einmal ausgeführt werden. Ferner haben Sie darauf hingewiesen, daß wir mehr für ein altengerechtes Bauen tun müßten. Da bin ich der Meinung, daß nicht der Gesetzgeber angesprochen werden sollte, sondern daß es genügend andere Institutionen gibt, etwa die freien Wohlfahrtsverbände, die das sehr wohl erkannt haben und auch ausführen. Auch Baugesellschaften führen es aus, und zwar in Stadtkernen. Man geht ja heute davon aus, daß die älteren Menschen nicht mehr außerhalb des Bewegungsbereiches jüngerer Menschen leben wollen, sondern daß man sie in den Stadtkern einbeziehen sollte. Da wurden auch vom Bund Fördermittel gegeben, daß man Wohnungen für ältere Menschen durch Zuschüsse innerhalb der Stadtsanierung einplanen und bauen

(Abg. Mann)

kann. Altbausanierung, Stadtkernsanierung — all das wird in unserem Land gehandhabt.

Sie haben dann bemängelt, daß das Bauhandwerk zu teuer ist. Das ist allgemein zu bemängeln. An wen man da Vorwürfe richten kann, mag dahingestellt sein, ich glaube aber, am allerwenigsten an die Regierung dieses Landes. Wir sind stolz darauf — das haben Sie auch gesagt —, daß wir im Saarland mit der Zahl der Eigenheimbesitzer an der Spitze liegen. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß in unserem Land eine weitaus größere Zahl von Arbeitnehmern Eigenheime haben als im gesamten Bundesgebiet.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der SPD.)

Das ist der Fleiß und die Tüchtigkeit der Arbeitnehmer in diesem Lande, die wir genauso vertreten wie Sie, Herr Kollege Saar.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der SPD.)

Die Opposition in diesem Hause kritisiert immer. Sie kritisiert, es werde nichts getan, es werde zuwenig getan, heute kritisiert sie hier, daß wir zu schnell handeln und daß wir etwas zu früh tun. Wir sind der Meinung, daß die Beratung und Anhörung ergeben hat, daß die Novellierung notwendig ist, daß sie zum richtigen Zeitpunkt kommt. Meine Fraktion stimmt aus diesem Grund der Gesetzesvorlage zu.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Schacht.

Minister Schacht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal den Mitgliedern des Ausschusses herzlich danken, daß sie die Verabschiedung dieser kleinen Novelle der Bauordnung am Ende dieser Legislaturperiode noch möglich machen. Ich habe anläßlich der Ersten Lesung Ihnen bereits dargelegt, welche Gründe die Landesregierung veranlaßt haben, den Entwurf des Änderungsgesetzes zur Landesbauordnung noch kurz vor Ende der Legislaturperiode einzubringen. Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Lindner, hat diese Gründe auch noch einmal genannt. Ich hätte es mir ersparen können, darauf zurückzukommen, wenn der Abgeordnete Hans Georg Wagner nicht so getan hätte, als habe er sie überhört.

Meine Damen und Herren, es gab bei der Anwendung einiger Vorschriften Schwierigkeiten, insbesondere bei der Begriffsbestimmung des Vollgeschosses. Es mußte ein Beschluß des Oberverwaltungsgerichtes des Saarlandes hinsichtlich der Bestellung von Prüfingenieuren für Baustatik berücksichtigt werden. Es war eine gesetzliche Regelung des Sachverständigenwesens erforderlich, und es ging schließlich — ich be-

trachte das als das wichtigste, ich unterstreiche dies als das wichtigste — um die Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens und um die Erleichterung der Abnahmetätigkeit der Bauaufsichtsbehörde.

Ich habe es bei der Ersten Lesung sehr deutlich gesagt und mache noch einmal darauf aufmerksam, daß längst nicht alle Probleme gelöst sind, die mit dem Vollzug des Bauordnungsrechts verbunden sind. Vielmehr — das ist auch ganz klar gesagt worden — ist diese kleine Novelle ein erster Schritt. Herr Kollege Wagner, ich meine, Sie haben zu Recht aufgezeigt, was man noch alles tun kann. Wir sprechen von einer kleinen Novelle, von einem Vorziehen von Änderungen von Vorschriften, die leicht über die Bühne zu ziehen sind. Sie aber halten einen großen Vortrag über das, was mit der großen Änderung alles erreicht werden soll. Das könnte jeder tun. Das ist aber nicht der Sinn. Wir sagen, die weniger strittigen Probleme, die man in zwei Monaten im Parlament behandeln kann, sollten über die Bühne gebracht werden.

Wenn Sie sagen, das sei hopplahopp geschehen, dann muß ich Sie auf die Ausführungen des Berichterstatters verweisen, der erklärt hat, daß sich der Ausschuß in fünf Sitzungen mit der kleinen Novelle befaßt und darüber beraten hat. Sie sollten also mit solchen Redensarten ein bißchen vorsichtiger sein. Die kleine Novelle wurde, wie gesagt, in fünf Sitzungen beraten. Wenn da einer hopplahopp sagt, dann blamiert er ein bißchen das Parlament in der Öffentlichkeit.

(Zurufe von den Regierungsparteien: Dazu kam die Arbeit in den Arbeitskreisen.)

In den Arbeitskreisen wurde auch beraten, und auch die Fraktionen haben sich damit befaßt.

Herr Kollege Wagner, Sie haben selbst gesagt, daß eine große Novelle mehr Zeit beanspruche. Sie haben auch einige Punkte aufgezeigt, wobei Sie gleich auf die unterschiedlichen Meinungen bei uns und bei Ihnen aufmerksam gemacht haben. Das alles wird man natürlich nicht in zwei Wochen erledigen können. Da wird die Beratung schon mehrere Monate dauern. Sie haben selbst darauf hingewiesen, daß die Parlamentsarbeit erst nach den Sommerferien einsetzen soll. Sollen aber unsere Bürger jetzt vielleicht ein Jahr auf die Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens warten, das hiermit erreicht wird? Sollen unsere Bürger darauf warten? Ich muß ganz offen sagen, ich bin enttäuscht, daß Sie bei einer so rein sachlichen Frage Oppositionspolitik machen. Hier lohnt es sich bestimmt nicht, zumal es zum Nachteil der Bürger unseres Landes geschieht.

Hier wird immer so viel von Schwerbehinderten geredet, insbesondere wenn Herr Wagner hier vorne steht. Meine Damen und Herren, das Los der Schwerbehinderten ist ein schweres. Aber diese Landesregierung hat über das, was in unserem Gesetz steht, hinaus in den letzten Jahren alljährlich Mittel im Haushalt eingesetzt — Sie haben sie bewilligt —, die für die Verbesserung der Situation der Schwerbehinderten bei den Betrieben und in den öffentlichen Gebäuden verwandt werden sollten.

(Zurufe von der SPD.)

(Minister Schacht)

Herr Triem, ich kann Ihnen eine Liste von mindestens hundert Maßnahmen, die durchgeführt worden sind, heute nachmittag – ich werde es holen lassen – vorlegen. Wenn in diesem Parlament der parlamentarische Geschäftsführer einer Fraktion der Landesregierung vorwirft, daß in diesem Hause die Schwerbehinderten nicht in alle Räume könnten, dann scheint mir das doch ein Witz zu sein, Herr Kollege. Für den Landtag ist die Landesregierung in dieser Frage nicht zuständig. Meine Herren bauen hier nur, wenn sie den Auftrag vom Landtag bekommen. Von Ihrer Fraktion sitzen doch auch Mitglieder im Präsidium des Landtages. An die sollten Sie sich in dieser Frage einmal wenden.

(Zurufe von der SPD.)

Die Landesregierung kann nur bauen, wenn sie einen Auftrag dazu bekommt. Sie können ihr da keinen Vorwurf machen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Georg Wagner (SPD).)

In meinem Hause, Herr Kollege Wagner, sind über achtzehn Prozent der Beschäftigten Schwerbehinderte. Aber das nur ganz nebenbei.

Lassen Sie mich noch einmal auf das hinweisen, was mit der großen Änderung der Bauordnung erreicht werden soll. Die Ministerkonferenz der AG Bau hat in ihrer Sitzung im November des vergangenen Jahres die Fachkommission Bauaufsicht beauftragt, eine neue Musterbauordnung bis Ende dieses Jahres zu erstellen und dabei folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: größtmögliche Effizienz, Sicherung der Einheitlichkeit, Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens, Verringerung des Verwaltungs- und Kostenaufwands.

Die Fachkommission, in der aus meinem Hause der Leiter meiner Obersten Bauaufsichtsbehörde vertreten ist, hat zwischenzeitlich die Arbeit aufgenommen und bereits einen ersten Entwurf erstellt, der noch mit den Spitzenverbänden erörtert werden muß. Es ist bereits jetzt abzusehen, daß die Musterbauordnung von 1955, auf der unsere Landesbauordnung beruht, eine wesentliche Straffung und Vereinfachung des Bauordnungsrechtes bringen wird.

Mein Haus wird auf dieser Grundlage in der nächsten Legislaturperiode die große Änderung der Landesbauordnung betreiben. Dabei könnten die jetzt von seiten der Verbände auf unseren Wunsch hin zurückgestellten Änderungswünsche vorgebracht werden. Ich weiß, daß Änderungswünsche auch im Ausschuß vorgebracht worden sind; Herr Kollege Wagner hat hier ja auch einige genannt. Soweit ihre Berücksichtigung aus Zeitgründen bei dieser kleinen Novellierung nicht mehr möglich war, werden sie bei der Gesamtnovellierung nochmals zur Sprache kommen. Ich meine, dafür sollte man Verständnis haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend nochmals feststellen, daß bereits diese kleine Novelle den Vollzug des Bauordnungsrechtes erleichtert und zu einer Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens führen wird. Ich freue mich, daß diese Arbeit zum Nutzen unserer Bürger noch vor Ende der Legislaturperiode erledigt werden kann. Darum bitte ich

Sie sehr herzlich, diesem Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung zuzustimmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich noch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Herrn Klaus Matthiesen, begrüßen, der uns die Ehre gibt, unserer Sitzung auf der Zuschauertribüne beizuwohnen.

(Beifall des Hauses.)

Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 7/2153 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 7/2153 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? – Ich stelle keine Enthaltung fest. Ich stelle fest, daß der Abänderungsantrag des Ausschusses für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Danke, Enthält sich jemand der Stimme? – Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Ich rufe auf Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den Antrag des Finanzministers betreffend Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 1979 (Drucksache 7/2137).

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Hein.

Abg. Hein (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Ausschuß mit der Übersicht über die Haushaltsüberschreitungen befaßt. Besonderheiten haben sich nicht ergeben. Wir empfehlen Ihnen Zustimmung.

Präsident Schnur:

Wird das Wort zur Aussprache gewünscht? – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

(Präsident Schnur)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 7/2137. Wer für die Annahme der Drucksache ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Stimmt jemand dagegen? – Keine Gegenstimme. Enthält sich jemand der Stimme? – Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 7/2137 einstimmig angenommen ist.

Ich rufe auf Punkt 6 der Tagesordnung, der vorgezogen ist:

Ausprache über die aktuelle arbeitsmarktpolitische Situation im Saarland.

Der Herr Ministerpräsident bittet namens der Landesregierung, eine Regierungserklärung abgeben zu dürfen. Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsident Zeyer.

Ministerpräsident Zeyer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In letzter Zeit sind unterschiedliche und zum Teil tendenziöse Aussagen zur Arbeitsmarktlage und zur wirtschaftlichen Situation des Saarlandes gemacht worden.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD.)

Es erscheint mir deshalb notwendig, für die Landesregierung einen Bericht über die tatsächliche Lage auf dem Arbeitsmarkt und einen Überblick über die Entwicklungsaussichten unserer Wirtschaft vor diesem Hohen Hause abzugeben.

Wer die wirtschaftliche Situation des Saarlandes zu Beginn dieses Jahrzehnts objektiv beurteilen will, darf dies nicht tun, ohne die Ausgangslage zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen Eingliederung in die Bundesrepublik in Rechnung zu stellen. Ich darf daran erinnern, daß unsere Wirtschaft über zwei Jahrhunderte einseitig geprägt war von Kohle und Eisen. Erst nach der späten Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik konnte Anfang der sechziger Jahre mit einer zielstrebigen Umstrukturierung der einseitig ausgerichteten Wirtschaft begonnen werden. Diese Bemühungen wurden zusätzlich erschwert durch die Grenzlage des Landes und die damals noch sehr mangelhaft entwickelte Infrastruktur.

Mitte der sechziger Jahre belasteten die Auswirkungen der weltweiten Kohlekrise mit dem Verlust von rund 40 000 Arbeitsplätzen allein an der Saar die gerade begonnene Aufbauarbeit. Dennoch gelang es, den Verlust dieser für den verhältnismäßig kleinen Arbeitsmarkt sehr hohen Zahl von Arbeitsplätzen auszugleichen. Weit über 40 000 Arbeitsplätze in neu angesiedelten oder erweiterten Betrieben – vor allem im Weiterverarbeitungsbereich – fingen die Verluste nicht nur auf, sondern bewiesen auch, daß es gelang, die saarländische Wirtschaft auf ein breiteres und damit krisensicheres Fundament zu stellen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Kaum waren die Auswirkungen der schweren Kohlekrise überwunden, sah sich die Landesregierung Mitte der siebziger

Jahre vor der Aufgabe, die Folgen der ebenfalls weitweiten Stahlkrise zu meistern.

Diese Aufgabe war besonders schwierig zu lösen, da sich die Hütten in den Händen verschiedener Eigentümer befanden und die zu geringe Größenordnung der stahlerzeugenden Betriebe die internationale Wettbewerbsfähigkeit verhinderte. Mit Hilfe der Bundesregierung und der Gewerkschaften gelang es, die Neuordnung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie in die Wege zu leiten. Die Lösung auf marktwirtschaftlicher Grundlage wird inzwischen von Fachleuten in der Bundesrepublik und in Europa als Modell bezeichnet.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Berücksichtigt man die besondere Situation des Saarlandes – zunächst einseitige Abhängigkeit von der Schwerindustrie, späte Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und eine bis dahin mangelhafte Infrastruktur –, ist ein Vergleich mit der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Bundesländer nicht ohne große Einschränkungen zulässig. Wenn überhaupt, kann die einzige wirtschaftlich ähnlich strukturierte Region der Bundesrepublik – das Ruhrgebiet – als Maßstab herangezogen werden. Dabei hatte das Ruhrgebiet weder den Nachteil der isolierten Grenzlage, noch den der mangelhaften Infrastruktur, noch den der späten Eingliederung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im Vergleich Saarland/Ruhrgebiet schneidet die Saar dennoch erheblich besser ab. Während sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung an der Ruhr in den letzten zehn Jahren ständig weiter verschlechtert hat, hat es im Saarland eine genau umgekehrte Entwicklung gegeben. Ein Gutachten des Institutes der Deutschen Wirtschaft in Köln weist nach, daß das Saarland vom letzten Platz aller Bundesländer in den sechziger Jahren auf den zweiten Platz in den siebziger Jahren geklettert ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Bei diesem Gutachten wurden Wachstum, Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung untersucht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Gradmesser für die wirtschaftliche Leistung und damit auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das Bruttoinlandsprodukt. Es wäre unehrlich, zu behaupten, es sei bereits gelungen, beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner alle Hypotheken unserer Geschichte abzutragen und den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Es ist uns aber gelungen, den Abstand zum Bundesdurchschnitt ganz erheblich zu verringern.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Während das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1970 bis 1979 im Bundesdurchschnitt von 100 auf 205 Punkte stieg, erhöhte es sich im Saarland sogar auf 214 Punkte. Das Saarland liegt damit knapp hinter Bayern an zweiter Stelle aller Bundesländer.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

(Ministerpräsident Zeyer)

Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen erreichte nur 197 Punkte und liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir sind also dabei, beim Bruttoinlandsprodukt mit großen Schritten den Abstand zum Bundesdurchschnitt zu verringern. So ist es uns bei den Bruttoeinkommen bereits gelungen, bis auf ein Prozent an den Bundesdurchschnitt heranzukommen. Bei den Löhnen und Gehältern in der Industrie, dem Schwerpunkt der saarländischen Wirtschaft, liegen wir bei den Angestellten um 2,4 Prozent und bei den Arbeitern sogar um 4,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Diese Tatsache ist nicht darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Branchen im Saarland mehr bezahlen als die Branchen im Bundesgebiet, sondern darauf, daß wir im Saarland einen höheren Anteil von Branchen haben, die überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter bezahlen. Es muß als positive Folge der Wirtschaftspolitik gewertet werden, daß es gelungen ist, vor allem solche Betriebe zu halten oder anzusiedeln, die überdurchschnittliche Löhne und Gehälter zahlen. Besonders ist dabei hervorzuheben, daß die Stundenlöhne in den neu angesiedelten Betrieben die in der Industrie der Bundesrepublik im Durchschnitt gezahlten Stundenlöhne um neun Prozent übertreffen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Vergleich der Nominallöhne ist aber noch nicht hinreichend. Entscheidend sind vielmehr die Reallöhne. Leider gibt es keine umfassenden und gut abgesicherten Preisniveauvergleiche. Aber die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, daß das Preisniveau im Saarland unter dem Bundesdurchschnitt liegt, insbesondere wegen der geringeren Wohnkosten.

Meine Damen und Herren, im Rahmen unserer Wirtschaftspolitik gilt die größte Aufmerksamkeit der Entwicklung des Arbeitsmarktes im Saarland. Im letzten Jahr sind auf diesem Gebiet unbestreitbare Erfolge erzielt worden. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote konnte von 7,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 1978 auf 6,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 1979 gesenkt werden und liegt damit auf dem niedrigsten Niveau seit vier Jahren.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß in diesen 6,5 Prozent auch 2 600 über Sozialpläne abgesicherte Personen enthalten sind; das sind 11,4 Prozent aller Arbeitslosen an der Saar. Ohne die über Sozialpläne Abgesicherten, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, liegt die Arbeitslosenquote bei uns bei 5,8 Prozent.

Es ist außerdem zu berücksichtigen, daß das Saarland in großem Umfang Arbeitsplätze für Lothringer und Rheinland-Pfälzer zur Verfügung stellt. Die Zahl der täglichen Einpendler aus Frankreich beträgt etwa 9 000. Nach den Unterlagen der

saarländischen und rheinland-pfälzischen Finanzbehörden bestanden im Jahre 1977 über 29 000 Arbeitsverhältnisse von Rheinland-Pfälzern bei saarländischen Arbeitgebern, dagegen nur rund 6 500 Arbeitsverhältnisse von Saarländern bei Arbeitgebern in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, war im Saarland besonders groß. Sie konnte im Jahre 1979 um dreißig Prozent gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. Auch die Jugendarbeitslosigkeit erreichte den niedrigsten Stand seit vier Jahren.

(Abg. Kasper (SPD): Die höchste aller Bundesländer!)

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter zwanzig Jahren lag im letzten Jahr sogar unter der allgemeinen Arbeitslosenquote.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der bemerkenswerte Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land ist nicht zuletzt eine Folge des Ausbildungsplatzprämienprogramms der Landesregierung.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

In den letzten drei Jahren wurden durch dieses Programm rund 8 000 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Mit der Zunahme an Ausbildungsplätzen liegt das Saarland im letzten Jahr an erster Stelle aller Bundesländer.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Während die Steigerung gegenüber dem Vorjahr im Bereich der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in unserem Land über zwölf Prozent betrug, lag sie im Bundesdurchschnitt bei nur rund acht Prozent.

In letzter Zeit ist behauptet worden, der Anteil der schwervermittelbaren Arbeitslosen sei im Saarland größer als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zu den Arbeitslosen insgesamt schneiden die Problemgruppen im Saarland aber nicht schlechter ab. Der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag nach den letzten vorliegenden Vergleichszahlen vom Mai 1979 im Bundesgebiet sogar höher, nämlich bei 33,8 Prozent gegenüber 29,4 Prozent im Saarland. Der Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung war etwa gleich. Nur der Anteil der über 55jährigen lag um vier Prozentpunkte und der Anteil der mehr als ein Jahr Arbeitslosen um neun Prozentpunkte über dem entsprechenden Bundeswert. Ohne die über Sozialpläne abgesicherten Arbeitslosen lagen aber auch diese Anteile im Saarland wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

(Ministerpräsident Zeyer)

Was die Beschäftigungslage der Frauen im Saarland angeht, meine Damen und Herren, sind auch hier Fortschritte erzielt worden. Seit 1978 ist die Anzahl arbeitsloser Frauen in unserem Land insgesamt ständig zurückgegangen. Vergleicht man beispielsweise die Werte vom September 1979 mit denen vom September 1978, so läßt sich ein Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit um rund elf Prozent feststellen. Bis zum Februar dieses Jahres ging sie um weitere zwei Prozent zurück. Alles deutet darauf hin, daß es gelingen wird, auch auf diesem Gebiet weitere Erfolge zu erzielen. Das von der Landesregierung gestern beschlossene „Programm zur Schaffung von zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen“ wird hierzu beitragen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Auch die Ausbildungsplatzförderung für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen wird die Arbeitsmarktchancen für Frauen verbessern.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir können davon ausgehen, daß die auch uns noch nicht befriedigende Situation auf dem saarländischen Arbeitsmarkt sich weiter verbessern wird. Ein deutliches Zeichen dafür ist die vom Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz/Saarland gemeldete Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse um rund 10 000 allein innerhalb eines Jahres.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hierfür spricht auch der Rückgang des Wanderungssaldos. Die Zahl der Abwanderungen aus dem Saarland ging von rund 4 500 im Jahre 1978 auf etwa 1 000 im letzten Jahr zurück.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ein weiteres Anzeichen für den Aufwärtstrend der saarländischen Wirtschaft ist auch die hohe Zahl von Betriebsneugründungen. Im Jahre 1979 sind über 300 Betriebe in unserem Land neu entstanden. Insgesamt ist bei den saarländischen Unternehmern ein erfreulicher Anstieg des Selbstbewußtseins festzustellen. Auf Grund ihrer Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und der Qualität ihrer Produkte schätzen sie ihre zukünftigen Marktchancen zuversichtlich ein. Dies hat eine Unternehmerbefragung der Industrie- und Handelskammer ergeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Auch die Erwartungen, die man an die Entwicklung der saarländischen Stahlindustrie knüpft, sind positiv. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß wir dabei sind, die schwierige Aufgabe der Neuordnung des Stahlbereichs planmäßig zu lösen. In diesem Bereich wird für das neue Blasstahlwerk in Völklingen insgesamt nach der bisherigen Übersicht eine Summe von rund 600 Millionen DM investiert.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die erste Ausbaustufe dieses neuen Stahlwerkes wird noch Ende dieses Jahres in Betrieb genommen werden.

Bis Mitte der achtziger Jahre wird für den Aufbau der gemeinsamen Roheisenproduktion und der Zentralkokerei wenigstens eine Milliarde DM investiert werden. Die Saarbergwerke stellen bis 1984 1,5 Milliarden DM zum Ausbau des Unternehmens bereit. Diese enormen Mittel werden sich zu etwa sechzig Prozent in Aufträgen für saarländische Unternehmen vor allem im weiterverarbeitenden Bereich niederschlagen. Es liegt auf der Hand, daß die damit verbundene weitere Belebung der saarländischen Wirtschaft ein erhöhtes Angebot an Arbeitsplätzen mit sich bringen wird.

Meine Damen und Herren, die erfreuliche Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Saarland, die ich hier anhand von Tatsachen belegt habe, wird die Landesregierung nicht dazu verleiten, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Es ist zwar viel erreicht worden. Es bleibt aber auch noch viel zu tun. Die Landesregierung wird weiter mit Nachdruck die Wachstumskräfte der saarländischen Wirtschaft in den achtziger Jahren stärken und die gegenwärtig noch bestehenden Probleme schrittweise lösen. Durch gezielte Förderung des Mittelstandes sollen die unternehmerischen Reserven des Landes besser genutzt und das Wachstum auf eine breitere Basis gestellt werden.

Die Landesregierung wird darauf drängen, daß die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ weiterhin erhalten bleibt und noch weiter verbessert wird. Die Landesregierung wird auch dazu beitragen, daß die sich im Energiebereich ergebenden Chancen für das Saarland konsequent genutzt werden. Daraus ergeben sich neue technologische Impulse für die saarländische Wirtschaft.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, daß es anläßlich der heutigen Debatte notwendig war, eine nüchterne und sachliche Darstellung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zu geben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich habe die erzielten Erfolge aufgezählt und die noch bestehenden Probleme nicht verschwiegen. Auf das, was wir trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen dank des Fleißes und der Tüchtigkeit unserer Bevölkerung gemeinsam erreicht haben, können wir stolz sein. Lassen Sie uns auch miteinander die Aufgaben der Zukunft lösen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Läßle. Die Redezeit für Herrn Läßle ist auf Antrag verlängert.

Abg. Läßle (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Aussprache über die Arbeitsmarktsituation im Saarland wurde von uns Sozialdemokraten beantragt, weil wir es für notwendig

(Abg. Läßle)

hielten, im laufenden Wahlkampf zum 27. April deutlich zu sagen, wie die Situation im Saarland wirklich ist, um einmal klarzustellen, daß all das, was derzeit von der Landesregierung läuft, den Tatsachen nicht entspricht.

(Beifall bei der SPD. – Widerspruch bei den Regierungsparteien.)

Der Ministerpräsident hat zum Abschluß seiner Rede darauf hingewiesen, daß er die wirkliche Lage versucht habe darzustellen. Nun, Herr Ministerpräsident, Sie haben die eigentlichen Wahrheiten verschwiegen. Ich werde sie Ihnen im Verlauf meiner Rede sehr deutlich sagen.

Wir haben diese Debatte als Sozialdemokraten in der Landespressekonferenz vor rund vierzehn Tagen beantragt und angekündigt.

(Zuruf. – Heiterkeit.)

Ich würde Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr bitten, auch dem Redner der Opposition so zuzuhören, wie wir es vorhin bei der Rede des Ministerpräsidenten getan haben.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf: Solange es erträglich ist!)

Das ist die Aussage: solange es erträglich ist und wahrheitsgemäß! Nicht Sie haben Wahrheiten gebracht. Sie pachten das Christliche in Ihrem Parteinamen, aber nicht die Wahrheit. Ich beziehe mich hier auf Statistiken, und dazu möchte ich etwas sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Als wir vor vierzehn Tagen diese Debatte in der Landespressekonferenz ankündigten, wurde ich von anwesenden Journalisten ganz überrascht gefragt: Warum ist es denn eigentlich erforderlich, jetzt im saarländischen Landtag erneut über die Arbeitsmarktsituation zu diskutieren,

(Abg. Frank (CDU): Eine sehr gute Frage!)

denn seit Dezember, seit der letzten Debatte hat sich doch überhaupt nichts geändert? Ich habe gesagt: Jawohl, das war eine sehr berechtigte Frage. Es hat sich nichts geändert. Aber warum, wenn sich im Saarland seit Dezember nichts verändert hat, erklären Sie draußen durch Anzeigen, es sei seit Dezember deutlich besser geworden? Die Frage des Journalisten war sehr wohl berechtigt, warum eigentlich eine Debatte, es habe sich ja nichts geändert. Nur einer sieht es anders, ein „Nomen-est-omen-Redakteur“, er sieht es anders, genauso wie seine politischen Freunde in der Landesregierung.

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Warum wohl? Wir brauchen an den 27. April nicht zu erinnern, denn heute ist eine Beilage – rein zufällig – in der Saarbrücker Zeitung – der Kollege Schuh wollte darauf hinweisen –: Zukunftsland Saar. Heute findet beim Verfassungsgerichtshof die Beratung über die Klage der Opposition statt,

weil wir Ihnen verbieten wollen, nach den deutlichen Aussagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 22. März 1977 unzulässig in den Wahlkampf werbend einzugreifen. Sie brauchen das ja gar nicht! Sie haben die Saarbrücker Zeitung, die das für Sie macht!

(Abg. Schuh (CDU): Das ist noch eine Zeitung!)

Ja, das ist noch eine Zeitung! Kollege Schuh, ich würde Ihnen sagen, ich würde dem Wähler draußen sagen und der Bevölkerung: außer dem Titel „Saarbrücker Zeitung“ und der Tatsache vielleicht – das kann ich nicht nachprüfen –, daß sie 1761 gegründet ist, und der Telefonnummer, die ich überprüft habe, sollte man alles sehr, sehr vorsichtig lesen, was in der Zeitung steht.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von den Regierungsparteien.)

Nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokraten wären die Letzten, die sich über einen Aufschwung im Saarland nicht freuen würden. Seit Jahren ist es unser zentrales Bemühen, Sie auf den Weg zu bringen, damit man endlich von einer Trendwende im Saarland sprechen könnte. Aber bislang haben Sie sich solchen Anträgen von uns Sozialdemokraten immer versperrt.

(Beifall bei der SPD.)

Wir betreiben keine Opposition à la Strauß, der wörtlich gesagt hat

(Zurufe von der CDU)

– ich darf doch Ihren Kanzlerkandidaten zitieren –: Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben – –

(Zuruf.)

Die reagieren beim Namen Strauß genauso wie die junge Generation draußen in der Wahlbevölkerung.

(Beifall bei der SPD.)

Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird. – Und der Wirtschaftsminister sagt: sehr gut. Nun, Herr Klumpp, ich muß Ihnen sagen, wenn man heute als Liberaler ein Reifezeugnis von Strauß ausgestellt bekommt: den wahren Liberalen im Lande müßte es eiskalt den Rücken herunterlaufen!

(Beifall bei der SPD.)

Es ist eine der zentralen Aufgaben einer Opposition, Kritik zu üben. Nur, verehrte Damen und Herren von der CDU, wir Sozialdemokraten haben uns nicht nur darauf beschränkt, Kritik zu üben, sondern wir waren eine alternative Opposition mit einer Fülle von Initiativen und Beschlüssen, die wir hier eingebracht haben. – Wenn Sie sagen: zum Teil, dann

(Abg. Läßle)

möchte ich Ihnen folgendes in Erinnerung rufen. Wir haben Novellen eingebracht zum Abfallbeseitigungsgesetz, zum Verfassungsschutzgesetz, zum Rundfunkgesetz. Wir haben mit einer Novelle zum Naturschutzgesetz die Verbandsklage einführen wollen. Wir brachten Novellen ein zum Sparkassengesetz, zum Schulpflichtgesetz. Wir haben uns aber auch die Mühe gemacht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ohne über einen entsprechenden Verwaltungsapparat zu verfügen, vollständige Gesetze einzubringen wie Musikschulgesetz, Krankenhausreformgesetz, Bildungsurlaubsgesetz, Gesetz zur Lernmittelfreiheit. Wir waren es als Sozialdemokraten, die beantragten und die entsprechenden Anstöße zur Verfassungsänderung gegeben haben. Wir haben ein Schulmitbestimmungsgesetz eingebracht, ein Vorschulgesetz, wir wollten gesetzlich die Fahrtkostenübernahme beim Besuch aller Schulen im Land regeln lassen. Wir haben ein Lehrerbildungsgesetz, ein Denkmalschutzgesetz und ein Mittelstandsförderungsgesetz eingebracht. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Ich will Ihnen damit nur deutlich machen, daß wirklich nur Böswillige sagen können, daß wir ausschließlich destruktive Opposition in diesem Land betrieben hätten.

(Beifall bei der SPD.)

Kritik zu üben, ist parlamentarische Aufgabe der Opposition. Die wirtschaftliche Situation im Saarland war noch nie so desolat durch das Verschulden von CDU und FDP. Es gehört zur Aufgabe der Opposition, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Die derzeitige Schönfärberei der Landesregierung ist durch nichts berechtigt und — was das Entscheidende und was das Schlimme ist — sie birgt die Gefahr, daß beim ständigen Verschleiern und Schönfärben der tatsächlichen Lage allmählich auch geglaubt wird, was man sagt. Aber wer die derzeitige Situation falsch einschätzt, ist mit Sicherheit nicht in der Lage, die für die Zukunft notwendigen und richtigen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun, ich will auf einige Dinge eingehen, die der Ministerpräsident jetzt gerade in seiner Regierungserklärung wieder angeführt hat. Er hat angeführt und wiederholt, daß die Beschäftigtenzahl im Saarland um rund 10 000 zugenommen habe. Er bezieht sich dabei auf eine Meldung, daß vom 31. März 1978 bis 31. März 1979 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Saarland um 9 200 zugenommen habe. Die quantitative Zunahme von 9 200 im vorgenannten Zeitraum wurde von uns Sozialdemokraten nie bestritten. Wir haben nur verdeutlicht, wie sie zustande gekommen ist.

(Zuruf von der CDU.)

Nein, wir haben immer gesagt, dies ist ein willkürlicher Zeitabschnitt, der herausgenommen wurde, der keinen Eindruck über die tatsächliche Bewegung auf dem Arbeitsmarkt vermittelt.

(Beifall bei der SPD.)

Der Wirtschaftsminister hat dies als die beste Nachricht des Jahres apostrophiert. Wie sieht diese „beste“ Nachricht denn

aus? Wir hatten deswegen einen so deutlichen Anstieg, weil exakt vorher ein beträchtlicher Einbruch erfolgt ist. Die Zahl also: Ende März 1978 bis Ende März 1979 9 200. Aber ein halbes Jahr vorher, nämlich vom 30. September 1977 bis zum 31. März 1978, hatten wir einen Einbruch von 7 060 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern. Und ich sage Ihnen, es ist im höchsten Maße unredlich, eine Zahl, die zugegebenermaßen in einem bestimmten Zeitraum günstig war, so darzustellen und nicht zu sagen, warum wir vorher einen Einbruch von 7 060 hatten. Ziehen Sie diesen Einbruch ab, dann ist eine Zunahme von knapp über 2 000 vorhanden, die ich Ihnen gern zugestehen möchte, weil einfach junge Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer muß man schon über einen größeren Zeitraum vergleichen. Ich will Ihnen einmal sagen, wie es in fast fünf Jahren — vom 30. 6. 1974 bis zum 31. 3. 1979 — war. Wir hatten in fast fünf Jahren sage und schreibe einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer von 8 175.

(Abg. Klimmt (SPD): Das ist Ihr Ergebnis!)

Das sind einfach die Zahlen, wenn man redliche Politik macht. Der Ministerpräsident sagt, er will die wirklichen Zahlen nennen; aber er hat, wie ich eingangs gegen Ihren Protest gesagt habe, die tatsächlichen und eigentlichen Zahlen in diesem Lande verschwiegen.

(Beifall bei der SPD.)

Die zweite Schönfärberei der Landesregierung: 40 000 Einpendler. Kein Wort davon, daß die Zahl der Einpendler einmal weit höher war, daß sie fortlaufend zurückgeht. Nein, es wird gesagt, wir haben 40 000 Einpendler, als ob wir jetzt so besonders viele Einpendler hätten. Dies ist auch deswegen eine fragwürdige Zahl, weil die Auspendler nicht gegenübergestellt werden. Nun versuchen Sie einmal, exakte Zahlen der Ein- und Auspendler zu bekommen. Die gibt es nicht beim Statistischen Amt, die sind auch nicht bei der Industrie- und Handelskammer, Arbeitskammer oder Handwerkskammer vorrätig, aber die Landesregierung hat sie. Ob tatsächlich oder nicht, aber es hört sich gut an zu sagen, wir hätten 40 000 Einpendler im Saarland. Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, auf, auch einmal zu sagen, wieviele Auspendler wir aus dem Saarland haben. Ziehen wir diese Auspendler von den Einpendlern ab, dann wollen wir einmal sehen, ob überhaupt noch ein Plus übrigbleibt bei uns an der Saar.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Ihre erregten Zwischenrufe sind einfach eine Verhöhnung der Saarländer, die Sonntagabend für Sonntagabend, nur weil sie hier bei der Familie bleiben wollen, hier ein Häuschen haben, in die übrigen Bundesländer gehen, nach Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen, um dort zu arbeiten, weil ihnen diese Arbeit im Saarland vorenthalten wird.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Läßle)

Das ist eine Verhöhnung von den jungen Arbeitnehmern, die die Mühe auf sich nehmen — das können Sie an vielen Fällen nachvollziehen —, jeden Tag eine Strecke vom Saarland bis nach Ludwigshafen oder Frankfurt zu fahren, nur um etwas mehr bei ihren Familien bleiben zu können.

(Beifall bei der SPD.)

Nur Einpendlerzahlen zu nennen, die noch nicht einmal nachprüfbar sind, ohne die Angaben über Auspendler ist unredlich und eine üble, verantwortungslose Schönfärberei, die auch durch einen Wahlkampf nicht erklärt werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Die nächste Meldung: 40 000 neue Arbeitsplätze seien geschaffen. Auch diese Zahl ist nicht zu belegen. Uns wurde in der Arbeit des Parlaments und in den Ausschüssen von Ihnen immer wieder verweigert, nachprüfbare Angaben darüber zu erhalten, wieviele Arbeitsplätze jeweils in welchem Betrieb neu geschaffen wurden. Die Zahlen bekommen wir nicht; von daher sind wir nicht in der Lage, diese Angabe von 40 000 neuen Arbeitsplätzen zu überprüfen. Angaben, die man verantwortungsvoll macht, muß man in einer Demokratie auch der Opposition zur Überprüfung überlassen. Das ist im Saarland nicht machbar.

(Beifall bei der SPD.)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben vorhin in Ihrer Regierungserklärung gesagt, es sei eine erfreulich große Zahl von Betriebsneugründungen zu verzeichnen. Das ist der Fall und dennoch ist auch dies falsch und weniger als die halbe Wahrheit, wenn man nur sagt, wieviel Betriebe neu gegründet wurden, und bei einer gleichen Bestandsaufnahme nicht sagt, wieviel Betriebe denn im Saarland dichtgemacht wurden, eingestellt wurden. Ich sage Ihnen eine nachprüfbare Zahl, Herr Ministerpräsident. Von 1970 bis 1978 wurden 108 Betriebe im Saarland neu angesiedelt, jedoch 145 geschlossen. Was soll das eigentlich, sich hier hinzustellen und in einer Regierungserklärung zu sagen: ich habe tatsächliche Zahlen genannt; diese Zahl ist unbestreitbar, weil sie vom Statistischen Amt so angegeben und nachprüfbar ist. Warum nennen Sie, wenn Sie von Ansiedlungserfolgen sprechen, nicht im gleichen Atemzug, was wir an Stilllegungen hinnehmen mußten? Das wäre redlich von Ihnen gewesen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vorhin davon gesprochen, daß eine große Anzahl von Ausbildungsplätzen neu gefördert wurde. Auch hier gibt es nur Erfolgsmeldungen und eine Verschleierung der Tatsache, Kollege Dr. Becker, daß Ausbildungsplätze noch immer im Saarland schwer zu erhalten sind. Noch immer besteht doch bei uns — trotz der zugestandenen Förderung, die angesprochen wurde — auch für 1979 ein ganz erhebliches Ausbildungsplatzdefizit.

Wie ist die tatsächliche Lage im Saarland? Der Ministerpräsident hat vorhin gesagt, bei der Entwicklung im Saarland dürfe man die Ausgangslage nach der Rückgliederung nicht außer

Betracht lassen. Ich will zunächst einige Angaben zu der von Ihnen angesprochenen Meßzahl des Bruttoinlandsproduktes geben, die Sie sehr richtig als die Meßzahl für die Wirtschaftskraft eines Landes bezeichnet haben. Unmittelbar nach der wirtschaftlichen Rückgliederung, 1960, hatte das Saarland einen Abstand zum Bundesdurchschnitt im Bruttoinlandsprodukt von sechs Prozentpunkten. Unser Hinterherhinken betrug sechs Prozent; das war die Ausgangslage, die wir unmittelbar nach der wirtschaftlichen Rückgliederung hatten. Zehn Jahre später jedoch — nach dieser Ausgangslage eines Rückstandes von sechs Prozent —, 1970, hatten wir ein Hinterherhinken, einen Abstand zum Bundesdurchschnitt im Bruttoinlandsprodukt von zwanzig Prozent. Die Ausgangslage von sechs Prozent minus — Sie hatten gesagt, da war viel aufzuholen — hat sich in den folgenden zehn Jahren um weitere vierzehn Prozentpunkte verschlechtert. Das sind nachprüfbare Zahlen.

Warum dies abgesunken ist, wissen Sie: weil die damaligen CDU- und FDP-Regierungen im Saarland verhindert haben, was schon damals notwendig und auch möglich war, nämlich zu Beginn bis Mitte der sechziger Jahre den Umstrukturierungsprozeß in der saarländischen Wirtschaft einzuleiten. Sie haben das verhindert und haben nicht etwa von 1960 bis 1970 einen Rückstand aufholen können, sondern durch eigenes Verschulden in Ihrer Verantwortung einen noch größeren Rückstand im Saarland hingenommen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun, Herr Ministerpräsident, ich will im Gegensatz zu Ihnen tatsächliche Zahlen nennen. Ich nenne auch die Zahlen, die besser geworden sind im Saarland. Von 1970 bis 1975 ist der Rückstand von zwanzig Prozentpunkten auf neun Prozentpunkte geschrumpft. Das war eine Aufholjagd dieses Landes, die durchaus erfolgreich war, wenn auch ein Rückstand zum Bundesgebiet von neun Prozent noch immer größer als die von Ihnen apostrophierte Ausgangslage 1960 nach der wirtschaftlichen Rückgliederung war.

Nun, wie erfolgreich eigentlich Ihre Ansiedlungspolitik war, beweist dann die Zahl von 1978. Der Abstand, der 1975 noch 9 Prozentpunkte betrug, war 1978 auf 12 Prozentpunkte angestiegen. Schon wieder schlechter geworden! Erfolgreiche Wirtschaftspolitik hier an der Saar — erfolgreich negativ.

1979 war das Wachstum im Saarland wieder leicht stärker als im Bundesdurchschnitt. Das will ich ebenfalls zugestehen, ohne daß sich jedoch dadurch unsere Wirtschaftskraft der des Bundesdurchschnittes wesentlich angenähert hätte. Da sagen Sie, wenn wir auch jetzt noch einen Abstand von 11 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt haben, er 1960 aber nach der wirtschaftlichen Rückgliederung nur 6 Prozent betrug, wir hätten einen großen Abstand aufzuholen gehabt. Nichts haben Sie hier als CDU/FDP aufgeholt. Sie haben selbst bei großen Anstrengungen, die alle miteinander — die Wirtschaft und die Arbeitnehmer dieses Landes — gemacht haben, einen noch weiteren Abstand als bei einer schlechten von Ihnen genannten Ausgangslage 1960 hingenommen oder selber verschuldet.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Läßle)

Auf einen anderen Punkt sind Sie gar nicht eingegangen, das ist die Wanderungsbilanz, die ja auch ein Zeichen und ein Hinweis dafür ist, wie sich die wirtschaftliche Situation eines Landes darstellt. Herr Ministerpräsident, nachprüfbare Zahlen von 1969 bis 1978: In zehn Jahren haben wir 56 637 Saarländer mehr an andere Bundesländer verloren, als von anderen Bundesländern zu uns kamen. Dies sind tatsächliche Zahlen, die man dann, wenn man Zahlen nennt, auch angeben muß. Bei diesen über 56 000 waren rund 40 000 Erwerbspersonen. Das ist eine traurige Bilanz. Ich sage Ihnen noch einmal: Dies war ein Austreiben aus dem Saarland. Wenn Sie das eine erfolgreiche Politik nennen, dann muß der Wähler Sie daran hindern, so etwas im Lande weiterzumachen.

(Beifall bei der SPD.)

Aber jetzt sollen wir ja, wie verkündet wird, eine Trendwende haben. Da hören Redakteure etwas wachsen — —

(Zuruf von der CDU.)

Nein, ich nenne Ihnen auch die neueste Zahl des Statistischen Amtes, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich nehme an, es ist die neueste Zahl. Sie ist ausgegeben am 12. Februar 1980. Für das erste Halbjahr 1979 haben wir weiterhin eine negative Wanderungsbilanz von 2 066 Personen. Darunter waren rund 1 800 Erwerbspersonen. Welch eine Trendwende! Das ist eine Verhöhnung — —

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Sie sagen, das stimme nicht. Ich gebe Ihnen nachher die statistischen Berichte. Jede Zahl, die ich hier nenne, ist nachprüfbar. Diese Zahl ist vom Statistischen Landesamt, ausgegeben am 12. Februar 1980. Prüfen Sie das nach.

(Zuruf des Abgeordneten Mann (FDP).)

Nun, eine Trendwende wäre da, wenn aus der negativen eine positive Wanderungsbilanz geworden wäre. Eine Trendwende wäre es dann, wenn man hier aus dem Saarland nicht mehr auswandern müßte, weil wir hier nicht genügend Arbeit haben. Eine Trendwende wäre es dann, wenn junge Saarländer hier im Saarland arbeiten könnten, und eine Trendwende wäre es dann, wenn wir von einer negativen zu einer positiven Wanderungsbilanz gekommen wären. Nichts ist der Fall.

(Beifall bei der SPD.)

Dritter Bereich — von Ihnen, Herr Ministerpräsident, angesprochen —: die Arbeitslosenquote. 1972 hatten wir auf Bundesebene 1,1 Prozent Arbeitslose im Durchschnitt, bei uns an der Saar 1,5 Prozent. Dann gab es einen Anstieg bis zur Höchstquote im Bund 1975 von 4,7 Prozent, bei uns im Saarland von 6,1 Prozent. Von 1975 bis 1978 war es im Bundesdurchschnitt rückläufig, und zwar von 4,6 auf 4,5 und dann auf 4,3 Prozent; allerdings nicht bei uns im Saarland. Bei uns im Saarland sind auch in den Jahren 1976, 1977 und 1978 die Arbeitslosenzahlen angestiegen über 6,7 Prozent, 7,2 Prozent bis zu 7,6 Prozent — erstmals, weil ich wirkliche Zahlen nenne. 1979 gab es im Saarland einen Rückgang auf 6,5 Pro-

zent, aber auch im Bund, nämlich auf 3,8 Prozent. Dies ist ein eindeutiger Ausfluß der verbesserten gesamtwirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Der konjunkturelle Trend in der Bundesrepublik war im gesamten Jahr 1979 eindeutig nach oben gerichtet. Das Sozialprodukt ist um 4,5 Prozentpunkte gewachsen, weit höher, als ursprünglich erwartet wurde, und weit höher, als nach den starken Ölpreiserhöhungen noch für möglich gehalten wurde. Konjunkturelle Teilerfolge geben jedoch keinen Anlaß, das übergroße Problem der Arbeitslosigkeit bei uns im Lande herunterzuspielen, um von tatsächlich mehr als deprimierenden Zahlen abzulenken. Besser geworden ist es im Saarland. Ich sage: auch im Saarland, aber eben nur im Trend der Bundesrepublik, aber noch nicht einmal voll in diesem. Im Februar 1980 sank die Arbeitslosenquote im Saarland von 6,9 Prozent auf 6,8 Prozent. In unserer einzigen Zeitung, die wir haben, war auf der ersten Seite zu lesen: „Arbeitslosenzahl im Saarland leicht rückläufig“. Und für solche, die auch das Kleingedruckte lesen und jetzt einmal erfahren wollten, was wirklich ist, wie es auf Bundesebene war: Nichts zu lesen! Nichts zu lesen, auch nicht im Wirtschaftsteil. Sie haben zwar von der Reduzierung der Arbeitslosenquote im Saarland von 6,9 Prozent auf 6,8 Prozent lesen können, aber nichts darüber erfahren, wie die Arbeitslosenquote im gesamten Bundesdurchschnitt ist.

(Beifall bei der SPD.)

Sonst stand das drin. Da mußte man überregionale Zeitungen nehmen, um solche Angaben zu erhalten. Aber wer das Kleingedruckte gelesen hat, der konnte feststellen, daß da stand, daß sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei uns im Saarland um 1,7 Prozent verringert habe, während die Arbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt — ich muß sagen, bei einer weit niedrigeren Quote, das stand gar nicht in der Zeitung drin — um 4,2 Prozent abgenommen habe. Obwohl im Saarland eine unterdurchschnittliche Abnahme der Arbeitslosigkeit von Januar auf Februar zu verzeichnen war, bezeichneten die Landesregierung und der verantwortliche Redakteur dies als eine Trendwende.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Besonders gravierend ist bei uns nach wie vor die Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen. Auch im Februar hatten wir 9,4 Prozent arbeitslose Frauen. Im Bundesdurchschnitt waren es 5,3 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug im Februar bei uns 5,9 Prozent, im Bundesdurchschnitt 3,6 Prozent. Wie gravierend die Arbeitsmarktprobleme insbesondere bei den saarländischen Frauen sind, wird deutlich, wenn man sieht, daß die auf Bundesebene höchste Arbeitslosenquote mit einer im Abstand niedrigsten Erwerbsquote der Frauen, die wir im Saarland haben, einhergeht. Von einer Trendwende angesichts — —

(Zuruf von der CDU.)

Der Zwischenruf, es war schon immer so, warum soll es anders werden, nehmen wir es hin, gottgewollt — —

(Weiterer Zuruf von der CDU.)

(Abg. Läßple)

Dieses Gottgewollt, Naturgegeben, das ist das Versäumnis derer, die heute noch regieren. Das werden wir ändern.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Das ist liberale Politik, es war immer so, es soll so bleiben. — Von einer Trendwende angesichts solcher Zahlen auf dem saarländischen Arbeitsmarkt zu sprechen, ist purer Sarkasmus gegenüber denen, die keine Arbeit finden. Sie, Herr Kollege Mann, als Unternehmer und auch der Kollege Schuh als Unternehmer klagen ständig, daß Sie keine Arbeitskräfte finden.

(Zuruf von den Regierungsparteien: So ist es!)

Dazu sagt die Arbeitskammer — ich zitiere —: Wenn Betriebe aus dem großen Umsetzungsprozeß am Arbeitsmarkt keine Arbeitskräfte anwerben können, so ist nach der Attraktivität ihrer Arbeitsplatzbedingungen zu fragen.

(Sehr richtig! bei der SPD. — Abg. Mann (FDP): Herr Kollege Läßple, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Sehr gern.

Abg. Mann (FDP):

Von einer Gruppe hier — ich sage das nicht gerne — wurde ich beschimpft, die Arbeitslosen seien von mir als Faulenzer bezeichnet worden. Dies habe ich noch nie so ausgedrückt, vor allem nicht bei Jugendlichen. Sie haben daraufhin gesagt: Herr Mann, ich habe einen, der auch außerhalb des Landes arbeiten muß. Ich habe Ihnen geantwortet: Dann bringen Sie ihn mir. Was macht er denn? Sie haben dann gesagt, er könne bei mir arbeiten. Meine Antwort: Bringen Sie ihn mir, er kann morgen eingestellt werden, weil wir keine Leute bekommen. Die vorige Woche haben Sie sich bei mir entschuldigt, daß er nicht habe kommen können, daß er nicht da sei, daß er nicht kommen wolle.

Abg. Läßple (SPD):

Was? Kollege Mann, das tragen wir gerne in einer öffentlichen Plenarsitzung aus. Ich bringe den Fall exakt. Ein achtundzwanzigjähriger Mann, der drogenabhängig und deshalb ein Dreivierteljahr in einer Klinik war — —

(Abg. Mann (FDP): Ich habe gesagt, daß ich ihn einstelle.)

Ich sage Ihnen, wie es war. Immer dann, wenn dieser Mann einen Tätigkeitsnachweis bringen mußte und deutlich wurde, daß er drogenabhängig war, bei dem heute aber nichts mehr vorliegt — —

(Zuruf des Abgeordneten Mann (FDP).)

Immer dort, wo er sich vorgestellt hat, wo Arbeitsplätze gesucht wurden, fand man einen Grund, ihn nicht einzustellen. Dann hatten Sie in der Gruppe gesprochen. Montags ging es

nicht, dienstags war er bei dem mir von Ihnen genannten Polier. Jetzt sage ich die Arbeitsbedingungen. Der junge Mann kann nicht in die Höhe steigen. Sie haben sicherlich doch auch Arbeit, bei der er ebenerdig arbeiten kann. Sie haben ihn nicht eingestellt, weil er nicht in die Höhe steigen kann. Sie haben auch einen Grund gefunden, ihn abzulehnen. Ich zitiere noch einmal: Wenn Betriebe aus dem großen Umsetzungsprozeß am Arbeitsmarkt keine Arbeitskräfte anwerben können, so ist nach der Attraktivität ihrer Arbeitsplatzbedingungen zu fragen.

Abg. Mann (FDP):

Herr Läßple, gestatten Sie mir noch eine Antwort. Sie selbst haben mir am Tag danach gesagt: Ich habe mit dem Vater gesprochen, dieser Mann kann nicht zu Ihnen kommen, weil er dort auf einem Gerüst arbeiten muß. Da habe ich Ihnen gesagt, bringen Sie ihn, wir haben auch Arbeit am Boden. Es ist gelogen, wenn Sie behaupten, er wäre bei mir gewesen.

Abg. Läßple (SPD):

Kollege Mann, was Sie sagen, ist nicht wahr, und Sie verwechseln das deswegen, weil ich gesagt habe, er arbeitet in Frankfurt, er kann nicht am besagten Montag zu Ihnen kommen; er war dienstags da.

Abg. Mann (FDP):

Bringen Sie den Mann, ich stelle ihn noch ein.

Abg. Läßple (SPD):

Bei dem Besuch der von Ihnen genannten Gruppe ist Ihnen widersprochen worden, das müssen Sie doch zugeben, weil Sie vielleicht etwas undeutlich formulieren, wenn Sie sagen — was auch der Kollege Schuh immer sagt —: tatsächlich Arbeitslose, die wirklich Arbeit suchen, gebe es im Saarland nicht. Das haben Sie gesagt.

Abg. Mann (FDP):

Darf ich noch eine Bemerkung machen?

Abg. Läßple (SPD):

Nein. Sie können nachher reden. Sie haben dies immer wieder gesagt. Jetzt überdenken Sie das einmal. Sie sagen also: Arbeitslose, die tatsächlich Arbeit suchen, gibt es im Saarland nicht. Das heißt also, wer arbeitslos ist, ist ein Faulenzer,

(Protestrufe bei den Regierungsparteien)

(Abg. Läßple)

denn wenn er Arbeit wollte, würde er sie finden. Solche Formulierungen wurden Ihnen auch in der Gruppe genauso vorgehalten. Nun, das paßt auch exakt zur Äußerung des Wirtschaftsministers: Wir müssen den Marsch in den Faulenzerstaat stoppen. Der Wirtschaftsminister hat am 14. Februar 1979 wörtlich gesagt: „Wir müssen den Marsch in den Faulenzerstaat stoppen.“

(Abg. Mann (FDP): Ja und?)

Das paßt: Ja und? Lesen Sie heute die Beilage der Saarbrücker Zeitung „Zukunftsland Saar“. Den Redakteur will ich nicht namentlich nennen. Ich habe ja das Meine bereits mehrfach dazu gesagt.

(Abg. Dr. Becker (CDU): Das ist Meinungsfreiheit bei Ihnen!)

Ja doch, ich habe doch wohl, Kollege Dr. Becker, ebenso die Freiheit, meine Meinung zu sagen, wie dieser Journalist, der sie dort veröffentlicht.

(Beifall bei der SPD.)

Das nenne ich Meinungsfreiheit. Da wird also wörtlich geschrieben: Jugendliche, die an der Aufnahme von Arbeit interessiert sind, brauchen in der Bundesrepublik heute nicht lange zu suchen, das gilt erfreulicherweise auch für das Saarland. Das heißt auch nichts anderes als: wer Arbeit finden will, der findet Arbeit.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie rufen noch „richtig“. Die 5,9 Prozent arbeitslosen Jugendlichen sind dann nach Ihrer Aussage Faulenzer, weil sie keine Arbeit haben.

(Heftige und andauernde Zurufe von den Regierungsparteien.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum ist es denn nicht möglich, daß man auch einmal einem Redner der Opposition mit Ruhe und Anstand zuhört. Wir haben dem Ministerpräsidenten, obwohl er falsche Zahlen einseitig gebracht hat, ruhig und aufmerksam zugehört. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie sich die richtigen Zahlen genauso anständig und ruhig anhören.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Stingl, gab letzte Woche dem Saarländischen Rundfunk ein Interview. Bei diesem Interview, Kollege Schuh — Sie geht es an —, hat Herr Stingl gesagt, von 7 Millionen Vermittlungen der letzten Jahre hätte es 70 000 Verweigerungen gegeben. Mir wird von dem besagten Journalisten — der darf ja seine Meinung äußern — gesagt, ich beherrsche die Grundrechnungsarten nicht. Ich sage Ihnen: 70 000 von 7 Millionen sind 1 Prozent. 1 Prozent von den 7 Millionen Vermittlungen haben also eine solche Vermittlung nicht akzeptiert. Der Anteil der Faulenzer bei Arbeitslosen — wenn überhaupt; man muß ja auch noch unzumutbare Vermittlungsversuche abziehen; Kollege Mann hat sich ja vorhin in die Auseinandersetzung einge-

schaltet — liegt, wenn man davon sprechen kann, unter 1 Prozent. Und es ist, Kollege Schuh, eine Ungehörigkeit, wenn Sie vorhin in einem Zwischenruf wieder gesagt haben, es stimme auch, jeder, der Arbeit suche, fände bei uns auch Arbeit. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den 7 Prozent, die arbeitslos sind. Das sind keine Faulenzer, bei uns im Land sowenig wie auf Bundesebene.

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Dr. Wicklmayr (CDU):

Ich habe diese Äußerung von Herrn Stingl auch gehört. Er hat gesagt, daß so viele Verweigerungen gemeldet worden sind. Und Sie wissen, daß er in dem Zusammenhang gebeten hat, daß doch weitere Verweigerungen gemeldet werden sollten. Sie dürfen also diese Zahl nicht als eine objektive Zahl darstellen, sondern als die Zahl der gemeldeten Verweigerungen. Ich glaube, das muß man unterscheiden.

Abg. Läßple (SPD):

Herr Kollege Dr. Wicklmayr, ich habe Redezeitverlängerung; ich habe das eine gesagt: Es stimmt, daß er gesagt hat, nicht alle Betriebe melden. Er hat aber auch gesagt, es gibt noch eine stille Reserve bei Arbeitslosen. Ich habe den einen Satz, das müssen Sie zugeben, sehr richtig wiedergegeben. Die beiden anderen, auch den mit der stillen Reserve, habe ich jetzt nicht genannt. Beides kann man nennen. Wenn Sie die stille Reserve dazunehmen, dann wird die Arbeitslosigkeit wieder weitaus höher. Das hätte ich ja auch in dem Zusammenhang sagen können, wenn ich auf alles eingegangen wäre.

(Beifall bei der SPD.)

Nun, die saarländischen Arbeitnehmer stehen im Fleiß und in der Leistungsbereitschaft den Arbeitnehmern anderer Bundesländer nicht nach. Ich bedauere, daß ich mich gegen solche Äußerungen von Ihnen, Herr Schuh, wenden muß. Lassen Sie also solche Äußerungen. Die Arbeitskammer hat die Schönfärberei der Landesregierung zu Recht gerügt durch das Darstellen der tatsächlichen Situation. Sie haben als Landesregierung dann Kritik geübt, die Arbeitskammer hätte nur Daten von Mai 1979, nicht von September 1979, gebracht. Sie haben Kritik geübt, daß im Sozialplan befindliche Arbeitnehmer nicht bei den Arbeitslosenzahlen herausgezogen worden seien. Ich will Ihnen sagen, wenn Sie den Bericht sorgfältig lesen, so wissen Sie selber, daß diese Antwort von Ihnen, Herr Wirtschaftsminister — die erste, es seien also nur Zahlen bis Mai 1979 gebracht worden —, falsch ist.

(Widerspruch von der CDU.)

Doch, der Wirtschaftsminister hat es im Interview des Aktuellen Berichts getan, wir haben das konserviert, das können Sie sich ansehen. Wenn Sie den Bericht gelesen haben, dann wissen Sie, daß die Arbeitskammer die neuesten Daten sehr wohl hatte, aber die Vergleiche mit anderen Bundesländern

(Abg. Läßle)

hat sie — weil eben bei anderen Bundesländern vergleichbar nur die Mai-Daten vorlagen — auf der Basis der Mai-Daten gezogen. Dies ist sicherlich legitim und war auch richtig so.

(Abg. Dr. Becker (CDU): Das ist nicht aktuell.)

Dann nenne ich Ihnen aktuelle Zahlen. Sie sagen, die im Sozialplan befindlichen Personen seien nicht alle dabei abgezogen. Im Arbeitsamtsbereich Neunkirchen haben wir derzeit 6 850 gemeldete Arbeitslose. Davon befinden sich 350 im Sozialplan. Das würde die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbereich Neunkirchen von 6,8 auf 6,4 Prozent reduzieren. Bei dem erwähnten SR-Interview hat Herr Stingl zugestanden — ich will noch einmal darauf kommen —, daß es sicher mehr Arbeitslose gäbe, weil sich viele nicht beim Arbeitsamt meldeten oder dort erfaßt seien, was insbesondere für Jugendliche zutrefte. In der Tat ist diese „stille Reserve“ im Saarland trotz der höchsten Arbeitslosigkeit auch noch am größten. Die stille Reserve von Arbeitskräften, die erwerbswillig sind, aber beim Arbeitsamt deswegen nicht gemeldet sind oder vorstellig wurden, weil sie bei einer solchen Arbeitslosenquote, wie wir sie im Saarland haben, keine reelle Chance auf einen Arbeitsplatz sehen!

Nachprüfbar ist dies an der absolut niedrigsten Erwerbsquote, die wir als Saarländer haben. Bei den Männern führt in einem solchen Vergleich der Erwerbstätigkeit Bayern mit 74,5 Prozent, das Saarland ist mit 69 Prozent das Land mit der schlechtesten Erwerbsquote bei den Männern. Auch bei den Frauen führt Bayern mit 45,4 Prozent, und das Saarland liegt mit großem Abstand mit 27,1 Prozent ganz unten. Gegenüber dem Aktuellen Bericht sagte der Wirtschaftsminister dazu, das Saarland habe nun einmal auf Grund seiner Struktur eine geringere Frauenerwerbsquote. Bei dem Zwischenruf vorhin habe ich gesagt, ich komme darauf zurück. Und Ihre Reaktion? — Basta, es ist nun einmal so, daß wir im Saarland auf Grund der Struktur die geringste Erwerbsquote haben! Ohne darauf einzugehen, daß diese Struktur durch die CDU- und FDP-Regierung seit 1960 verursacht wurde.

(Haha! bei der CDU.)

Und wenn ich es hier von dieser Stelle bis zum Erbrechen machen muß, zitiere ich Ihnen jetzt wieder

(Zuruf von der CDU: Huthmacher!)

den damaligen Wirtschaftsminister Huthmacher.

(Sprechen und Unruhe bei der CDU.)

Ich finde es erstaunlich, daß, wenn man hier Tatsachen vorbringt und auf Zitate zurückgreift, dies dann niedergemurmelt werden soll. Minister Huthmacher, CDU-Wirtschaftsminister, wurde in der Silvester-Ausgabe 1964/65 in der Saarbrücker Landeszeitung — damals hatten wir noch ein bißchen Vielfalt der Medien — gefragt, ob es nicht möglich gewesen sei, die Opel-Werke bei Homburg anzusiedeln. Der Ministerpräsident hat auch mehrfach gesagt — heute sehen wir es wieder in dieser Werbeschrift „Zukunftsland Saar“ —, ein Betrieb wie Ford sei nicht ohne weiteres anzusiedeln. Ja, damals bestand

die Chance, die Opel-Werke bei Homburg anzusiedeln. Aber der Wirtschaftsminister hat wörtlich gesagt: „Ich habe auch den Mut, zu sagen, daß ich eine solche Niederlassung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht einmal für wünschenswert angesehen hätte.“ — Ich erkläre Ihnen, was das bedeutet.

(Zuruf.)

Und ich zitiere Ihnen dann noch, weil Sie das so gern hören, aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 19. Juli 1965 — also etwas mehr als ein halbes Jahr später: „Ein mörderischer Kampf zwischen bestehenden und neuen Betrieben um die einzelnen im Arbeitsprozeß befindlichen Personen dient weder dem einzelnen Unternehmen noch der Gesamtwirtschaft.“ — Natürlich, damals hatten wir die Vollbeschäftigung. In Zeiten einer Vollbeschäftigung neue Betriebe anzusiedeln, bedeutet, daß man Schwierigkeiten hat, Arbeitskräfte zu finden. Denn für neue Betriebe Arbeitskräfte zu bekommen, bedeutet, sie aus anderen Betrieben abwerben zu müssen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Wie wirbt man einen Arbeitnehmer ab? — Man bietet ihm einen besseren, zukunftssicheren Arbeitsplatz an oder bezahlt ihm mehr oder beides zugleich. Das wollten Sie als Interessenvertretung der Großindustrie dieses Landes damals nicht haben.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf: Genau!)

Und das Ergebnis ist, daß wir heute mit dem Bruttoinlandsprodukt, mit der Arbeitslosenquote und mit dem durchschnittlichen Einkommen der saarländischen Arbeitnehmer nach wie vor hinter dem Bundesdurchschnitt einherhinken.

(Beifall bei der SPD.)

Das Ergebnis ist nach wie vor, daß wir eine Frauenerwerbsquote haben, die bei 27,1 Prozent liegt, und daß wir über 6 Prozent hinter dem zweitschlechtesten Bundesland einherhinken. Das haben Sie zu vertreten, weil Sie damals die Großindustrie schützen wollten und sich einen Dreck darum kümmerten, Arbeitsplätze für Arbeitnehmer dieses Landes zu schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun, heute haben wir, trotz anhaltender Abwanderung, die höchste Arbeitslosenquote. Die Saarbrücker Zeitung schrieb dieses „Zukunftsland Saar“ und einen Artikel „Erfolgreiche Strukturpolitik über 20 Jahre“. Diese erfolgreiche — —

(Zuruf: Miesmacher! — Weitere Zurufe.)

Kollege Dr. Becker sagt, es sei unlauterer Wettbewerb, immer auf die Saarbrücker Zeitung hinzuweisen, da wird mir von der Zeitung ja nichts Gegenteiliges vorgehalten werden können.

(Sprechen.)

(Abg. Läßple)

Trotz Abwanderung, trotz der niedrigsten Erwerbsquote, haben wir heute die höchste Arbeitslosigkeit, das niedrigste Bruttoinlandsprodukt und ein unter dem Bundesdurchschnitt liegendes Einkommen der saarländischen Arbeitnehmer.

Nun, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen uns bei der Erwerbsquote sicherlich nicht mit Ländern an der Spitze, etwa mit Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Hessen, messen, aber Vergleiche dürfen wir Saarländer doch wohl mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz anstellen. Wollten wir eine gleiche Erwerbsquote erreichen, wie sie derzeit in Rheinland-Pfalz besteht, müßten bei uns 4,8 Prozent oder rund 16 800 Männer zusätzlich und bei den Frauen 9,4 Prozent oder rund 35 000 mehr beschäftigt werden. Zusammen sind das über 52 000. Addiert man diese 52 000, die möglicherweise arbeiten würden, wenn wir rechtzeitig umstrukturiert hätten und ihnen Arbeit anbieten könnten, zu den jetzt schon über 25 000 Arbeitslosen hinzu, dann kämen wir im Saarland auf eine Arbeitslosenquote von deutlich über 18 Prozent.

Herr Ministerpräsident, ich bin gern bereit, von diesen 18 Prozent das eine Prozent der im Sozialplan Befindlichen abzuziehen; dann hätten wir, bei einer gleichen Erwerbsquote wie in Rheinland-Pfalz, immer noch eine Arbeitslosigkeit, die unannehmbare Höhen ersteigen würde. Warum das der Fall ist, liegt auf der Hand; Sie haben die Entwicklung durch die nicht erfolgte Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft verhindert.

(Zuruf: Hör auf! – Weitere Zurufe.)

Es kommt Ihnen in der Tat auf ein paar Prozent Arbeitslosigkeit nicht an. Wer im Saarland arbeiten will, findet ja Arbeit.

(Beifall bei der SPD.)

Was soll denn das? Das ist ja richtig. – Das sagt ein DGB-Mann, der auf der Ministerbank sitzt.

(Lachen und Sprechen.)

So ein paar Arbeitslose, darauf kommt es ihm gar nicht an.

(Zurufe und Sprechen.)

Man wird auch im politischen Bereich nicht nach dem Körpergewicht bemessen, Kollege Schacht.

(Zurufe.)

Das Arbeitsplatzdefizit wird aber auch durch die Restrukturierung im Stahlbereich noch größer. Sie, Herr Ministerpräsident, haben vorhin ausgeführt, wir seien dabei, die Neuordnung planmäßig zu vollziehen. Nur, Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Wort dazu gesagt, was denn diese Neuordnung, die Sie planmäßig vollziehen, für die Arbeitsplätze im Saarland bedeutet. Seit 1974 haben wir im Stahlbereich rund 10 000 Arbeitsplätze verloren. Bei der laufenden Restrukturierung

von 1979 bis zum 31.12.1983 werden wir, nach den Planungen des ARBED-Konzerns, weitere 10 181 Arbeitsplätze abbauen.

Wenn Sie sagen, daß die Neuordnung planmäßig vollzogen wird, dann ist wohl auch die bedauerliche Feststellung nötig, daß die Vernichtung von Arbeitsplätzen in diesem Umfang ebenfalls planmäßig vollzogen wird. Die Industrie- und Handelskammer, die ja nicht im Verdacht steht, der Sozialdemokratischen Partei Wahlunterstützung zu gewähren, hat ausgeführt, daß jeder Arbeitsplatz, der in der Stahlindustrie verlorengeht, zwei weitere Arbeitsplätze im Gesamtbereich der saarländischen Wirtschaft nach sich zieht. Wenn ich mir nur einmal die Restrukturierungsphase von 1979 bis 1983 ansehe und feststelle, daß wir dort über 10 000 Arbeitsplätze verlieren, heißt das doch – nach der Auffassung der Industrie- und Handelskammer –, daß zusätzlich 20 000 Arbeitsplätze im Saarland verlorengehen. Das Arbeitsplatzdefizit im Saarland wird damit um 30 000 größer. Angesichts solcher Zahlen –

(Zurufe von der CDU.)

Herr Kollege Dr. Becker, Sie müssen die Eingangszahlen sehen. Wenn ich von 1974 an die Restrukturierung betrachte, da begannen ja die Schwierigkeiten auf dem Stahlmarkt, wie es der Ministerpräsident gesagt hat.

(Zuruf.)

Nein, da begannen die Schwierigkeiten auf dem Stahlmarkt, und es wurden Arbeitsplätze abgebaut. 10 000 waren es vorher. Herr Kollege Dr. Becker, wenn ich die exakten Zahlen nehme – 10 000 Arbeitslose haben wir jetzt, 10 000 Arbeitslose folgen noch, das sind zusammen 20 000, und jeder Arbeitslose zieht den Verlust zweier Arbeitsplätze nach sich –, dann haben wir eine weitaus größere Zahl.

(Zuruf.)

Herr Wirtschaftsminister, ich sage nicht: das ist so, sondern ich sage: Die Industrie- und Handelskammer hat in ihrem letzten Bericht mitgeteilt: Jeder Arbeitsplatz, der in der Stahlindustrie verlorengeht, zieht zwei weitere Arbeitsplätze im Gesamtbereich der saarländischen Wirtschaft nach sich.

(Abg. Dr. Becker (CDU): Das glauben Sie ja selbst nicht mehr!)

Unsere Kritik ist es, daß die Neuordnung der Stahlindustrie von seiten der Landesregierung zu spät und dann liederlich vollzogen wurde, und diese Auffassung und Kritik von uns Sozialdemokraten bleibt bestehen. Wenn ich sage: zu spät, meine ich, Herr Ministerpräsident

(Zuruf)

– Sie sagen, wir seien Mitte der siebziger Jahre von der Stahlkrise betroffen worden, das war ganz klar eine weltweite Krise, die uns im Saarland besonders hart getroffen hat –, daß die Regierung damals nicht auf die Mahnungen der Sozialdemokraten in diesem Parlament – insbesondere von

(Abg. Läßpie)

Kurt Conrad und Friedel Reglitz — gehört hat. Sie hat versäumt, die ihr als Landesregierung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen und die damals bestehenden fünf saarländischen Hütten dazu zu bringen, zu kooperieren und ihre Planungen aufeinander abzustimmen, um zu vermeiden — wie es dann geschehen ist —, daß bei gleichen Produkten bei einem kleinen Markt unsinnig miteinander konkurriert wurde, was die Schwierigkeiten der Stahlindustrie mit Sicherheit größer gemacht hat, als dies sonst der Fall gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD. — Vizepräsident Herold übernimmt den Vorsitz.)

Und nun zu meiner Bemerkung, daß Sie die Neuordnung leiderlich vollzogen haben. Es ist unzutreffend, wenn Sie auf den Bundeskanzler verweisen. Erstens, 1,3 Milliarden DM erhält der ARBED-Konzern summiert an Bürgschaften, tatsächlichen direkten Zuschüssen und Zinszuwendungen für die dankenswerterweise von ihm in Angriff genommene Neuordnung der Stahlindustrie.

(Zuruf.)

Kollege Mann, es tut mir schrecklich leid, der Zwischenruf „Zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ ist falsch. Bislang hat die ARBED öffentliche Gelder bekommen und nur Arbeitsplätze abgebaut und keinen einzigen neu geschaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist die Tatsache.

(Abg. Mann (FDP): Blasstahlwerk!)

Und das ist ein Punkt der Kritik, die wir zu üben haben.

(Andauernde Zurufe.)

Wir haben Kritik daran zu üben, daß für diese 1,3 Milliarden DM keine Beteiligung des Saarlandes am ARBED-Konzern erworben wurde. Wir haben als Sozialdemokraten nie — Sie haben ständig versucht, uns das zu unterstellen — eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der saarländischen Stahlindustrie gefordert.

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Nein, wir wollten als Sozialdemokraten, daß wir daran beteiligt werden. Wir wollten exakt das beim Stahlbereich erreichen, was im Bereich der Kohle auch üblich ist. Bei den Saarbergwerken ist das Saarland mit 26 Prozent beteiligt. Eine solche Beteiligung auch bei den Hütten dieses Landes hätte uns gutgetan und wäre zu erreichen gewesen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Das ist eine Beteiligung.

(Weitere Zurufe von den Regierungsparteien.)

Na gut, ich komme gleich darauf zurück. — Wir haben also eine Beteiligung nicht erhalten, eine Beteiligung, die wir wollten. Es ist doch ein privatwirtschaftliches Prinzip: Wer Geld gibt, bestimmt auch, was mit diesem Geld geschieht.

(Beifall bei der SPD.)

Heute haben wir die Situation, daß bei der Dillinger Hütte der französische Staat beteiligt ist, Miteigentümer ist.

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Bei der Dillinger Hütte. Wir haben bei Burbach, bei Halberg, in Neunkirchen und in Völklingen die Beteiligung Belgiens und Luxemburgs beim ARBED-Konzern. Wir haben die Tatsache, daß der französische Staat, der belgische Staat und der luxemburgische Staat in der Stahlindustrie mitbestimmen, aber wir als Saarländer draußen vor der Tür stehen, weil wir es als Saarland nicht wollten.

(Beifall bei der SPD.)

Sie werden im Verlaufe der Debatte vom Kollegen Herold die Beteiligungsverhältnisse noch sehr deutlich zu hören bekommen.

Wir haben zum zweiten gesagt, daß Sie die Neuordnung als Vertragspartner Saarland leiderlich vollzogen haben, weil Sie keine vertragliche Absicherung zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen hatten. Wenn man einen solchen Vertrag macht und sich schon nicht beteiligen will, dann muß man im Interesse der ansässigen saarländischen Arbeitnehmer doch wenigstens den Versuch machen, daß für die Arbeitsplätze, die vernichtet werden, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn heute von einem Modell Saarland gesprochen wird, dann ist das das Verdient der beteiligten Gewerkschaft, weil die einen Sozialplan hat, der hohe Anerkennung verdient.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Tatsache ist, daß im Bereich der Stahlindustrie — ich nenne das Neunkircher Eisenwerk als ein Beispiel — über 3 000 Arbeitsplätze wegfallen. Über 3 000 Personen befinden sich in einem Alter, daß sie mit Sozialplan ausscheiden. Früher war es üblich, daß dann, wenn jemand pensioniert wurde und ausschied, dieser einen Arbeitsplatz freimachte, der durch einen anderen besetzt werden konnte. Diesmal ist es so, daß diejenigen, die ausscheiden, auch ihren Arbeitsplatz mitnehmen, nicht selbst, aber der Arbeitsplatz fällt weg. 900 Umsetzungen wird es in Neunkirchen für Hochofener und Stahlwerker geben, Umsetzungen von Leuten, die dann einen weitaus größeren Weg in Kauf nehmen müssen. Auch diese Leute verlieren keinen Arbeitsplatz, aber sie erhalten erschwerte Arbeitsbedingungen, weil sie größere Pendlerwege hinnehmen müssen.

Unsere Kritik ist, daß Sie es im Stahlbereich, wo man über eine Reduzierung der Zahl der Arbeitsplätze nicht herkommt — das wird von uns nicht bestritten —, verabsäumt haben, mit einem solchen Vertrag gleichzeitig zu versuchen, neue und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. Läßle)

Wir haben heute im Bereich des ARBED-Konzerns in Luxemburg eine Arbeitsplatzbestandsgarantie von 16 400. Ich frage Sie, was geschieht, wenn es im Konzern weltwirtschaftlich kriselt, wenn sich Schwierigkeiten ergeben, Luxemburg aber 16 400 Plätze erhalten muß? Wo baut der Konzern dann diese Plätze ab? Dann sagt die Landesregierung, die Stahlkrise sei gelöst. Es ist für uns schlicht und einfach ein verächtlicher Umgang mit den Menschen, die umgesetzt werden, die arbeitslos werden, wenn man sagt, die Stahlkrise sei gelöst, solange in diesem Bereich keine neuen Arbeitsplätze, keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Sie warnen vor der Staatsbeteiligung — ich wollte vorhin Ihren Zwischenruf nicht aufgreifen — und sagen, man dürfe in solche Betriebe keine Beamten setzen, man dürfe sie nicht bürokratisieren. Das darf man doch hier im Saarland wirklich nicht sagen. Wir haben einen, wenn Sie so wollen, Staatsbetrieb, das sind die Saarbergwerke. Zu 74 Prozent gehören sie dem Bund, zu 26 Prozent dem Saarland. Das ist doch wohl ein Unternehmen, das durch eine kluge Unternehmensführung und die bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer in der Vergangenheit bewiesen und alle Vorsorge getroffen hat, eine sichere Zukunft selbst in ungünstigen Zeiten zu haben. Das war eine kluge Vorausschau. Heute sind die Saarbergwerke — —

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Sie sagen mit Steuergeldern, Herr Wirtschaftsminister. Wir sind dankbar dafür, daß der Bund und das Saarland weitaus mehr Steuergelder in den Saarbergbau gesteckt haben, um die Arbeitsplätze zu sichern. Das dürfen Sie doch hier nicht so abwerten.

(Beifall bei der SPD.)

Was machen wir denn bei der Stahlindustrie anderes, als mit Steuergeldern Arbeitsplätze erhalten? Nichts anderes. Auch mit dem Risiko, die Plätze nicht erhalten zu können, weil Sie unfähig waren, Verträge abzuschließen, die die Arbeitsplätze im Saarland garantiert hätten.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, ich will zusammenfassen — —

(Zurufe von den Regierungsparteien. — Abg. Mann (FDP): Hoffentlich hört das der Bundeskanzler!)

Ich gehe gern auf den Zwischenruf ein, ich habe die Zeit dazu, Herr Kollege Mann. Hoffentlich hört das der Bundeskanzler!

(Weitere Zurufe von den Regierungsparteien.)

Ich war mit Oskar Lafontaine beim Gespräch mit dem Bundeskanzler wegen der Stahlkrise. Der Ministerpräsident war auch dort. Wir haben aus der Opposition heraus versucht, hier das für uns Menschenmögliche zu machen, um die Situation in der Stahlkrise zum Positiven zu wenden. Der Bund gibt erhebliche Mittel dazu. Dann hört man von Ihnen immer wieder den

Vorwurf, der Bundeskanzler sei gegen eine Beteiligung des Staates gewesen. Der Graf war dagegen, der Graf, der gemeint hat, wir seien bei der Neuordnung hinderlich gewesen. Wir werden als Sozialdemokraten immer dann hinderlich werden, wenn Regelungen getroffen werden, die nachteilig für die Arbeitnehmer dieses Landes sind.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Kollege Frank, da setze ich keinen Punkt dahinter, sondern ein Ausrufezeichen, um es ganz deutlich zu machen. Da können Sie uns beim Wort nehmen.

Der Bundeskanzler hat bei diesem Gespräch nie abgelehnt — wir haben mit ihm gesprochen; er hat nie abgelehnt; es ist im Protokoll festgehalten, ich sage es auch nicht zum erstenmal —, daß sich das Saarland beteiligt. Denn eine Beteiligung des Bundes hätte bei den Schwierigkeiten in der gesamten Stahlindustrie — —

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Sehen Sie, wir betreiben Politik in erster Linie für das Saarland, für die Menschen an der Saar. Wir sollten diese Zuwendungen des Bundes im Interesse der Arbeitnehmer dieses Landes haben, auch wenn sie anderen Hütten im Bundesgebiet nicht gegeben werden könnten.

(Beifall bei der SPD.)

Das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit. Der Bundeskanzler hat nie abgelehnt, daß sich das Saarland für diese Gelder, die auch der Bund gibt, eine Beteiligung an dem ARBED-Konzern erwirbt. Sie wäre auch machbar gewesen. Nur Sie haben sie abgelehnt. Ich hoffe sehr, daß die saarländischen Hütten- und Stahlarbeiter vor den Folgen Ihres Leichtsinns bewahrt bleiben.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von den Regierungsparteien.)

Auch das Saarland bewegt sich im konjunkturellen Aufwind innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt von daher Verbesserungen, ohne daß es gelungen ist, den Rückstand zur Bundesrepublik in den verschiedensten Gebieten zum Bundesdurchschnitt hin aufzuholen. Das ist ein Rückstand, der ausschließlich von Ihnen zu verantworten ist. Zur Zeit haben wir im Saarland immer noch — es gibt im Saarland leider, leider keine Trendwende — eine negative Wanderungsbilanz.

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Wir haben eine anhaltend negative Wanderungsbilanz. Es gibt da keine Trendwende. Eine Trendwende wäre es gewesen, wenn man aus der negativen eine positive Wanderungsbilanz gemacht hätte.

Wir haben im Saarland die niedrigste Erwerbsquote und dennoch die höchste Arbeitslosigkeit. Es ist bedauerlich, daß, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die Wirtschaftskraft im Saarland nach wie vor deutlicher als 1960 hinter dem Bundes-

(Abg. Läßple)

durchschnitt einherhinkt. Es ist bedauerlich, daß die durchschnittlichen Einkommen an der Saar – das ist vom Ministerpräsidenten bestätigt worden – geringer sind als in anderen Bundesländern.

Und doch hat das Saarland eine gute Zukunft, das Land und die Menschen an der Saar haben sie verdient. Nur, die Saarländer haben es selber in der Hand, darüber zu entscheiden. Die Chance auf eine gute Zukunft zu ergreifen – das ist richtig –, bedeutet nämlich für die Saarländer, diejenigen, die uns die heutige Situation eingebrockt haben, hier nicht wieder in der Verantwortung zu lassen. Die Chance auf eine gute Zukunft der Saar zu ergreifen, bedeutet schlicht und einfach, die jetzige Regierung am 27. April abzulösen.

(Lachen bei der CDU. – Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Herold:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Minister Klumpp:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, daß die Opposition eine sachliche Rede gehalten hätte, mit der man etwas hätte anfangen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der SPD.)

Was Herr Kollege Läßple hier vorgetragen hat, war so konfus, daß es schwerfällt, darauf zu antworten.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Herr Kollege Läßple, ich würde Ihnen verzeihen, daß Sie mit Ihrer Zahlenakrobatik meist danebenliegen. Ich verzeihe Ihnen jedoch nicht, daß Sie immer wieder bewußt die Unwahrheit sagen – und dies mit einem unschuldsvollen Lächeln –, indem Sie den Leuten hier Zahlen servieren, die objektiv falsch sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie haben sich mittlerweile dazu bekennen müssen, daß jene Meldung, die ich als die beste Meldung des Jahres 1979 bezeichnet habe, daß wir nämlich von März 1978 bis März 1979 rund 10 000 mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse an der Saar feststellen durften, richtig ist. Ich habe aber eine von Ihnen herausgegebene Pressemitteilung vom 29. Oktober vor mir liegen. Da heißt es wörtlich: Läßple sieht in dieser Meldung Klumpps eine Fehlinterpretation der Angaben der Landesarbeitsverwaltung, da nach der Überprüfung dieser Zahl anhand der Angaben des Statistischen Landesamtes lediglich ein Zuwachs um etwa 500 Beschäftigte nachweisbar sei. – So gehen Sie mit der Wahrheit um! Diese 10 000 Beschäftigten – bzw. 9 200 – sind doch nachgewiesen, die können nicht wegdiskutiert werden. Was Sie hier betreiben mit Ihrem Zahlenvergleich von 1970 bis heute, wie Sie die Landesregierung und mich als FDP-Wirtschaftsminister ver-

antwortlich machen für eine Politik, die lange vor unserer Zeit liegt, für die wir keine Verantwortung haben, ist einfach unredlich.

(Zurufe von der SPD. – Abg. Klimmt (SPD): Eine Zwischenfrage, bitte.)

Herr Kollege Klimmt, lassen Sie mich bitte reden, ich will jetzt keine Zwischenfragen haben. – Herr Kollege Läßple, Sie stellen sich hierhin und sagen: Die CDU und die FDP sind schuld an dem Niedergang dieser Wirtschaft. Sie fangen dann bei 1970 an, und dabei wissen Sie ganz genau, daß die freien Demokraten erst 1977 in die Regierung eingetreten sind, mitten in der schwersten Stahlkrise, als Tausende von Arbeitnehmern entlassen wurden.

(Zurufe von der SPD.)

Wenn Sie mir hier die Verantwortung zuschieben wollen, werde ich Ihnen dazu ein ganz entschiedenes Nein zurufen, ich lasse mir diesen Schuh nicht anziehen.

Meine Damen und Herren, die Situation, von der wir hier auszugehen haben, ist eindeutig gekennzeichnet von der Wirtschaftsstruktur dieses Landes, die über ein Jahrhundert lang geprägt wurde von der Montanindustrie. Der Niedergang des Montanbereiches ist noch heute das Schicksal dieses Landes, und das läßt sich weder in zwei noch in zehn noch in zwanzig Jahren ändern.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen als der Opposition zugestehen, daß Sie den Vorwurf erheben, daß man eine Umstrukturierungspolitik in diesem Land nicht früher entschlossener betrieben hat. Ich erhebe ihn nämlich auch. Sämtliche Bemühungen, die ich heute unternehme, Mittelstandspolitik zu betreiben, zielen darauf ab, in einem großen Kraftakt zu korrigieren, was man in den vergangenen Jahrzehnten so nicht gesehen hat.

(Abg. Netzer (SPD): Nicht sehen wollte! – Weitere Zurufe von der SPD)

weil in diesem Land die Montanindustrie vorherrschend war. Herr Netzer, Sie kommen doch selber aus dem Montanbereich. Wenn man im Jahre 1960 oder 1965 einem Stahlarbeiter oder einem Bergarbeiter gesagt hätte, daß er von seinem gut bezahlten Arbeitsplatz weggehen muß, um in einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz in der weiterverarbeitenden Industrie zu gehen und gleichzeitig auf seine bessere soziale Sicherung zu verzichten, die etwa das Knappschaftsgesetz gibt, dann wären Sie vermutlich ausgelacht worden. Das ist doch die Wahrheit. So einfach sind diese Schwierigkeiten nicht zu beseitigen.

Wir sehen heute angesichts der Verbesserung im Bereich der Kohle, daß mehr und mehr Arbeitnehmer zu den Saarbergwerken gehen – Saarberg stellt Leute ein, wir haben hier Zuwächse zu verzeichnen –, aber diese Arbeitnehmer kommen ja nicht aus dem Heer der Arbeitslosen, sondern sie werden

(Minister Klumpp)

aus dem mittelständischen Bereich, der sie bisher über Wasser gehalten hat, abgezogen.

Diese Erscheinung können wir nicht beseitigen, wir wollen es auch nicht. Ich bekenne mich dazu: Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn es gelingt, gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze zu haben, und hier wird immer ein Wettbewerb um den Arbeitsplatz stattfinden. Wer diesen Wettbewerb ausschaltet, etwa im Stil der Erklärung, die Sie vorgelesen haben, der verhindert die Strukturverbesserung, die nach Marktgesehenpunkten erfolgen muß. Ein Wettbewerb muß einfach stattfinden, hier kann man nicht konservieren wollen. Am Markt wird nur der überleben, der stark genug ist, den Wettbewerb zu überstehen. Insofern sind wir einer Meinung. Auf der anderen Seite sind Sie aber derjenige, der Arbeitsplatzgarantien verlangt und sagt: Hier müssen Beschäftigungsverhältnisse konserviert bleiben, selbst wenn eine Industrie besteht, die nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Ihre Argumentation ist deshalb doppelbödig und unglaubwürdig. Sie streuen den Menschen an der Saar Sand in die Augen, indem Sie ihnen etwas vormachen, was nicht ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Klimmt (SPD): Das sagt das Sandmännchen selber.)

Meine verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie wollten hier heute eine Aussprache über die Arbeitsmarktsituation des Saarlandes führen und Sie kommen zurück auf Ihre unzähligen Anstrengungen, eine Staatsbeteiligung im Stahlbereich durchzusetzen. Ihr Vorwurf heute an die Regierung, sie hätte leichtfertig und liederlich Verträge abgeschlossen — —

(Zuruf von der SPD.)

Mein lieber Herr Kollege Läßple, diese Verträge sind abgeschlossen worden von der Bundesregierung mit der Landesregierung unter Beteiligung der Treuarbeit, dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das für die Bundesrepublik, für die Länder arbeitet. Wenn Sie sagen, diese Verträge seien liederlich, dann schlagen Sie der von uns gemeinsam getragenen Bundesregierung von SPD und FDP ins Gesicht, damit stellen Sie Ihrem Bundeskanzler und Ihrem Finanzminister ein Armutzeugnis aus. Und ich warne Sie: Sie treten hier als SPD-Saar in dieselbe Rolle wie Herr Eppler in Baden-Württemberg. Vielleicht nehmen Sie dasselbe Schicksal.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was Sie hier heute vorgetragen haben ist nichts anderes, als was Herr Strauß — wie Sie es gesagt haben — in seiner Sonthofener Rede als Rezept einer Opposition angepriesen hat: Miesmachen, schlechtmachen, die Menschen verunsichern, um dadurch im Trüben fischen zu können! Sie betreiben hier einen Defätismus ohnegleichen, eine negative Darstellung der Verhältnisse, um die Arbeitnehmer zu verunsichern, um die Unternehmer zu verunsichern, um hier einen Grauschleier über dieses Land zu ziehen, das sich doch so anstrengt, den Karren aus dem Dreck zu ziehen! Dies in einer derart negativen, demoralisierenden Art einfach so abzutun — mit einer solchen

Politik schaden Sie dem saarländischen Arbeitnehmer nur, Sie nützen ihm nicht!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Läßple (SPD):

Gestatten Sie bitte eine Zwischenbemerkung. Sie waren ja vorhin wie auch jetzt im Parlament anwesend. Es gehört zu den Aufgaben einer Opposition, daß sie kritisch beleuchtet und Kritik übt. Ich habe hier auf die Fülle von 17 eigenen Gesetzentwürfen, von Novellierungsvorschlägen, von Beschlußanträgen hingewiesen. Sie können uns von daher doch nicht vorwerfen, wir würden nur kritisieren — das ist unsere Aufgabe —, wenn Sie gleichzeitig verschweigen, wie sehr wir uns bemüht haben, die Lebensverhältnisse hier im Saarland durch eigene Gesetzentwürfe zu verbessern.

(Zurufe von der CDU.)

Minister Klumpp:

Herr Kollege Läßple, ich anerkenne Ihre Bemühungen, Gesetzentwürfe hier einzubringen, die zumeist deshalb nicht angenommen werden, weil wir eben anderer Auffassung sind. Hier geht es um die Darstellung der Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, und da kommen Sie mit Vergleichszahlen, die weit in die sechziger Jahre zurückgehen, und jonglieren damit, wie Sie es gerade brauchen.

Die Strukturkrise hat ihren Ursprung in der Montanindustrie.

(Zuruf von der SPD.)

Ich will mit den Zahlen hier nicht rechnen. Ich bin kein Mensch, der gern mit Zahlen jongliert, weil ich von dieser Art von Statistikakrobatik nichts halte. Seit ich hier im Lande bin, gibt es den Streit um die richtigen Zahlen beim Lohnvergleich und bei diesem und bei jenem. Ob man nun die negativste oder die positivste Prognose für die richtige hält, dürfte doch eigentlich nicht daran hindern, für dieses Land etwas zu tun, anstatt dauernd über Statistiken zu reden.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihren Vorwürfen nur das eine entgegensetzen, nämlich daß ich, seitdem ich Wirtschaftsminister bin — seit 1. März 1977 —, mich bemüht habe, für dieses Land etwas zu tun.

(Abg. Klimmt (SPD): Leider erfolglos!)

Und wenn Sie nun den Vorwurf machen, wir hätten die Verträge mit der ARBED nicht so gemacht, wie Sie es gern gehabt hätten, dann sage ich Ihnen: diese Verträge sind gut; diese Verträge sind unter Federführung der Bundesregierung gemacht worden. Ich habe seinerzeit in den Verträgen eine Zusicherung über die Schaffung einer gemeinsamen Flüssigphase und einer Zentralkokerei haben wollen. Dies ist damals nicht hineingekommen, weil es die Bundesregierung als zu

(Minister Klumpp)

weitgehend abgelehnt hat. Wir konnten uns letztendlich nicht dagegen wehren. Wir haben aber nunmehr im zweiten Zug erreicht, daß diese gemeinsame Flüssigphase und die Zentralkokerei kommen.

Was bedeutet das in concreto? Arbeitsmarktpolitisch bedeutet jede Restrukturierung und jede Konzentrierung der Stahlindustrie – wie sie ja notwendig ist und wie Sie es ja auch wollen – Verlust von Arbeitsplätzen. Wenn wir eine Zentralkokerei machen, heißt das, daß soundsoviele Hüttenkokereien geschlossen werden müssen und daß bei der Zentralkokerei weniger Menschen beschäftigt sein werden. Und wenn wir eine gemeinsame Flüssigphase haben, was notwendig ist für den Erhalt der Stahlindustrie überhaupt, dann werden dort auch weniger Menschen beschäftigt werden können. Aber diese Einschnitte sind notwendig, wenn wir den Montankern als Ganzes erhalten wollen. Das wissen Sie genauso wie ich. Es wäre also völlig falsch, das zu leugnen oder in irgendeiner Weise abzuschwächen. Man muß, wenn man das Land aufwärtsbringen will und wenn man die Umstrukturierung machen will, diesen Schnitt tun; man muß dazu bereit sein.

Als ich noch vor wenigen Monaten gefordert habe, diese gemeinsame Flüssigphase zu machen und dies am einzig möglichen Standort an der Saar in Dillingen zu tun, da haben Sie mich doch, meine Damen und Herren von der SPD, aber auch von der CDU, angegriffen und gefragt, wie der Wirtschaftsminister dazu käme, nicht abzuwarten, was die Unternehmen hier nun beschließen und den Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Herr Kollege Läßle, wenn ein Wirtschaftsminister der Auffassung ist, daß nur auf einem bestimmten Weg eine Gesundung einer Industrie erfolgen kann und dann diesen Weg mutig geht und rechtzeitig sagt, was gemacht werden muß, da hätten Sie diesen Wirtschaftsminister mit Ihrer Haltung, die Sie als Opposition angeblich einnehmen wollen, einmal unterstützen können. Aber vor einer Kommunalwahl haben Sie es natürlich lieber, dem Bürger in den Sack zu lügen, ihm etwas vorzumachen, was dann hinterher nicht eingehalten werden kann. Und dann greifen Sie diejenigen an, die das tun, was man vorausschauende Politik nennt. Ich habe hier vergeblich auf ein Wort von Ihrer Seite gewartet, nämlich daß man mir gesagt hätte, dies ist der richtige Weg. Aber es kam nicht, obwohl Sie es gewußt haben.

Nun aber komme ich zu anderen Dingen. Was für mich bei dieser Betrachtung wesentlich ist, das ist, daß Ihre Zahlen – Verlust im Stahlbereich 1974: 10 000, so haben Sie gesagt, und seither noch einmal 10 000 –

(Abg. Läßle (SPD): Von 1974 bis 1978 10 000 und dann noch einmal 10 000)

nicht stimmen. Die Stahlindustrie ist der Auffassung, daß hier nicht mehr als 8 500 verlorengehen. Ich möchte darüber nicht rechten. Ich gehe davon aus, daß das eintritt, was ich 1977 gesagt habe, nämlich daß wir damit rechnen müssen, daß 10 000 Arbeitsplätze im Stahlbereich wegrationalisiert werden. Ich bin der Auffassung, dies wird cum grano salis eintreten.

(Abg. Netzer (SPD): Die Zahlen sind nach heutigen Erkenntnissen objektiv falsch.)

Werter Herr Kollege Netzer, ich spreche Ihnen das Recht ab, hier mit solchen Zahlen zu operieren.

(Abg. Netzer (SPD): Das wäre ja noch schöner! – Abg. Kasper (SPD): Ihr Liberalismus, oje! – Unruhe und Sprechen bei der SPD.)

Wir haben einen Restrukturierungsplan, den wir mit der ARBED abgesprochen haben. Wir gehen von einem Arbeitsplatzverlust von 8 600 aus. Ich werde jetzt hier noch einmal 10 000 sagen.

Es ist uns nun gelungen, in der Zeit von 1977 bis heute ungefähr 10 000 neue und neuzuschaffende Arbeitsplätze allein mit dem Instrument der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu fördern. Das ist eine Zahl, die Sie nicht wegdiskutieren können. Ich möchte mich nicht darüber unterhalten, ob die Statistik stimmt oder jene, und ob der Vergleich 1970 bis heute der richtige ist oder 1977 bis heute, sondern was ich zu tun habe, ist, Arbeitsplätze zu machen und nicht darüber zu reden, wie Sie das tun.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Klimmt (SPD): Dann machen Sie doch einmal welche! Lächerlich! – Abg. Kasper (SPD): Arbeitsplätzmacher! – Weitere Zurufe von der SPD.)

Wir haben in dieser Zeit erreicht, daß rund 10 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, die jetzt und in den nächsten Jahren besetzt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Vizepräsident Mann übernimmt den Vorsitz.)

Und diese Arbeitsplätze sind nachgewiesen.

(Abg. Klimmt (SPD): Nein, sie sind nicht nachgewiesen! – Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Investitionen von über zwei Milliarden DM, die hier bis 1979 getätigt wurden und zu denen weitere Milliarden in den nächsten Jahren hinzukommen – gerade im Bereich des Bergbaues und der Kohleveredelung –, werden in diesem Land einen Investitionsstoß auslösen, der zwangsläufig zu neuen Arbeitsplätzen führen muß und führen wird, wenn wir weiterhin die richtige Politik betreiben und Sie nicht eine Politik machen können, die dieses Land in englische Zustände führen würde.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Zurufe von der SPD.)

Bitte schön, Herr Klimmt.

Abg. Klimmt (SPD):

Herr Minister, ich habe eine Frage zu den 10 000 neuen Arbeitsplätzen, die Sozialversicherungspflichtige betreffen. Ich komme da etwas in Schwierigkeiten, weil Sie gesagt haben, diese Zahl sei absolut korrekt. Ich habe von Ihnen gehört,

(Abg. Klimmt)

daß Sie im Jahre 1979 zirka 5 000 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse geschaffen haben. Sie wissen doch genau, daß die Ausbildungsverhältnisse bei Sozialversicherungspflichtigen mitgezählt werden, daß es also hier nicht nur darum geht, was an neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden ist, sondern daß hier auch die Ausbildungsplätze mit drin sind. Das sind keine Arbeitsplätze. Sie können dasselbe doch nicht sozusagen zweimal verkaufen, einmal als Ausbildungsplatz und einmal als Arbeitsplatz. Sie wissen auch, daß ABM und auch noch andere Entwicklungen, etwa im öffentlichen Dienst, die dazukommen, dabei sind. Daher erlauben Sie bitte, daß wir gelinde Zweifel an dieser Zahl haben. Ob 9 200 oder 10 000, das ist mir egal; aber diese Bereiche müssen Sie mit einrechnen, und damit stimmt Ihre Aussage nicht mehr, die Sie eben zugrunde gelegt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Minister Klump:

Herr Kollege Klimmt, Sie verwechseln zweierlei Dinge. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse vom 1. März 1978 bis zum 1. März 1979 beruht eben auf der schlichten Zählung.

(Zurufe von der SPD.)

Das bezieht sich sicherlich nicht nur auf Menschen, die vom Arbeitsmarkt weg eine neue Stelle gefunden haben, sondern nach meinem Dafürhalten hat in diesem Zeitraum auch eine große Mobilisierung stiller Arbeitsplatzreserven stattgefunden, denn sonst wäre es nicht erklärlich, daß der Arbeitslosensockel auf dem Arbeitsmarkt gleichgeblieben ist. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß dies eine außerordentlich erfreuliche Nachricht ist, weil wir eben mehr Beschäftigungsverhältnisse haben. Das können Sie doch nicht wegdiskutieren.

(Unruhe bei der SPD.)

Die Frage der neuen Arbeitsplätze, die geschaffen werden, bezieht sich auf die Förderung durch die Gemeinschaftsaufgabe. Da wird Geld gegeben, wenn Investitionen gemacht werden, durch die Arbeitsplätze entstehen sollen. In dem Augenblick, in dem die Investitionsentscheidung gefallen ist und der Zuschuß bei uns gezahlt wird, wird dieser Arbeitsplatz gezählt. Das bedeutet nicht, daß er im selben Augenblick besetzt werden kann, denn die Fabrik muß ja erst gebaut werden.

Nehmen Sie etwa das Verhältnis Bosch in Homburg. Bei Bosch sollen durch eine Investition von etwa 120 Millionen DM 850 neue Arbeitsplätze entstehen. Bei Bosch ist man zügig vorangegangen, denn diese Arbeitsplätze werden am 1. August 1980 besetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt wird in Homburg mit den Einstellungen begonnen. Meine Damen und Herren, glauben Sie etwa nicht, wenn Bosch in Homburg nun am 1. August 1980 diese Leute einstellt, daß dies auch Auswirkungen auf den Markt der Arbeitslosen haben wird? Sie werden doch nicht bezweifeln wollen, daß das, was wir in diesem Bereich getan haben oder in den fünfzig neu ange-

siedelten Betrieben insgesamt im Land seit 1977 — die Zahlen können wir ja nun wirklich nachweisen —, ohne Auswirkungen für dieses Land sein wird.

Nun lassen Sie mich aber noch etwas sagen zu den Verhältnissen am Arbeitsmarkt selbst. Darum sollte doch die eigentliche Diskussion gehen; aber Sie waren so unsicher, daß Sie das hier überhaupt nicht machen konnten.

(Abg. Klimmt (SPD): Da haben Sie nicht zugehört! Sandmännchen hat geschlafen.)

Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Saarland mit real 5,5 Prozent im letzten Jahr, die immerhin um 25 Prozent über der Zunahme im gesamten Bundesgebiet liegt — und das können Sie nicht wegdiskutieren —, zeigt, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung des vergangenen Jahres im Saarland eben ungleich stärker war als in der Bundesrepublik insgesamt. Das gute Abschneiden des Saarlandes wird durch eine Vielzahl anderer Daten aus der saarländischen Wirtschaft, wie Auftragsvolumen, Kapazitätsauslastung, Produktion, Investitionstätigkeit, Beschäftigung, belegt. Auf jeden Fall ist es nicht richtig, wie von Seiten der Sozialdemokraten behauptet, daß das überdurchschnittliche Wachstum der saarländischen Wirtschaft 1979 ausschließlich der verstärkten Energienachfrage zuzuschreiben sei. Die Nettoproduktion vieler Branchen hat überdurchschnittlich zugenommen, vor allem in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, bei der Investitionsgüterindustrie, aber auch im Druckereigewerbe etwa, bei der Kunststoffwarenherstellung, in der chemischen Industrie oder in der Stahlverformung.

Es ist kennzeichnend für die Entwicklung, wie wir sie 1979 hatten, daß die Investitionsbereitschaft merklich zugenommen hat. Das können wir feststellen an der Inanspruchnahme der Investitionszulage und der entsprechenden Zuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe. Allein in den Jahren 1977 bis 1979 sind hier an der Saar Investitionen in Höhe von 2,1 Milliarden DM gefördert worden, für die wir Zuschüsse und Zulagen gegeben haben. Dies bedeutet einen Investitionsstoß, wie wir ihn in den vergangenen zehn Jahren überhaupt nicht zu verzeichnen hatten. Und das ist die Ursache, warum es hier bei uns besser werden muß. Das ist ganz zwangsläufig.

Wir haben mit diesen Investitionen — ich meine jetzt nur die Gemeinschaftsaufgabe; es ist aber auch außerhalb dieses Bereiches etwas entwickelt worden — bis 1979 9 500 neue Arbeitsplätze verbuchen können. Und damit sind zudem über 18 000 Arbeitsplätze gesichert worden, nämlich vor allem im Bereich der Stahlindustrie, die sonst verlorengegangen wären. Das Blasstahlwerk, das jetzt in Völklingen gebaut wird, oder der Hochofen, der einmal in Dillingen gebaut werden soll, oder die Zentralkokerei dienen eben nicht dazu, meine Damen und Herren, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern sie dienen dazu, vorhandene zu sichern, die, wenn diese Investition nicht erfolgen würde, wegfallen würden, weil die Unternehmen nicht rentabel arbeiten könnten. Nehmen Sie doch gefälligst einmal zur Kenntnis, daß wir uns immer noch in der Bewältigung der Stahlkrise befinden und daß wir noch sehr viel investieren müssen, um die Arbeitsplätze überhaupt zu sichern. Die Menschen, die in der Stahlindustrie arbeiten, haben auch

(Minister Klumpp)

ein Recht auf ihren Arbeitsplatz und auf eine Politik, die realistisch erfolgt und die ihnen nicht immer nur Wolkengebilde vormacht, wie Sie das tun.

Meine Damen und Herren, die SPD gibt jetzt Blättchen heraus, weil sie mit der Saarbrücker Zeitung nicht zufrieden ist und die Wahrheit nicht ertragen kann.

(Lachen bei der SPD.)

Sie beginnt in diesem Bereich hier im Parlament eine Journalistenschelte übelsten Maßes. Ich habe so etwas noch nicht erlebt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie gibt deshalb hier im Land „Infos für Freunde“ heraus.

(Zurufe von der SPD.)

Abgesehen davon, daß die Zahlen mit den offiziellen Statistiken, auf denen man nun einmal fußen muß, wenn man ehrlich mit Zahlen umgehen will, nicht übereinstimmen, wird auch der Landesregierung vorgeworfen, daß von 1970 bis 1978 mindestens 12 500 Arbeitsplätze verlorengegangen seien. Ich möchte Ihnen einmal zu Ihrem Vorwurf und zu Ihrer Zahl das Verhältnis zum Bundesdurchschnitt präsentieren. Es ist nicht richtig, was Sie hier schreiben: 12 500 Arbeitsplätze. Wissen Sie, wieviel Arbeitsplätze verlorengegangen sind? — 20 415, also wesentlich mehr an der Saar, als Sie hier angegeben haben. Ihre Recherchen sind etwas mangelhaft.

(Abg. Läßle (SPD): Was ist das eigentlich, was Sie da haben, das Blättchen eines Ortsvereins? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Es ist Ihre Wahlkampfbroschüre.

(Anhaltend Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, in dem Zeitraum von 1970 bis 1975 ist die Beschäftigtenzahl in unserer Industrie um 12,1 Prozent zurückgegangen.

(Andauernde Zurufe von der SPD und Sprechen. — Glocke des Präsidenten.)

Im Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren, ist die Zahl der Industriebeschäftigten im gleichen Zeitraum um 1 027 000 oder um 12,8 Prozent zurückgegangen.

(Abg. Kasper (SPD): Welches Info haben Sie?— Weitere Zurufe von der SPD.)

Info für Freunde, Herausgeber: SPD; unterschrieben mit Hans-Jürgen Petersdorf, Landesgeschäftsführer.

(Anhaltend Zurufe und große Unruhe.)

Das ist, wie ich höre, eine Anzeige in der Saarbrücker Zeitung.

(Weiterhin Zurufe und Unruhe.)

Es ist also noch viel schlimmer, es ist die offizielle Meinung Ihres Landesverbandes, die Sie hier nicht wahrhaben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Argumentation, die Sie in der Presse bringen, ist genauso verlogen und falsch wie hier im Landtag. Hoffentlich merkt die Bevölkerung das.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Kasper (SPD): Verlogen! Lügner! Kann der machen, was er will? Der hat wohl Narrenfreiheit!)

Ich habe gerade diese Zahl widerlegt und habe gesagt, daß der Beschäftigtenverlust in der Bundesrepublik sehr viel stärker ist, als er hier an der Saar war. Dabei müssen wir natürlich immer wieder sehen, daß der strukturelle Wechsel an der Saar, der nun stattfinden muß und den Sie ja selber wünschen, zwangsläufig nicht ohne Folgen bleiben kann.

(Andauernd Sprechen und Unruhe.)

Es ist richtig, daß das Niveau der Arbeitslosen an der Saar höher liegt als im Bundesdurchschnitt. Kein Mensch kann glücklich darüber sein und kein Mensch kann dies hohe Niveau wegdiskutieren. Aber wir müssen doch einmal sehen, daß es uns gelungen ist, dieses Niveau zu drücken. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche ist im Jahresvergleich um fast 14 Prozent zurückgegangen. Daß wir die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff bekommen haben, ist eine Tatsache, die für uns ganz besonders wichtig ist. Im Bundesdurchschnitt ging sie nämlich merklich schwächer zurück.

(Weiterhin Sprechen und Unruhe.)

Die Zahl der offenen Stellen ist dagegen im Jahresmittel — —

(Weiter andauernd Sprechen und Unruhe.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie nicht zuhören können, sollten wir hier die Diskussion lassen.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Minister Klumpp:

Die Zahl der offenen Stellen ist im Jahresmittel 1979 um mehr als 50 Prozent gegenüber 1978 gestiegen. Die positiven Tendenzen auf dem saarländischen Arbeitsmarkt wurden auch und gerade wieder von der Landesarbeitsverwaltung festgestellt. Das scheint Ihnen immer zu entgehen. Nach den

(Minister Klumpp)

Ergebnissen der neuesten Strukturuntersuchung von September 1979, die noch deutlicher als die Zahlen von Mai 1979 die Aufwärtsentwicklung erkennen lassen, haben in erster Linie drei Teilgruppen gegenüber dem Vorjahr merkliche Verbesserungen erzielt: die Jugendlichen unter 20 Jahren mit einem Rückgang von fast 31 Prozent, diejenigen ohne bisherige Berufstätigkeit mit einer Abnahme von über 24 Prozent und die Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit einem Rückgang von über 16 Prozent.

Ich hätte es auf jeden Fall als seriöser empfunden, wenn die Arbeitskammer mit ihrer Analyse die Ergebnisse der Strukturuntersuchung vom September 1979 abgewartet hätte, als sich auf die alten Zahlen vom Mai 1979, die schlechter waren, zu beziehen.

Nun zu dem Problem des Arbeitsmarktes. Problemgruppen sind vor allem — das wissen wir auch aus dieser Arbeitskammeruntersuchung — die älteren Arbeitnehmer, die Behinderten und die Frauen. Wir sollten uns um die Probleme dieser Gruppen nicht herumdrücken, sondern heute und hier darüber diskutieren. Die Jugendlichen gehören heute Gott sei Dank nicht mehr zu den Problemgruppen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist an der Saar so weit zurückgegangen, daß sie heute nicht höher ist als die allgemeine Arbeitslosigkeit überhaupt.

(Zurufe von der SPD.)

Auch hier bestätigt die Arbeitskammer der Landesregierung, daß das relativ gute Abschneiden der Jugendlichen durch öffentliche Ausbildungsförderungsprogramme begünstigt wurde. Dazu darf ich sagen, daß allein im letzten Jahr 5 200 Ausbildungsplätze — mit einem Programm, das wir von 1977 bis heute gemacht haben — geschaffen werden konnten. Auch in diesem Jahr wird dieses Programm zur Verfügung stehen.

Ich finde es besonders bedauerlich, daß bei der Gruppe der älteren Arbeitnehmer, die gleichzeitig auch eine der Hauptgruppen der längerfristig Arbeitslosen sind, weder in der Untersuchung der Arbeitskammer noch in sonstigen Kommentaren der Opposition etwas zu den sogenannten Sozialplanarbeitslosen gesagt wurde. Das haben wir vorhin schon genau gehört. Um es noch einmal zu sagen, dies sind die über 55jährigen Arbeitnehmer, die im Zuge der Umstrukturierung der saarländischen Stahlindustrie mit Hilfe von Sozialplänen so aus ihrem Beschäftigungsverhältnis entlassen wurden, daß sie bis zum Eintritt in das rentenfähige Alter keine Gehaltseinbußen erleiden. Mehr als die Hälfte aller über 55jährigen Arbeitslosen, nämlich 2 600, gehören dieser Gruppe an. Das sind immerhin 11,4 Prozent der Gesamtarbeitslosen. Sie stehen dem Arbeitsmarkt tatsächlich nicht zur Verfügung; trotzdem gehen sie in die Statistik der Arbeitslosen ein. Darauf hat im übrigen die Präsidentin des Landesarbeitsamtes vor kurzem wieder hingewiesen.

(Abg. Klimmt (SPD): Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

Im benachbarten Rheinland-Pfalz zum Beispiel macht diese Gruppe nur 1,2 Prozent am Gesamtbestand der Arbeitslosen

aus. Diese Aussage widerlegt auch gleichzeitig den Vorwurf der Arbeitskammer, daß sich bei einer entsprechenden Korrektur der Arbeitslosenquoten der anderen Bundesländer an der schlechten Position des Saarlandes wenig ändern würde. Zur Erklärung der besonderen saarländischen Verhältnisse ist jedenfalls ein solcher Hinweis notwendig, und der muß immer wieder gemacht werden, weil Sie ja diese Dinge verschleiern.

(Abg. Klimmt (SPD): Sie können die Zusammenhänge nicht erkennen, daß das nur notwendig war, weil Sie vergessen haben, Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.)

Verehrter Herr Kollege Klimmt, mit dem, was Sie jetzt hier sagen, beschreiten Sie einen Weg, den ich in Ihrem persönlichen Interesse bedauere.

(Lachen bei der SPD.)

Ich habe Sie immer für einen sachlichen Menschen gehalten. Mit dieser Art von Polemik, die Sie hier betreiben, werden Sie keinen Eindruck machen.

Die Frauenarbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, ist traditionell an der Saar höher als anderswo. Das liegt zum einen darin begründet, daß wegen der historischen Ausrichtung des Landes auf die Montanindustrie Frauenarbeit an der Saar noch nie so selbstverständlich wie in anderen Regionen der Bundesrepublik war, zum anderen, weil der Strukturwandel der Saarwirtschaft eben noch nicht so weit vollendet ist, daß wir ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen dem Montanbereich und der übrigen Wirtschaft haben. Dies können wir in drei Jahren nicht ändern, das werden Sie wohl zugeben.

Auch hier sollte man sehen, daß im Saarland als einer Grenzregion in nicht unerheblicher Zahl Arbeitsplätze von lothringischen Einpendlerinnen besetzt werden. Im Prinzip könnten diese Arbeitsplätze auch von saarländischen Arbeitnehmerinnen eingenommen werden. In maßgeblichen Betrieben — mit guter Bezahlung — ist bei guten Arbeitsbedingungen für Frauen festzustellen, daß in einem Betrieb 87 Prozent der Arbeitsplätze mit französischen Grenzgängerinnen besetzt sind, in einem anderen 45 Prozent, in einem anderen 61 Prozent und in einem weiteren 12 Prozent. Das sind Großbetriebe, die wir hier an der Saar haben, mit anerkannt guten Arbeitsbedingungen. Ich habe hier Arbeitsplätze bei Siemens, Weber, Kettler und V & B genommen. Das sind immerhin Arbeitsplätze!

(Zuruf des Abgeordneten Kopp (SPD).)

Nun sind diese Arbeitsplätze, um die wir gekämpft haben, plötzlich nichts mehr wert, weil sie von deutschen Arbeitnehmerinnen nicht angenommen werden. Sie können mit einer solch zwiespältige Haltung die Situation einfach nicht wegdiskutieren, daß solche Betriebe im gesamten Grenzbereich Schwierigkeiten haben, deutsche Arbeitnehmerinnen zu bekommen. Die Rheinland-Pfälzer nehmen bei uns die Arbeitsplätze in Anspruch und die Lothringer auch.

(Zurufe von der SPD.)

(Minister Klumpp)

Natürlich ist die Zahl der Auspendler bei uns sehr viel geringer als die Zahl der Einpendler; das wissen Sie. Ich wäre der letzte, der etwa hier eine These aufstellen würde: saarländische Arbeitsplätze für Saarländer. Die Arbeitsplätze, über die wir hier verfügen, sind genauso für französische und rheinlandpfälzische Grenzgänger da, wie wir vielleicht einmal wieder in Anspruch nehmen werden, daß unsere Menschen über der Grenze einen Arbeitsplatz finden müssen. Aber man muß auf die Ursache zurückgehen, daß unsere Frauen eben offensichtlich nicht bereit sind, diese industriellen Arbeitsplätze anzunehmen, obwohl es keine schlechten Arbeitsplätze sind; das muß man der Ehrlichkeit halber sagen.

Die Landesregierung hat gestern ein Programm zur Bezuschussung von zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen vorschiedet, das nun in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsverwaltung durchgeführt werden wird. Ich hoffe, daß wir hier im Bereich der Teilzeitarbeit — denn das ist das Arbeitsverhältnis, das die Frauen am meisten suchen — eine Verbesserung schaffen können, um zu ermöglichen, daß die Frauen, die etwas dazuverdienen wollen oder dazuverdienen müssen, ohne ihre Familie oder ihre Kinder zu vernachlässigen, hier eine Teilzeitarbeit annehmen können. Vielleicht wird es möglich sein, mit den Mitteln, die wir hier zuschießen, die Unternehmen zu bewegen, gerade solche teilzeitarbeitsuchende Frauen einzustellen.

Ich verhehle nicht, daß die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel natürlich nicht reichen wird, alles zu bewirken. Aber ich verspreche, falls dieses Programm durchgreifen sollte, daß wir natürlich die noch zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch nehmen können; es gibt hier Verpflichtungsermächtigungen. Wenn das Programm greifen sollte, wären wir ja auch in der Lage, etwa in einem Nachtragshaushalt, weitere Mittel bereitzustellen, um den Frauen zu helfen.

Angestiegen — und das ist bedauerlich — ist die Zahl der behinderten Arbeitslosen. Nur, meine Damen und Herren, meine ich, daß die Zahl des Anstiegs der behinderten Arbeitslosen kein Problem des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft ist, sondern ein Problem einer verfehlten Sozialgesetzgebung. Hier zeigt sich nämlich, was früher bei älteren Arbeitnehmern und bei Jugendlichen der Fall war, daß die Einrichtung besonderer Schutzbestimmungen dazu führt, daß bestimmte Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt ausgeschaltet werden. Es ist nämlich so, daß, wenn ich heute einen Behinderten einstelle, ist ihn überhaupt nicht mehr oder nur unter erschwerten Bedingungen kündigen kann. Das ist eine sehr bedauerliche Sache. Wir müssen dazu kommen, daß wir ein Sozialsystem erhalten, das die Zuwendungen direkt an den Behinderten leistet und ihn nicht auf die Gnade und Barmherzigkeit des Unternehmens angewiesen macht. Ich glaube, daß dies der richtige Weg wäre; wir verfolgen dieses Ziel schon seit langem.

Aber alle sogenannten arbeitsrechtlichen Lösungen im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der Sozialversicherung führen dazu, daß die Belastungen auf die Unternehmen übergehen und die Unternehmen sich damit wehren, daß sie diesen Personenkreis nicht mehr einstellen. Es ist also hier festzustellen, daß wir eigentlich kein arbeitsmarktpolitisches, sondern ein

soziales oder sozialversicherungsrechtliches Problem haben, das nur mit diesen Mitteln gelöst werden kann.

Hier liegt mit Sicherheit auch die Erklärung, warum die Sockelarbeitslosigkeit im Saarland so viel höher ist als in wirtschaftlich gesünderen Regionen, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg. Wenn man in Baden-Württemberg von einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt reden kann, dann nur deswegen, weil dort bei den Männern auf 100 Arbeitslose 150 offene Stellen kommen. Ich muß deshalb fragen: Ist es noch vernünftig zu nennen, daß erst ein solches Überangebot an Arbeitsplätzen vorhanden sein muß, um Problemgruppen vom Arbeitsmarkt aufzusaugen? Ich halte dies nicht für gerechtfertigt; hier müssen andere Wege eingeschlagen werden.

Auch im Saarland kommen wir nicht daran vorbei, festzustellen — und das hat gewiß nichts mit statistischen Taschenspielertricks zu tun —, daß einer Anzahl von schwer vermittelbaren Arbeitslosen ein nicht zu befriedigender Arbeitskräftebedarf in der Wirtschaft entgegensteht. Ich glaube, dies hat auch eindeutig die Stellungnahme der Unternehmerorganisationen, die Sie gestern in der Saarbrücker Zeitung lesen konnten, gezeigt. Dies entspricht auch der eigenen Erfahrung, die man sammelt, wenn man in die Betriebe hineingeht. Der Klage der Unternehmen, wir bekommen keine Arbeitskräfte, wir bekommen keine Facharbeiter, wir bekommen keine Hilfsarbeiter, steht eine anderslautende Statistik der Arbeitslosen gegenüber. Beides ist in Wahrheit nicht zu vereinen. Ich glaube, man sollte mehr der Wirklichkeit als der Statistik den höheren Wert beimessen.

Nach meiner Auffassung haben wir hier an der Saar neben der offiziellen Arbeitslosenstatistik und neben dem offiziellen Arbeitsmarkt bereits wieder einen großen grauen Arbeitsmarkt, dessen Auswirkungen und dessen Zusammenhänge man in dieser Form gar nicht beurteilen kann. Um nicht mißverstanden zu werden: ich will die Lage nicht beschönigen. Nichts wäre mir lieber als eine Arbeitslosenquote unter drei Prozent, wie dies in der übrigen Bundesrepublik bald der Fall sein wird. Dieses Ziel müssen wir hier erreichen. Aber wir dürfen uns dabei doch nicht damit aufhalten, daß wir uns gegenseitig die Zahlen vorlegen und sagen: die Statistik ist so oder jene Statistik so.

Wir sollten uns über den Fortschritt, der gemacht worden ist, freuen. Wir sollten uns freuen über die Konsolidierung unserer Wirtschaft, über die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze, über die Zahl der Arbeitsplätze, die noch kommen werden, über die hohe Zahl von Investitionen, die in diesem Land getätigt wurden und getätigt werden. Wir sollten sehr froh sein, daß es uns gelungen ist, die Stahlkrise hier in einer so vorteilhaften Weise in den Griff zu bekommen. Ich meine, die Arbeitnehmer in diesem Land haben — genau wie die übrige Wirtschaft — ein Recht darauf, nicht in einer Weise verunsichert zu werden, wie die Opposition dies vor der Wahl tut, um ihnen vorzumachen, wie schlecht hier alles sei. Wir können dieser Bevölkerung mit ruhigem Gewissen sagen, daß in der Tat eine Trendwende erfolgt ist und daß es nun gilt, zügig und entschlossen nachzusetzen, damit in diesem Land alles getan wird, damit neue Arbeitsplätze entstehen und die Wirtschaft die richtigen Rahmenbedingungen erhält.

(Minister Klumpp)

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich kann nicht, meine Damen und Herren, auf der einen Seite Arbeitsplätze fordern, auf der anderen Seite die Wirtschaft damit schädigen, daß ich die Gewerbesteuer möglichst hoch halte, daß ich Arbeitszeitverkürzungen fordere, daß ich in der Lohnpolitik expansive Wege vorschlage, um nun all das eintreten zu lassen, was akkurat die Wirtschaft wieder hinunterbringt. Eine solide und gesunde Wirtschaft, meine Damen und Herren, ist die Voraussetzung dafür, daß wir hier einen gesunden Arbeitsmarkt erhalten. Deswegen muß am Anfang die Gesundung der Wirtschaft stehen. Wir müssen uns weiterhin bemühen, daß die Rahmenbedingungen für diese Wirtschaft gesunderhalten werden und nicht durch Manipulationen und durch eine falsche Politik in Frage gestellt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Mann:

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.00 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.43 Uhr bis 14.03 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsident Mann:

Wir fahren in der Sitzung fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Herold.

Abg. Herold (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte naturgemäß damit begonnen, was uns in einem bestimmten Bereich berührt, und zwar dem größten Bereich im Saarland im Hinblick auf die Zahl der Arbeitskräfte, nämlich der Stahlindustrie und ihrer Neuordnung sowie den Bereichen, die zur Weiterverarbeitung gehören. Ich möchte einmal mit dem Spiel beginnen, das ja so oft von jeder Gruppierung – und hier schließe ich meine Fraktion nicht aus – an Hand von Zahlen vorgetragen wird. Wenn man bereit ist, diese Dinge anzusprechen, und wenn der eine dem anderen – zum Leidwesen der Betroffenen – widerspricht, obwohl man echte Zahlen miteinander vergleicht, um tatsächlich den Wahrheitsgehalt zu finden – –

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Herr Ministerpräsident, Sie haben beispielsweise heute morgen den Vergleichswert 1979 zu 1978 genommen, bei dem sich die Arbeitslosenzahl – ich brauche den geringfügigen Prozentwert nicht zu nennen – im Saarland stärker vermindert hat als im Bund. Ich meine, ich brauche darauf nicht hinzuweisen. Es gehört eigentlich dazu, daß Länder wie Baden-Württemberg oder andere Bundesländer, die tatsächlich Mangel im Hinblick auf Arbeitskräfte haben, eine viel geringere Rück-

gangsphase im Hinblick auf die Arbeitslosenzahl wie unser Land haben. Dies wäre das eine.

Aber ich muß dazu das andere sagen. Der Kollege Mann ist jetzt der amtierende Präsident. Wenn vorhin zu dem Kollegen Läßle gesagt worden ist: nehmen Sie die letzten Zahlen, dann nehmen wir jetzt einmal die letzten, die aktuellen Zahlen, Herr Ministerpräsident. Hierauf haben Sie und auch der Herr Wirtschaftsminister sich berufen. Die letzten Zahlen stehen hier in der amtlichen Veröffentlichung des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz/Saarland, wonach die Arbeitslosenzahl in den letzten Monaten im Saarland um 9,8 Prozent und im Bundesgebiet um 9,5 Prozent zurückgegangen ist. Daran kann man erkennen, daß, wenn keine klaren, gemeinsamen Vorstellungen für Zeiträume gefunden werden, man wahrscheinlich mit viel netter Darstellung und mit mehr oder weniger wörtlicher Überzeugungskraft – –

(Zurufe von der CDU.)

Viele erzählen dann etwas, was die Leute draußen heute nach meiner Meinung sowieso nicht mehr irreführen kann. Der saarländische Arbeitnehmer hat trotz aller positiven Darstellungen seitens der Landesregierung viele Sorgen bezüglich der Entwicklung in diesem Lande. Der Wirtschaftsminister hat gemeint, man solle den Leuten doch keine Furcht bereiten, die Leute brauchten keine Sorge zu haben. Zu der Frage, und hier speziell den Arbeitsplatz betreffend, möchte ich nachher noch kommen. Wenn man von Zahlen ausgeht, könnte man eine Zahl von Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch verwenden. Sie haben den Zeitraum – wahrscheinlich haben Sie gute Mitarbeiter – im Rahmen Ihrer Beinahe-Regierungserklärung von 1970 bis heute dargestellt im Hinblick auf die Entwicklung der Wachstumsrate. Nehmen Sie einmal die Zahlen von 1975 bis heute. Danach haben wir im Jahresdurchschnitt seit 1975 0,6 Prozent weniger als im Bundesdurchschnitt. Ich meine, jeder nimmt natürlich die Zahlen, die er braucht. Aber dienen wir damit den Menschen draußen, die wir hier gemeinsam zu vertreten haben?

(Zuruf von der CDU.)

Selbstverständlich gemeinsam, lieber Kollege Frank. Das nehme ich doch an, ob man in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition steht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Budell (CDU).)

Ich habe das deshalb auch in der Gesamtheit angesprochen. Vergleichszahlen sind immer nur dann richtig, wenn sie auf vergleichbare Zeiträume übertragen werden können. Ich betone das noch einmal, um damit aufzuzeigen, daß viele Dinge, die heute morgen durch den Ministerpräsidenten in Zahlen dargestellt worden sind, wobei dann später der Wirtschaftsminister gemeint hat, immer Statistik und immer Zahlen – –

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Heute morgen haben wir auch bei dieser Darstellung nur Zahlen gehört, sehr schöne Zahlen, die passen für bestimmte Zeiträume, aber nicht für das, was im Grundsatz und aktuell unsere Menschen draußen berührt.

(Abg. Herold)

Nun zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, überall, wo Sie hinkommen im Bundesgebiet oder gleich wo Sie sind, hören Sie, daß die privatrechtliche Lösung der Stahlneuordnung als Modell Saar gelobt wird. Sie sind wahrscheinlich dann immer nur bei denjenigen, von denen Sie Ihre Betrachtung akzeptiert bekommen. Ich höre in Stahlarbeiterkonferenzen, auch durch die Vertreter der Bundesregierung, auch durch den heute morgen genannten Grafen, daß die soziale Komponente in dieser Entscheidung an der Saar das Modell darstellen könnte, aber: daß sie im Bundesgebiet auf Grund der dort bestehenden Situation jetzt nicht in der Form verwirklicht werden kann.

Und jetzt einmal zu den Tatsachen. Die soziale Lösung dieser im Saarland anstehenden Neuordnung hat weder die Landesregierung noch jemanden betroffen, sie hat diejenigen getroffen, die als Arbeitnehmerorganisation Partner der Arbeitgeber sind, ich meine jetzt den Sozialplan. Den hat weder die Landesregierung noch der Wirtschaftsminister initiiert, der Wirtschaftsminister, der sich immer darauf beruft, seit 1977 im Geschäft zu sein. Ihm tut es ja außerordentlich weh, wenn man die Vergangenheit erwähnt, die ich jetzt auch noch einmal darstellen will. Das war also die soziale Lösung, und das ist bei den Leuten, die ich kenne, das Modell Saar. Es ist also nicht die privatrechtliche Lösung. Worum es uns geht, das ist die Beteiligung des Landes an dieser Neuordnung der Stahlindustrie.

Ich bitte doch wirklich noch einmal darum — ich habe das schon im Dezember gesagt —, mit diesem Geschwätz aufzuhören, hier sei eine Sozialisierung geplant gewesen, hier sei eine Verstaatlichung geplant gewesen. Hier ist gar nichts anderes geplant gewesen als die Möglichkeit des Einwirkens in diese nach deutschen Gesetzen bestehende Form und die Möglichkeit, in den Aufsichtsräten ein Veto einzulegen, wenn es um bestimmte Sicherungsmaßnahmen geht, die bei der Frage der Opfer und der Chancengleichheit wesentlich sind. Das sind doch die Worte des Präsidenten der ARBED, Tesch. Das ist also das Entscheidende, was in der Frage der Opfer und Chancengleichheit für die saarländischen und luxemburgischen Kollegen — für mich sind es Kollegen — gilt. Nur hat das der Wirtschaftsminister nie wahrnehmen wollen. Wir müssen heute auch diese Dinge ansprechen. Es wird ja wahrscheinlich die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode sein. Heute morgen hat der Wirtschaftsminister von dieser unseligen Betrachtung im Hinblick auf die Beteiligung gesprochen. „Unselig“ hat er es genannt. Wenn das unselig ist, muß ich einmal fragen, wieso dann der luxemburgische Wirtschaftsminister dafür gesorgt hat, daß — jetzt sind wir wieder bei der Opfer- und Chancengleichheit; das wiederholen wir dann auch zum zehnten Male in diesem Hause — durch einen Staatsvertrag mit der ARBED und den Gewerkschaften 16 400 Arbeitsplätze garantiert werden.

(Beifall bei der SPD.)

Wo ist denn die Garantie für die saarländischen Stahlarbeiter? Da muß ich Herrn Klumpp einmal fragen. Hätte er diese Beteiligung, die die ARBED nie abgelehnt hat — wie käme sie denn dazu; im Gegenteil, da sind wir einer Meinung, denn jemanden, der zahlen kann, braucht man ja —, nicht auch anstreben können? Wir hätten gerne gezahlt, wenn für uns

eine Beschäftigungsgarantie durch die Stimme der Regierungsvertreter im Aufsichtsrat ermöglicht worden wäre, indem man die Kapitaleigner überstimmt hätte.

(Beifall bei der SPD.)

Ist das so schwer zu verstehen? Ist das denn so schwer einzusehen, daß auch mitbestimmte Aufsichtsräte nicht in der Lage sind — auch Sie haben es angesprochen, Herr Ministerpräsident —, auch bei einer paritätischen Mitbestimmung so etwas einzuführen? Bei der Chance der Beteiligung des Landes, die dann auf Grund der deutschen Gesetze — —

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wicklmayr (CDU).)

Ich komme nachher zu Ihrem Zwischenruf, Herr Wicklmayr, ich beantworte gerne Ihre Frage, weil der Kollege Läßle ja darauf hingewiesen hat, daß das einmal klargestellt werden soll; andere Länder haben andere Gesetze, ich komme nachher noch zu Frankreich und Dillingen. Wenn also diese Mitbeteiligung — nur deshalb haben wir sie gewünscht — auch auf der Anteilseignerbank verwirklicht worden wäre, dann hätten wir dort garantiert, wie auch die ARBED in Luxemburg bereit war, weil es gar nicht anders möglich war — —

(Zuruf von der CDU.)

Sogar in einer Dreier-Unterschrift, was hier auch immer durch den Arbeitsminister abgelehnt wird; die Dreier-Konferenz hat dort diesen sogenannten Staatsvertrag zustande gebracht. Da werden durch die Unterzeichnung der Gewerkschaften, des Staates Luxemburg und der ARBED die 16 400 Arbeitsplätze garantiert. Kein Mensch wird wagen, heute zu erklären, die gegenwärtig genannte Zahl sei sicher; das kann auch nicht der heutige Vorsitzende von Röchling-Burbach; ich habe ihn oft genug gefragt. Und deshalb bin ich der Meinung, daß heute Roß und Reiter genannt werden müssen. Ich weiß auch nicht, wie lange Herr Krackow noch sein Amt bekleiden wird; ich sage das nicht, weil er weg soll, sondern wir müssen uns ja noch Jahre mit den Leuten beschäftigen. Auch er kann heute nicht erklären, ob es bei der von uns gemeinsam festgestellten Zahl am Ende der Restrukturierung bleiben kann. Dort hat man gesagt: über einen solchen Prozentsatz hinaus wird niemand entlassen, sondern weiterbeschäftigt außerhalb des Stahlbereiches. Es geht hier um den Grundsatz für unser Land. Deshalb sagt man ja überall, auch an der Ruhr, die Frage der finanziellen Unterstützung zur Restrukturierung der Stahlindustrie ist eine, wenn man so will, nationale Frage. So haben wir es auch gefordert. An der Ruhr sieht das etwas anders aus.

Und dann zur Frage, wie das mit Dillingen aussieht. Herr Wicklmayr, Sie haben vorhin einen Zwischenruf gemacht und nachgefragt; ich gebe gern darauf Antwort. Frankreich hat andere Gesetze. Dort gibt es keine Mitbestimmung wie in Deutschland. Allerdings wird diese Mitbestimmung bei uns von vielen Kreisen, auch aus den Regierungsparteien dieses Landes, heute noch bekämpft, und zwar solange, bis sie wieder kaputtgemacht ist.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Herold)

Das muß man einmal ganz klar sagen.

(Zuruf von der CDU.)

Entschuldigen Sie einmal, mein lieber Kollege Meyer. Die Vorlage, die auch die CDU-Abgeordnete Frau Doris Pack unterschrieben hat, die auch der Bundestagsabgeordnete Müller unterschrieben hat — mit Ausnahme meines Gewerkschaftskollegen Conrad, der nicht unterschrieben hat —, macht doch die Mitbestimmung kaputt. In dieser Vorlage steht drin, daß leitende Angestellte morgen gleichwertig in den Aufsichtsräten vertreten sind. Mein lieber Herr Finanzminister, lesen Sie das Ding einmal durch. Das zielt also auf die leitenden Angestellten. Bei Röchling ist das der verantwortliche Leiter, Personalchef für alle Angestellten, als Beispiel! Wie der sich morgen als Arbeitnehmervertreter in einer Montanmitbestimmung der Unternehmung verhalten wird, wenn es darum geht, Anteilseignerinteressen zu vertreten, das brauche ich Ihnen nicht auszumalen, das wird doch jeder begreifen, zumindest der Arbeitnehmer im Betrieb begreift das.

Und jetzt zu Frankreich. Die haben andere Gesetze, selbstverständlich. Ich beklage, daß man dort mit den Gewerkschaften noch nicht soweit ist; darum lobt ja auch in dieser Europäischen Gemeinschaft jeder die Stabilität der deutschen Gewerkschaften, weil sie in der Lage waren, viele Dinge zu vermeiden, die sich heute beispielsweise im Vereinigten Königreich zeigen — siehe den gegenwärtigen Stahlarbeiterstreik — oder in Frankreich; ich erinnere an die dortigen Unruhen, oder ich erinnere auch an Italien. Leider sind wir dort also noch nicht soweit. Aber es gibt doch keine Zweifel — und darüber haben wir auch in diesem Hause schon des öfteren gesprochen —, daß auf Grund des Niedergangs der französischen Stahlindustrie der französische Staat durch seine direkten finanziellen Zuwendungen bei jedem Stahlunternehmen die Hand fest im Genick liegen hat, und zwar in folgender Form. In Frankreich wurde damals, nachdem diese Mittel, am Anfang nur als Zuschüsse und dann als endgültig verlorene Zuschüsse, gewährt worden sind, eine Form gefunden — über die verstaatlichten französischen Banken —, die sich Stahlholding nennt. In dieser Stahlholding — bleiben wir bei unserer Dillinger Hütte — ist Sidelor mit 33 Prozent beteiligt. Das heißt also, die direkte, oder wenn Sie wollen, die indirekte Einflußnahme des französischen Staates — und das erleben wir des öfteren — ist über diesen Weg gegeben.

(Zuruf: Das habe ich nicht gehört.)

Auch jetzt gegeben. — Ja selbstverständlich, wer Anteile hat, hat auch was mitzureden. So leicht ist in der Öffentlichkeit gar nicht die Notwendigkeit darzustellen, daß zur Zeit noch gerungen werden muß um Kogesa, trotz der Zusage des Bundes, auch dort einzusteigen, denn die bringen vermehrt die notwendigen Mittel. Im Hinblick auf die Kogesa hoffen wir, daß alles, was im Monat Dezember in den Aufsichtsräten vorbehaltlich beschlossen worden ist, tatsächlich zum Tragen kommt. Die Hintergründe der jetzigen Verhandlungen berühren unsere arbeitsmarktpolitische Situation im Moment noch nicht, deshalb möchte ich nicht hineinleuchten. Auch dort ist die Einflußnahme des Kapitaleigners — und zwar in dem Fall des französischen Staates — gegeben; ob das durch Per-

sonen, ob das in direkter oder indirekter Form geschieht, braucht man gar nicht anzusprechen.

Sie haben sich über Belgien gewundert. Das ist doch auch nicht neu. Belgien hat doch im Rahmen seiner Stahlsituation — die noch schwieriger ist, wenn man so will, als selbst in dem Vereinigten Königreich, in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland — jahrelang praktisch nur noch die privatrechtlichen Unternehmen subventioniert. Wo gibt es denn überhaupt noch die privatrechtliche Form, wenn solche Unternehmen nur durch Steuergelder am Leben bleiben können?

(Beifall bei der SPD.)

Die Restrukturierung der Stahlindustrie, die durch Landes- und Bundesmittel erfolgt — das sind doch Mittel, die der Steuerzahler einbringt —, ist doch nur deshalb möglich geworden, weil Geld, zumindest als Garantie, gegeben wird, um eine Restrukturierung durchzuführen. Und täuschen Sie sich nicht: Es gibt genug Diskussionen, die draußen darüber geführt werden — auch bei den künftig sicheren Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie. Wir haben das deshalb auch gewollt, weil ein anderer Weg nicht beschritten werden kann.

Nur, wenn die Restrukturierung der Stahlindustrie an der Saar abgeschlossen ist — das wollen wir einmal festhalten, daß wir niemand schöner machen als er ist, das habe ich hier auch schon immer gesagt —, hat die ARBED, der wir dankbar waren, daß sie eingestiegen ist — die anderen wollten schließen — doch letzten Endes den großen Schnitt gemacht, und zwar den großen Schnitt, daß sie dann hervorragend modernisierte neue Anlagen privatrechtlich unter Kontrolle hat, ohne jemals einen müden Luxemburger Franc in die Restrukturierung hineingesteckt zu haben.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Das war der deutsche Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD.)

Daß die ARBED, das muß man offiziell sagen, dafür einspringen muß im Rahmen der notwendigen Bürgschaft EDV, PHB usw., ist klar; wenn das schiefe geht, werden sie zur Kasse gebeten. Aber bei dieser straffen, technisch wohlgedachten Lösung, von der niemand anders redet, die auch wir — und das ist von uns nie anders dargestellt worden — technisch nicht besser hätten lösen können, bedeutet das am Ende für ein privatrechtliches Multiunternehmen eine sehr wohl stabile Grundlage, auch mit dem Fuß an der Saar. Nur: das sage ich nicht, weil ich es nicht will, sondern weil es den Tatsachen gerecht werdend auch einmal erwähnt werden muß. Überall, auch in Belgien, hat der belgische Staat vom Grundsatz her die Mittel eingebracht, hat im Rahmen einer Vereinbarung mit der ARBED den Bereich Becken — Sie kennen ja das Industriebecken in Wallonien — in eine bestimmte notwendige gleiche Verantwortung gebracht. Die ARBED hat sehr wohl in einem neuen Stahlwerk in Sidemar, das in Belgien liegt und von ihr zu 90 Prozent beherrscht wird, die Grundlage geschaffen für die mit dem Staat Belgien oder dem Land Belgien unter Dach und Fach gebrachten Maßnahmen mit der

(Abg. Herold)

abgegebenen Garantie, daß in Zukunft in Belgien Arbeitsplätze erhalten bleiben. Denn niemand — das kann sich auch die belgische Regierung, trotz Regierungswechsel demnächst in Belgien, nicht leisten — kann Gelder geben und Vereinbarungen abgeben ohne Garantien.

Nur der einzig größere Partner im Bereich des Saarlandes, der hat mit den Worten Opfergleichheit und Chancengleichheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu leben. Damit haben wir zu leben, andere haben dafür die schriftlichen Garantien! Jetzt können Sie sagen: Was sind die wert? Ja Gott, wenn man die Meinung vertreten will, dann brauchen wir keine Staatsverträge mehr zu machen, dann braucht man überhaupt nichts mehr zu tun. So sieht es also aus, wenn es um die Frage der sogenannten Beteiligung geht, der Beteiligung, die wir nur deshalb gewünscht hatten, um immer nur bei bestimmten Maßnahmen mitbestimmen zu können — nicht wegen der Furcht, die vorhin angesprochen wurde. Wenn es wieder einmal notwendig ist, zuzuschließen, werden wir das sowieso tun müssen, ohne wirklich eine Kontrolle zu haben, ohne die Möglichkeit zu haben, Garantien zu erwirken.

Und es gibt heute Leute in diesem Lande, die halten selbst den Rahmen des Vertrages, den die Industriegewerkschaft Metall abgeschlossen hat — den wir aber auch immer gefordert haben —, nicht für gut. Dann machen wir nachher mal ein bißchen Geschichte, wie es 1966 hier zum ersten Male war, als die Homburger Garantie abgegeben wurde. Es gibt heute Leute, die meinen, das sei der größte Blödsinn. Die kommen nicht von seiten der Opposition, die kommen aus anderen Gruppierungen. Wenn es notwendig ist, bin ich bereit, darüber zu reden. Dann müssen die Leute hier dazu Stellung beziehen. Aber ich bin der Meinung, wenn Gespräche geführt werden, die nicht der Öffentlichkeit dienlich sind, behalte ich es mal zurück.

(Zuruf.)

Ich mache es deshalb nicht, weil manche Leute sich zu weit vorwagen, weil sie meinen, alles sagen zu können.

(Zuruf: Verdächtigungen!)

Ich verdächtige niemanden; der Betroffene soll nachher fragen. Wenn Sie der Meinung sind, daß Sie uns alles zuordnen können, was negativ aussieht, und Sie dürften im Glanze der Sonne erscheinen, dann muß man denen mal sagen, was Sie von Garantien und Beschäftigungsgarantien halten: im Grunde gar nichts.

(Sprechen.)

Auch bei einer Zuwachsrate am Standort von neuen Arbeitsplätzen ist eine Beschäftigungsgarantie immerhin für das gesamte Saarland eine wichtige Entscheidung. Nun darf ich Ihnen mal die Zahl sagen. Wir haben nur für knapp 1 600 eine Beschäftigungsgarantie. Trotz Beschäftigungsgarantie werden Sie sich wundern, wie schnell dann diejenigen aus dem Schneider sind, die die aufrechterhalten müssen, denn trotz der Beschäftigungsgarantie für das Eisenwerk oder für das Werk Homburg sind nicht mehr so viele in Homburg beschäftigt, wie dort im

Rahmen der Beschäftigungsgarantie beschäftigt werden könnten. Das technische Problem in Homburg — die Frage, was dann in der Zukunft produziert wird — das jetzt vorgetragen werden könnte, na Freunde, darüber muß man sich im klaren sein, das gilt für den gesamten Beschäftigungsgarantiebereich der ARBED in Luxemburg. Dort muß man auch umstellen und hat umgestellt und stellt im weiterverarbeitenden Bereich noch weiter um; zu dem komme ich nachher. Nur, was da bis jetzt die Landesregierung und der Wirtschaftsminister an Lorbeeren geerntet haben — —

(Zuruf von der CDU.)

Man könnte viele Zahlen vorlesen, aber die echten. Da steht immer oben drüber „Vorstand des Unternehmens“. Wenn Sie die Zahlen bezweifeln, dann fragen Sie den Wirtschaftsminister. Sie sitzen mit ihm in der Regierung, er ist ja stellvertretender Ministerpräsident, dann informiert er Sie falsch. Manchmal hat man sowieso diesen Eindruck; vorhin habe ich das wieder festgestellt. Vorher hat er gesagt: Ihr Bösen von der SPD und Ihr Bösen von der CDU, Ihr habt mir ja im vergangenen Jahr Frechheiten gemacht, bevor ich der Weissager war, daß Dillingen der Standort sein kann. Er hat dann allerdings nur noch der SPD vorgeworfen, das wäre nichts anderes als nur eine wahltaktische Betrachtung vor der Kommunalwahl gewesen. Da hat er Euch vergessen. Aber vorher hat er Euch gesagt: Ihr waret auch diejenigen, die das wollten.

(Beifall bei der SPD.)

Aber auf die Dinge gebe ich schon lange nichts mehr. In diesem Parlament bin ich seit längerer Zeit gewöhnt, daß der Kleine den Großen führt. Nicht von der Wichtigkeit der Person, sondern von der Größenordnung der Fraktion her, stellen wir dies sehr wohl fest. Ich meine, daß Ihr Euch das gefallen lassen müßt, das ist Eure Sache.

(Lachen bei der SPD.)

Ihr wollt ja morgen regieren. Der kleine Mann meint draußen, da wackelt, wie immer, der Schwanz mit dem Hund, aber das ist eine andere Sache.

(Lachen bei der SPD.)

Ich mache darauf aufmerksam und meine es bitter ernst.

(Zurufe. — Sprechen. — Abg. Behles (CDU): Eine Zwischenfrage bitte!)

Jetzt nicht; sonst mache ich es ja immer, aber ich habe jetzt keine Redezeitverlängerung; ich komme nachher noch einmal. Wir haben heute festgestellt — — Das gilt auch für meinen Freund Schacht: Du hast doch vorhin Freud zitiert bekommen, wie der Wirtschaftsminister gesagt hat: ich doch nicht, ich bin doch erst seit 1977 da; Ihr wart das doch! Guckt Sie Euch an, die da vorher diesen Mist gebaut haben,

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

die nicht in der Lage waren, das zu tun.

(Abg. Herold)

(Beifall bei der SPD.)

Nur eines vergißt der Wirtschaftsminister. Als er kam, war schon mit dem Vorgänger die Restrukturierung der Saar besprochen, mit Bonn abgesprochen und schon die erste Phase eingeleitet worden.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das vergißt der Herr Wirtschaftsminister. So schön sind also die Sonnenstrahlen, die ihn bescheinen, wie er meint, immer noch nicht. Aber der Stahlarbeiter weiß, was bei seinem Antritt war und wie der Antritt war. Das muß man in aller Nüchternheit, Kollege Klumpp, sagen. Ich hätte es nicht getan, aber in der letzten Zeit erscheint mir das, was Sie unter dem Motto „Macht den Leuten keine Angst“ in diesem Lande getan haben, etwas überzogen zu sein.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die weiterverarbeitende Industrie zu sprechen kommen bzw. vorher noch zur Stahlindustrie. Sie sind jetzt seit drei Jahren Minister, in der letzten Sitzung eines Parlamentes kann man für wenigstens fünf Jahre aufrechnen. Wenn man diese Aufrechnung, die Sie immer so glanzvoll darstellen, für die Stahlindustrie betreibt, dann darf doch wenigstens noch an das erinnert werden, was in den Protokollen dieses Hauses als mit Wahrheitsgehalt versehen dargestellt wird. Nicht nur Friedel Regitz und Kurt Conrad haben vor Jahren darauf hingewiesen, auch ich habe bereits 1966 zu dem damaligen Wirtschaftsminister Huthmacher gesagt: Machen Sie endlich die notwendigen Vereinbarungen, führen Sie endlich die notwendigen Verhandlungen, führen Sie endlich die Hüttenwerke zusammen, sonst sind wir morgen kaputt. Das ist nachlesbar und das ging Jahr um Jahr so. Es gibt Kollegen in diesem Hause, die damals auch schon da waren und die bestätigen können, daß das von uns immer wieder vorgetragen worden ist. Da ist immer wieder gesagt worden: Wie können wir denn eigentlich in reine Privatunternehmen hineinregieren? Allein die Forderung, die Betroffenen an einen Tisch zu bringen, ist damals durch die Verantwortlichen — da war allerdings der Herr Klumpp in der Tat noch nicht dabei, da war er noch kein Minister, da war er noch ein guter Sozialrechtler — abgelehnt worden. Uns ist immer wieder gesagt worden, daß das nicht geht, und wie wir auf die Idee kämen, in ein Privatunternehmen hineinregieren zu wollen. Damals hieß es: Sie glauben doch nicht, daß eine Familie wie die Familie Röchling mit einer société anonyme wie der ARBED jemals zusammengehen wird!

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

Da haben Sie recht, Herr Behles; Sie aber auch nicht und Ihre Landesregierung erst recht nicht. 1969 haben wir — da war der Kollege Schacht noch auf einer anderen Position, er weiß das noch sehr genau — auf Grund unserer Interventionen, weil es auch bei Röchling nicht mehr ging, das Angebot der ARBED durchgedrückt — mit dem neutralen Mann und einem der Anteilseigner — und haben durchgesetzt, daß dann ein Zusammenschluß zwischen Völklingen und Burbach möglich war. Nicht die politischen Kräfte im Lande, sondern andere haben damals also die erste Phase des Zusammenschlusses herbeigeführt.

Ich stehe allerdings nicht an, den verstorbenen Ministerpräsidenten in der Form zu erwähnen, daß ab dem Zeitpunkt des Niederganges der Stahlindustrie allgemein — weltweit 1974 —, als es dann zu der Bankrotterklärung des Neunkircher Eisenwerkes kam — bei den anderen war es nicht viel besser, wenn ich Dillingen einmal ausnehmen darf —, gesagt wurde: jetzt ist höchste Zeit. Unserer Meinung nach hätte man ein Jahrzehnt früher — als Arbeitskräftemangel gerade auch an der Saar war — die Chancen ausschöpfen müssen, gerade unter der Konkurrenzsituation. Dann wäre auch einiges in diesem Unternehmen strukturell, im Hinblick auf die technische Entwicklung verbessert worden. Dann hätten wir nicht jedes Jahr die Gewinne abgezogen. Ich will Sie nur daran erinnern, welche Schwierigkeiten wir seinerzeit hatten, denen im Aufsichtsrat beizubringen, das Norweiler Gewinn zu bauen, das heute noch die Seele der gesamten Walzstraßenanfertigung ist. Damals meinten die auch, daß sie von dem Gewinn 80 Prozent verteilen könnten, und wir haben gesagt: unter den Bedingungen nicht! Das war also alles nicht Politik der vergangenen Landesregierung oder der heutigen, das ist alles auf anderen Wegen geschehen. Erst als es soweit war, als nicht nur die Stahlindustrie am Boden lag, als das Saarland durch Arbeitsplatzmangel geplagt war und nicht durch einen Mangel an Arbeitskräften, hat man dann diesen Weg mit beschritten.

Und hier kann ich bestätigen: Ab dem Jahre 1974 und danach hat Herr Ministerpräsident Röder oftmals hier erklärt — auch das ist protokollarisch nachzulesen —: Was soll ich denn noch tun? Ich habe sie angeschrieben, die Herren Wolff von Amerongen, den Präsidenten der SOLLAC; sie kommen ja nicht. Daraufhin haben wir etwas Druck dahinter gemacht. Erst nachdem 30 000 Stahlarbeiter hier im Saarland demonstriert hatten, nachdem die Arbeitnehmer sich gewehrt hatten gegen den Arbeitsplatzverlust ohne Entschädigung, gegen den Arbeitsplatzverlust ohne soziale Sicherung, war dann im Rahmen des Landes, aber auch des Bundes die Bereitwilligkeit vorhanden, zu erkennen, daß hier eine Lösung gefunden werden muß, weil es hier im Saarland nicht einen Betrieb X mit der Beschäftigtenzahl Y trifft, sondern eben einen entscheidenden Bereich der saarländischen Wirtschaft.

Unter diesem Gesichtspunkt ist dann die Grundlage geschaffen worden. Allerdings hätten wir sie eben gerne früher gehabt, und zwar damals, als vom Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten gesagt wurde, man könne doch nicht fordern, alteningesessenen Unternehmen hier im Saarland im Rahmen der Konkurrenz Schwierigkeiten zu bereiten im Hinblick auf die sogenannte Arbeitsmarktsituation. Die hätten wir denen gerne bereitet. Angebot und Nachfrage, altes Sprichwort; wir hätten das gerne getan. Vorhin hat Herr Klumpp, glaube ich, hier gemeint — das wissen die Stahlarbeiter und Bergleute heute noch nicht —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Mann:

Herr Kollege Herold, ich darf Sie bitten, zu Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

Abg. Herold (SPD):

Dann komme ich nachher darauf zurück. Noch ein Satz. Der Stahlarbeiter und der Bergarbeiter wären damals nicht gegangen, so habe ich einige Zurufe von der CDU vernommen. Das ist doch Unsinn. Der Stahlarbeiter zumindest wäre bei den damals schon wesentlich günstigeren Tarifverträgen in der weiterverarbeitenden Industrie und bei der auch menschlich besser gestalteten Arbeit dort durchaus gegangen — weg also vom Hochofen, von der Adjustage oder der Sinteranlage an einen besseren, sicheren, menschlich günstigeren Arbeitsplatz.

Ich schließe damit meine Ausführungen. Ich hoffe, es wird nachher noch Gelegenheit sein, die anderen notwendigen Dinge vorzutragen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Mann:

An der heutigen Nachmittagssitzung nimmt die CDU-Frauenvereinigung Brotdorf unter Leitung von Frau Kammer teil.

(Beifall des Hauses.)

Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Diversy.

Abg. Diversy (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Herold, die gefundene Lösung in der saarländischen Stahlindustrie ist, wie Sie wissen, eine konzertierte Aktion zwischen Bundesregierung und Landesregierung, unter voller Mitwirkung der Industriegewerkschaft Metall. Ich glaube, daß diese Konzeption, auch als Modell Saar bezeichnet, eine gute Konzeption ist, daß sie von den beteiligten Institutionen als positiv betrachtet wird, und ich glaube, wir sollten nicht den Versuch unternehmen, diese Konzeption im nachhinein zu verwässern oder zu zerreden. Wir sollten vielmehr gemeinsam dazu stehen, denn sie dient letztlich den Menschen in unserem Lande draußen und den Beschäftigten in der Stahlindustrie.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Bevor ich näher auf den saarländischen Arbeitsmarkt zu sprechen komme, insbesondere auf die strukturelle Problematik, die im saarländischen Arbeitsmarkt enthalten ist, möchte ich mich bei der Opposition bedanken, daß sie mit der von ihr geforderten Aussprache den Koalitionsfraktionen CDU und FDP und dieser Landesregierung noch einmal Gelegenheit gibt, in sachlicher Form die Öffentlichkeit auch über die beachtlichen Erfolge zu informieren, die die bisherige Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes an der Saar gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat heute morgen u. a. einen informativen Bericht der Arbeitskammer zur Entwicklung auf dem saarländischen Arbeitsmarkt zum Anlaß ge-

nommen, ein Bild zu zeichnen, das meines Erachtens der wirklichen Lage nicht gerecht wird. Vor allen Dingen bezieht sich die Kammer, die ich ansonsten sehr schätze, in diesem Bericht auf Zahlenmaterial aus dem Monat Mai 1979.

(Zuruf des Abgeordneten Springer (SPD).)

Herr Kollege Springer, ich habe nicht die Absicht, hier einen Bericht in Bausch und Bogen zu zerreißen. Ich habe lediglich die Absicht, punktuell jene kritischen Schwachstellen aufzuzeigen, die meiner Meinung nach darin enthalten sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn man sich auf das Jahr 1979 beruft, dann hätte man sich ebensogut auf den September 1979 berufen können, denn dieses Zahlenmaterial ist nicht originäres Material, das von der Arbeitskammer erarbeitet wurde, sondern beruft sich auf die Strukturanalyse des Landesarbeitsamtes Saar/Rheinland-Pfalz. Diese Strukturanalyse wird nach einer statistischen Sonderreihe zweimal im Jahr erstellt, nämlich im Mai und im September. Wenn Sie die Aussagen der beiden Berichte miteinander vergleichen — auch im Hinblick auf die sogenannten Problemgruppen des saarländischen Arbeitsmarktes —, so kann man doch schon eine kleine Tendenzwende herauslesen. Das angesprochene Gutachten beschreibt zum Beispiel für den Zeitraum Mai 1979 folgendes. Zunächst wird auch wieder die positive Tendenz der Entwicklung des saarländischen Arbeitsmarktes beschrieben und dann wird zu dieser Kernproblemgruppe festgestellt: „Trotz dieser allgemeinen positiven Entwicklung der Arbeitsmarktlage hat sich die Situation der strukturell benachteiligten Gruppen unter den Arbeitslosen teilweise verschärft.“ — Mai 1979. Es wird weiter ausgeführt: „Der Anteil der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist nach wie vor sehr hoch und hat sich seit Mai 1978 prozentual nur leicht verringert.“

Zum gleichen Personenkreis wird nun Ende September 1979 folgendes festgestellt: „Von der ebenfalls wieder festgestellten positiven Grundtendenz im Berichtszeitraum September 1978 bis September 1979 profitieren in erster Linie unter den sogenannten Problem- oder Zielgruppen des Arbeitsmarktes die Jugendlichen unter zwanzig Jahren, diejenigen ohne besondere Berufstätigkeit und diejenigen der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.“ Das liest sich etwas anders. Man könnte es auch noch vertiefen, aber es geht weiter. Im selben Bericht — September 1979 — stellt nun das Landesarbeitsamt fest — ich zitiere den Originaltext —: „Es muß doch von einer deutlichen Tendenzwende auf dem saarländischen Arbeitsmarkt gesprochen werden. Nachdem in den vergangenen Jahren im Saarland die Arbeitslosenzahl, die im Gegensatz zur bundesweiten teilweise erheblich zurückgegangen ist, immer noch weiter anstieg, ist nun der Bann gebrochen, und es kann erstmals eine Abnahme verzeichnet werden. Der Rückgang um 15 Prozent gegenüber September 1978 erscheint in seiner Höhe in Anbetracht der Entwicklung der Vorjahre überraschend stark“. Meine Damen und Herren, das hat nicht ein Jubeljournalist verfaßt, sondern das ist der authentische — —

(Zurufe von der SPD.)

(Abg. Diversy)

Es wurde heute morgen von einer einseitigen Berichterstattung der Medien zu dieser Frage gesprochen. Ich zitiere hier den authentischen Text des Landesarbeitsamtes Saar. Ich stelle Ihnen diesen Text zur Verfügung.

Ich fahre fort. In einem Punkt, meine Damen und Herren, sind sich die verantwortlichen Politiker wohl alle einig. Wir haben noch in weiten Bereichen eine unbefriedigende Arbeitslosenquote, die es weiterhin gilt gemeinsam gezielt zu bekämpfen. Aber wir haben auf der anderen Seite bereits sehr gute Erfolge zu verzeichnen, die auch die Opposition nicht wegdiskutieren oder ableugnen kann. Ich spreche jetzt wieder um einige Fakten an. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß man mit Statistik sehr trefflich streiten kann. Dann sollten wir uns allerdings entweder jeglicher statistischen Aussage enthalten oder aber, wenn statistisches Zahlenmaterial überprüfbar erscheint, dieses ruhig nennen. Ich nenne die Fakten.

Das Saarland konnte 1979 erstmals seit 1975 wieder ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wachstum erzielen. Heute morgen wurde die Aussage des Herrn Ministerpräsidenten etwas angezweifelt. Mir liegen hier statistische Berichte des Statistischen Amtes des Saarlandes, ausgegeben am 20. Februar 1980, vor. Ich zitiere: „Je Einwohner wurde im Saarland 1979 eine Zunahme des Bruttoinlandproduktes um rund 9 Prozent errechnet — Bundesdurchschnitt 8,3. Selbst bei den bereinigten Zahlen liegt das Saarland im vergangenen Jahr immer noch über dem Bundesdurchschnitt. Das darf doch wohl einmal gesagt werden.“

Herr Kollege Läßle, Sie haben kritisiert, daß man ausgerechnet den Vergleich bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern März 1978/März 1979 nennt, und Sie haben gesagt: Natürlich ist das hier gut statistisch darzustellen; es sind zwei Zeitpunktrechnungen; weil vorher ein tiefes Loch war, konnte es ja auch nachher sehr stark nach oben gehen. Nur muß man dabei sagen, daß genau in den Jahren 1976/1977 die Stahlkrise in diesem Lande war mit einer Fülle von beschäftigungspolitischen Schwierigkeiten. Wenn eine Wirtschaftsregion wie das Saarland mit nach wie vor starker Strukturierung im Montanbereich Schwierigkeiten im Arbeitsmarktbereich durch weltweite Schwierigkeiten im Stahlbereich hat, dann muß es ihr doch tatsächlich auch einmal positiv angerechnet werden, wenn danach eine Phase der Wiederbelebung im Rahmen des Arbeitsmarktes kommt. Das heißt doch, daß wir dann trotz der Stahlkrise für 10 000 Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen haben. Eine andere Interpretation kann ich bei diesem Anstieg in keinem Fall finden. Aber wenn wir, meine Damen und Herren, den Zeitraum März 1978/März 1979 nicht aufgreifen, sondern einen anderen Zeitraum, wie Juni 1978 bis Juni 1979, dann waren es keine 10 000, sondern nur 9 346 Personen. Auch diese Zahl kann sich sehr gut sehen lassen.

Weiter. Seit Januar 1978 hat der Arbeitslosensockel im Saarland kontinuierlich abgenommen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist — neueste Zahlen Februar 1980 — um 52 Prozent zurückgegangen. Das sind doch entscheidende Veränderungen, die man ruhig herausstellen kann. Meine Damen und Herren, es ist nicht zu bestreiten — auch wenn wir von einer anderen Bemessungsgrundlage ausgehen müssen, weil der Sockel höher liegt —, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen — ich

will es jetzt nicht mit anderen Regionen vergleichen, sondern ich will es absolut sehen im Vergleich zu unseren Zahlen — hat im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent abgenommen. Ich würde meinen, das ist eine Zahl, die als Eigenleistung gilt und die sich sehen lassen kann, ohne daß wir hier einen Vergleich zu anderen Regionen anzustreben brauchen. Allerdings wissen wir — ich nenne das trotzdem —, daß der Rückgang im Saarland bei diesem Personenkreis stärker war als im übrigen Bundesgebiet. Und, meine Damen und Herren, es ist nicht wegzuleugnen, daß seit September 1977 mittels des von der Landesregierung verabschiedeten Ausbildungsplatzförderungsprogramms 8 000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche gefördert wurden.

Meine Damen und Herren, betrachtet man diese Entwicklung in ihrer langfristigen Natur, so kann mit Fug und Recht von einem erfreulichen, positiven Trend der Saarlirtschaft und des Saararbeitsmarktes gesprochen werden. Ich zitiere einen unverdächtigen Zeugen. Es wurde hier Herr Stingl genannt. Ich hatte ihn in der letzten Plenardebatte ebenfalls genannt, da er der Saarregierung eine ausgezeichnete Strukturpolitik bescheinigt hat. Frau Lenske, die Präsidentin des Landesarbeitsamtes Saar, sprach sich am 11. März wie folgt zu dieser Frage aus: „Wir haben die Strukturkrise hier im Saarland früher gehabt; wir haben sie aber auch eher bewältigt. Nordrhein-Westfalen, ein vergleichbarer Wirtschaftsraum, weil hier die Struktur ähnlich gelagert ist, kommt jetzt erst in diese Probleme hinein, und wir werden sehen, wie es damit fertig wird.“

Herr Kollege Läßle, ich pflichte Ihnen bei, es ist die Aufgabe der Opposition, politische Fragen kritisch zu sehen. Aber ich würde meinen, eine konstruktive Kritik muß wirklich alle Positionen berücksichtigen, alle Fragen stellen, alle Antworten geben. Ich höre aber wenig davon, daß zum Beispiel bei den 55jährigen und den älteren Arbeitnehmern, die immerhin ein Drittel der männlichen Arbeitslosen an der Saar ausmachen, 59,2 Prozent mittels Sozialplan aus dem letzten Beschäftigungsverhältnis ausgeschieden sind. Ich möchte hier feststellen, daß wir diese Sozialpläne begrüßen. Sie liegen in der Verfolgung unserer konsequenten Arbeitsmarktpolitik.

Aber noch etwas muß doch hier gesagt werden. Es ist wenig davon die Rede, daß die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Frauen im Saarland deshalb besonders schwierig ist, weil ganz einfach die montangefärbte Wirtschaft diese Probleme nicht so schnell als lösbar erscheinen läßt. Es hieße ja, ökonomisch die Quadratur des Kreises zu erreichen, wenn wir alle anderen Fragen, die ich aufgezählt habe, noch anreichern würden um die totale Lösung des Problems „Beschäftigung von Frauen“. Zudem wird das Thema noch eingengt, weil ungefähr 70 Prozent der arbeitssuchenden Frauen sogenannte Teilzeitarbeitsplätze suchen, und das noch am Vormittag. Ich habe volles Verständnis für diesen Wunsch, meine Damen und Herren, aber Sie sollten dafür Verständnis haben, daß es einer Wirtschaftspolitik unmöglich gelingen kann, kurzfristig auch dieses Problem als Lösungskomponente in eine Gesamtkonzeption einzubauen. Wir werden allerdings daran weiterarbeiten — glauben Sie mir das —, und wir werden auch in diesen Fragen in Teilbereichen Erfolge erzielen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf des Abgeordneten Klimmt (SPD).)

(Abg. Diversy)

Nein, das kann nicht wahr sein. Wir fangen jetzt erst an. Die Neuschaffung von 40 000 neuen Arbeitsplätzen, die Ansiedlung neuer Betriebe, zurückgehend auf Herrn Dr. Koch, der hier auch einmal Wirtschaftsminister war, ist Teil jener Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen. Denn die Auflockerung der Wirtschaftsstruktur bedeutet natürlich auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Frauen. Das ist ein Prozeß, der meines Erachtens schon über fünfzehn Jahre hinweg erfolgt.

Meine Damen und Herren, ich muß hier doch sagen, daß der Anteil der schwerbeschädigten Arbeitnehmer bundesweit im Steigen ist. Wir haben in den letzten zehn Jahren bundesweit einen Anstieg jener Personengruppe von 5 000 auf 68 000 Menschen gehabt. Ich glaube, es darf auch einmal von dieser Stelle aus der Appell an die zentrale Bundesinstanz gehen. Das ist ein Problem, das auch von der Bundeskompetenz her angegangen und subsidiär zu den Anstrengungen des Landes gelöst werden muß.

Meine Damen und Herren, es wurde heute auch wenig gesagt, daß der harte Kern der Arbeitslosen meist eine Kumulation, das heißt eine Anhäufung von mehreren Handicaps in sich birgt, daß also viele Arbeitssuchende beispielsweise zugleich älter, gesundheitlich eingeschränkt und ohne fachliche Qualifikation sind, und daß diese Kumulation bei vielen dieses harten Kerns auftritt. Die Wissenschaftler der Bundesanstalt für Arbeit haben in einer mit viel Akribie gefertigten Arbeit versucht, jenen Problembereich zu lokalisieren. Man kann getrost diesen harten Kern im Saarland, diese Kumulation von negativen Attributen, mit denjenigen vergleichen, die im übrigen Bundesgebiet von diesem harten Los betroffen sind. Und auch hier kann ich sagen – das gilt meines Erachtens auch als ein Indiz für eine partiell gelungene Umstrukturierung der Wirtschaft –, daß es gelang, diesen harten Kern im Saarland sogar schneller zu vermitteln als im übrigen Bundesgebiet. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie anders Sie dies Phänomen deuten können, als daß auch hier die Strukturpolitik gewisse Vorleistungen geschaffen hat. Dies muß man nur in seiner Gesamtheit sehen.

Die sogenannten Problemgruppen bedürfen vor dem Hintergrund der eben von mir genannten Benachteiligungen nicht nur verstärkter sozialer Berücksichtigung durch ihre Arbeitgeber, sondern auch eines differenzierten staatlichen Förderungsprogramms. Das heißt also, der Staat muß flankierend für eine spürbare Abhilfe sorgen. Die Landesregierung, meine Damen und Herren, versucht in Konsequenz dieser Erkenntnis, mit verschiedenen Fördermaßnahmen nun diesen Problemgruppen gerecht zu werden. Ich möchte hier auflisten: Sonderprogramm für Teilzeitarbeitnehmer, für Teilzeitarbeit suchende Frauen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für längerfristig Arbeitslose, das Ausbildungsplatzprämienprogramm, das Sonderprogramm des Bundes und der Länder zur beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter – warum soll man nicht sagen, daß der Bund hier subsidiär hilft? – und schließlich das Arbeitsförderungsgesetz, das auch ein Bundesgesetz ist, mit seinen Umschulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Aber die Durchführung dieses gebündelten Maßnahmenkataloges zeigt deutlich, daß sich die Landesregierung für diese Problemgruppe sozial verantwortlich fühlt und daß sie in diesem Bereich – ich habe es eben durch Bundesvergleiche zu erhärten versucht – bereits deutliche Erfolge aufzeigen kann.

Ich wiederhole. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen ist empfindlich zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sank ebenfalls, nämlich um 16 Prozent. Auch die Zahl der arbeitslosen Frauen verringerte sich, nämlich um rund 10 Prozent. Sie sehen, man ist hier auf dem richtigen Wege.

Meine Damen und Herren, was die Ausbildung junger Menschen betrifft, so sind wir als CDU-Fraktion vollkommen deckungsgleich mit der Forderung der Arbeitskammer nach einem ausreichenden und zukunftsorientierten Angebot an beruflichen Ausbildungs- und Fortbildungsplätzen. Allerdings sollten die Unternehmen wegen ihrer größeren Marktnähe über die Ausgestaltung ihrer Ausbildungsgänge selbst entscheiden und nicht etwa der Staat durch Ausbildungsplatzplanung, die er gar nicht durchführen kann. Sie können aus einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung heraus wohl den Versuch unternehmen, bestimmte Zukunftsdaten zu setzen, aber Sie können in keinem Fall Definitionen festlegen, daß dieser oder jener Beruf absolut zukunftsorientiert ist. Die Flexibilität der Marktdaten wird immer wieder auch die vernünftigste Arbeitsmarktvorausplanung etwas tangieren. Und hier muß man ganz einfach eine Ausbildung der jungen Menschen so breit anlegen, daß sie flexibel auf die verschiedensten Daten am Markt reagieren können.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist wirklich absurd, zu versuchen, den Eindruck zu vermitteln, als würden die verantwortlichen politischen Kräfte in diesem Lande das Problem der Arbeitslosigkeit und des Arbeitsplatzdefizits verharmlosen, oder als würde die Diskussion letztlich darauf reduziert, daß wir bei den Arbeitslosen zuviel Arbeitsunwillige hätten. Wer hat das je von dieser Stelle aus gesagt!

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben immer wieder deutlich gemacht, daß die Arbeitslosigkeit als das für die saarländische Bevölkerung entscheidende Thema mit aller Ernsthaftigkeit angegangen und gelöst werden muß; und teilweise wurde es auch gelöst.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nur auf der Basis weiteren Wachstums und der Aktivitäten der Wirtschaft im Rahmen eines günstigen Investitionsklimas kann mittelfristig über eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots eine nachhaltige Verbesserung dieser Situation eingeleitet werden. Und nur über mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze in einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur kann letztlich auch der harte Kern – die sogenannten Problemgruppen – spürbar abgebaut werden.

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, die Neuordnung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie wird die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze in diesem Industriezweig sichern. Die Zukunft der heimischen Steinkohle, insbesondere die Perspektive, die sich eröffnet durch die Kohleveredelungstechnologie, wird ebenfalls nach unserer Überzeugung für mehrere tausend Arbeitsplätze die Grundlage schaffen; und die konsequente Förderung des Mittelstandes wird sich eben-

(Abg. Diversy)

falls in einer Erweiterung des Arbeitsplatzangebots in naher Zukunft niederschlagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, eingangs meiner Ausführungen an einigen Zahlen und Fakten aufgezeigt zu haben, daß das Saarland auf dem richtigen Wege ist. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sind sich bewußt, daß in den Bereichen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes noch vieles zu tun bleibt, daß aber schon sehr beachtliche Erfolge in der Vergangenheit erzielt worden sind. Dieses Land — davon bin ich mit meinen Kollegen überzeugt — hat eine gute Zukunft. Die Arbeitnehmer in diesem Lande haben eine ausreichende Perspektive, weil eine gute Politik die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. — Ich darf mich bedanken.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat Herr Minister Klumpp.

Minister Klumpp:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein kurzes Wort sagen in Entgegnung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Herold. Herr Herold hat gesagt, die Aushandlung der Sozialpläne an der Saar sei eine Sache der Gewerkschaften gewesen. Dies ist richtig. Sozialpläne gehören in die Sphäre der Arbeitnehmerschaft und ihrer organisierten Vertreter, also in die Hände der Betriebsräte und die Hände der Gewerkschaften.

Aber, Herr Kollege Herold, Ihnen ist genauso klar wie mir, daß diese Sozialpläne niemals hätten durchgeführt werden können, wenn sie nicht flankiert gewesen wären von der Politik der Bundesregierung und der Landesregierung. Denn ohne die Blutzuführung an die Hütten in Form von Bürgschaften und Zuschüssen usw., von Krediten, Darlehen, wären diese Unternehmen nicht in der Lage gewesen, die Sozialpläne zu machen. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Wir haben damals durchgesetzt, daß diese Darlehen, daß diese Bürgschaften möglich waren auch und gerade im Interesse der Arbeitnehmer in der Stahlindustrie, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Es kann nicht so sein, daß man heute darstellt, hier wäre auf der einen Seite eine Regierung, die sozusagen konsequent rein ökonomisch auf die Reduzierung von Arbeitsplätzen drängt, weil dies sicher notwendig ist, ohne das Schicksal der Beschäftigten im Auge zu haben. Das Gegenteil war der Fall.

Ich möchte nicht verhehlen, daß in diesem ganzen Zusammenwirken um die Herstellung eines Modells Saar, einer sinnvollen Restrukturierung einer von der Stahlkrise betroffenen Industrie, deren schwerwiegende strukturelle Mängel hier offenbar wurden, die Gewerkschaften einen positiven Beitrag geleistet haben — ich habe dies mehrfach betont —; aber dies geschah in Zusammenarbeit mit den Regierungen.

Wenn Herr Herold nun darauf hinweist — was er wohl als eine Art Pflichtübung gegenüber seiner Partei betrachtet —, daß eine Staatsbeteiligung an der Saar wünschenswert gewesen wäre, weil man es in Belgien oder in Frankreich so macht, dann muß ich dies einfach zurückweisen. Unser Wirtschaftssystem ist primär aufgebaut auf dem Gedanken der Privatwirtschaft und der Nichteinmischung des Staates. Der Staat kann nur dort eingreifen und darf nur dort eingreifen, wo Not am Mann ist, wo es das äußerste Mittel ist, daß er Kredite gibt, daß er Geld gibt. Wir können nicht den Weg gehen wie in Westeuropa oder in England, wo durch Beteiligung des Staates oder durch Verstaatlichung die Wirtschaft von einer Krise in die andere hineinschlittert, bewegungsunfähig wird und praktisch keine Gewinne mehr erzielen kann, wo die Arbeitsplätze gefährdet werden und der einzige Ausweg für diese Staaten in der Herbeiführung immer neuer Inflationstendenzen besteht.

Wir wollen eine Sicherheit der Währung, wir wollen auch eine Gleichstellung der Arbeitnehmer haben. Wir müssen bestrebt sein in der Bundesrepublik — gerade dies ist das Ziel unserer jetzigen Bundesregierung —, nicht über den bisherigen Rahmen hinaus weitere Staatsbeteiligungen oder Verstaatlichungen zu machen; die sozial-liberale Bundesregierung hat genau erkannt, daß wir von einer freien Marktwirtschaft leben. Wenn Graf Lambsdorff hier mehrfach betont hat — das scheint den Sozialdemokraten an der Saar nicht zu gefallen —, daß Sie allen diesen Bestrebungen eigentlich sehr hinderlich gewesen seien und keineswegs nützlich, so entspricht dies der Einschätzung der Bundesregierung. Daß das ein liberaler Minister ausspricht, ist selbstverständlich.

(Abg. Netzer (SPD): Deswegen hat die Bundesregierung Sie als Briefträger bezeichnet!)

Herr Kollege Netzer, ich gestatte mir, auf diese Bemerkung hier nicht einzugehen; wir waren niemals Briefträger, wir haben hier gekämpft für die saarländischen Arbeitnehmer und für die saarländische Wirtschaft. Wir brauchen uns das nicht gefallen zu lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die SPD an der Saar, meine Damen und Herren, war während der gesamten Lösung der Stahlkrise ein einziger Hemmschuh, indem hemmungslose Demagogie gemacht wurde, und war auch den verantwortlichen Vertretern der Gewerkschaften, zu denen ich auch den Kollegen Herold zähle, hinderlich. Die Lösung wurde hier von der Bundesregierung und von der Landesregierung gegen die SPD gemacht. Ich möchte dies festhalten; Sie haben für die saarländischen Arbeitnehmer keine gute Politik gemacht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat der Abgeordnete Klimmt.

Abg. Klimmt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat heute morgen von tendenziösen Darstellungen in der Arbeitsmarktpolitik gesprochen. Ich möchte das erweitern. Ich glaube, daß das, was uns zur Zeit an Zahlen vorgelegt wird — vor allem von den Regierungsparteien in den Publikationen, die sie herausgeben, aber auch in den offiziellen Verlautbarungen der Landesregierung —, nicht nur tendenziös ist, sondern daß es durch Fehlinterpretationen, durch die Heranziehung willkürlicher Vergleichszahlen, durch Verschweigen von negativen Indikatoren und durch Verzerrung und Verzeichnung der Wirklichkeit gekennzeichnet ist. Das ist das Problem, weswegen wir uns auch gezwungen gesehen haben, eine derartige Debatte zur Arbeitsmarktpolitik zu verlangen. Denn das Frisieren einer politischen Bilanz unter politischen Gesichtspunkten verstellt den Blick auf mögliche richtige Lösungsansätze. Was man eigentlich jetzt und auch in den Zeiten vorher hätte erwarten müssen, wäre ein schonungsloses Offenlegen der Situation gewesen.

(Beifall bei der SPD.)

Weil man es in der Vergangenheit versäumt hat und auch dort immer nach Entschuldigungen gesucht hat, haben wir immer noch eine derartig schlechte Situation. Und weil man immer noch nicht bereit ist, die Dinge beim Namen zu nennen, können in der kurzen Frist, die dieser Regierung noch bleibt, einige richtige Dinge nicht eingeleitet werden.

Nun, warum wird frisiert? Das hat natürlich auch einen koalitionspolitischen Hintergrund. Die Lage der FDP spielt dabei eine Rolle, denn die wirtschaftliche Lage und die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bestimmt von zwei Ministern, die seit 1977 von der FDP gestellt werden; das eine ist der Wirtschaftsminister, das andere ist der Arbeitsminister, Frau Dr. Scheurlen. Es ist natürlich dann peinlich, wenn jemand in eine Regierung einsteigt als Juniorpartner, die Ärmel hochkrempelt und anfängt zu arbeiten, aber am Ende nicht mehr dabei herauskommt, als vorher der verbrauchte Altpartner zustande gebracht hat. Dies gibt natürlich Schwierigkeiten, vor allem, wenn man kurz vor Wahlen steht. Dann muß man eben an die Zahlen ran, wenn man die Realität nicht verändern kann.

(Beifall bei der SPD.)

Ich muß noch eines sagen. Ich bedauere es wirklich sehr, daß die einzige Zeitung, die wir im Lande haben, dies auch noch mitmacht. Ich habe sehr viel für Pressefreiheit übrig und auch dafür, daß Journalisten schreiben sollen, was sie wollen und was sie für richtig halten. Die Frage ist, wo man ein Monopol hat, wenn man anfängt, Erfolgsmeldungen hochzujubeln, Kritik zu unterdrücken oder zu verstecken. Man muß sich nur die Beilage von heute ansehen, wer dort eigentlich die Wirtschaftspolitik und Aussagen dazu repräsentiert. Da haben wir Äußerungen von Wirtschaftsminister Klumpp, vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Schäfer — sicherlich ein kompetenter Mann —, dem Vorstandschef der Saar-Bank — sicherlich auch ein kompetenter Mann — und auch vom Leiter der GW-Saar, sicherlich ebenfalls ein kompetenter Mann. Nur ist die Frage, wenn man die eine Seite hat,

wo eigentlich die andere bleibt. Wo ist die Stimme der Arbeitnehmer?

(Beifall bei der SPD.)

Wo ist etwas gesagt von den unzähligen Stellungnahmen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Einzelgewerkschaften zu solchen Fragen des Arbeitsmarktes gemacht haben? Davon ist nichts erwähnt. Wo sind die Aussagen der Arbeitskammer zu dem Problem? Kein Interview mit Norbert Engel, nein, aber mit der Industrie- und Handelskammer. Ich meine, die Arbeitnehmer in diesem Lande sollen es wissen, damit sie sich der Situation, wie sie mit Meinung versorgt werden, auch bewußt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Ich könnte es reihenweise aufblättern: Das ist die Meldung zur Ausbildungsplatzsituation, die wir angeblich zur Zeit im Lande haben. Das war am 5. 3. dieses Jahres, ein Aufmacher, eine Schlagzeile, damit es so aussieht, als ob alles mittlerweile bei uns im Lande in Ordnung wäre. Was war das eigentlich? Da hat eine Sitzung des Landesausschusses für Berufliche Bildung stattgefunden, und dort haben die verschiedenen Gruppierungen über ihre Auffassungen ein wenig philosophiert, ohne konkretes Material zu haben. Wenn man nachfragt — beispielsweise beim Arbeitsamt —, ob es solche Daten zur Verfügung stellen könne, dann sagt man dort: Wir können euch noch gar nichts sagen über die Situation auf dem Ausbildungsplatzstellenmarkt. Aber dies steht in dieser Meldung auf der ersten Seite. Dort wird auch Bezug genommen auf das Arbeitsamt.

Wir müssen darunter leiden, daß solche Dinge aufgebläht werden, die eben keinen echten Informationsgehalt haben. Ich wundere mich, daß das nicht quer über die ganze Seite gedruckt wird, auch wenn es keinen Inhalt hat, aber damit es wenigstens auffällt, weil es die Tendenz einer Erfolgsmeldung hat.

(Beifall bei der SPD.)

Nun einige Punkte, die uns heute schon beschäftigt haben. Ich streite nicht, ob 9 200 oder 10 000 Sozialversicherte. Friedel Läßle hat auf den Vergleichszeitraum hingewiesen, wie man Monate, Jahre und Zahlen miteinander vergleichen und in Bezug bringen kann, um das herauszubekommen, was man will. Aber, Kollege Diversy, es ist nicht so, als ob sich hinter diesen Zahlen wirklich die echte Neuschaffung von Arbeitsplätzen verbergen würde. Ich wiederhole noch einmal, was ich heute morgen schon in der Zwischenfrage gesagt habe. Dahinter versteckt sich beispielsweise die Zunahme bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; auch die sind sozialversicherungspflichtig. Dahinter versteckt sich beispielsweise auch die öffentliche Verwaltung, und wir haben im öffentlichen Bereich eine ziemliche Ausdehnung der Beschäftigtenzahl, die Beamten sind zwar nicht erfaßt, aber die Angestellten. Das sind doch sicher keine Arbeitsplätze, die auf Initiativen des Wirtschaftsministers geschaffen worden sind, es sei denn, sie wären innerhalb seines Ministeriums; aber nur dann.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Klimmt)

Die Auszubildenden sind auch drin. Wenn die Phase von März 1978 bis März 1979 verglichen wird, dann sind auch die Steigerungen der Ausbildungsplatzzahlen drin. Wenn Sie es geschafft haben, aufgrund Ihrer Förderung zusätzlich 2 500 Ausbildungsplätze zu schaffen, so sind diese natürlich auch mit drin für dieses Jahr. Damit wird diese Zahl absolut relativiert, Sie können sie nicht als einen glaubwürdigen Indikator für die Neuschaffung von Arbeitsplätzen heranziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wicklmayr (CDU).)

Mehr Ausbildungsplätze nicht, Herr Minister Wicklmayr. Aber bitte, Herr Minister Klumpp.

Abg. Klumpp (FDP):

Diese 10 000 oder 9 200 Arbeitsplätze, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die im Zeitraum vom 1. März 1978 bis 1. März 1979 zusätzlich da waren, sind nicht wegzuleugnen. Die 5 200 zusätzlichen Ausbildungsplätze, die im Jahr 1979 geschaffen wurden, waren damals überhaupt noch nicht relevant.

Abg. Klimmt (SPD):

Sie hätten in der Zeit, in der Sie sich offensichtlich mit Zahlen versorgt haben, zuhören sollen. Ich habe nämlich eben nicht von 5 500 gesprochen, sondern ich habe von 2 500 gesprochen, von denen Sie selber angeben, daß sie für den Zeitraum des Jahres 1978 geschaffen worden seien. Es ist der Herbst, in dem die Sache relevant wurde. Die müssen also in dem Zeitraum drin sein. Sie müssen dann also auch diese 2 500 abziehen. Sie haben sich vorhin nach der Zwischenfrage erkundigt. Wenn Sie jetzt gute Referenten gehabt hätten, hätten Sie gesagt: mit den 5 000, das ist nicht richtig, aber mit den 2 500 hat der Herr Klimmt recht. Aber das haben Ihre Referenten nicht gesagt. Das haben Ihre Referenten nicht gesagt in der Hoffnung, daß ich das vielleicht nicht merken würde, daß ich mich da vorher versprochen habe.

(Lachen bei der SPD.)

Aber so ist das halt, wenn man mit Zahlen hantiert und mit Zahlen argumentiert.

(Zuruf des Abgeordneten Klumpp (FDP).)

Ich meine, dies ist ein Beispiel — ich sage es noch einmal — für Fehlinterpretation. Das ist Augenwischerei. Und dann: bei der Zunahme, Herr Minister, ist doch auch wohl, so glaube ich, Saarberg dabei. Wir haben ja auch gesagt, daß es erfreulich ist, daß Saarberg einer der Motoren der weiteren Entwicklung dieses Landes ist. Jetzt lese ich in dem Interview von heute in der Zeitung — hier kann ich an das anschließen, was Sie eben gesagt haben —, wo unter Stahlindustrie steht: „Ich weiß nicht, was linke Ideologen“ — damit sind die Gewerkschaften gemeint, ich wahrscheinlich auch — „immer wieder dazu veranlaßt, zu glauben, daß der Staat den Struktur-

wandel besser bewältigen könne als die private Wirtschaft. Weder die Beispiele der Zentralverwaltungswirtschaft östlichen Musters noch staatlich geprägte Lösung sektoraler Probleme der Stahlindustrie in Frankreich können doch dem Vergleich zu der marktwirtschaftlich orientierten Umstrukturierung standhalten.“

Nun ist es interessant, wie hier wieder einmal versucht wird, die Sozialdemokraten mit der Forderung nach Staatsbeteiligung in die Nähe der östlichen Staatswirtschaften zu lenken, wenn man das sagt: Da hängt schon wieder der Geruch des Kommunismus. Den hängen wir in diesem Zusammenhang den Sozialdemokraten einmal schnell mit ans Bein, weil da unter Umständen etwas dabei herauspringt. Genauso kommen Sie dann mit dem Beispiel Frankreich. Aber, Herr Minister, Sie haben dann in demselben Interview weiter vorne gesagt: Ich glaube, daß die Bedeutung des Saarbergbaues als stabilisierender Faktor der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Saarlandes heute jedermann klar ist. Das ist uns auch klar. Nur diskutieren Sie dann auch einmal mit uns über die Frage, welche Möglichkeiten wir mit unserer staatlichen Einflußnahme an den Unternehmen an der Saar, nämlich den Saarbergwerken, gehabt haben, hier im Land Wirtschaftspolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD.)

Gehen Sie mit Ihrem Vergleich nicht nach Frankreich, nach England; wir haben ja auch in Deutschland staatliche Beteiligung, etwa den Salzgitterkonzern. Da sind auch Private, die wieder vor der Tür stehen, wie es etwa bei Hoesch der Fall ist, ebenso wie die ARBED hier vor der Tür gestanden hat, die eben mit öffentlichen Geldern private Gewinne erzielen und damit Stahl kochen will. Und Sie wehren sich dagegen, daß wir sozusagen daran beteiligt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wicklmayr (CDU).)

Dies ist ein Problem, daß Sie sich ständig auf den Saarbergkonzern berufen, als ob Sie selber dort unter Tage arbeiteten, was die Arbeiter dort schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Umgekehrt sagen Sie dann gleichzeitig in einem Atemzug: Wo der Staat seine Finger drin hat, das kann nichts werden. Ich glaube, dieser Widerspruch muß auch einmal der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der SPD.)

Als nächstes die sensationelle Meldung über die Pendler. Ja, sensationell ist es. Die Zahlen sind nicht veröffentlicht. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn diese Zahlen von der Regierung veröffentlicht würden, damit sie nachprüfbar sind. Aus dem, was uns bekannt ist, geht hervor, daß beispielsweise die Pendler nur mit Rheinland-Pfalz und wahrscheinlich auch nur mit den angrenzenden Arbeitsamtsbezirken — —

(Zuruf von der CDU.)

(Abg. Klimmt)

Ich weiß nicht, legen Sie die Zahlen einmal vor, wenn Sie sie gebrauchen. Friedel Läßle hat erwähnt, daß beispielsweise ein Bezug zu Hessen, zu Rheinland-Pfalz und zu Baden-Baden-Württemberg, wo Saarländer auch arbeiten müssen, bedauerlicherweise überhaupt nicht hergestellt wurde.

Es gibt eine Zahl, die greifbar ist, weil sie vom Statistischen Landesamt herausgegeben wird; das ist die Zahl über die Beschäftigung von Lothringern in unserem Lande. Sie berufen sich aber darauf, was dies für eine Belastung der Arbeitsmarktsituation sei. Sie müssen wissen, daß die Zahl, die vorgelegen hat, von September 1974 mit 10 230 beschäftigten Lothringern kontinuierlich Jahr für Jahr bis zum März 1979 auf 8 194 zurückgegangen ist. Das ist ein Rückgang um zirka 20 Prozent. Der Versuch also, mit der Zahl der Einpendler etwa die hohe Arbeitslosenquote an der Saar zu verbinden, weil jetzt möglicherweise mehr Lothringer hier arbeiten, stimmt nicht, weil hier weniger Lothringer als 1974 arbeiten. Insofern wird dadurch nicht eine Entlastung des Arbeitsmarktes und des Arbeitsplatzangebotes signalisiert, sondern umgekehrt eine Belastung, weil nämlich die verlorengegangenen Arbeitsplätze und die Lothringer, die nicht mehr hier beschäftigt sind, nicht bei unseren Arbeitsämtern, sondern bei den Arbeitsämtern in Lothringen registriert werden. Diese fallen deshalb in unserer Statistik nicht auf. Also auch hier eine Fehlinterpretation von Zahlen, um eine Entlastung zu erreichen.

Dritter Punkt: die Trendwende. Das war so, daß die Dezember-Zahlen – das weiß jeder, der sich ein bißchen mit den Arbeitsmarktzahlen des Saarlandes beschäftigt – saisonal und strukturell bedingt günstiger waren, als dies im Bund der Fall war. Das heißt, daß die Arbeitslosigkeit im Saarland prozentual geringer zugenommen hat, als das auf Bundesebene der Fall war. Flugs wurde daraus eine Trendwende. Nur haben wir damals gesagt: Da muß man nicht unbedingt stolz sein, weil wir eine andere Wirtschaftsstruktur haben. Diese Bewegung wiederholt sich jedes Jahr, daß die Zahlen gegenläufig sind. Von unserer Seite wurde gesagt, warten Sie einmal die Februar- oder März-Zahlen ab. Genau das ist eingetreten. Die Februar-Zahlen – auch saisonal und strukturell bedingt, das ist meine Auffassung – bringen ganz andere Tendenzen. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit im Saarland beträgt in diesem Falle nur 1,7 Prozent und die Abnahme im Bund 4,2 Prozent. Also hier ist plötzlich die Entwicklung auf Bundesebene im Durchschnitt wesentlich besser als im Saarland.

Umgekehrt könnte ich jetzt daraus genauso, wenn ich die Saarbrücker Zeitung auf meiner Seite hätte, eine negative Trendwende machen, die sich hier aus diesen Zahlen ablesen läßt. Nein, das ist nicht der Punkt, sondern der Punkt ist, daß wir auf Grund unserer Wirtschaftsstruktur in der Frage der Bauberufe beispielsweise, die stark in diese Zahlen reinfallen, eben eine andere Entwicklung auch des Arbeitsmarktes und seiner saisonalen Bedingungen haben. Dies drückt sich darin aus. Aber die Erfolgsmeldung vorher ist doch nichts anderes gewesen als eine willkürliche Interpretation von Zahlen, ein Zerrn und Stauchen, um daraus, ganz gleich wie, eine Erfolgsmeldung zu machen.

Nächster Punkt: die Sozialplan-Arbeitslosen. Mir tut das – ich muß das offen sagen – eigentlich sehr weh. Das sind

Arbeitnehmer, die im Zuge der Restrukturierung jetzt im Sozialplan drin sind, die also im Zuge der Restrukturierung der saarländischen Stahlindustrie ihren Arbeitsplatz verloren haben. Deren Existenz – und ich glaube, hier ist der Dank an die Gewerkschaft wirklich angebracht – konnte eigentlich nur durch die Sozialpläne, ausgehandelt von den Gewerkschaften, gesichert werden. Diese Leute sollen jetzt aus den Statistiken herausgerechnet werden. Ich halte das für Zynismus. Ich will Ihnen das einmal ganz ehrlich sagen. Zuerst verlieren diese Menschen ihren Arbeitsplatz auf Grund einer verfehlten Unternehmenspolitik, denn in dieser Situation – das war erkennbar – konnten in diesem Lande, als die Restrukturierung kam, keine entsprechenden Ersatzarbeitsplätze – weder in der Weiterverarbeitung noch sonstwo – angeboten werden. Diese Leute werden also von vornherein gar nicht mit der Chance ausgestattet, auf einen anderen Arbeitsplatz zu gehen. Man kommt dann zu einer derartigen Lösung. Anschließend hat die Regierung wohl nichts anderes zu tun, als zu sagen: Ihr belastet unsere Statistik. Das sind Menschen, das sind Schicksale. Das wird plötzlich zu Ballast von Statistiken. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Er verschwinde aus meiner Statistik.

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Glauben Sie denn, daß Sie in irgendeiner Weise belegen können, daß diese, wenn sie dem Arbeitsmarkt – wie Sie so schön sagen – zur Verfügung stünden, dann alle vermittelt würden? Wollen Sie da die 11,3 Prozent einfach abgezogen haben?

(Abg. Wilhelm (CDU): Was Sie hier machen, ist Zynismus und nichts anderes.)

Das ist das Problem. Sie gehen doch mit der Situation gar nicht gerecht um. Sie können doch niemals sagen, daß Sie denjenigen, wenn sie eben nicht im Sozialplan drin wären, nun einen Arbeitsplatz garantieren würden, und Sie verwechseln Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der SPD. – Abg. Wilhelm (CDU): Sie werfen uns vor, daß das Arbeitslose seien. Sie sind in Wirklichkeit nicht arbeitslos, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.)

Ja, jetzt schreit er. Das trifft, Herr Minister, weil es die Wahrheit ist, und deswegen schreien Sie so.

(Abg. Wilhelm (CDU): Mich trifft das nicht.)

Warum regen Sie sich dann so auf? Hören Sie mir doch zu. Das Problem ist doch, daß es notwendig war, zu solchen Lösungen zu kommen, weil der saarländische Arbeitsmarkt es eben nicht hergegeben hätte, dies zu verkraften, was bei der Restrukturierung an Arbeitsplätzen verlorengegangen ist. Das ist der Grund.

(Abg. Wilhelm (CDU): Das haben andere Arbeitsmärkte auch nicht hergegeben, Herr Klimmt.)

(Abg. Klimmt)

Es sind auch schon weitere Daten genannt worden, es ist auch auf die katastrophale Wanderungsbilanz hingewiesen worden. Wir haben eine negative Wanderungsbilanz. Einmal war sie etwas positiv, da war aber die Zuwanderungsquote von Nichterwerbstätigen größer, und dadurch kam der Ausgleich. Wir haben also eine höhere Zuwanderung von Nichterwerbstätigen im Vergleich zu den Erwerbstätigen, die herausgehen. Es ist auch die Erwerbsquote — die niedrigste aller Bundesländer — angesprochen worden; die Frage der stillen Reserve muß noch angesprochen werden. Immer wenn gesagt wird, daß dort noch eine Reihe von Arbeitsplätzen vorhanden sind bzw. nicht angeboten werden, dann ist umgekehrt genauso zu sehen, daß eine Reihe von Arbeitnehmern nicht unbedingt am Arbeitsamt sich um einen Arbeitsplatz bemüht. Insofern gleicht sich das wieder aus. Auch hier gibt es keine Entlastungseffekte.

Doch nun zur Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Wie hier argumentiert worden ist, ist für mich ein Trauerspiel. Die Zahlen sind in der Tat günstiger geworden. Darüber freuen wir uns auch. Ich freue mich über jeden arbeitslosen Jugendlichen, der Arbeit findet oder irgendwo unterkommt, damit wir uns darüber einig sind.

(Beifall bei der SPD.)

Da ist Statistik sekundär. Die Frage ist: Können wir es schaffen, die jungen Menschen unterzubringen? Aber: Wenn man von einem katastrophalen Zustand auf einen immer noch unerträglichen Zustand herunterkommt, dann kann man dies doch wohl nicht als Erfolg verkaufen. Sie, Herr Minister Klumpp, haben sich nicht geschaut, tatsächlich noch einmal zu sagen, daß dieser Abbau besser sei als der Abbau im Bundesdurchschnitt. Das ist richtig. Aber ich komme zu dieser Zahl gleich noch einmal. Denn das Saarland hat immer noch die schlechteste Position, ist immer noch der negative Spitzenreiter in der Frage der Jugendarbeitslosigkeit. Immer noch ist die fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Dann kommt hinzu — das wissen Sie auch —, daß in diesem Zusammenhang immer noch eine hohe Dunkelziffer vorhanden ist und daß wir bei uns im Land vor allem auch Probleme haben mit den Gruppen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren. Es ist ein Glück für unsere Statistik, daß die jugendlichen Arbeitslosen nur bis 20 gezählt werden; in anderen Ländern wird das bis 25 Jahre gezählt. Und in diesem Bereich zwischen 20 und 25 sieht das erheblich schlechter aus. Was ist also im Grunde genommen geschehen? Der stärkere Abbau gegenüber dem Bundesdurchschnitt, den wir im letzten Jahr gehabt haben, beruht auf den schlechteren Voraussetzungen, die wir hatten. Denn die anderen Bundesländer haben sehr frühzeitig Maßnahmen ergriffen und haben es geschafft, die Jugendarbeitslosigkeit erheblich zurückzudrängen. Und das schon vor drei, vier Jahren, während wir immer noch auf einem riesig hohen Sockel gesessen haben. Und jetzt, in dem Moment, wo wir auf ständiges Drängen auch der Opposition in diesem Hause eine Reihe von Maßnahmen im Land ergriffen haben, die in der Tat auch dazu beigetragen haben, daß die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt worden ist — das bestreite ich überhaupt gar nicht —, kann man doch wohl in einem Zahlenvergleich nicht den anderen Bundesländern vorhalten, daß sie mittlerweile schon so gut gelegen haben in ihren Zahlen, um

sich auf diese Weise besonders herauszustreichen, weil man offensichtlich um 30 Prozent heruntergegangen ist und die anderen nur um fünf Prozent oder um zehn Prozent.

Das ist doch unlogisch. Wissen Sie, woran mich das erinnert? Das ist so, wie wenn man sich vorgenommen hat, gemeinsam einen Turm zu besteigen. Und dieser Turm hat beispielsweise zehn oder zwanzig Treppenstufen; einigen wir uns auf zehn, das kann ich besser rechnen. Nun stehe ich auf der neunten Stufe und die zehnte steht mir noch bevor. Und derjenige, der mit mir wetteifert, ist noch auf der vierten Stufe und hat noch sechs vor sich. Ich gehe diese eine, komme hoch, der andere geht drei, ist dann immer noch nicht auf dem Turm oben, aber er erzählt mir: Ich bin erfolgreicher als du, weil ich mehr Treppenstufen gegangen bin als du. Und das, obwohl er de facto wesentlich schlechter dagestanden ist als ich. Das ist die Art, wie Sie hier Statistiken interpretieren.

Es ist bedauerlich, daß eine Reihe von Forderungen, die wir in der Vergangenheit gestellt haben — etwa zur Frage der Förderung von Ausbildungsplätzen —, eine Reihe von Vorschlägen zu schulischen Veränderungen, von ihnen zunächst noch zurückgewiesen wurden und erst dann in Gang gebracht worden sind — zu spät! diese Versäumnisse müssen Sie sich vorhalten lassen —, als andere das vorgemacht haben und Sie gar nicht mehr daran vorbeikamen, etwas in dieser Richtung zu tun.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch auch einer der Punkte, die uns soviel Kummer machen.

Nun, das Ausbildungsplatzprämienprogramm hat sicherlich einen Beitrag dazu geleistet, daß wir im Bereich der Ausbildungsplätze besser dastehen — übrigens eben auch im Bereich der Sozialversicherungspflichtigen —, um das nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Nur müssen wir eben aufpassen, daß wir uns nicht selber wieder froh machen und die notwendigen Maßnahmen verpennen. Denn die Situation ist natürlich noch lange nicht bereinigt. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß die Arbeitskammer ganz andere Vorstellungen hat in ihrem Bericht; sie ist ja nun eine sehr seriöse Institution in diesem Lande, und sie wird von Ihnen, Herr Diversy, sicherlich auch anerkannt. Die Arbeitskammer kommt also zu anderen Zahlen, die von einem erheblichen Ausbildungsplatzdefizit ausgehen. Ich will jetzt nicht im einzelnen debattieren, welche Zahlen korrekt sind und welche nicht. Ich warne nur vor der Tendenz, sich jetzt schon hinzustellen und zu sagen, daß das Ausbildungsplatzprämienprogramm ausgereicht habe, um hier ein notwendiges Angebot an Ausbildungsplätzen herzustellen. Das ist doch ein erneutes Sich-in-die-Tasche-Lügen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist einmal eine Frage der Quantität; da verweise ich auf die Arbeitskammer. In der Frage der Qualität von Ausbildungsplätzen, die man fördert, verweise ich einmal auf jemand anderes: auf die junge Arbeitnehmerschaft in der CDU, in den Sozialausschüssen, die ich hier als Kronzeugen heran-

(Abg. Klimmt)

ziehen kann, die ihrerseits auch ihre Unzufriedenheit geäußert haben mit dem Programm der Landesregierung. Dort hat man die Argumente aufgegriffen, die ich hier schon mehrfach vorgetragen habe, daß man sich nicht nur an Quantitäten orientieren darf und sollte, sondern gleichzeitig auch qualitative Gesichtspunkte mit einbeziehen sollte, wenn man schon öffentliche Gelder gibt.

Und, Herr Diversy, das ist Ihr Irrtum, wenn Sie von den freien Marktkräften sprechen, denen man das freie Spiel lassen soll. Einverstanden! Nur, wenn ich Förderung betreibe und Ausbildungsplatzprämien zahle, dann greife ich in den freien Markt ein. Dann fördere ich nämlich mit finanziellen Anreizen Ausbildungsplätze. Und dann ist die Frage, ob nicht dadurch strukturelle Verwerfungen entstehen, die beispielsweise den Ausbau der Ausbildungsplätze in eine Richtung lenken, wie sie sich nachher nicht als wünschenswert erweist. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bin auch der Meinung, daß hier sehr wohl qualitative und soziale Kriterien herangezogen werden sollten von seiten der Landesregierung, etwa was die Verteilung angeht zugunsten von Behinderten, auch das, was die Position von Mädchen angeht. Hier ist ein richtiger Ansatz gemacht, indem man in den gewerblich-technischen Berufen nicht das Zusatzkriterium der Quantität verlangt, sondern für jeden Ausbildungsplatz im gewerblich-technischen Bereich, der mit einem Mädchen besetzt wird, zahlt. Aber das reicht nicht aus. Sie wissen doch ganz genau, daß in dieser Frage noch in einem hohen Maße Bedenken etwa bei den Eltern bestehen und Hemmnisse bei den Kindern und daß wir dort Motivationsarbeit leisten müssen. Auch da haben Sie es verpennt, dafür Maßnahmen zu ergreifen und in die Wege zu leiten, genauso wie Sie es versäumt haben, beispielsweise Ausgleichszahlungen zu machen für Firmen, die unter Umständen Umbaumaßnahmen vornehmen müssen, um ihnen zu erleichtern, Mädchen mit hinein-zunehmen.

Ich möchte Sie also noch einmal bitten, daß wir uns alle einig werden sollten über die Analyse der jetzigen Situation. Zumindest sollten wir uns darum bemühen, daß es ehrlich zugeht. Es ist ganz egal, wer nachher die Lösungen wieder anpacken kann, welche Regierung in welcher Zusammensetzung das auch sein mag; das wird der Wähler in nicht allzu langer Zeit zu entscheiden haben. Es ist aber wichtig, daß wir zumindest ein paar Ausgangspunkte haben, daß wir uns nicht ständig in die Tasche lügen und so immer davon abgelenkt werden, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ich glaube, ein bißchen mehr Offenheit, ein bißchen mehr Wahrheit ist das, was dem Land jetzt am besten dient.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat Frau Minister Dr. Scheurlen.

Frau Minister Dr. Scheurlen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Klimmt, in vielen Dingen, die Sie in den drei Jahren, in denen ich diesem Hohen Hause angehöre, gesagt haben, konnte ich mit Ihnen übereinstimmen. Aber es gibt einen Punkt, der mich heute wirklich außerordentlich deprimiert hat; das war das, was Sie über die Sozialplanarbeitslosen gesagt haben. Sie haben es so hingestellt, als wäre es eine Sache des Arbeitsmarktes, daß diese heute arbeitslos sind. Herr Klimmt, Sie wissen doch genauso gut wie ich, daß die Sozialplanarbeitslosen ausnahmslos über 55 Jahre alt sind und daß sie zu mehr als drei Vierteln gesundheitlich stark eingeschränkt sind. Das heißt also, das sind Männer, die aus der „ersten Hitze“ kommen, die im Stahlbereich ihr ganzes Leben lang schwer geschafft haben. Wenn Sie sich mit ihnen heute darüber unterhalten, wie eine Wiedereingliederung möglich ist, und wenn Sie ihren Gesundheitszustand sehen, dann müssen Sie sich ganz ernsthaft überlegen, ob das wohl der richtige Weg ist.

Meine Damen und Herren, ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß wir den saarländischen Arbeitsmarkt kritisch und ohne Jubelrufe beurteilen sollten. Aber wenn wir das tun, dann müssen wir einfach zu einigen Feststellungen kommen. Ich bin mir nicht sicher, ob ein Saarländer, wenn er es geschafft hat, heute die ganze Debatte mit all den vielen Zahlen, mit den verschiedenen Definitionen durchzuhalten, überhaupt noch weiß, wo ihm der Kopf steht.

Ich habe als Fazit folgendes vorzutragen. Die Gesamtarbeitslosigkeit hat sich binnen eines Jahres um 15 Prozent vermindert. Im problematischsten Monat des Jahres 1978, das sind zwei Jahre her, betrug die Zahl der Arbeitslosen im Saarland 31 500 bei 1 882 offenen Stellen. Die Arbeitslosenzahl beträgt heute — genau zwei Jahre später — 25 351 bei 3 003 offenen Stellen, wobei die Arbeitsverwaltung signalisiert, daß innerhalb des nächsten Monats ungefähr 2 000 bis 2 500 Arbeitsverhältnisse — saisonal bisher nicht besetzt — wieder aufgenommen werden. Das heißt, meine Damen und Herren, innerhalb von zwei Jahren sind auf dem saarländischen Arbeitsmarkt echt wieder Arbeitsplätze geschaffen worden. Es ist eben nicht so, daß die Jubelzahl von den Versicherungspflichtigen, die hier immer wieder angesprochen wird, nur allein über Ausbildungsplätze geht, sondern — so die Arbeitsverwaltung — mehr als 5 000 sind echte Arbeitslose, die wieder in ein Beschäftigungsverhältnis gekommen sind.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei uns durch zwei Komponenten geprägt: ad eins, wir haben eine große Menge von Problemgruppen, und ad zwei, diese Problemgruppen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt zu vermitteln, ist nicht immer möglich. Dies ist begründet durch die vom Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister mehrfach angesprochene Monostruktur des saarländischen Arbeitsmarktes, der sich nicht von heute auf morgen ändern läßt. Das ist eine Angelegenheit, die noch Jahrzehnte brauchen wird. Meine Damen und Herren, die beneidenswerte Wirtschaftsstruktur von Baden-Württemberg ist nicht das Werk von ein oder zwei Legislaturperioden irgendwelcher guten Regierungen, sondern ist in Jahrzehnten gewachsen. Ich bin der Auffassung, daß die saarländische Lan-

(Frau Minister Dr. Scheurlen)

desregierung eine erfolgreiche Politik betrieben hat; dazu verweise ich auf die oben genannten Zahlen.

Lassen Sie mich noch auf einige Punkte zurückkommen, die mir besonders am Herzen liegen. Da ist erstens die Jugendarbeitslosigkeit. Im September 1978 waren es 4 500 jugendliche Arbeitslose, im September 1979 3 103, im Februar 1980 2 578. Das ist ein ständiger Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Der Grund – –

(Abg. Klimmt (SPD): Sie müssen Februar mit Februar vergleichen. Sie wissen, daß es von September bis Februar günstiger aussieht.)

Wenn es von September bis Februar besser aussieht, dann ist es ja doch wohl auch etwas Besseres. Natürlich kommen nachher die Schulabgänger wieder dazu.

(Abg. Kopp (SPD): Von Dezember bis Januar ist es wieder schlechter geworden. – Abg. Springer (SPD): Das Einmal-eins der Statistik beibringen.)

Meine Damen und Herren, die Ursache ist das verstärkte Angebot der saarländischen Unternehmen für die Ausbildung junger Arbeitnehmer und zum zweiten die vermehrte Neigung von Jugendlichen, eine Ausbildung durchzuführen. Und nun kommen die Zahlen der Arbeitskammer. Meine Damen und Herren, ich bin heute morgen von einem Arbeitnehmer gefragt worden: Warum debattieren Sie eigentlich innerhalb eines Vierteljahres zweimal über die Arbeitsmarktsituation?

(Abg. Kopp (SPD): Das ist das wichtigste Thema in diesem Lande!)

Ich habe daraufhin gesagt: Wir werden das immer wieder diskutieren, weil das ein Problem ist, das uns nicht loslassen wird und das wir in den nächsten Jahren immer bearbeiten müssen. – Nur glaube ich, meine Damen und Herren, weil Ihre Denkfabrik Ihnen gerade neue Zahlen oder neue Interpretationen an die Hand geliefert hat, daß Sie gemeint haben, Sie könnten auch aus diesem Grunde eine neue Debatte herbeiführen, die ich persönlich außerordentlich begrüße, denn man kann kann solche Dinge überhaupt nicht schnell genug wieder vorbringen.

Abg. Läßle (SPD):

Frau Minister, nur zur Richtigstellung: Der Bericht der Arbeitskammer ist erschienen, als diese Debatte längst beantragt war. Sie sollten also solch unsinniges Zeug hier nicht sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Frau Minister Dr. Scheurlen:

Herr Läßle, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen ernsthaft abnehme, daß Sie nicht vorher wissen, wann der Bericht der Arbeitskammer erscheint.

(Abg. Läßle (SPD): Das war drei Wochen vorher. Davon war nichts bekannt. – Weitere Zurufe. – Sprechen und Unruhe.)

Herr Läßle, ich komme zurück auf die Ausbildungsplatzzahlen der Arbeitskammer. Schauen Sie, wenn wir mehr als 13 000 Ausbildungsverhältnisse in diesem Jahr haben, und die Arbeitskammer rechnet dann 12,8 Prozent einfach geschätzt dazu, weil sie sagt, der junge Mensch müsse auch eine Möglichkeit der Wahl haben, so ist das in der Tat eine etwas problematische Sache.

Aber noch einmal zur Jugendarbeitslosigkeit zurück. Da ich der Auffassung bin, daß es auch problematische Teile bei der Jugend gibt, die sehr schwer zu vermitteln sind, habe ich in meinem Hause Eingliederungsbeihilfen und Einarbeitungszuschüsse ermöglicht, so daß wir im nächsten Jahr Einarbeitungszuschüsse für Problemjugendliche und auch für die berufliche Wiedereingliederung zur Verfügung stellen können; Jugendliche, die an sich nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert werden, bekommen Einstellungsprämien zur Verfügung gestellt. Ich meine daher, gerade im Hinblick auf diese Problemjugendlichen – Sonderschüler usw., die Schwierigkeiten haben, zunächst einmal bis zu einem Abschluß zu kommen, um in ein Ausbildungsverhältnis gehen zu können – können Schwierigkeiten ausgeräumt werden.

Ich komme zur zweiten Gruppe unserer Problem Arbeitslosen, das sind die Frauen. Fast die Hälfte der Arbeitslosen im Saarland sind Frauen. Sie wissen, daß die Frauenerwerbsquote – ich habe das im Dezember alles schon einmal ausgeführt – im Jahre 1970 extrem niedrig war, in den letzten Jahren ansteigt und im Begriff ist, sich in etwa dem Bundesdurchschnitt anzugleichen, wobei als saarländische Besonderheit zu vermerken ist, daß die Saarländerinnen bis 20 Jahre und bis ungefähr 35 Jahre in etwa so häufig auf dem Arbeitsmarkt erscheinen wie die anderen Bürgerinnen der Bundesrepublik; aber von da an liegt ihr Anteil erheblich niedriger.

Deshalb hat die Landesregierung jetzt auch die Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen beschlossen. Sie müssen sehen, daß unter den arbeitslosen Frauen sich 2 900 Frauen befinden, die eine Teilzeitarbeit suchen, 69 Prozent von ihnen nur am Vormittag. Das hat nun einmal in der Vermittelbarkeit seine großen Probleme; denn im allgemeinen ist es so, daß ein Arbeitgeber zu einem Vormittagsarbeitsplatz einen Nachmittagsarbeitsplatz vergibt.

Wir sind im großen und ganzen der Auffassung, daß wir im Laufe der Jahre – Sie haben es angesprochen, Herr Klimmt – zu einem Umdenkungsprozeß bei den jungen Frauen in Richtung gewerblich-technische Ausbildungsberufe kommen werden. Insgesamt hat der Wirtschaftsminister über 300 Plätze fördern können, wobei ich sagen muß, daß die Problematik nicht nur bei den jungen Frauen besteht, sondern auch bei den Familien. Wir müssen hier einfach versuchen, Vorurteile, die gewachsen sind und die nicht von heute auf morgen wegzubringen sind, im Laufe der nächsten Jahre abzubauen.

(Beifall bei der SPD.)

Insgesamt meine ich, daß wir in dieser Hinsicht auf dem richtigen Wege sind; aber, wie gesagt, Teilzeitarbeit, und dann nur vormittags – das alles hat seine Grenzen.

(Frau Minister Dr. Scheurlen)

Meine Damen und Herren, zum letzten Punkt: ältere Arbeitslose. Die älteren Arbeitslosen sind zur eigentlichen Problemgruppe auf dem saarländischen Arbeitsmarkt geworden. Man vergißt meistens, daß vorgezogenes Altersruhegeld — es sei denn, man kommt wirklich aus der Schwerindustrie, wo es häufig begrüßt wird — doch in den seltensten Fällen das ist, was man sich wünscht. Die älteren Arbeitslosen über 55, manchmal schon über 50, die nicht mehr vermittelbar sind, leiden darunter. Aus diesem Grunde hat sich die Landesregierung entschlossen, bei der Heranführung der älteren Arbeitnehmer an die 59-Jahre-Grenze mitzuhelfen und aktiv zu sein; deshalb auch die zusätzlichen Mittel im Haushalt, die es uns ermöglichen, ältere Arbeitnehmer vermehrt einzustellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich habe bei der heutigen Debatte eigentlich mit einer gewissen Bekümmernis festgestellt, daß immer wieder von dem abgewichen worden ist, was in unserem Hause ein guter und von mir sehr geschätzter parlamentarischer Brauch war, nämlich sachlich miteinander zu reden. Was ist denn heute morgen alles passiert? — Da wurden Aussagen von Autoren zitiert, während andere Feststellungen des gleichen Autors nicht erwähnt wurden, weil sie nicht ins Konzept paßten. Es wurde mit Zahlen multipliziert, manipuliert — und am Schluß hat man festgestellt, daß man eigentlich 18 Prozent Arbeitslose im Saarland haben müßte. Ich war darüber zutiefst deprimiert, meine Damen und Herren, daß zu einem Zeitpunkt, wo es im Saarland aufwärts geht, wo die Arbeitslosenzahlen rückläufig sind, dann, wenn einer sagt, er kann einen Arbeitsplatz nicht besetzt bekommen, unterstellt wird, das Saarland wimmle von Arbeitsunwilligen. Es darf an dieser Stelle doch wohl noch gesagt werden, daß es sozusagen unmöglich ist, in der Wirtschaft einen Arbeitsplatz zu besetzen. Ich selbst habe in den letzten Wochen mehrfach von Arbeitgebern gehört, daß ein Arbeitsplatz nicht mit einem ungelerten Arbeiter besetzbar ist. Dann im gleichen Atemzug zu unterstellen, daß da jemand arbeitsunwillig sei, ist meines Erachtens ganz billige Polemik. Wenn man dann meint, man könnte an die Regierung kommen, wenn man nur lange genug grau in grau malt, schwarz malt, alles schlecht macht, alles mies macht und es irgendwann sicher geglaubt wird, dann kann ich den Saarländern nur eines versichern —

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Ja, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Ich bin hierhergekommen, um eine neue Heimat zu finden. Meine Kinder sind Saarländer, meine Enkelkinder werden es auch sein. Ich bemühe mich seit drei Jahren, hier für dieses Land zu arbeiten, und ich glaube, daß ich in den Augen der Saarländer das Recht habe, hier zu stehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich bin der Auffassung, daß die saarländische Bevölkerung weiß, daß das Schiff wieder ruhiger fährt und daß diese Landesregierung mit ruhiger Hand

(Abg. Klimmt (SPD): Mit zu ruhiger Hand!)

das Schiff des Saarlandes durch die ganzen Schwierigkeiten der letzten drei Jahre gesteuert hat. Was wir im Saarland,

meine Damen und Herren, nicht brauchen, sind jugendliche Himmelsstürmer. Ich kann Ihnen sagen: Die Gemeinsamkeiten zwischen der saarländischen Regierung und der Bundesregierung sind über weite Strecken hin größer als die zwischen den Sozialdemokraten und der Bundesregierung. Alles in allem bin ich der Auffassung, daß die saarländische Bevölkerung durchaus weiß, wer hier große Sprüche klopft und wer hier arbeitet.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Herold.

Abg. Herold (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte vorhin noch einige notwendige Betrachtungen anzustellen gehabt im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation und hier speziell auf die Weiterentwicklung der Situation in den weiterverarbeitenden Bereichen, die der ARBED zugeordnet sind. Sie gehören zweifelsohne zu dem Bereich der Restrukturierung der Stahlindustrie.

Aber so leid es mir tut, Frau Minister, zunächst einmal zu Ihnen. Sie haben hier die Arbeitskammer als eine Denkfabrik für die Opposition bezeichnet. Ich muß das als Vorsitzender des Vorstandes der Arbeitskammer mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln zurückweisen.

(Beifall bei der SPD.)

Hier sitzt der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Kammer, der Kollege Günther Schacht. Die Kammer ist die einzige Körperschaft des öffentlichen Rechts, die bis heute noch nicht das Recht auf Urwahlen erworben hat — trotz der seltsamen Betrachtungen, die diesbezüglich vor vier Jahren angestellt wurden. Wir würden das gerne tun, Kollege Budell. Wir haben in diesem Hause immer darum gebeten — ich selbst als Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses vor zwölf Jahren schon —, daß die Kammer endlich einmal die Freiheit erhält, ihren zahlenden Arbeitnehmern draußen das Recht einzuräumen, ihre Vertreter selbst zu wählen. Bis heute hat die Mehrheit dieses Hauses es nicht fertiggebracht — trotz Vorlagen der Opposition —, eine gesetzliche Wahlordnung zu schaffen, die das zuläßt. Das muß man feststellen.

Dieses Parlament wählt also die 41 Vertreter der Kammer. Das ist auch für die jetzige Legislaturperiode geschehen. Von allen Abgeordneten gibt jeder seine Stimme ab. 41 Leute werden gewählt, die nach den Gesichtspunkten der Größenordnung und der Gewichtung der Gewerkschaften vorgeschlagen werden.

Und jetzt zu Ihnen, Frau Minister. Die DGB-Fraktion stellt 32 Leute, die anderen haben wir gar nicht zu prüfen. Ich habe

(Abg. Herold)

In einer Besprechung, in der der Kollege Budell und auch ein Vertreter Ihrer Fraktion dabei war, gesagt, daß auch einmal bei der christlichen Gewerkschaft geprüft werden soll, bei unseren Kollegen der Organisation also, bei der DAG, wer dort der CDU angehört ist. Wir haben — wenn man so will — seit Jahren eine Abkommensform getroffen, soviel Christdemokraten und soviel Sozialdemokraten, und das wäre — vom Prozentsatz her — bei Urwahlen mit Sicherheit anders.

(Zurufe von der CDU.)

Der Kollege Betriebsratsvorsitzende stimmt zu, daß das in dieser Form geschieht. Wenn in diesem Vorstand von sieben Leuten, Frau Minister, der DAG-Kollege und der christlich-demokratische Kollege, d. h. der CVM-Kollege, Mitglied der CDU sind — der eine ist ausgeschieden, weil er bei Ihnen kein Kandidat geworden ist; das ist Ihr Pech, nicht meines —

(Zurufe von der CDU.)

Das gehört genau hierher, das gehört zu der Unterstellung, Kollege Wagner, die hier gebraucht worden ist, die Kammer hätte hier als Denkfabrik solches Material geliefert. Das weise ich für die Kammer zurück.

(Beifall bei der SPD.)

Das muß man einmal sagen, Robert Wagner, mein lieber Freund. In diesem Vorstand sitzen drei Christdemokraten. In allen Ausschüssen ist das korrekt aufgeteilt. Es gab nur eine unterschiedliche Abstimmung. Der Jahresbericht wurde dieses Jahr einstimmig verabschiedet. Alle Aussagen, die das Präsidium trifft, unterliegen dem Selbstverwaltungsorgan Vorstand. Diese Form des Präsidiums haben wir nie gewollt. Die ist damals geschaffen worden. Die, die damals dabei waren, wissen, warum. Das kam nicht von der Seite der Sozialdemokraten, das kam 1967 auf Vorschläge der CDU. Wenn das so wäre, dann ist es, müßte ich Ihnen eigentlich sagen, fehl am Platze, hier festzustellen, daß das eine sozialdemokratische Denkfabrik sei, dann müßte eigentlich die Aufsichtsbehörde einschreiten. Sie sind die Aufsichtsbehörde. Das meine ich ganz ernst. Dann müßten Sie also mit aller Konsequenz hier feststellen, ob diese Aussage der Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts — ich betone das, und ich fordere Sie dazu auf — nicht schädigend ist, da Sie sie als falsch darstellen, und ob die Kammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts, die Ihrer Aufsicht unterliegt, überhaupt in dieser Form getragen werden kann. Sie müssen die Konsequenzen ziehen. Das wollen wir einmal klar feststellen. Ich lasse nicht zu, daß unsere Mitarbeiter und meine Kolleginnen und Kollegen, die 41, ob sie der CDU oder der SPD angehören oder parteilos sind, diffamiert werden, für eine politische Gruppe Denkfabrik zu spielen.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Schacht (CDU): Darf ich eine Frage stellen, Herr Kollege?)

Bitte sehr.

Abg. Schacht (CDU):

Herr Kollege Herold, ist es denn so, wie man aus Ihren Worten anscheinend heraushören soll, daß Vorstand, Vertreterversammlung oder Ausschüsse die bei der Arbeitskammer Beschäftigten beauftragt haben, ein Sondergutachten zu dieser Zeit herauszugeben, oder kam das nicht doch von der Verwaltung der Kammer selbst?

Abg. Herold (SPD):

Dann darf ich Ihnen eines sagen, mein lieber Herr Kollege Schacht. Sie als ehemaliger Kollege in diesem Gremium wissen ganz genau, daß die Kammer die Stellungnahmen zur arbeitsmarktpolitischen Situation unabhängig vom Jahresbericht abgibt. Und nachdem Stellungnahmen abgegeben worden sind, wie das heute auch in Veröffentlichungen geschehen ist, hat sich die Kammer in Absprache mit ihrem Vorstand — auch mit den CDU-Kollegen — verpflichtet gefühlt, Richtigstellung zu betreiben, damit endlich einmal mit dem Unsinn, den Zahlenvergleichen, aufgehört wird.

Ich habe am Anfang gesagt, ich nehme keinen aus. Ich habe sie gebracht, mein lieber Meder. Ich habe heute am Anfang meiner ersten Rede gesagt, dann, wenn man Zahlen bringt — ob Landesregierung, ob Opposition, ob Industrie- und Handelskammer, ob Arbeits- oder Handwerkskammer —, gefälligst im Interesse der Menschen. Man darf sie damit nicht täuschen, sondern soll sie im Hinblick auf die Ermittlungen vom gleichen Bahnhof aus abfahren lassen. Nur dann stimmt das Endziel. Sonst sind Vergleiche da. Das war der Unterschied dabei.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Wilhelm (CDU): Bitte, Herr Kollege Herold.)

Bitte schön, Herr Kollege!

Abg. Wilhelm (CDU):

Ist es Ihnen noch in Erinnerung, daß die Arbeitskammer im Jahre 1974 in einem Lohnvergleich folgendermaßen verfahren ist? Sie hat die erhöhte Anzahl von Facharbeitern an der Saar auf Bundesstruktur heruntergerechnet und die niedrigere Frauenbeschäftigungsquote auf Bundesstruktur heraufgerechnet und damit einen Lohnrückstand festgestellt; eine sehr zweifelhafte Methode, die damals auch umstritten war.

(Zuruf des Abgeordneten Springer (SPD).)

Abg. Herold (SPD):

Es ist meine Aufgabe, das zu beantworten. Ich darf Ihnen eines sagen. Auf die Frage des Kollegen Schacht darf ich konsequenterweise noch einmal wiederholen — vielleicht ging das unter —, daß sich die Arbeitskammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts genauso verpflichtet fühlt, wenn seit Wochen durch andere Kammern Zahlen dargestellt werden,

(Abg. Herold)

Stellung dazu zu beziehen. Dafür zahlen ihre Mitglieder Beiträge.

(Beifall bei der SPD.)

Und jetzt komme ich zu Ihrer Frage bezüglich des Jahres 1974. Diese Form der Aufrechnung oder der genannten zusätzlichen Rechnung ist heute noch strittig. Das sind ja die sogenannten Vergleiche, von denen ich behaupte — ich wiederhole das noch einmal —, daß sie, wenn sie nicht vom gleichen Standard ausgehen, immer falsch sind. Diese sind von uns im Vorstand — und da war der Herr Kollege Schacht noch stellvertretender Vorsitzender — kritisiert worden.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Entschuldigung, Sie waren es damals! Wenn sie nicht belegbar sind, dürfen sie nach unserer Auffassung einfach nicht in die Betrachtung der Rückschlüsse gezogen werden. Dies aus einem ganz einfachen Grund, weil wir nämlich vom Grundsatz her alles betreiben können, nur nicht die Verunsicherung der Menschen draußen. Und glauben Sie doch ja nicht, daß jemand mit den Darstellungen, in denen widersprüchliche Zahlen zum Ausdruck kommen, überhaupt noch etwas anfangen kann draußen in seiner persönlichen Arbeitsmarktsituation. Jetzt rede ich einmal von dem Arbeitslosen, von dem Menschen, der seine Schlüsse ziehen möchte. Wie soll er das, wenn wir nicht bereit sind, von der gleichen Grundlage aus untereinander direkt aufzurechnen? — Bitte schön!

Abg. Schacht (CDU):

Ich finde es ja ein bißchen komisch, daß wir hier über die Arbeitskammer diskutieren, aber ich muß da auch einige Bemerkungen machen. Dazu brauche ich nicht nach vorne zu gehen. Erstens. 1974 bin ich am 23. Januar Minister geworden, also war ich damals wahrscheinlich nicht mehr bei der Beschlußfassung dabei. Zweitens. Die Arbeitskammer steht kurz vor dem Bericht zur Situation wie jedes Jahr auch. Es ist auf jeden Fall unüblich, daß man einige Tage vorher ein Sondergutachten herausgibt. Herr Kollege Herold, ich sage Ihnen jetzt auch etwas, was meine Kollegen alle bestätigen werden. Ich habe zu den Aussagen in diesem Sondergutachten noch keine Bemerkung gemacht, weil ich meine, über Zahlen kann man streiten. Ich habe vorhin zu den Kollegen gesagt, das kann seriös sein. Genauso gut hätte die Arbeitskammer ein Sondergutachten machen können, in dem die Landesregierung hervorragend wegkommt. Wir sind doch am Aufsteigen. Das wäre auch seriös. Und das ist das Komische, daß man einige Tage vor dem normalen Jahresbericht ein Sondergutachten herausgibt. Da muß man leider sagen — das muß die Arbeitskammer und auch ein Vorsitzender sich gefallen lassen —, daß da etwas nicht kosher ist. Das ist nun einmal so.

Abg. Herold (SPD):

Das muß ich einmal erklären. Mein lieber Kollege Schacht, scheinbar sind Sie trotz Ihrer langjährigen Tätigkeit — —

(Zuruf des Abgeordneten Sahner (SPD). — Gegenruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Na, ich warte einmal, bis Ihr fertig seid. — Sie scheinen trotz Ihrer langfristigen Tätigkeit, bei der Sie sich sehr wohl für die Interessen Ihrer Kollegen und für die Kollegen Ihrer politischen Couleur eingesetzt haben, in den letzten fünf Jahren unser Geschäft nicht mehr zu verstehen. Ich habe es vorhin schon gesagt, alle in diesem Lande meinen nur noch, etwas darstellen zu müssen. Und da muß ich fragen, meine liebe Frau Minister, warum haben Sie denn nicht erklärt, daß alle anderen Institutionen gleich welcher Art, nur die Auffassung vertreten, man könne Verschönerungspolitik betreiben zu Lasten der Arbeitnehmer, die die Arbeitskammer vertritt? Und dann sollten Sie nicht vorher, lieber Kollege Schacht — dies auch noch vor einem Wahltag — öffentlich kundtun, was Ihre Meinung dazu ist. Ich hätte mehr erwartet von einem Minister, der für die Wirtschaft zuständig ist, als nur üble Beschimpfungen im Fernsehen. Er hätte die Kammer, die angeblich falsche Zahlen bringt, mit sachlichen Zahlen widerlegen sollen.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Wilhelm (CDU): Gestatten Sie noch eine Zwischenbemerkung?)

Bitte schön, Herr Wilhelm.

Abg. Wilhelm (CDU):

Ich habe nicht feststellen können, daß der Minister, als er dazu Stellung genommen hat, üble Beschimpfungen ausgesprochen hat.

Abg. Herold (SPD):

Genau das hat er getan. Ich kann Ihnen die Worte sagen, nämlich „unseriös“ und noch viele andere Dinge.

Abg. Wilhelm (CDU):

Ich habe das selbst gehört. Ich werte das, was Sie jetzt gesagt haben, als eine der Übertreibungen einer hitzigen Debatte.

Abg. Herold (SPD):

Jetzt noch ein Hinweis, Herr Minister, oder Kollege oder, wenn Du willst, als alter Kollege. Du glaubst doch nicht etwa, daß das hitzig war. Wenn ich hitzig werde, sieht das ganz anders aus. Geh mit mir mal auf eine Belegschaftsversammlung!

Abg. Wilhelm (CDU):

Aber — —

Abg. Herold (SPD):

Jetzt habe ich das Wort.

Abg. Wilhelm (CDU):

Lassen Sie mich bitte meine Bemerkung zu Ende machen.

Abg. Herold (SPD):

Dann machen Sie sie halt fertig.

Abg. Wilhelm (CDU):

Es sind Zahlen bekanntgegeben worden; die Arbeitskammer hat dazu Stellung genommen. Das ist ihr gutes Recht. Aber sie hat nicht einen solchen Status, daß man diese Zahlen nicht überprüfen und, wenn notwendig, anzweifeln kann. Und dies tue ich zu Recht bei der Frage der Langzeitarbeitslosen, weil sie dort die Sozialarbeitslosen mit hineingerechnet und einen falschen Ist-Zustand beschrieben hat. Das ist der Tatbestand, an dem unsere Kritik aufgehängt wird.

Abg. Herold (SPD):

Herr Kollege Wilhelm, ich habe mich am Freitagnachmittag noch einmal rückversichert, nachdem am Donnerstag — ich glaube, an diesem Tag war das, wenn ich zeitlich richtig liege; ich war ja durch die Tarifsituation ständig unterwegs — die Erklärung gegen dieses Gutachten der Arbeitskammer abgegeben wurde. Mir ist noch einmal versichert worden — und das sind Bedienstete einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes —, daß das nach genauer Prüfung und nach nochmaliger Bestätigung so stimmt. Genau wie ich heute mittag doch mit aller Ruhe — dafür kennen wir zwei uns zu gut; wenn wir hitzig werden, sieht das anders aus — festgestellt habe, daß drei Monate rückwirkend schlecht sind. Da steht jetzt jemand, der ist Abgeordneter einer Koalitionsfraktion; wenn es auch nur drei Leute sind, es sind doch drei Leute, die bestimmen da mit, mit Recht auch; der hält dann was hoch. Ich wiederhole es: Der hat das nicht gelesen, was da drinsteht, nämlich die letzten drei Monate sind schlechter. Ich bedauere das. Ich bedauere, daß die letzten drei Monate im Hinblick auf die Arbeitslosenzahlen schlechter sind als im Bundesdurchschnitt. Es wäre besser, wenn wir feststellen könnten, sie wären hervorragend, wesentlich besser gestaltet worden. Nur hat es keinen Sinn, dann zu sagen, sie hätten die alten Zahlen; das hat man im Grundsatz der Kammer vorgeworfen. Ich hätte das gar nicht ausgedehnt, lieber Kollege Schacht, aber so geht es nicht. Ich sage das noch einmal für meine christlich-demokratischen Kollegen mit: Diese Behauptung von der Denkfabrik in der Öffentlichkeit, vor der Bevölkerung, da wo der Arbeitnehmer bei uns seinen Zwangsbeitrag zahlt, weise ich konsequent zurück.

Jetzt zu der eigenen Wortmeldung. Herr Wirtschaftsminister, ich habe heute nachmittag keine Pflichtübung getan. Ich er-

innere Sie daran, im Grundsatz waren Sie ja schon dabei, wenn es auch erst seit 1977 ist; damals ist die Frage der Mitbeteiligung des Landes in der Staatskanzlei — wir waren genau fünf Leute, drei von uns, Sie und der Herr Röder — erörtert worden. Die Vertreter der betroffenen Organisationen, vor allem Industriegewerkschaft Metall, haben erklärt, an der Frage der nichtmöglichen Form der Mitbeteiligung kann die Restrukturierung nicht scheitern. Ist das richtig so? — Bei der Pressekonferenz ist dann gesagt worden — ich warte, bis Herr Frank das Gespräch mit Ihnen beendet hat, damit nicht noch einmal eine Zwischenfrage kommt —, man kann keinem Phantom nachjagen, das man nicht erreichen kann. Aber das haben wir gemeinsam bewirkt, gewollt.

Ich sage noch einmal: keine Sozialisierung. Ich muß das noch einmal klarstellen; das wird nicht begriffen. Ohne die Privatwirtschaft in irgendeiner Form einklinken zu wollen: Bei dieser Umveränderung, bei dieser notwendigen Neuordnung der Stahlindustrie braucht man ein Stückchen mehr Schutz als nur die Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten: die Beteiligung der Gruppe, die das Geld gibt für ihre Arbeitnehmer, die politisch verantwortlich ist im Lande. Das war das Saarland. Das hat die Luxemburger Staatsregierung getan. Für uns war das notwendig.

Die Frage des Salzgitterkonzerns ist angesprochen worden, die Frage VW oder die Frage Saarberg. Sie haben gesagt, so was würde die privatwirtschaftliche Betrachtung oder unsere allgemeine Wirtschaftsordnung stören. VW oder Salzgitter oder andere stören nicht. Wir haben auch an der Ruhr — immer aus Notgründen heraus — eine Konstruktion finden müssen für den Ruhrbergbau, der auch nicht gestört hat. Kein Mensch will morgen die Rückkehr zu anderen Formen. Nur müssen auch die Grundlagen da sein für Privatwirtschaft. Es kann doch nicht wahr sein, daß hier gesagt wird, daß ein Unternehmen dann führt. Das führt ja sowieso; der Unternehmensvorstand hat ja die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat gibt nur die Richtlinien bzw. legt fest, wie eine Geschäftsführung zu arbeiten hat. Ich komme mir manchmal vor, als wenn ich Betrachtungen anstellen müßte, wie Mitbestimmung aussieht, wie Geschäfte in Großunternehmen geführt werden und wie das läuft. Das ist leider so, und deshalb muß ich zurückweisen: weder wird eine Pflichtübung von mir noch von anderen betrieben. Hier geht es ganz einfach darum, daß wir die Chance wahrnehmen wollten, die alle anderen im ARBED-Konzern haben: die Absicherung auf eine Beschäftigungsgarantie.

(Vizepräsidentin Waschbüsch übernimmt den Vorsitz.)

Mehr wollten wir nicht. Was nach 87 kommt, nach Abschluß der Restrukturierung, die ein Jahr länger dauert im Hinblick auf die Frage der Roheisenversorgung — das ist auch der Landesregierung bekannt —, das kann niemand sagen. Wir hätten gern die Garantie gehabt. Wir haben geglaubt, das über eine sogenannte Mitsprache — was heißt Mitsprache! —, mit der Mitbestimmung des Vertreters der Landesregierung in diesem nach deutschen Gesetzen mitbestimmten Aufsichtsrat, der wirklich fifty-fifty ist, zu erreichen. Das wäre im Interesse der Arbeitnehmer besser; nicht aus gewerkschaftlicher oder sozialistischer Sicht, wie es so oft gesagt wird, sondern das ist eine Frage der Standortsicherung der Arbeitsplätze in diesem Lande. Andere haben das im Rahmen des gleichen Kon-

(Abg. Herold)

zerns. Und deshalb lehne ich ab, wenn immer gepredigt wird von Opfereleichheit und Chancengleichheit. Das ist einfach nicht wahr. Die haben eine bessere Chancengleichheit. Sie haben die abgesicherten Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD.)

Aber mir ging es um die Weiterverarbeitung. Herr Wirtschaftsminister, es wäre gut gewesen, wenn heute das Problem — ich habe es im Dezember ausgespart, nur kann man es heute nicht mehr aussparen, nicht weil wir am 27. Wahl haben — gelöst wäre. Lieber Kollege Diversy, wenn Sie auch sagen: Ich stimme mit dem Kollegen Herold überein — Kollegen sind wir alle, nur nützt das nichts. Mit schönen Worten ist das alles wunderbar, wenn der Wirtschaftsminister meint — wie hat er so schön gesagt? —, die Arbeiter im Saarland könnten mit ruhigem Gewissen in die Zukunft sehen. In der Weiterverarbeitung der ARBED sehen sie nicht mit ruhigem Gewissen in die Zukunft, sie sehen wahrscheinlich morgen in die Röhre. Zur Anfrage des Kollegen Diversy kann ich nur sagen: à la bonheur, daß man sich eine Anfrage stellt, daß man sich politisch verantwortlich fühlt in seiner Fraktion. Das war sehr kritisch. Ich nehme nur einmal St. Ingbert heraus; da fragt er nämlich, ob die Stilllegung von zwei Walzstraßen — ich weiß nicht, vielleicht hat er's von einem St. Ingberter Abgeordneten beigebracht bekommen; mit Recht, der muß ja auch noch was fragen — Arbeitsplatzverlust bedeutet. Ich brauche das nicht vorzulesen; Ihr wißt doch, was Ihr für eine Antwort gegeben habt. Dort steht folgendes drin. Die Frage lautet, ob ohne Abbau von Arbeitsplätzen vollzogen wird. Wir wollen den Kollegen Diversy fragen. Herr Kollege, genügt Ihnen die Antwort?

(Abg. Diversy (CDU): Ich habe sie zur Kenntnis genommen.
— Lachen bei der SPD.)

Danke schön. Ich nehme sie aber nicht nur zur Kenntnis. Ich muß jedoch sagen: Hier versagt die Landesregierung in voller Gänze. Hier fragt der Abgeordnete Diversy — ich zitiere mit Ihrer Zustimmung, Frau Präsident —: Ist sichergestellt, daß die Neuordnung im Weiterverarbeitungsbereich — in Klammern: Schließung von zwei Walzstraßen im ARBED-Werk St. Ingbert — ohne Abbau von Arbeitsplätzen vollzogen wird? Antwort der Landesregierung: Die Schließung der beiden Bandeisenstraßen St. Ingbert — ob es ohne Abbau von Arbeitsplätzen geht, war Ihre Frage, Herr Diversy; vielleicht muß ich Sie nochmal daran erinnern, es geht hier also nicht um Fraktionsdisziplin, hier geht's um Sachaussagen — wird nach Erstellung eines Unternehmenskonzeptes erfolgen, das sowohl die technischen als auch die sozialen Aspekte umfaßt.

Entsprechend der im Dezember 1979 getroffenen Vereinbarung fand bereits im Januar 1980 ein erstes Gespräch zwischen dem Betriebsrat des Werkes St. Ingbert, der IG Metall und der ARBED über die zu treffenden Maßnahmen bezüglich des Walzwerkes statt.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will auch erklären, warum. Ich habe im Dezember noch abgewartet; ich habe gesagt, ich erwähne diese Problematik

nicht. Da geht es nicht um 200, um 300, es geht um Hunderte, wahrscheinlich Tausende von Arbeitsplätzen. Wir haben folgendes. Im Vertrag zwischen RB und NE — das hat mit der Landesregierung und der Bundesregierung überhaupt nichts zu tun, da mache ich gar keinen Vorwurf — steht drin, daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Die Landesregierung hat sich ja ursprünglich mit dem Bund verpflichtet durch den Vertrag, mitzuwirken, daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Bis heute hat die ARBED noch nicht einen einzigen Ersatzarbeitsplatz im Lande geschaffen. Und ich frage Sie, Herr Wirtschaftsminister: Bestätigen Sie das hier oder können Sie was Besseres aufweisen? Wenn Sie mir einen Arbeitsplatz sagen, bin ich Ihnen dankbar darum.

Bei der Restrukturierung der Weiterverarbeitung — da muß ich Sie mal fragen; nur darum geht's, nicht um die Frage der allgemeinen Betrachtung, die von Ihnen angestellt wird — heißt es: Dort bekommen wir noch Arbeitsplätze und dort. Wir sind froh darum und dankbar. Nur müssen wir aufrechnen, was uns da verlorengeht. Aber die Rechnung muß heute gemacht werden. Was ist denn bis jetzt in diesem Bereich geschehen? Auf Seite 9 des Vertrages steht eindeutig zu lesen, daß beide Werke, RB und NE, verpflichtet sind, und insbesondere die Landesregierung, die dem ja zugestimmt hat, für das Verlustgeschäft im Hinblick auf Arbeitsplätze im Raum Neunkirchen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wo sind sie denn? Ich spreche die ARBED an, die für die Stahlgeschichte in Ordnung ist. Aber dort, wo sie ihre Verpflichtungen zu erfüllen hat, wo sie mit der Landesregierung die Verpflichtung hat, gemeinsam etwas zu tun, ist bis heute nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen worden, sie werden im Gegenteil beseitigt. Wer dort verhandelt, haben Sie jetzt gelesen, haben Sie jetzt gehört: nicht die Landesregierung, sondern die Betroffenen. Die Beteiligten kamen überein — jetzt kommt Ihre Frage, Sie sind wohl davon befriedigt, Sie haben Kenntnis genommen —, eine technisch-soziale Lösung ohne Härten für die Belegschaft zu erstellen. Was bedeutet das? Das bedeutet auf Ihre Frage, daß es also ohne soziale Härten geht. Darum werden wir uns kümmern. Dafür sind wir da. Da hilft uns wohl niemand, auch nicht der Zeitungsartikel: „Klump stoppt ARBED in St. Ingbert“, die Eintagsfliege, wofür der Betriebsrat ihm noch dankeschön gesagt hat. Der Präsident der ARBED hat mir gesagt, die Demonstration am Montag war für uns wichtig. Aber darüber brauchen wir ja heute nicht zu streiten. Dort haben wir während der Zeit die Landesregierung und den Wirtschaftsminister nicht gesehen. Das machen wir dann selbst. Nur, Ihre Frage ist nicht beantwortet worden; wenn Ihnen das nicht aufgefallen ist. Es wurde nach dem Abbau von Arbeitsplätzen gefragt. Wenn Ihnen die Landesregierung die Zahlen nicht nennt, ich sage sie Ihnen: 300 Arbeitsplätze werden in den nächsten Monaten vernichtet.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Dann muß man die Landesregierung fragen, warum sie bei einer arbeitsmarktpolitischen Debatte heute nicht sauber und sachlich sagt — schon in der Anfrage —, wie diese soziale Komponente aussieht, die wir auch allein auf unserem Rücken erstreiten müssen. Warum nennt man die Zahl von 300 Arbeitsplätzen nicht?

Wenn die technische Lösung, die Zusammenführung der vier Drahtbetriebe, rein rechtlich geklärt wäre — auch das hatte

(Abg. Herold)

ich einmal vorgetragen, damit die Leute das einmal verstehen —, wenn Luisenthal, wenn Georg Heckel, St. Ingbert und das Köfner Werk rechtlich zusammengeführt werden könnten — —

(Zuruf.)

Da geht es um Steuergelder. Daß sich die ARBED momentan noch gegen die Ausgliederung von St. Ingbert wehrt im Hinblick auf die steuerliche Belastung, weil sie dann nach deutschem Recht versteuert werden — da werden 11 Millionen genannt —, verstehe ich unternehmerisch; das ist gar keine Frage. Nur, wenn dies schon abgeschlossen wäre, dann hätte in dieser Anfrage früher schon stehen müssen — das weiß jeder —, die Walzstraßen bedeuten 300 Arbeitsplätze, das ist unstrittig. Nach dem Sozialplan gehen in der ersten Phase 97 Leute über die 55-Jahre-Lösung; dann bleibt uns allerdings noch — vor allen Dingen im Angestelltenbereich — ein Großteil, von dem wir nicht wissen, was morgen mit ihm geschieht.

Die Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Diversy — ich habe das Schreiben mit dem Datum 29.1., damals kam die Antwort, später ist sie offiziell hier erfolgt — darf doch niemand befriedigen, auch den Abgeordneten nicht, der vorhin vor dem Plenum in großzügigen Darstellungen — wenn sie auch zitiert und abgelesen worden sind — aufgezeigt hat, wie er für die Arbeitnehmer eintritt. Wenn Sie für die Arbeitnehmer eintreten, dann hätten Sie sagen müssen: Ich weise diese Form der Bestätigung zurück, ich will wissen: Gibt es dort einen Arbeitsplatzverlust oder nicht? Es geht hier um 300 arbeitende Menschen, und unsere Sorge als SPD-Opposition ist in diesem Parlament, daß man einfach verschweigt, was täglich draußen geschieht.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe das schon im Dezember erwähnt, bei einem Besuch des Ministerpräsidenten oder auch des Oppositionsführers Lafontaine, also des Kandidaten für diese Funktion, gleich wie man ihn immer nennen will; der eine ist es zufällig geworden, und der andere will es werden. Ich sage das ungeniert. Warum denn auch nicht? Der eine will es werden, weil die Partei und wir es wollen und weil wir glauben, wir hätten einen guten Ministerpräsidenten in dieser Funktion, der andere ist das durch eine andere Entscheidung geworden.

Wenn Aussagen getroffen werden im Monat November, wie beispielsweise die: RBSW ist nicht gefährdet — das geht doch weiter bis Mai 1981 —, dann frage ich jetzt, wo wir doch schon März 1980 schreiben: Was geschieht denn mit den 500 Arbeitsplätzen in Burbach? Die Antwort, die mir gegeben wurde, als ich gefragt habe, war: Sie kennen doch — die große Stahlbaulösung. Wenn die große Stahlbaulösung kommt, ist deren Arbeitsplatz beseitigt; das weiß der Wirtschaftsminister genauso gut wie ich. Denn diejenigen, die die große Stahlbaulösung wollen, wollen in der Zukunft auch nur unter ihrer Konzeption Stahlbau betreiben. Wenn wir schon hier einmal gemeinsam aufrechnen, dann rechnen wir richtig auf. Das gleiche gilt für den Otto-Wolf-Stahlbau — sprich den Stahlbau in Homburg. Georg Heckel haben wir ausgegliedert. Der damals noch hier für die Landesregierung zuständige Ministerpräsident sagte: „Jetzt könnt Ihr mir ein Dankeschön sagen,

ich habe bei Herrn Tesch erreicht, daß die Firma Heckel am Leben bleibt.“ Ich beleidige damit niemanden, im Gegenteil: Ich habe ein Dankeschön gesagt, auch für die Belegschaft. Nur drei Stunden später sagte mir der Wirtschaftsminister im selben Haus das gleiche: „Ich habe mit Herrn Tesch verhandelt; Georg Heckel bleibt am Leben.“

(Lachen bei der SPD.)

Damals war der Premierminister, der heutige Außenminister, noch ein Freund des Wirtschaftsministers, ein Liberaler. Wenn man das nach fünf Jahren klarstellen will, dann muß man auch fragen, wer es war. Nur nutzt das nichts, denn als es dann soweit war, waren noch 300 Leute da. Dann hat man gesagt, wenn man ausgliedert, muß man die Seilerei schließen mit 100 Leuten, dann bleiben noch 200 übrig. Und mittlerweile muß der Betriebsrat ständig streiken, ob tatsächlich nach der Ankündigung der Draht-ARBED die Produktion überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Was nutzt denn die Standortgarantie durch Aussage! Wäre sie schriftlich oder vertraglich wie in Luxemburg vereinbart, bräuchten sich die Menschen keine Sorgen zu machen.

(Beifall bei der SPD.)

So könnte man die Gesamtbetrachtung weiterbetreiben. Ich muß feststellen, daß der Ministerpräsident im Rahmen seiner Staatsfunktion — wenn nicht er selbst, so doch der Wirtschaftsminister — zur arbeitsmarktpolitischen Situation hätte erklären müssen, welche Sorgen für weit über tausend Arbeitsplätze in den nächsten Wochen und Monaten im sogenannten Bereich der Neuordnung — — Das klingt so schön; da gibt es das sehr schöne Wort von der Freisetzung von Arbeitskräften; das heißt im Grunde nur: Feierabend, es gibt nichts mehr.

(Zuruf von der CDU.)

Die Sozialpläne haben wir gegen den Widerstand der Unternehmen gemacht; das hätte ich ganz vergessen. Der Wirtschaftsminister hat gesagt: Die Sozialpläne konnten nur gemacht werden, weil wir dafür eingetreten sind. Ich habe hier im Dezember der Bundesregierung und der Landesregierung für diese Phase ein Dankeschön gesagt, aber nur für die Phase der Mittel, die zur technischen Restrukturierung gehören. Das waren — Herr Wirtschaftsminister — zuerst nur 900 Millionen. Die anderen fast 400 Millionen DM, die wir im Rahmen der Gesamtabwicklung bis 1987 benötigen — man muß das ja in großen Zeiträumen sehen —, sind in vielen Verhandlungen — —

(Zuruf.)

Es wird doch niemand bestreiten, daß beispielsweise das Vorstandsmitglied Judith, das Sie schon oft zitiert haben, oder meine Person bei den Unterredungen im Bundeskanzleramt — übrigens vor Graf Lambsdorff, der erst später dazu kam, es waren noch andere dabei — diese soziale Komponente zusätzlich eingebaut haben wollten. Von seiten der ARBED wurde gesagt: Wie kommen wir dazu? Das machen wir in Luxemburg ja auch nicht, 55jährige freizusetzen. Dann bringt uns dafür auch die Bürgschaften. Wenn Wahrheit

(Abg. Herold)

Wahrheit ist, muß das heute hier gesagt werden. Das haben wir zu einer Zeit ausgehandelt — so leid mir das tut, Herr Klumpp, damals gab es Sie noch nicht auf dieser Ebene.

(Beifall bei der SPD.)

Ich meine das nicht persönlich, das habe ich nie getan. Wir haben in vielen Dingen zusammengearbeitet, aber Wahrheit muß Wahrheit bleiben. Ich hoffe nur — —

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Herr Herold, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

Abg. Herold (SPD):

Dankeschön, letzter Satz. Ich hoffe nur, daß die Landesregierung bis zum 27. April — später werden das andere tun — noch Schützenhilfe leistet bei dem, was den Menschen heute Sorge bereitet: daß sie — anders als Sie vorhin gemeint haben — ihren Arbeitsplatz verlieren könnten.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen — Punkt 6 hatten wir vorgezogen — jetzt zum Tagesordnungspunkt 5:

Aussprache über den Ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz (Drucksache 7/2072).

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Schwarz.

Abg. Schwarz (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtagsausschuß für Datenschutz, der als Unterausschuß des Ausschusses für innere Verwaltung fungiert, hat sich in fünf Sitzungen ausführlich mit dem am 1. Januar vorgelegten Ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz befaßt. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 20. Oktober 1978, dem Zeitpunkt der Einführung des Landesbeauftragten für Datenschutz in seinen Aufgabenbereich, bis zum 31. Dezember 1979.

Der Ausschuß nimmt die heutige Berichterstattung zum Anlaß, dem Landesbeauftragten für Datenschutz für die Vorlage seines kritischen und umfangreichen Berichts Dank und Anerkennung auszusprechen. Wenn auch die Vorlage dieses Be-

richts zu den gesetzlichen Obliegenheiten des Landesbeauftragten für Datenschutz gehört, so ist er doch nach Inhalt und Umfang mehr als eine durch die Pflicht gebotene Zusammenstellung, sondern gleichzeitig ein fundiertes und engagiertes Plädoyer für den Schutz personenbezogener Daten als Ausfluß des im Grundgesetz verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechts.

Grundlage für die dem Landesbeauftragten für Datenschutz wie dem Landtagsausschuß für Datenschutz obliegende Kontrollfunktion bilden sowohl das Bundesdatenschutzgesetz wie das Saarländische Datenschutzgesetz. Mit beiden hat der Gesetzgeber Neuland beschritten, wurde gesetzgeberische Pionierarbeit geleistet. So ist denn auch der erste Tätigkeitsbericht zugleich ein Erfahrungsbericht und schafft erstmals Maßstäbe für die Bewertung unserer eigenen gesetzgeberischen Arbeit.

Der vom Landesbeauftragten für Datenschutz vorgelegte Tätigkeitsbericht bestärkt den Ausschuß in seiner Auffassung, daß die in den Datenschutzgesetzen des Bundes und des Landes enthaltenen Regelungen einer Fortentwicklung bedürfen, zumal der materielle Datenschutz über den Bereich der Datenschutzgesetze hinausgeht. Dies gilt sowohl bezüglich der Präzisierung unbestimmter Rechtsbegriffe, insbesondere für den Dateibegriff, an den das gesamte Datenschutzrecht anknüpft, wie für die mehrfach im Gesetz enthaltene Formulierung, daß eine Übermittlung von Daten zulässig ist, „wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle oder des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist“.

Der Ausschuß stimmt des weiteren mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz darin überein, daß für wichtige Bereiche der Verwaltung, in denen der Eingriffscharakter der Verarbeitung von Daten besonders deutlich zutage tritt, bereichsspezifische Regelungen erforderlich sind. Dies gilt insbesondere für das Meldewesen, das Gesundheitswesen und den Sicherheitsbereich.

Die in verschiedenen Gesetzen enthaltene Datenschutzproblematik, beispielsweise beim Krebsregistergesetz, beim Krankenhausgesetz, beim Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke und dem Landeswahlgesetz, läßt es gerechtfertigt erscheinen, den Landesbeauftragten für Datenschutz frühzeitig an der inhaltlichen Vorbereitung von datenschutzrelevanten Gesetzen zu beteiligen. Um die Wahrung datenschutzrelevanter Gesichtspunkte im Rahmen der Vorbereitung von Gesetzen sicherzustellen, hält es der Ausschuß für empfehlenswert, bereits im Deckblatt einen Hinweis aufzunehmen, ob Fragen des Datenschutzes berührt werden. Eine solche Verfahrensweise kann gewährleisten, daß die mit der Vorbereitung eines Gesetzes befaßte Verwaltung die Belange des Datenschutzes von vornherein angemessen gewichtet. Darüber hinaus hält es der Ausschuß für nützlich, an datenschutzrelevanten Gesetzen künftig mitberatend beteiligt zu werden und spricht die Erwartung aus, daß dieser Anregung in der 8. Legislaturperiode des Landtages entsprochen wird.

Daß nicht nur die Auslegung, sondern auch die Anwendung des Rechts Schwierigkeiten bereiten kann, zeigt sich an einer Fülle von Beispielen. Es ist nicht zu verkennen, daß eine

(Abg. Schwarz)

strenge Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften erhebliche Belastungen für das Verwaltungshandeln zur Folge haben kann und mitunter das mit den einschlägigen Bestimmungen verfolgte Ziel eines Schutzes des Bürgers vor Eingriffen in seine Persönlichkeitssphäre durch die Einschränkung der Verfügbarkeit von Daten und das Verbot ihrer Weitergabe an Dritte außer acht gerät.

Mit dieser Problematik hat sich der Ausschuß vor allem am Beispiel der Weitergabe von Jubiläums- und Prüfungsdaten sowie der Eintragung von Geburtsdaten in die Wählerverzeichnisse befaßt. Bei all diesen Daten handelt es sich zweifelsohne um personenbezogene Daten im Sinne des Saarländischen Datenschutzgesetzes. Mit dem Verbot zur Weitergabe dieser Daten wird nicht nur der Schutz der Persönlichkeit gewahrt, sondern zugleich der in unserer Gesellschaft erkennbare Hang zur Anonymität gefördert. Für den Ausschuß stellt sich ernsthaft die Frage, ob bei der strikten Anwendung des Gesetzes in jedem Falle schutzwürdige Interessen des Bürgers auf dem Spiel stehen und nicht andererseits Normvollzug zum Selbstzweck wird. Im Rahmen einer künftigen Novellierung der Datenschutzgesetze werden gerade in diesen Bereichen flexible Lösungen anzustreben sein, die bei Wahrung schutzwürdiger Belange des einzelnen nicht von übertriebener Ängstlichkeit diktiert werden.

Der Ausschuß teilt die Auffassung des Landesbeauftragten für Datenschutz, daß es sich gerade bei Geburtsdaten um sehr sensible und schutzwürdige Daten handelt, weil das Geburtsdatum häufig ein Identifikationsmerkmal darstellt. Er hält jedoch gleichwohl eine differenzierte Behandlung je nach dem sachlichen Zusammenhang durchaus für wünschenswert. So erscheint es angebracht, in Wählerverzeichnissen auf die Angabe von Geburtsdaten zu verzichten, weil mit dem Umfang der Daten die Mißbrauchsmöglichkeit tendenziell zunimmt. Dagegen sollte bei Jubiläums- oder bei Prüfungsdaten eine Widerspruchslösung angestrebt werden, wonach gegen den Widerspruch des Betroffenen keine Angaben an die Presse oder an andere Stellen weitergegeben werden. Hier begegnen wir einem Grundproblem des Datenschutzes, das die gesamte Ausschußdiskussion stark geprägt hat.

Wie sehr eingefahrene Geleise in der Praxis des Datenaustauschs und der Datenübermittlung durch die Anordnung der Datenschutzgesetze beeinträchtigt werden, zeigen die in dem Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz geschilderten Auswirkungen des Datenschutzes auf das Einsichtsrecht der Notare in die bei den Grundbuchämtern geführten Eigentümekarteien, auf die Übermittlung eines Datenbestandes an die Religionsgemeinschaften bezüglich ihrer Mitglieder und Angehörigen und auf die Führung eines Sekundärkatasters in verschiedenen Gemeinden unseres Landes. Alle diese Vorgänge werfen gemeinsam die Frage nach der Rechtsgrundlagenproblematik auf, die letztlich nur auf gesetzgeberischem Wege lösbar ist. Auch hier stellt sich die Frage nach dem Ausmaß der Schutzwürdigkeit von Daten in der Abwägung zu den Interessen der Kirchen, der Gemeinden oder von Berufsgruppen an der Verfügbarkeit von Daten als Voraussetzung zur Wahrung öffentlicher Aufgaben. Die Notwendigkeit eines vernünftigen Interessenausgleiches ist in diesen Fällen offenkundig. Wie stark das Wirtschaftsleben vom Datenschutz tangiert wird, ergibt sich aus einem Hinweis auf die Adreß-

buchverlage. Ganze Wirtschaftszweige, so auch der Versandhandel, gründen ihre Existenz auf die Verfügbarkeit von Daten, insbesondere von Adressen. Der Ausschuß nimmt davon Abstand, dieses Problem abschließend zu werten, weil er eine gesetzgeberische Klärung dieser Frage im Rahmen des Melde-rechtsrahmengesetzes des Bundes erwartet.

Der Ausschuß teilt mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz die Auffassung, daß im Sicherheitsbereich ein hohes Maß an Sensibilität angebracht ist. Der Landesbeauftragte hat daraus gegenüber dem Ausschuß eine Art Mittlerposition zwischen der Polizei und den Betroffenen abgeleitet und sieht seine Aufgabe darin, sicherzustellen, daß Daten nur im Einklang mit dem Gesetz gespeichert werden. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die Feststellung des Landesbeauftragten, daß sich bei Einzelfallprüfungen, die erkenntnisdienliche Behandlungen betrafen, keine wesentlichen Beanstandungen ergeben haben. Eine besondere Problematik kommt der Mitteilung an den Betroffenen über Feststellungen des Landesbeauftragten zu. Derartige Mitteilungen können, wenn nicht der Ermittlungszweck erschwert werden soll, nur begrenzter Natur sein. Die Wahrnehmung der Mittlerposition des Landesbeauftragten zwischen Bürgern und Polizei ist hier weitgehend eine Frage des Vertrauens.

Einen breiten Raum der Aussprache nahm die Frage nach der Führung kriminalpolizeilicher Sammlungen ein. Der Ausschuß stimmt dem Landesbeauftragten darin zu, daß über die im Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz beschlossenen Richtlinien hinaus eine Fortentwicklung angebracht ist, die zweckmäßigerweise in eine gesetzliche Regelung im Rahmen des Polizeigesetzes eingefügt werden sollte. Dies hätte den Vorteil, daß in dem gleichen Gesetz, in dem Eingriffsbefugnisse geregelt sind, zugleich deren Grenzen deutlich gemacht werden. Die vom Landesbeauftragten gemachten Vorschläge, die Problematik der „an eine rechtmäßige Erfüllung von Aufgaben“ geknüpften Ermächtigung durch eine klarstellende Formulierung zu lösen und die Aufbewahrungsdauer von kriminalpolizeilichen Akten einer Beschränkung zu unterwerfen, werden vom Ausschuß unter Hinweis auf den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit unterstützt.

Eine gesteigerte Aufmerksamkeit verdient das Gesundheitswesen. Der Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten widmet der Problematik des Datenschutzes im Gesundheitsbereich einen breiten Raum. Hier soll nur angemerkt werden, daß der Ausschuß auf eine Mitwirkung bei der Beratung des Krankenhausgesetzes und des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke Wert legt. Es verdient besondere Erwähnung, daß der Landesbeauftragte zu beiden Gesetzentwürfen bemerkenswerte Ergänzungsvorschläge gemacht hat, um die Wahrung der Belange des Datenschutzes sicherzustellen.

Hier begegnet uns eine ähnliche Problematik wie beim Krebsregistergesetz. In engem Zusammenhang dazu steht die Frage der Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen Zwecken. Dieses Problem war bereits Gegenstand der Beratung beim Krebsregistergesetz und hat dort eine Lösung gefunden. Die für die Führung des Krebsregisters entwickelten Lösungen haben auch in die Ergänzungsentwürfe des Landesbeauftragten zum Krankenhausgesetz Eingang gefunden und können Modell-

(Abg. Schwarz)

Charakter für sich in Anspruch nehmen. Eine Einbeziehung dieser Vorschläge in die Gesetzgebung bietet erneut die Chance, in unserem Lande gesetzgeberische Pionierarbeit im Bereich des Datenschutzes zu leisten.

Zu den Aktivposten in der Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten muß die Durchforstung und Überprüfung des Formularwesens gezählt werden. Wenn die Tätigkeit des Landesbeauftragten dazu führt, die Sammlung und Verarbeitung von Daten auf das notwendige Maß und den notwendigen Zeitraum zu beschränken und dem auch in der Gestaltung von Formularen Rechnung zu tragen, dann kann Datenschutz zugleich ein Beitrag zum Abbau der Bürokratie sein.

Datenschutz, meine Damen und Herren, ist kein Selbstzweck, sondern ein wichtiges Instrument zum Schutz der Persönlichkeitssphäre des Bürgers. Eine wesentliche Bedeutung kommt daher auch der Sicherstellung der Durchsetzbarkeit von Empfehlungen des Landesbeauftragten für Datenschutz und des Landtagsausschusses für Datenschutz zu. Der Ausschuß war sich in seiner abschließenden Wertung darin einig, daß eine restriktive Handhabung der Prüfungs- und Kontrollkompetenz des Landesbeauftragten mit einem wirksamen Datenschutz nicht vereinbar ist. An Landesregierung und alle Behörden unseres Landes ergeht die Aufforderung, bei der Durchsetzung des Rechts auf Datenschutz Sensibilität und praktische Vernunft zu zeigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Kasper.

Abg. Kasper (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anfang Januar dieses Jahres wurde vom saarländischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, wie hier bereits vorgetragen, der erste Tätigkeitsbericht gemäß § 20 Absatz 3 des Saarländischen Datenschutzgesetzes vorgelegt. Dieser Bericht ist im Unterausschuß für Fragen des Datenschutzes sehr intensiv beraten worden. Der vom Vorsitzenden vorgetragene Bericht spiegelt im großen und ganzen die Beratungsinhalte und Ergebnisse wider. Die Beratungen waren von Sachbezogenheit getragen; sowohl der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten wie auch der vorgetragene Ausschlußbericht sind nach unserer Auffassung eine geeignete Grundlage für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet. In diesem Zusammenhang muß ich leider eine kritische Bemerkung an eine Fraktion in diesem Hause machen, an die Mitglieder der FDP-Fraktion. Gerade Sie von der FDP, die sich in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten an einer Aussprache über Datenschutzfragen im Landtag so interessiert gezeigt haben, sie expressis verbis gefordert haben, haben leider bei den Beratungen im Unterausschuß weitgehend durch Abwesenheit und Nichtbeteiligung geblüht.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Dann in der Öffentlichkeit so zu tun, als seien Fragen des Datenschutzes für Sie von so herausragender Bedeutung, halte ich für einen schlechten parlamentarischen Stil.

(Beifall bei der SPD.)

Der Tätigkeitsbericht ist, wie von meinem Kollegen Schwarz vorgetragen, zunächst einmal ein Erfahrungsbericht, der deutlich macht, daß die Datenschutzregelungen einer ständigen Fortentwicklung bedürfen. Das Ganze ist noch Neuland. Hier ist noch viel zu tun. Hier ist, wie ich es einmal bei der Verabschiedung des Gesetzes formuliert habe und wie Sie es auch in Ihrem Bericht aufgenommen haben, noch erhebliche Pionierarbeit zu leisten. Einerseits hat der Schutz der Persönlichkeitsrechte im Vordergrund zu stehen, andererseits müssen wir jedoch auch dafür Vorsorge leisten, daß Verwaltungshandeln nicht unverhältnismäßig großen Belastungen ausgesetzt ist; das heißt, die Verwaltung muß bei all dem praktikabel bleiben.

So stellt sich, wie bereits im Ausschlußbericht gesagt, ernsthaft die Frage, wo zum Beispiel bei Jubiläumsdaten, Geburtsdaten u. ä. schutzwürdige Belange überhaupt beeinträchtigt werden. Unsere Auffassung ist, daß alzu übertriebene Ängstlichkeit flexible Lösungen nicht ausschließen darf. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit scheinen uns bereichsspezifische Regelungen, z. B. für das Meldewesen, das Gesundheitswesen und den Sicherheitsbereich – da es hier um viel sensiblere Daten geht –, von größerer Relevanz. Dazu jedoch nachher noch einige Bemerkungen. Von daher unterstreiche ich auch ganz besonders die Passage im Ausschlußbericht, wonach Datenschutz kein Selbstzweck sein darf, sondern vielmehr ein wichtiges Instrument zum Schutz der Persönlichkeitssphäre der Bürger sein muß, wo die Privat- und Intimsphäre auch wirklich bedroht ist. In diesem Spannungsfeld haben wir die Fragen des Datenschutzes zu sehen und auch in der Praxis zu regeln.

Gewisse Schwächen unseres Saarländischen Datenschutzgesetzes sind seinerzeit bei der Verabschiedung dieses Gesetzes – wir haben sie damals deutlich herausgestellt – von uns bewußt in Kauf genommen worden, auch von Kolleginnen und Kollegen der beiden anderen Fraktionen. Dies, um erst einmal einen Einstieg in diese neue und ungewöhnlich schwierige Materie zu erreichen. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß die Fortentwicklung des Datenschutzrechts in den nächsten Jahren eine ständige Aufgabe auch der Gesetzgebung sein wird. Vorrangig wird, ich wiederhole das, der Ausbau des bereichsspezifischen Datenschutzes sein. Das heißt, spezielle Vorschriften sind vordringlich auf den Gebieten des Meldewesens, der Sozialverwaltung, des Gesundheitswesens, der Sicherheitsbehörden, auch der Steuer- und Finanzverwaltung vorzusehen. In solchen Spezialgesetzen kann der Umgang mit personenbezogenen Daten wesentlich wirkungsvoller, konkreter und eindeutiger geregelt werden als in den für die unterschiedlichsten Lebensbereiche geltenden allgemeiner gehaltenen Regelungen des Datenschutzgesetzes. Denn Datenschutzgesetze – dies, meine ich, muß man einmal sagen – greifen gemäß ihrem Charakter als Auffanggesetze nur dann, wenn bereichsspezifische Datenschutzvorschriften nicht zur Anwendung kommen.

(Abg. Kasper)

Seit der Verabschiedung des Saarländischen Datenschutzgesetzes sind mittlerweile fast zwei Jahre vergangen, in denen zusätzliche praktische Erfahrungen auch mit Weiterentwicklungen in anderen Bundesländern gesammelt werden konnten; sowohl in Theorie, Wissenschaft und Praxis sowie Politik ist die Diskussion über Schwachstellen und Regelungsdefizite in diesem Bereich in vollem Gange. Unabdingbar notwendig für uns ist daher die Einführung eines verschuldensunabhängigen Schadenersatzanspruchs. Hierbei handelt es sich um einen jener Punkte, die wir bei den seinerzeitigen Beratungen des Saarländischen Datenschutzgesetzes bereits positiv regeln wollten, aber dann doch einer späteren Regelung vorbehalten haben, weil die Entwicklung der anstehenden Änderungen des Staatshaftungsrechtes allgemein abgewartet werden sollte. Inzwischen aber sind die meisten anderen Bundesländer zur Gefährdungshaftung übergegangen, lediglich das Bundesdatenschutzgesetz wie auch die Datenschutzgesetze der Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sowie das des Saarlandes sehen eine Gefährdungshaftung bis heute noch nicht vor.

Die Regelung, die wir anstreben für diesen Bereich, muß beinhalten, daß Schadenersatz verlangen kann, wer durch eine unzulässige, rechtswidrige oder unrichtige Datenverarbeitung in seinen schutzwürdigen Belangen beeinträchtigt wird. Ein Verschuldensnachweis muß ausgeschlossen werden, da dem Bürger die Beweislast nicht zumutbar ist. Der verschuldensunabhängige Schadenersatzanspruch muß sich nach unserer Auffassung sowohl auf alle öffentlichen wie auch auf alle privaten Bereiche erstrecken und darf auch keine summenmäßige Höchstgrenze enthalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt, wo wir meinen, daß das Datenschutzrecht weiterentwickelt werden muß, ist für uns die Abschaffung des Entgelts für die Erteilung von Auskünften, die der Bürger über die Verarbeitung seiner Daten verlangen kann. Auch dies ist damals im Rahmen der Beratung des Saarländischen Datenschutzgesetzes bereits von uns angeregt worden. Wir haben dann im Saarländischen Datenschutzgesetz doch eine — wenn auch nur geringe — Schutzgebühr vorgesehen. Wir sollten den Bürger jedoch bei der Auskunftserteilung ganz von Gebühren befreien, da ihm keine Erschwernisse bei der Inanspruchnahme seines Rechts auf Auskunft über ihn betreffende Daten in den Weg gelegt werden dürfen. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen zweifelsfrei, daß die Belastung der speichernden Stellen durch Auskunftersuchen gering ist. Von daher sind wir der Auffassung, man sollte auf die Erhebung einer Gebühr sowohl im öffentlichen Bereich als auch im privaten Bereich grundsätzlich verzichten. Das ist ein weiterer Punkt, von dem wir meinen, daß das Datenschutzrecht auch bei uns im Saarland verbesserungsbedürftig ist.

Des weiteren sollte die Datenschutzkontrolle auch im nicht-öffentlichen Bereich verschärft werden. Die zuständige Aufsichtsbehörde, die bisher nur auf Anrufung durch Betroffene einschreiten konnte, muß in Zukunft auch von sich aus tätig werden können. Ein weiterer Punkt ist, daß auch die Tatbestände der Datenübermittlung — insbesondere für die Übermittlung personenbezogener Daten aus dem öffentlichen in den privaten Bereich — noch weiter konkretisiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang unterstreichen wir ganz besonders unsere Forderung nach Stärkung der Stellung des Datenschutzbeauftragten. Bei der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes haben wir bereits bedauert, daß unserer Vorstellung, den Landesdatenschutzbeauftragten als Hilfsorgan der parlamentarischen Kontrolle beim Landtag anzusiedeln, nicht gefolgt wurde. Er wäre dann allein dem Parlament gegenüber verantwortlich und nicht in die Exekutive eingebunden, die er ja zu kontrollieren hat. In seiner Anbindung an das Parlament würde die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten dahingehend verbessert, daß er seine Aufgaben ohne Rücksicht auf mögliche Konflikte mit der Exekutive verwirklichen könnte und einen noch ungehinderten und direkteren Kontakt mit den parlamentarischen Instanzen hätte.

Die Chance, den Landesdatenschutzbeauftragten beim Parlament anzusiedeln, ist von uns als Parlament damals verpaßt worden. Wir als SPD-Landtagsfraktion halten diese politische Forderung für die Zukunft aufrecht. Der Datenschutzbeauftragte ist im Saarland nunmehr beim Innenministerium angesiedelt. Er unterliegt der Dienstaufsicht des Ministers des Innern, wenn auch nur insoweit, wie seine Unabhängigkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird. Ich habe bereits bei der Verabschiedung des Datenschutzgesetzes gesagt, daß diese Regelung zwiespältige Gefühle auslösen muß, da der Bereich, der mit am meisten zu kontrollieren ist, nun einmal der Bereich des Innenministeriums ist, und dort ist der Datenschutzbeauftragte angesiedelt.

Die aktuelle Praxis in den letzten Wochen und Monaten hat uns recht gegeben. Ich erinnere nur — und dies ist eine Kritik in Richtung des Datenschutzbeauftragten — an die recht zwiespältige und auch unglückliche Rolle, die der Datenschutzbeauftragte bei der Datenangelegenheit beim saarländischen Amt für Verfassungsschutz gespielt hat. Obwohl der Verfassungsschutz aus der Kontrollkompetenz des Landesdatenschutzbeauftragten *expressis verbis* ausgenommen ist, vertrat er damals sehr schnell die Auffassung, die Lagerung von Akten mit Personaldateien und Fingerabdrücken beim Amt für Verfassungsschutz stelle keinen Rechtsverstoß dar. Und das, nachdem er mit dem Innenminister, seinem Dienstvorgesetzten, über diese Angelegenheit konferiert hatte.

(Minister Wilhelm: Wer sagt das? Wie kommen Sie dazu?)

Das war in der Zeitung zu lesen, und es gab Aussagen des Datenschutzbeauftragten, daß er sich mit Ihnen darüber unterhalten habe und der Meinung sei, daß da kein Rechtsverstoß vorläge.

(Minister Wilhelm: Er hat nie mit dem Innenminister darüber konferiert! — Zuruf: Aber er hat mit Ihnen darüber gesprochen!)

Er hat mit Ihnen — ob ich das jetzt „konferiert“ oder „gesprächen“ nenne — über dieses Problem gesprochen: Sie als Dienstvorgesetzter, er als Datenschutzbeauftragter. Das Ergebnis dieses Gesprächs war, daß er vorschnell sagte, hier liege kein Rechtsverstoß vor. Ich meine, hier wird ganz deutlich eine Interessenkollision sichtbar. Wir halten es für eine Fehlkonstruktion, den Datenschutzbeauftragten gerade in die behördliche Hierarchie einzubeziehen, die am meisten zu kon-

(Abg. Kasper)

trollieren ist. Seine Ansiedlung beim Parlament ist eine Forderung, die für uns unverzichtbar ist.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist für uns ohnehin rechtsstaatlich bedenklich und vom Grundgedanken des Datenschutzes her nicht vertretbar, daß die Verfassungsschutzbehörde keinerlei Kontrollaufsicht des Datenschutzbeauftragten unterliegt, von ihr also generell ausgenommen ist. Wir meinen, sicherheitsrelevante Dateien müssen zumindest im Datenschutzregister erfaßt werden können, damit dem Datenschutzbeauftragten bekannt ist, welche Dateien im einzelnen geführt werden. Auch muß ihm eine Überwachungspflicht darüber eingeräumt werden, ob die entsprechenden Vorschriften des Datenschutzes für diesen Bereich eingehalten werden. Die bekanntgewordene Praxis der Sammlung von Daten über Betriebs- und Personalratskandidaten — dies gilt für alle Bundesländer, dies gilt auch für den Bund — widerspricht unserer Auffassung nach den Grundsätzen einer freien und geheimen Wahl. Wer kontrolliert, daß derartige Daten nicht in falsche Hände geraten und, wie zugesagt, auch wirklich vernichtet worden sind? Das Recht, daß jedermann die Möglichkeit haben muß, Akten und Daten einzusehen, die ihn persönlich betreffen, sofern nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen eine Geheimhaltung erfordern, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine Auskunft im Bereich der inneren Sicherheit an Betroffene darf nur verwehrt werden — dies ist unsere Auffassung —, soweit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist.

Wir fordern — und dies ist eine zentrale Forderung —, das Recht auf Datenschutz in den Grundrechtskatalog der saarländischen Verfassung aufzunehmen. Es muß unsere Aufgabe als Gesetzgeber sein, in Anbetracht der fortschreitenden technischen Entwicklung dafür zu sorgen, daß die Freiheitsräume der Bürger erhalten werden und ein möglichst umfassender Schutz vor staatlicher und privater Willkür gewährleistet wird.

Mindestens ebenso wichtig wie die materiell-rechtlichen Regelungen ist die Notwendigkeit einer stärkeren Bewußtmachung des Datenschutzes bei der Bevölkerung. Hier stellt sich die Frage, ob der Datenschutz vom Bürger als notwendig erkannt wird und ob das, was die gesetzlichen Regelungen beinhalten, auch von den Bürgern angenommen wird und ob es den Verhaltensweisen und den Bedürfnissen des einzelnen und der Gesellschaft entspricht. Es erscheint mir wichtig, den zurückhaltenden und behutsamen Umgang mit personenbezogenen Informationen gewissermaßen als soziale Norm in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen. Diese Aufgabe zu lösen, ist sicherlich außerordentlich schwierig, aber sie muß im Auge behalten werden. Nur wenn das Verständnis für den Datenschutz bei den Bürgern geweckt und weiter verstärkt wird, kann es gelingen, den Gefahren der automatisierten Datenverarbeitung zu begegnen, ohne auf ihren Nutzen zu verzichten. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Robert Wagner.

Abg. Robert Wagner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgesehen von zwei Aussagen des Kollegen Kasper könnte ich namens meiner Fraktion erklären, daß wir mit der Auffassung der SPD-Landtagsfraktion und ihrer Stellungnahme zu dem Bericht des Datenschutzbeauftragten über weite Strecken einverstanden sind. Aber zu diesen beiden Ausnahmen werde ich noch kommen.

Ich darf in der gebotenen Kürze die Auffassung unserer Fraktion deutlich machen. Wir sind zunächst einmal erfreut darüber, daß der Datenschutzbeauftragte seine Aufgaben sehr gewissenhaft, sogar recht sensibel wahrgenommen hat. Das haben wir auch erfahren können, als wir uns im Unterausschuß Datenschutz mit dem Datenschutzbeauftragten über die Berichtsteile unterhielten. Wir sind erfreut darüber und finden insoweit bestätigt, daß die Bestellung des Datenschutzbeauftragten im Ergebnis offensichtlich geglückt ist.

Meine Damen und Herren, der Kollege Kasper hat darauf Bezug genommen — und der Berichterstatter hat recht ausführlich die Meinung des gesamten Unterausschusses dargestellt —, daß vielerlei Anregungen und Feststellungen, die in dem Bericht getroffen sind, im Unterausschuß auf eine breite Mehrheit gestoßen sind, vom Unterausschuß also mitgetragen werden. Auch ich darf namens meiner Kollegen in der CDU-Landtagsfraktion sagen, daß diese Anregungen und Feststellungen uns in der nächsten Legislaturperiode mit Sicherheit Anlaß dazu geben, in eine nähere Überprüfung der Sachverhalte einzutreten und dann auch in mancherlei Fällen Veränderungen vorzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun doch zu einem Punkt kommen, der zugleich die Konfrontation zur SPD beinhaltet. Ich spreche die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten an, die nach unserer Auffassung sehr wohl gegeben ist; das hat nicht zuletzt der Bericht des Datenschutzbeauftragten bewiesen, in dem er sehr souverän formuliert hat, daß er keinerlei Rücksichtnahme habe walten lassen müssen in bezug auf diese oder jene Regierungsinstanz, auch nicht auf den Innenminister. Das war unsere Erkenntnis, Kollege Kasper. Ich muß deswegen sagen, daß Ihre Bedenken, die Sie namens Ihrer Fraktion hier formuliert haben,

(Abg. Brück (SPD): — richtig sind!)

ins Leere gehen. — Na gut, meinetwegen kann man darüber streiten. Dazu bin ich durchaus bereit und in der Lage, und ich liefere Ihnen gerne einige Gründe, weshalb Sie mit Ihrer Argumentation ins Leere gehen. Man muß bei der Beurteilung dieser Frage berücksichtigen, daß bei uns der Landesbeauftragte für Datenschutz von der Landesregierung bestellt wurde mit Zustimmung des Landtages. Darüber hinaus haben wir sogar noch gemeinsam eine parlamentarische Begleitung der Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten gesichert, indem wir den Unterausschuß für Datenschutz eingerichtet haben.

(Abg. Robert Wagner)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, bei dieser Konstellation glauben wir keineswegs, eine Rechtsgrundlage geschaffen zu haben, die eine Abhängigkeit des Datenschutzbeauftragten auftreten lassen kann. Wenn Sie derartige Vorbehalte haben, würde ich Ihnen empfehlen, diese mehr in Richtung Bund bzw. Bundesregierung zu artikulieren; denn es ist ja immerhin aus der Gesetzgebung des Bundes festzuhalten, daß der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung den Datenschutzbeauftragten ernannt, und mir ist nicht bekannt, daß irgendeine Möglichkeit der parlamentarischen Begleitung oder sogar des parlamentarischen Mitwirkens bei diesem Rechtsvorgang eingeräumt worden ist. Ich wiederhole: Nach unserer Auffassung sind die Argumente, die Sie hier ins Feld geführt haben, nicht stichhaltig; wir teilen sie nicht.

Sie hatten die Freundlichkeit — wie man es nehmen will —, Herr Kollege Kasper, ein Argument für Ihre Auffassung in der Datenangelegenheit bei dem Amt für Verfassungsschutz zu sehen. Der Komplettierung wegen darf ich sagen, daß man dann noch etwas weiter ausholen muß — wie wir das ja seinerzeit getan haben — und in diesem Zusammenhang beispielsweise von Altenkessel reden muß; ich glaube, das wäre dann durchaus geboten. Wenn Sie hier erklären, der Datenschutzbeauftragte habe in dieser Frage offensichtlich eine sehr eigenartige Position bezogen, als er nach Rücksprache mit dem Innenminister sich gegenüber dem Ausschuß geäußert hat, und wenn Sie daraus dann folgern, er sei offensichtlich auf sehr zweifelhafte Art zu der Feststellung gekommen, hier liege kein Rechtsverstoß vor, so können wir Ihnen hier schlichtweg nicht folgen, Herr Kollege Kasper. Was die Klarstellung dieser Sachverhalte anging — ich will das Thema heute nicht vertiefen —, ist festzuhalten, daß, nachdem die Besonderheiten erkannt worden waren, diese mit aller Gründlichkeit aufgegriffen worden sind, daß die zuständigen Regierungsinstanzen das Ihre dazu getan haben, schnellstmöglich eine Klärung herbeizuführen, und daß hier auch sicherlich der Datenschutzbeauftragte gefordert war. Er hat sich — unserer Meinung nach in Unabhängigkeit — darüber Gedanken gemacht, Vorschläge unterbreitet und Position bezogen. Das kann also so nicht in Anspruch genommen werden.

Wenn ich gerade von der Unterschiedlichkeit unserer Auffassungen rede, so erlauben Sie mir, kurz darauf einzugehen, daß wir auch dem nicht zustimmen, wenn Sie sagen, Sie wollten das Recht auf Datenschutz im Grundrechtskatalog angesiedelt haben. Sie begründen das damit, daß es um die Freiheitsräume des Bürgers gehe, die erhalten werden müßten. Schutz vor staatlicher und privater Willkür — Kollege Kasper, in dieser Zielsetzung sind wir mit Ihnen absolut einig. Aber ob Sie das in besonderem Maße erreichen, wenn Sie die Frage des Datenschutzes in den Grundrechtskatalog einbauen, daran haben wir erhebliche Zweifel. Zumindest bringt es in der Praxis keine Verstärkung. Wir können also auch dieser Anregung nicht folgen.

Wir haben uns allerdings in unserer Fraktion in der Vergangenheit vielerlei Gedanken darüber gemacht, wie man den Datenschutz tatsächlich verbessern könnte. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode einige Überlegungen nochmals aufgreifen müssen, beispielsweise die, daß zu überprüfen und zu erwägen wäre, ob der Bürger über die Verwendung seiner

personenbezogenen Daten besser unterrichtet werden kann, als dies bislang der Fall ist. Wir werden uns auch Gedanken darüber machen, ob Behörden personenbezogene Daten nur auf Grund ausdrücklicher gesetzlicher Ermächtigung verarbeiten dürfen, ob die listenmäßige Verwendung von Daten genauer eingegrenzt werden muß. Es wird sich auch die Frage danach stellen, wie wir das Geburtsdatum handhaben wollen; jedenfalls ging der Vorsitzende des Unterausschusses in seinem Bericht zu Recht davon aus, daß dem Geburtsdatum bei der Frage des Datenschutzes ein erhöhter Stellenwert zukommt. All dies werden wir überdenken.

Wir werden wie Sie, Kollege Kasper, anregen und betreiben, daß der Betroffene zukünftig einen Schadenersatzanspruch erhält. Wir haben uns auch schon Gedanken darüber gemacht — nicht nur hier im Land, sondern auch unsere Freunde auf Bundesebene —, ob nicht der Betroffene einen Schadenersatzanspruch unabhängig von dem Nachweis des Verschuldens der Behörde erhalten soll. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Nur sei hier angemerkt, daß wir damals, als wir uns mit der Gesetzesmaterie hier im Landtag befaßten, festgestellt haben, daß man zunächst einmal auf die Bundesgesetzgebung warten sollte, die uns in dieser Frage aber bis heute noch keinen Schritt weitergebracht hat.

Es wird auch zu überlegen sein, wie wir es mit der Neuformulierung offensichtlich unglücklich gewählter Datenverarbeitungsbegriffe halten, ob beispielsweise der Dateibegriff so noch beibehalten werden kann oder ob er nicht einer Verbesserung, einer Präzisierung bedarf. Es wird über die Löschung personenbezogener Daten zu sprechen sein. Es wird letztlich auch darüber nachzudenken sein, wie spezifische Datenschutzvorschriften für das Melderecht und das Sozialversicherungsrecht zustande gebracht werden können.

Sie werden an diesen Beispielen, die ich nenne und die auch in den Bericht des Kollegen Schwarz eingegangen sind, erkennen, daß unserer Fraktion sehr wohl daran gelegen ist, den Datenschutz dort zu verstärken, wo dies zum Schutz der Privatsphäre des Bürgers geboten ist. Allerdings, Kollege Kasper — und hier bin ich Ihnen dankbar, daß auch Sie eine gesunde Abwägung der Dinge haben erkennen lassen —, werden wir auch in die Überlegung mit einbeziehen, daß da oder dort unter Umständen der Datenschutz überzogen ist. Wir haben ebenfalls in unserer Fraktion erkannt, daß der Datenfluß in Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft gestoppt wird, wenn ein überzogener Datenschutz greift, daß dieses Abstoppen dann offensichtlich aber auch zum Nachteil des Bürgers geht. Deswegen sind wir der Auffassung, daß dahingehende Erfahrungen in die Überprüfung einzubeziehen sind. Wir wollen also keineswegs dem überzogenen Datenschutz hier das Wort reden.

Es darf schließlich auch nicht übersehen werden — und das ist ein zusätzliches Argument bzw. eine zusätzliche Anregung, die wir bringen —, daß die Medien darüber klagen, sie würden durch die Datenschutzgesetzgebung bei der Erfüllung ihrer Informationspflicht behindert und das auch wiederum offensichtlich zum Nachteil des Bürgers. Auch hier tut sich ein großes Feld auf, dem wir in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen.

(Abg. Robert Wagner)

Meine Damen und Herren, ich wollte in der gebotenen Kürze hier namens meiner Fraktion zu diesem Bericht Position beziehen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir vollinhaltlich — das hat sich ja auch im Unterausschuß bereits gezeigt — die Stellungnahme, die der Berichterstatter soeben vorgetragen hat, mittragen. Wir finden es insbesondere richtig und am Platze, daß der Berichterstatter abschließend die treffende Formulierung gebracht hat: Sensibilität im Datenschutz ja, aber auch Sinn für Praktikabilität.

Abschließend erlauben Sie mir die folgende Bemerkung. Wir legen begründeterweise sehr großen Wert darauf, daß wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten Sachverhalte gesetzlich regeln; aber es hat sich auch manches ergeben, wo es notwendig, richtig und günstig wäre, wenn der Bund seine Wegweiserfunktion erfüllen würde. Das betrifft auch insbesondere den Bereich des Datenschutzes. Meine Kollegen und ich bedauern sehr, daß der Bund, die Bundesregierung ohnehin, bislang zu der Frage des Datenschutzes nicht das beigetragen hat, was auch uns Anlaß gegeben hätte, in einer gewissen Abstimmung, in einer gewissen Parallelität zum Bund hin, bestimmte Sachverhalte besser zu regeln.

Ich will nur ganz kurz hier das Melderechtsrahmengesetz andeuten. Hier erwarten wir, daß der Bund möglichst bald einmal zu Stuhle kommt und daß alle zuständigen Organe im Bund ihre Aufgabe erfüllen.

(Abg. Kasper (SPD): Alle Fraktionen im Bundestag.)

Ja, aber das Eigenartige war, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion — ich glaube im Dezember vergangenen Jahres — einen Gesetzesänderungsantrag im Bundestag eingebracht hat und daß dann plötzlich auch die entsprechende Novellierung von der Gegenseite her so betrieben worden ist. Ein Beweis dafür, Herr Kollege Kasper, wenn Sie mich dazu auffordern, daß es offensichtlich in dieser Frage der Opposition im Bundestag bedurfte, um nun wirklich einmal in die richtige Richtung hinein zu drängen. Nun liegen Gesetzentwürfe vor. Wir erwarten, daß man möglichst bald zu einem Ergebnis kommt; denn derartige Regelungen auf Bundesebene sind mit Sicherheit auch bedeutungsvoll für die Fortentwicklung des Datenschutzes in unserem Land. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mann.

Abg. Mann (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zwei Sätze zu den Ausführungen des Kollegen Kasper. Ich finde es etwas unfair, wenn man die von der Zahl her schwache Fraktion der FDP so behandelt, wo jeder hier weiß, welche Überschneidungen es bei Ausschüssen — gerade in letzter Zeit, in den letzten Wochen — gegeben hat und daß ich immer dort sein mußte, wo Abstimmungen waren. Ich

betrachte dies als einen sehr unfairen Akt; das muß ich hier einmal grundsätzlich sagen. Des weiteren, mir war von der Sitzung am Montag nichts bekannt. Ich war nicht eingeladen, liebe Kollegen, und alle sind im Lokal um ein Uhr an mir vorbeigegangen in die Sitzung. Keiner hielt es für nötig, zu mir zu sagen: Herr Kollege Mann, wir haben jetzt eine Sitzung zum Datenschutz. Ich war nicht eingeladen und wußte von dieser Sitzung nichts. Das einmal zu meiner Rechtfertigung von vornherein.

(Zurufe.)

Ich hatte keine Einladung zu dieser Sitzung. Ich habe das auch bei der Verwaltung geklärt. Die Verwaltung hatte es versäumt, mich einzuladen. Gut, ich habe Verständnis dafür; das kann vorkommen. Aber daß man dann an mir vorbeigeht und mich nicht in die Sitzung mitnimmt, aber dann die Gelegenheit hier nutzt, meine Abwesenheit zu rügen, das finde ich etwas unfair Kollegen gegenüber. Das muß nicht unbedingt sein.

(Beifall bei der FDP.)

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Bericht. Wenn ich auch nicht in jeder Sitzung sein kann, aber den Bericht zu lesen, dazu hatte ich Gelegenheit; das habe ich über das Wochenende getan, und Sie sollten mir gestatten, meine Stellungnahme hierzu abzugeben. Ich gehe auf Ihre Anschuldigungen nicht mehr ein, Herr Kollege Lindner, Sie wissen, daß ich in Ihren Sitzungen immer bin.

(Abg. Brück (SPD): Und meine beschlußunfähig gemacht haben!)

Wer den Bericht des Datenschutzbeauftragten aufmerksam liest und die Diskussion verfolgt hat, merkt schnell, daß Datenschutz nicht nur ein Schlagwort ist, sondern daß es hier um Fragen geht, die den einzelnen treffen können und die grundsätzliche Bedeutung haben. Datenschutz ist für die Politik ein noch recht neues Gebiet. Und wenn er sich in der Öffentlichkeit noch immer keiner besonderen Popularität erfreut, so mag dies daran liegen, daß Datenschutz für eine rein rechtliche Angelegenheit gehalten wird. Dies ist falsch, meine Damen und Herren. Es geht hier um den Schutz der Persönlichkeit jedes einzelnen. Wir wollen verhindern, daß der einzelne noch eine zweite Existenz als Akte oder als Nummer führt, von der er vielleicht gar nichts weiß und die für Verwaltungen aller Art immer mehr an die Stelle des Menschen selbst tritt.

Datenschutz ist deshalb ein Thema, das jeden einzelnen Menschen und jeden von uns betrifft. Wir wissen, daß die vielfältigen Aufgaben in Verwaltung und Privatwirtschaft heute schnell und kostensparend nur mit Hilfe der Datenverarbeitung durchgeführt werden können. Datenverarbeitung ist kein Teufelszeug, das man austreiben muß. Wir müssen aber wachsam sein, denn die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung sind vielfältig und könnten sehr schnell zu Mißbrauch führen.

Die Angst vor zunehmender Entpersönlichung durch immer perfekter werdende Techniken zur Sammlung, Verarbeitung

(Abg. Mann)

und Weitergabe von persönlichen Daten ist so unberechtigt nicht. Bereits im ganz normalen Gebrauch von personenbezogenen Daten können Gefahren liegen. So kann der einzelne Mensch durch das Zusammenführen persönlicher Daten durchschaubar werden; es entsteht dadurch ein Porträt des einzelnen, das er in der Regel nicht selbst kennt und auf das er schon deshalb keinerlei Einfluß hat, das oft länger als zulässig und notwendig gespeichert wird und sich für den Betroffenen nachteilig auswirken kann.

Dieser Gefahr muß vorgebeugt werden. Der Ansatz ist dort zu sehen, wo Daten angefragt werden. Man muß deshalb auch darauf achten, daß gespeicherte Daten rechtzeitig wieder gelöscht werden. In seinem Bericht kommt der Datenschutzbeauftragte zu der Feststellung, daß die öffentliche Verwaltung dazu neigt, zuviele Daten zu sammeln und zulange aufzubewahren. Es ist eben so, daß auf Antragsformularen und Erhebungsbogen neben den Fragen, die zur Bearbeitung des jeweiligen Vorgangs erforderlich sind, auch Bereiche angesprochen werden, auf die es gar nicht ankommt. Da es unnützlich ist, mehr Daten zu erfassen, als für die Bearbeitung eines Vorgangs notwendig sind, ist es richtig, hier einzugreifen. Denn was nicht erfaßt wird, kann dann später auch nicht gesammelt oder ausgewertet werden.

Meine Damen und Herren, das Mißtrauen der Bürger gegenüber Fragen aller Art, die Dritte an sie richten, und vor allem das Mißtrauen gegenüber Fragebogen findet seine Rechtfertigung in den Ausführungen des Datenschutzbeauftragten. Ob der Datenschutzbeauftragte nun beim Innenministerium oder — wie Herr Kollege Kasper angeführt hat — beim Landtag angesiedelt ist, ist, so glaube ich, für uns nicht vorrangig. Wir haben die Möglichkeit, durch den Unterausschuß Datenschutz kontrollierend einzuwirken.

Wir, die FDP, sind der Meinung, daß die Aufnahme eines neuen Grundrechts auf Datenschutz in die Landesverfassung nicht nur erfolgen kann, sondern erfolgen muß. Sie alle wissen, daß dies auch Auffassung der Enquetekommission und, soweit ich weiß, Meinung aller hier vertretenen Parteien ist. Ich bin froh, sagen zu können, daß ein solches Grundrecht in der saarländischen Landesverfassung aller Voraussicht nach aufgenommen werden wird. Das Land Nordrhein-Westfalen ist durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Landesverfassung beispielhaft vorausgegangen, und auf Bundesebene wird jetzt auch darüber beraten und gesprochen. Ich bin sicher, daß auch im Grundgesetz ein entsprechender Artikel aufgenommen werden wird, denn die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung hat neue Dimensionen bei der Gefährdung von Persönlichkeitsrechten eröffnet und damit neue Fakten gesetzt, die es angezeigt erscheinen lassen, den Datenschutz zu einem eigenen Grundrecht zu erheben.

Lassen Sie mich nun näher auf den Datenschutzbericht eingehen. Es geht hier um die Frage: Was darf die Verwaltung vom Bürger wissen, und wie darf sie es verwenden? Dabei ist bei allen Forderungen nach Datensicherung auch zu sehen, daß die Verwaltungen arbeitsfähig bleiben müssen. Eine Abwägung zwischen Schutzmaßnahmen einerseits und Einwirkungen auf den Verwaltungsablauf andererseits ist durchzuführen. Dies ist im Einzelfall so einfach nicht.

Bei fast allen Erhebungen wird das Geburtsdatum des Betroffenen erfragt. Dem Geburtsdatum kommt deshalb eine Schlüsselstellung zu, denn auf dieser Angabe sind die meisten Dateien und Sammlungen aufgebaut. Daraus erklärt sich auch, warum es jetzt nicht mehr möglich ist, Geburtsdaten zum Zwecke der Gratulation ohne Einverständnis des Betroffenen zu erhalten, und warum die den Parteien vor Wahlen zur Verfügung gestellten Erst- und Jungwählerlisten keine Angaben über das Geburtsdatum enthalten dürfen.

Gesichtspunkte des Datenschutzes haben auch Auswirkungen auf Verfahrensweisen, die seit Jahrzehnten ohne Beanstandung durchgeführt wurden. So hat der Datenschutzbeauftragte eine spezialgesetzliche Regelung für den Fall gefordert, daß Polizeibeamte in Eilfällen Einsicht in Melderegister und Register der Kraftfahrzeugzulassungsstellen nehmen. Er hat weitere Regelungen für das Einsichtsrecht der Notare in die bei den Grundbuchämtern geführten Eigentümerkarteien gefordert.

Daß die gegensätzlichen Erfordernisse, nämlich Sammlung und Verarbeitung von Daten durch die Verwaltung und Schutz vor Datenmißbrauch, im Einzelfall durchaus in der Abwägung problematisch sind, ergibt sich, wenn man einen Blick auf den Bereich des Gesundheitswesens wirft. So ist die Speicherung von Daten Drogensüchtiger ohne Zustimmung der Betroffenen nicht statthaft. So muß die Führung einer Behindertenkartei eingestellt werden.

Da als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung in Gesundheitsämtern das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens von 1934 in Betracht kommt und dieses Gesetz Rechtsgrundlage für alle Bundesländer ist, die entsprechend verfahren, halte ich es nicht für gut, wenn z. B. das Saarland auf Grund der Datenschutzgesetze hier alleine weitreichende Änderungen in der Verfahrensweise vornimmt. Dadurch würden Vergleiche mit anderen Bundesländern nicht mehr möglich sein. Es wäre meines Erachtens angezeigt, zu erreichen, daß notwendige Änderungen eben auch landes- und bundesweit gleichartig eingeführt werden.

Besondere Auswirkungen der Datenschutzvorschriften ergeben sich im Bereich der Forschung. Ohne eine Vielzahl von Informationen, die auf Daten einer großen Zahl von Einzelpersonen aufbauen, ist eine Forschung auf dem Gebiet der Medizin oder der Sozialwissenschaften zum Teil unmöglich oder aber wird erheblich erschwert. Das Saarland führt bisher als einziges Bundesland neben Hamburg ein Krebsregister. Dort werden Daten über Betroffene gesammelt, die zum Teil von ihrer Krankheit aus psychologischen Gründen nichts wissen dürfen. Das Verfahren, das hier angewandt wird, um einen Mißbrauch des Registers zu verhüten, ist streng und in enger Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten zustande gekommen. Es hat Modellcharakter und kann für ähnliche Bereiche Vorbild sein.

In anderen Fällen wissenschaftlicher Auswertung vorhandenen Materials waren erhebliche Auflagen zu beachten oder war eine Auswertung nicht statthaft. Letzteres etwa bei der Verwertung von Blutproben, die ohne Einwilligung des Kraftfahrers zur Alkoholbestimmung entnommen worden waren und die zur Erforschung von Lebererkrankungen dienen sollten. Gleichfalls verneint wurde die Auswertung kriminalistischer

(Abg. Mann)

Erhebungsbogen für das Erstellen eines Kriminalitäts- und Sozialatlasses, da es an einer notwendigen Anonymisierung fehlte.

Meine Damen und Herren, der Datenschutzgedanke darf nicht dazu führen, daß Forschungsvorhaben so erschwert werden, daß eine Durchführung praktisch scheitert. Andererseits sind aber Speicherungsarten zu entwickeln, die — und dies ist der Weg beim Krebsregister — so anonymisiert sind, daß klar zwischen nicht notwendigen persönlichen Daten und weiteren verwertbaren anderen Daten unterschieden werden kann. Doch kann hier im Einzelfall durchaus die Situation entstehen, daß gerade Daten persönlicher Art unumgänglich notwendig sind, um verwertbare Forschungsergebnisse zu erhalten. Hier muß ein für alle Seiten akzeptabler Weg geschaffen werden. Ich bin sicher, daß dies gelingen wird.

Meine Damen und Herren, der Datenschutzbeauftragte hat einen Ergänzungsentwurf zum Krankenhausgesetz für das Saarland vorgelegt. Darin macht er deutlich, daß gerade im Krankenhausbereich, wo höchst persönliche Daten gespeichert werden, besondere Kontrollen angebracht sind. Ich möchte hier kurz einen Rückblick ins Jahr 1975 tun.

Meine Damen und Herren, damals fanden die Ersten Lesungen eines von der FDP-Landtagsfraktion und eines von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Krankenhausgesetzes für das Saarland statt. Damals hat Kollege Klumpp eindringlich darauf hingewiesen, welche Probleme im Zusammenhang mit einem von der SPD geforderten zentralen Informationssystem anstehen. Klumpp führte damals aus: „Ich lehne es ab, eine zentralisierte Datensammlung zu betreiben. Wir sind nie sicher, was mit einer solchen Sammlung geschieht und daß sie nicht in falsche Hände kommt. Aus diesem Grunde ist in den Entwurf der FDP eine solche Bestimmung nicht aufgenommen worden, obwohl ich weiß, daß das geringere Effizienz bedeutet und unter Umständen mehr Kosten. Der Schutz der Persönlichkeit sollte hier vorgehen.“ Meine Damen und Herren, ich habe den Ausführungen, die damals Kollege Klumpp getroffen hat, auch heute nichts hinzuzufügen.

Lassen Sie mich abschließend dem Datenschutzbeauftragten für seine Arbeit danken. Wenn wir alle dafür sorgen, daß bei der Bearbeitung von Gesetzen bereits im Vorfeld die datenschutzrechtliche Seite mit berücksichtigt wird, werden wir ihm sicher das Leben leichter machen. Und ich denke, bei der Fülle der Aufgaben, die der Datenschutzbeauftragte zu bewältigen hat, sollten wir dies tun. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Wilhelm.

Minister Wilhelm:

Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Ich ergreife das Wort, um einige Vorabmerkungen zu machen, aber auch

um zur Bemerkung des Kollegen Kasper über den Datenschutzbeauftragten Stellung zu nehmen. Das Gesetz ist damals mit Zustimmung der SPD-Fraktion, mit Zustimmung aller Fraktionen verabschiedet worden, wenn auch von Ihrer Seite — das kann man in den Protokollen nachlesen und das ist noch in Erinnerung — mit einigen Einschränkungen.

Beim Datenschutz — das wissen wir alle — handelt es sich um ein völlig neues Gebiet, das sicher auch in den nächsten Jahren in der Betrachtung sowohl in der Öffentlichkeit wie auch in der Rechtspolitik unterschiedlich gesehen wird. Wir erkennen aber alle eins: Solange bei der Feststellung oder der Weitergabe von personenbezogenen Daten Beamte oder öffentliche oder private Stellen eine Kartei benutzten, in der sie praktisch umblättern und nachsuchten, hat diese Frage eine andere Qualität gehabt. Erst mit der Möglichkeit, Hunderte von Millionen Daten zu speichern, sind Probleme entstanden; und wir sind alle gut beraten, wenn wir uns immer bewußt sind, was diese Möglichkeit bedeutet und wie sehr die Menschen dadurch in ihrer persönlichen Freiheit beeinträchtigt werden können. Deswegen hat auch unser Gesetz zu Recht den Begriff der Datei dargestellt. Das ist ja etwas ganz anderes als die zufällige Ansammlung von bestimmten Daten.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch folgende Bemerkungen machen. Wir müssen geduldig sein, wenn wir diese Frage vernünftig weiterentwickeln wollen. Nicht jeder, der mit personenbezogenen Daten zu tun hat oder umgeht, ist deswegen schon in der Gefahr, einen Rechtsbruch zu begehen. Es ist notwendig, daß wir diese Dinge entwickeln. Nicht jede Aufzeichnung personenbezogener Daten, und zwar in der durch Gesetz bestimmten Form, ist schon ein ungerechtfertigter Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Wir werden darauf auch nicht verzichten können. Wir müssen in den nächsten Jahren die gemachten Erfahrungen dazu benutzen, unser Gesetz so anwendbar zu machen, daß nicht die Norm Selbstzweck wird, sondern daß die Gesellschaft ihren Nutzen davon hat unter voller Beibehaltung der Freiheit des einzelnen.

Ein kurzes Wort zu der Stellung des Datenschutzbeauftragten in unserem Land, das heißt der Zuordnung zum Minister des Innern. Wir haben fast die gleiche Regelung wie der Bund, haben sie allerdings großzügiger ausgestaltet. Es ist vorhin schon erwähnt worden, daß der Datenschutzbeauftragte im Bund auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannt wird. Hier wird er mit Zustimmung des Landtages durch die Landesregierung bestellt. Er muß die Befähigung zum Richteramt haben. Dieses Qualifikationsmerkmal fehlt zum Beispiel in der Bundesgesetzgebung. Er ist nach der Bundesgesetzgebung unabhängig. Bei uns heißt es: in Erfüllung seines Auftrages an Weisungen nicht gebunden. In der Bundesgesetzgebung heißt es: wird beim Bundesminister des Innern eingerichtet — eine sehr harte Feststellung. Wir haben überhaupt keine Aussage im Gesetz, sondern wir haben nur festgestellt so wie beim Bund, daß er der Dienstaufsicht des Ministers des Innern unterstellt ist. Und beim Bund ist dann noch festgestellt, daß seine Aufwendungen in einem eigenen Kapitel dargestellt sind; dies entspricht auch unserer Verfahrensweise.

Lassen Sie mich nun aus der Erfahrung der Praxis seit dem 17. Mai 1978 folgendes sagen. Der Datenschutzbeauftragte

(Minister Wilhelm)

erhält jede Unterstützung, damit er seine Arbeit mit einer vernünftigen Personalausstattung, mit einer vernünftigen Sachausstattung durchführen kann. Dort, wo es daran hapert, ist der Grund in der Regel der, daß es bis heute nicht genügend Fachleute auf diesem Gebiet gibt. Es gibt keinerlei Anforderungen, Einflüsse von seiten des Innenministeriums auf seine Tätigkeit. Die Dienstaufsicht beschränkt sich ausschließlich auf die allgemeinen Grundsätze einer geordneten Verwaltungstätigkeit unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Im übrigen muß ich sagen, Herr Kollege Kasper, ist der Vorwurf in der Frage der Aktensammlung mit Fingerabdrücken nicht gerechtfertigt.

(Zuruf des Abgeordneten Kasper (SPD).)

Ich erkläre Ihnen hier, daß ich den Datenschutzbeauftragten nicht in Anspruch genommen habe, daß ich mich peinlichst davor gehütet habe, ihn in dieser aktuellen Situation überhaupt in Anspruch zu nehmen. Und das werde ich auch in Zukunft nicht tun, weil er seine Unbefangenheit und seinen Abstand zu aktuellen tagespolitischen Fragen erhalten können muß. Es wäre der ganzen Sache wenig dienlich, wenn bei jeder Gelegenheit der Datenschutzbeauftragte konsultiert würde, um eine gutachterliche Stellungnahme abzugeben. – Bitte schön.

Abg. Kasper (SPD):

Gestatten Sie eine Richtigstellung? In der Presse war damals zu lesen, daß der Datenschutzbeauftragte auf Befragen, wie er diese Vorfälle gewertet habe, zum Ausdruck gebracht hat: Nachdem diese Angelegenheit zwischen mir und dem Herrn Innenminister besprochen wurde, kam ich zu dem Ergebnis, hier liegt kein Rechtsverstoß vor. So wurde es damals veröffentlicht; das war die Aussage des Datenschutzbeauftragten. Dies steht im Widerspruch zu der Aussage, die Sie jetzt gemacht haben.

Minister Wilhelm:

Herr Kasper, ich kenne diese Veröffentlichung nicht, ich habe sie jedenfalls nicht in Erinnerung. Ich kann Ihnen nur noch einmal erklären, daß ich mich in der damaligen aktuellen Situation peinlichst gehütet habe, den Datenschutzbeauftragten hineinzuziehen. Das muß ich zur Richtigstellung sagen, damit hier nicht ein ungerechtfertigter Vorwurf erhoben wird.

Abg. Triem (SPD):

Entschuldigen Sie, ich will Sie nur kurz unterbrechen. Ich halte Ihre Ausführungen für sehr sachlich; über die Dinge kann man sprechen. Es geht in der Tat um die Regelung für die nächsten Jahre. Es ist doch so: Sie sagen, der Datenschutzbeauftragte ist unabhängig, er ist nicht meinen Weisungen unterworfen. Gut, in gewisser Weise stimmt das. Nur, wenn er einmal befördert werden soll, müssen Sie ihn vorschlagen,

ist das richtig? – Und zweitens: Seine personelle Ausstattung bestimmen Sie. Sie bestimmen, ob er noch einen Amtmann oder einen Regierungsrat dazubekommt. Ich wollte nur zur Unabhängigkeit etwas sagen.

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich bitte Sie, sich bei Fragen auf kurze Zwischenbemerkungen zu beschränken.

Minister Wilhelm:

Um auf Ihre Bemerkung einzugehen. Ich habe mich immer bemüht, die Wünsche des Datenschutzbeauftragten in dieser Hinsicht zu erfüllen. Was den Stellenplan betrifft, der ja auch für die Stellung des Datenschutzbeauftragten maßgebend ist, ist ja wohl das Parlament Herr der Situation; so möchte ich das einmal sagen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen folgendes erklären. Der Datenschutzbeauftragte – wie Sie es gesagt haben, Herr Kollege Kasper – hat keinen Dienstvorgesetzten. Ich bin nicht der Dienstvorgesetzte des Datenschutzbeauftragten, sondern ich bin seine Dienstaufsicht. Ich habe auch nicht die Absicht, solange ich dieses Amt verwalte, Dienstvorgesetzter des Datenschutzbeauftragten zu sein, sondern ihn in voller Freiheit seine Entscheidungen treffen zu lassen und ihn als Minister des Innern bei dieser Arbeit durch die mir gegebene Möglichkeit zu unterstützen, damit er seinen Auftrag dem Gesetz entsprechend erfüllen kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsidentin Waschbüsch:

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Aussprache über den Bericht 1979 zum Umweltprogramm Saarland,

und zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Aussprache über Umweltpolitik.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lindner.

Abg. Lindner (SPD):

Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Fraktion zu Tagesordnungspunkt 7 zu vertreten. Dies schließt Tagesordnungspunkt 8 ein, der in der Einladung als „Aussprache über Umweltpolitik“ ausgedrückt und hier mit einem Beschlußantrag versehen wurde betreffend Umweltpolitik im Saarland. Ich kann nur soviel sagen, daß wir, nachdem der

(Abg. Lindner)

Beschlußantrag eine Zustimmung zu dem Bericht über die Umweltsituation im Saarland beinhaltet, diesem Beschlußantrag nicht zustimmen können. Es gibt auch noch eine Menge anderer Punkte, zu denen meine Kollegen Stellung nehmen werden.

Eine Meinungsumfrage ergab vor kurzem, daß in Zeiten weltweiter krisenhafter Ereignisse oder Entwicklungen – ich nenne das Stichwort: Afghanistan – die Auseinandersetzung um Umweltpolitik bei den Wählern in der Einstufung als „Luxusdiskussion“ schlecht wegkommt. Umweltprobleme, Umweltschutz und Umweltpolitik haben anscheinend nur dann ihren Stellenwert, wenn eigene Betroffenheit vorliegt, Umweltskandale und Umweltkatastrophen den Bürger oder, wie es seit dem letzten Wahlsonntag ist, die sogenannten „Grünen“ den Politiker aufscheuchen.

Wer seine täglichen Bemühungen den Belangen des Umweltschutzes widmet und um dessen Wertigkeit Tag für Tag kämpfen muß, bedauert diese pragmatische Einstellung zur Umweltpolitik, merkt aber dadurch, wie elementar wichtig es ist, das Bewußtsein für diesen politischen Bereich entsprechend zu schärfen – anscheinend eine Sisyphusarbeit. Dabei – viele wissen dies, aber die wenigsten befolgen diese Erkenntnis konsequent: unser aller Leben, vor allem aber das unserer Nachkommen wird durch unseren Umgang mit der Umwelt bestimmt und entschieden werden. Das Stichwort „Energiekrise“ hat das mit aller Deutlichkeit auch jenen klar gemacht, die ein Risiko der Vernunft vorziehen.

Die Gefährdung der natürlichen und sozialen Umwelt und damit die Beeinträchtigung der Lebensqualität in unserer Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Sauberes Wasser, saubere Luft, freie Landschaft mit der Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt sind stark beeinträchtigt und knapp geworden. Landschaftsverbrauch und steigende Umweltbelastung gefährden die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen ebenso wie den Bestand an Pflanzen und Tieren. Die Begrenztheit der Rohstoffe, die ökologische Belastung und die Sättigung von Märkten werden künftig quantitatives Wachstum nicht mehr in dem gewohnten Maße zulassen, ja gar nicht erlauben können. Die Politik und insbesondere die Wirtschaftspolitik muß darauf mit einer Neuorientierung ihrer Zielsetzungen und Instrumente reagieren.

Meine Damen und Herren, wenn ich diesen kurzen Rückblick bzw. Einstieg nahm, dann, um den Rahmen sozialdemokratischer Diskussions- und Begriffsauffassung bei der Auseinandersetzung um den Bericht zur Umweltsituation dieses Landes zu setzen. Ich zitiere: „Dem Landtag ist spätestens alle zwei Jahre ein Bericht vorzulegen, in welchem der Vollzug des Programms sowie notwendig gewordene Änderungen (z. B. die ständige Fortschreibung von Zielen und Methoden zur Verbesserung der Umweltsituation) unter Berücksichtigung des Finanzbedarfs im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung enthalten sind.“ Dies, meine Damen und Herren, ist der die „Berichterstattung“ betreffende Teil des 1976 von diesem Parlament einstimmig verabschiedeten Beschlusses, mit dem die Landesregierung zur unverzüglichen Erarbeitung eines Umweltprogramms verpflichtet wurde.

Ein sogenanntes Umweltprogramm wurde dann 1977 vorgelegt. Es war allerdings nur der seit 1972 übliche Umwelt-

bericht von 1976, der ganz einfach zum „Programm“ umbenannt wurde, obwohl genau aufgrund der Mängel dieses vorgelegten 76er Programms hier im Plenum der eben angeführte Beschluß zur Erstellung eines Programmes gefaßt wurde, ja notwendig war. Um diese von den Medien immer wieder gedeckte oder zumindest geduldete Farce noch einmal klarzumachen: Ein sogenannter Bericht 1976 zur Umweltsituation im Saarland wird durch Umbenennung, Fassung als Hochglanzbroschüre und Ergänzung oder Änderung weniger inhaltlicher Punkte im Jahr 1977 ganz einfach zu einem sogenannten Umweltprogramm gemäß Landtagsbeschluß hochstilisiert und als solches mit falschem Etikett – ich nenne es ein Schwindeletikett – verkauft: Umweltpolitik made in Saarland nach Art der CDU/FDP-Landesregierung.

(Beifall bei der SPD.)

In diesem Punkt war zu beachten: Die FDP war in der Koalition, und der Klumpp-Pragmatismus kam zum Tragen, der da lautet: Pläne und Programme sind gefährlich, da sie einen überprüfbar machen! Wir haben diese Meinung bereits vorhin wieder einmal über uns ergehen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn ich dieses leidige Problem des sogenannten Umweltprogramms anführe, dann aus zwei Gründen, Kollege Ganz: 1. um zum wievielten Male die Lüge vom vorhandenen dem Parlamentswillen nicht entsprechenden „Umweltprogramm Saarland“ anzuprangern; 2. um damit klarzumachen, wie der heute zu diskutierende „Umweltbericht“ unweigerlich an Geburtsfehlern eines nicht vorhandenen Programms leidet und leiden muß. Denn wo Ausgangspunkte, Bestandsaufnahmen, Analysen, Zielpunkte und Finanzierungsprogramme im sogenannten Programm fehlen, kann der Bericht diese Lücken nicht schließen. Im Gegenteil, die Leere wird greifbar und sichtbar.

Mit der Vorlage der Edelpapierbroschüre – das ist auch wieder bezeichnend für das Umsetzen von Umweltbewußtsein – „Bericht 1979 zum Umweltprogramm Saarland“ meint der Umweltminister, wie er in seinem Vorwort glauben machen will, dem eben zitierten Parlamentsauftrag gerecht zu werden. Und er hegt zudem noch die Hoffnung, daß „dieser Bericht dazu beitrage, das Bewußtsein der Bevölkerung für die Belange des Umweltschutzes zu stärken“. Eine trügerische Hoffnung, denn trotz Auflistung spezieller Forschungsaufträge sucht man vergeblich nach Ergebnissen dieser Untersuchungen, wenn es auch nur Zwischenresultate wären. Besonders aktuelle Fälle von Umweltproblemen, die eine breite Öffentlichkeit interessieren und beschäftigen, wie etwa zur Zeit die Problematik der Blei-Akku-Werke Saargemünd und Otzenhausen, die Altölverbrennungsanlage in Bildstock, Immissionen in Eiweiler, Talsperre Wadrill, Rosselverschmutzung, Carling oder gar die Bedrohung durch die Kernkraftzentrale Cattenom: diese Probleme wurden großzügig aus der Betrachtung ausgespart. Der Bericht ist also sozusagen ein „Nicht-Bericht“!

Auch die Forderung des Landtages, notwendig gewordene Änderungen des Umweltprogramms unter Berücksichtigung des Finanzbedarfs im Bericht mit einzubringen, wird nicht befolgt. Darüber hinaus ist das Berichtswerk politisch so in-

(Abg. Lindner)

haltsleer wie die in ihm enthaltenen Formulierungen. Bezeichnend für diesen Zustand und damit auch für die Umweltpolitik der Regierung erscheint mir eine Passage, in der der Umweltminister recht treuherzig versichert — ich zitiere —, „er verfolge diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit und unterstütze diese privatwirtschaftlichen Bemühungen zunächst beratend“. Ein sehr bezeichnendes Zitat und eine sehr bezeichnende Formulierung. Eindrucksvoller kann man aus meiner Sicht die jahrelange Passivität der Landesregierung nicht mehr ausdrücken und die ideologische Ausrichtung der Regierungsparteien darstellen.

Was das sogenannte Umweltprogramm 1977 noch hinter Hochglanz zu kaschieren versuchte, nämlich die Aufbereitung veralteter Zahlen, das Fehlen von Bestandsaufnahmen und Zielprognosen, fehlende Aufgaben- und Finanzplanung, wird in diesem Bericht als Mangel offenkundig. Welche Veränderungen kann denn ein Umweltbericht schon darstellen, wenn — wie soeben erwähnt — eine umfassende Bestandsaufnahme, Kollege Ganz, nie vorgenommen wurde und Ziele nie angegeben wurden, wesentliche Bestandteile eines Programmes, wie es jedenfalls von Fachleuten verstanden wird. Als Ausweg aus diesem Dilemma sah die Landesregierung dann die Flucht in Unverbindlichkeiten. Da werden Gesetzespassagen inhaltlich wiedergegeben, so zum Beispiel ein Extrakt des Saarländischen Natur- und Landschaftspflegegesetzes, da werden Absichten in den Raum gestellt wie etwa „die Leitgedanken des Landesplanungsgesetzes irgendwann einmal in einem Landesentwicklungsprogramm darzustellen“ oder „die Inanspruchnahme von Wald beim Bau von Stromtrassen so gering wie möglich zu halten“.

(Abg. Kopp (SPD): Siehe Pfälzer Wald!)

Was derartige Erklärungen aber wirklich wert sind, veranschaulicht als Beispiel recht eindrucksvoll die Haltung der Landesregierung — oder war es die Klumpp-Haltung? — zur Energie-trasse von dem Kohlekraftwerk Bexbach nach Daxlanden. Im Sinne einer „fortschrittlichen Energiepolitik“, so jedenfalls der Wirtschaftsminister, soll im Pfälzer Wald ohne Rücksicht auf ökonomische und ökologische Gesichtspunkte sozusagen eine Holzauktion veranstaltet werden, wobei der springende Punkt der ist, daß die Führung einer solchen Energietrasse nicht ohne Zustimmung bzw. nicht ohne Genehmigung der Landesregierung Rheinland-Pfalz möglich ist. Das jedoch hinderte Herrn Klumpp nicht daran, diese notwendige Gemeinschaft durch Alleingänge in Richtung Baden-Württemberg zu gefährden und eine „unabdingbare“, durch Rheinland-Pfalz führende separate Trasse zu proklamieren —

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

vielleicht die Trasse, Kollege Behles, die die politische „Südschiene“ einmal vorbereiten soll —, ohne sich mit der Landesregierung in Mainz abzustimmen, Kabinettskollege Behles. Dies jedenfalls hat eine Berichterstattung vor dem Umweltausschuß im Mainzer Landtag ergeben.

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

Diese Tatsache war aus den verständlichen und berechtigten Reaktionen jenseits der Landesgrenze aus Rheinland-Pfalz

bekannt, vor allen Dingen den Medien, ebenso wie die Tatsache, daß die Regierung des Saarlandes eine entsprechende parlamentarische Anfrage in diesem Punkte nicht ordnungsgemäß beantwortet. Daß solches öffentliches Wissen des Öffentlichen verschwiegen wird, ist für uns als Opposition Realität saarländischer Medienpolitik geworden.

Meine Damen und Herren, es ist zeitlich nicht möglich, alle Problempunkte des Berichtes anzusprechen. Mit Sicherheit gibt es auch eine Reihe von Punkten, die als ordnungsgemäß behandelt und als befriedigend geregelt abgehakt werden können. Schließlich ist es ja nicht so, als würden die Dienststellen des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen nicht arbeiten oder keine Erfolge oder Fortschritte vorweisen können. Ich denke insbesondere an die Bereiche der Landesplanung und die des Straßenbaues, wo, wie schon oft genug erwähnt, jedenfalls planerische Arbeit hervorragend geleistet wird. Ich sage dies an dieser Stelle, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als würde durch unsere Kritik an der politischen Arbeit der Landesregierung und hier insbesondere an der des Ressortministers gleichzeitig das fachliche Können und das persönliche Engagement der Mitarbeiter im Ministerium in Frage gestellt und angegriffen werden. Dies sage ich als Vorgriff zu dem beliebten, inzwischen aber abgewetzten Trick des Kollegen Schacht, mir beziehungsweise uns Sozialdemokraten eine Desavouierung der Bediensteten unterschieben zu wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Aufgabe der Opposition ist es, die Mängel der Regierungsarbeit aufzuzeigen und Kritik zu üben. Darum nun zu einigen der Kritikpunkte. Erstens. Es fehlen für uns Sozialdemokraten Aussagen der Landesregierung darüber, welche arbeitspolitischen Möglichkeiten bestehen, den Umweltschutz als eine humane Wachstumsindustrie einzusetzen, um zu versuchen, dadurch in die arbeitsmarktpolitischen Probleme des Saarlandes Entlastung zu bringen.

(Abg. Behles (CDU): Ach du lieber Gott!)

Lassen Sie den aus dem Spiel, Kollege Behles.

(Heiterkeit. — Abg. Silvanus (SPD): Der Behles glaubt doch an ihn!)

Wir haben zwei Punkte vorher in der Tagesordnung die Probleme erörtert. Wenn ich mir die Schwierigkeiten noch einmal vor Augen führe, ist die Passivität der Landesregierung in Sachen Umweltschutzindustrie als Arbeitsmarktpolitik jedenfalls, Kollege Behles, unverständlich. Wer die Chancen dieser Wachstumsbranche — Investitionshöhen von zur Zeit 22,5 Milliarden DM zum Beispiel zwischen 1978 und 1980, Schaffung von 145 000 Arbeitsplätzen —, wer wie unsere Landesregierung in diesem Zeitraum diese Chancen verschläft, gehört von der Last der Verantwortung befreit.

(Abg. Schmit (SPD): Sehr richtig!)

„Mit Aufmerksamkeit“ — ich zitiere noch einmal den Umweltminister — „zu beobachten und zunächst beratend zu unter-

(Abg. Lindner)

stützen“ ist zwar koalitionsideologisch erklärbar, aber gegenüber einer von übergroßer Arbeitslosigkeit geplagten und bedrohten saarländischen Bevölkerung nicht länger hinzunehmen.

Zweitens. Zum angeblichen Schwerpunkt künftiger Umweltpolitik wird nach den Bekundungen des Umweltministers in der Presse die Abwasserreinigung erklärt. Dem Stiefkind früherer Jahre soll nun mit Hilfe eines besonderen Programms für Kläranlagen, gespeist aus Einnahmen des Abwasserabgabengesetzes, die ihm gebührende Achtung zukommen. Herr Finanzminister, das geht vor allen Dingen Sie an. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Abwasserabgaben der Abwasserklärung wieder zugeführt werden. Die Landesregierung versucht unredlicherweise, diese Selbstverständlichkeit als sogenanntes Sonderprogramm des Landes zu verkaufen.

(Abg. Klimmt (SPD): Typisch! – Abg. Behles (CDU): Herr Lindner, Sie haben überhaupt keine Ahnung.)

Mit der längst überfälligen Aussage der Landesregierung, im Bundesrat für den umgehenden Vollzug des Abwasserabgabengesetzes zu stimmen, ist wenigstens die Richtung deutlich gewesen und deutlich geworden, die man zu gehen beabsichtigt, aber lange genug vernebelt hatte. Wenn man freilich dazu die Landesmaßnahmen genauer untersuchte – –

(Zuruf von der CDU.)

Sie, Herr Schacht, haben sich davor gedrückt zu sagen, wie Sie sich zu dieser Abstimmung verhalten werden, wohl über Monate hinaus. – Wenn man freilich die Landesmaßnahmen dazu genauer untersucht, bedarf es schon einer gehörigen Portion Optimismus, daran zu glauben, die Abwasserabgabe könne mit dem 1. Januar 1981 ordnungsgemäß erhoben werden. Nachdem seit Jahren von uns auf das Problem aufmerksam gemacht wurde, wies der Umweltminister im April 1979 dann endlich auf die nun notwendigen landesgesetzlichen Ausführungs- und Ergänzungsregelungen in Form einer Novelle des Wassergesetzes hin und kündigte dieses Gesetz noch für 1979 an. Inzwischen schreiben wir März 1980. Landesregierung und Koalitionspolitiker schätzen die Notwendigkeiten heute offensichtlich anders ein. Die Koalition hat sich darauf verständigt, die Novelle erst dem neuen Landtag vorzulegen, um sie dann einem parlamentarischen Schnelldurchgang zu unterwerfen. Kollege Ganz, durchpeitschen nennt man das, denn was wird angesichts der kurzen Zeit, die zur Verfügung steht, und der Fülle der Probleme noch übrig bleiben?

(Abg. Behles (CDU): Wenn Sie als Ausschußvorsitzender schneller wären!)

Durch den unnötigen Zeitdruck besteht nun die Gefahr eines Gebührenchaos im Abwasserbereich, da die ordnungsgemäße Fertigstellung der Abwasserbescheide in Frage gestellt sein muß.

(Zuruf des Abgeordneten Behles (CDU).)

Kollege Behles, wenn man schreit, besteht die Gefahr, daß man davon selber taub wird.

(Beifall bei der SPD. – Abg. Behles (CDU): Er kann kein Kompliment vertragen.)

Schätzungen in diesem Bereich sind nun erforderlich und auch bereits erfolgt. Die Korrekturen sind unausbleiblich. Die Veranlagungen der Gemeinden nach dem sogenannten Reinigungsgrad, Herr Umweltminister, werfen hier bereits die ersten Probleme auf. Die bisherigen Versäumnisse der Landesregierung beim Ausbau von Kläranlagen werden die Bürger nun über höhere Baupreise und wegen der Erhebung der Abwasserabgabe durch höhere Gebühren bezahlen müssen.

Neben dem Gebührendurcheinander droht also nun auch noch eine kräftige Erhöhung der Abwassergebühren. Kein Wort aber von den Möglichkeiten insgesamt, wie die Abwicklung des Abwasserbeseitigungsprogramms beschleunigt werden könnte, so beispielsweise durch Baualternativen wie Kompaktbauweise oder die Anlage von natürlichen Kläranlagen, wobei letztere Bauart als Alternative und natürliche Bauweise vor allem bezüglich Investitions- und Betriebskosten zirka – so jedenfalls die Erfahrung – 50 Prozent Ersparnis bringen soll. Bemerkenswert auch hier auf einmal die Zusage der Landesregierung, die Beseitigungsplanung würde fortgeschrieben. Bis dahin hat man jedenfalls ein solches Ansinnen weit und entrüstet von sich gewiesen.

Drittens. Wasserhaushalte, Gewässerschutz. Im Hinblick auf die Regierungserklärung ist zur Sicherung des Trinkwassers und seiner Qualität die Frage nach der Quellschutzverordnung zu stellen. Da fehlen Vorschläge zur besseren Verwendung des Grundwassers, beispielsweise das Kühlwasser nicht als Gebrauchswasser verschwenden. Es wird auch vermißt das Eingehen auf das Defizit beim Schutz vor Verunreinigungen des Grundwassers. Ich nenne hier das Stichwort Oberlinxweiler. Letztlich fehlt auch hier der Vollzug bzw. die Beschleunigung der Abwicklung des Planes zur Abwasserreinigung. Genau das war übrigens einer der Mängel am vorgelegten Bericht des Abwasserverbandes Saar.

Viertens. Die Ausführungen zur Abfallbeseitigung sind geradezu entlarvend, und zwar in zweierlei Hinsicht. Erstens. Seit der Erstellung der Ende November dem Ausschuß vorgelegten „umweltfreundlichen“ Fassung des Berichtes war es der Landesregierung offensichtlich nicht möglich, die im Dezember beschlossene Novelle des Saarländischen Ausführungsgesetzes in den Propagandabericht einzuarbeiten. Hier werden immer noch die Landkreise als Träger der Abfallbeseitigung angegeben, und die ganzen sich darauf berufenden Ausführungen sind somit Makulatur – eine peinliche Darbietung der Landesregierung zu Lasten der Steuerzahler.

Zum zweiten entlarvend darin: Als es darum ging, die Grundlagen eines Abfallwirtschaftsprogramms, die ständige Fortschreibung der Beseitigungsplanung und die Wiederverwertung von Abfall als Verpflichtung in das Saarländische Ausführungsgesetz zur Abfallbeseitigung aufzunehmen, betätigte sich die Regierungskoalition als umweltpolitischer Bremser vom Dienst. Dementsprechend hohl und erschütternd nackt klingt auch das, was der Bericht zum Recycling zu sagen hat: Zitat: „Alle Bestrebungen werden unterstützt,“ und als absolute Krönung weiß der Minister über seine Aktivitäten beim Altglasrecycling zu berichten, daß er über die Sammelaktionen einer

(Abg. Lindner)

Privatfirma informiert war und — ich zitiere — „im Wege befürwortender Pressemitteilung an dieser Aktion Anteil genommen hat“. Diese „beispielhafte“ Umweltpolitik bedarf keines Kommentars; solche Passagen legen ein selbstberedtes Zeugnis der Politik der Regierungskoalition ab.

Zum Thema Abfall wäre außer dem sattsam bekannten und immer noch nicht beendeten Problem „Gebührenchaos“ einiges zu sagen, was den Vollzug sich selbst vorgegebener Zielpunkte betrifft. So das Stichwort „Kompostierungsanlage Saarweilingen“, eine der vielen nicht gehaltenen Zusagen unseres Versprechungs- und Ankündigungsministers.

(Beifall bei der SPD.)

In der Sache Altautosammel- und Verwertungsanlagen ergibt die Anführung einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Anfang 1979 im Jahre 1980 offensichtlich nach wie vor einen unbefriedigenden Sachstand; die Überlegung, Shredderschrott durch eine eigene Anlage den saarländischen Hüttenbetrieben zuzuführen als preiswerte Form der Verwertung und des Recyclings, kommt der passiven Landesregierung auch nicht in den Sinn. Ebenso wenig wird die Verpflichtung zu der Anlage einer Monodeponie „Altreifen“ erfüllt, es könnte ja der peinliche Effekt erzielt werden, Platz auf den Zentraldeponien und damit Kosten zu sparen oder mit einer Rohstoff-Deponie eine wirtschaftliche Wiederverwendungsmöglichkeit zu schaffen.

Kein Wort zur Frage der Bauschutt- und Erdmassendeponie, die den Bürgern Millionen an normalen Deponiekosten bzw. Gebühren ersparen würde. Verzeihung, ich vergaß, daß für den Bericht die Abfallnovelle ja noch gar nicht existiert! Fragen des Sondermülls werden erst gar nicht angesprochen, diese Probleme haben nicht zu sein, also gibt es sie nicht! Damit wird erst gar nicht überlegt, ob beispielsweise Altöl — anstatt es sinnlos, unter Hervorrufung von Emissionen, zu verbrennen — eventuell einer Aufbereitung zuzuführen wäre, sowie überhaupt „beobachtet“ wird, ob Altölsammelstellen von den Kommunen betrieben werden oder nicht. Nur ja nicht per Landesregierung aktiv werden; das Öl muß dahin zurück, wo es herkommt: in die Erde, schlimmstenfalls ins Wasser!

Wiederverwertung von Altglas, Altpapier, Altreifen, Altöl, Schrott, um nur einige der Möglichkeiten zu nennen, ist zwar ein von der Landesregierung aus der „Beobachtungsperspektive“ angesprochenes Problem, jedoch muß das sich auf freiwilliger, marktwirtschaftlicher Entwicklung regeln, komme was da wolle. Die Marktwirtschaft verbraucht halt übermäßig, soll sie doch sehen, wie sie damit fertig wird — basta! So leicht macht es sich in diesem Bereich der Umweltpolitik die CDU/FDP-Koalition im Saarland. Genauso leicht wie mit dem umweltrelevanten Problem Energie bzw. Energieeinsparung. Die Nutzung von Abwärme z. B. als echtes Recyclieren von verlorener Energie scheint der Landesregierung fremd zu sein. Vermißt habe ich die Erwähnung der IHK-Abfallbörse, die immerhin einiges in Richtung Recycling in Gang bringt.

Fünftens. Aussagen zu Lärmschutzmaßnahmen oder Programmen des Landes fehlen ganz, hier verläßt sich die Landesregierung mal wieder voll auf den großen Bruder in Bonn,

dessen Federn sie sich dann allerdings an den Hut stecken möchte. Auf den relevantesten, weil belastendsten Teil des Emissionskatasters warten wir im Saarland immer noch, trotz mehrfacher Versprechungen unseres dafür zuständigen Ministers.

(Beifall bei der SPD.)

Da andere Länder diesen Teil längst erstellt haben, gilt hier keine Ausrede mit finanztechnischer oder verwaltungstechnischer Begründung. Das Stichwort „fehlendes Wirkungskataster“ tut weh — ich weiß. Wer jedoch immer nur in willkürlich festgelegten Belastungsräumen und immer nur SO₂ und Staubbiederschlag mißt, der bleibt halt hinter neuen Erkenntnissen zurück.

(Beifall bei der SPD.)

Wie in anderen Ländern müssen wir Mehrbereichsmessungen durchführen, auch und gerade außerhalb der verordneten Belastungsräume. Das Umweltgütemodell der Stadt Saarbrücken ist hier mal wieder beispielgebend und bietet die Instrumente Wirkungskataster, Luftimmissionen, Lärmkataster und klimatische Untersuchungen. Letztere gaben dem Umweltminister Gelegenheit, sich bei Immissionsaussagen zu Carling mit fremden, nämlich Saarbrücker Federn zu schmücken — rote Federn am schwarzen Hut!

Sechstens. Wiederum fremde Federn an seinen Hut steckte sich der Umweltminister im Bereich Natur- und Landschaftsschutz durch die Veröffentlichung eines „Atlas der Botanik“. Eine umfangreiche und langwierige Arbeit dreier Naturschützer unseres Landes versah der Umweltminister mit dem Saarlandwappen und gab ihm zusammen mit seinem Bild und Vorwort den Anschein eines guten ministeriellen Arbeitsergebnisses. Ansonsten tut sich in Natur- und Landschaftsschutz seit dem neuen Gesetz vom 1.4.1979 nicht viel im Sinne des Gesetzes. Da keine Grundlagen und Bestandsaufnahmen ökologischer Art des Landes vorliegen, um den Gemeinden Vorgaben für ihre Landschaftsplanungen zu machen, würde das bedeuten, Planung ohne Anhalt!

Der Anhalt wären Landschaftsprogramm und Landschaftsrahmenpläne des Landes; doch hier kommt nichts von der Landesregierung. Kann auch nicht, denn es gibt keine ökologischen Bestandsaufnahmen. Der Sinn unseres Gesetzes wird umgekehrt, es findet wieder konservierender, sprich defensiver, Naturschutz statt. Es sei denn, die Gemeinde leistet die Aufgaben des Landes, so wie Saarbrücken und Neunkirchen z. B. für einige hunderttausend D-Mark. Wieder leistet Saarbrücken über seine Aufgabenstellung hinaus Arbeit der Landesregierung.

Siebtens. Grenzüberschreitende Umweltpolitik ist ein für das Saarland immer wichtiger werdender Teil des politischen Alltages geworden, vor allem gilt dies für die umweltrelevanten Aktivitäten unseres französischen Nachbarlandes. Für all die Aktivitäten der von der Landesregierung bisher hochgelobten Kommissionen und deren Ergebnisse kann man das Berichtsfazit der Landesregierung anführen: „Die Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Frankreich hat sich gegenüber Situationen

(Abg. Lindner)

vor zwei Jahren nicht geändert"! Das Beispiel Cattenom zeigt das Hinterherlaufen hinter Entwicklungen, die mit Sicherheit absehbar waren, genauso wie die Uninformiertheit im Falle Saargemünd, wo erst Bürgerinitiativen den Umweltminister wachrütteln mußten — trotz der Kommissionen! Die wirklich sattem bekannten Probleme „Rosselverschmutzung“ und „Carling“ zeigen einerseits, wie schwierig solche über die Grenzen kommenden Umweltbeeinträchtigungen auf Grund der jeweiligen nationalen Interessen der Nachbarn zu lösen sind. Andererseits wird klar, um wieviele ernsthafter Kontakte durch die Landesregierung herzustellen und Hinweise jeder Art sorgfältig zu beachten sind. Beispiele dafür sind wiederum Saargemünd und Cattenom.

Wenn sich für das Akku-Werk Saargemünd zur Zeit eine relativ gute Lösung anzubahnen scheint, dann deswegen, weil wir im Falle Otzenhausen qua Saarland optimale Grenzwerte für Bleiemission zur Auflage machen und damit für Frankreich ein entsprechendes Beispiel geben konnten. Daß diese Auflagen in Otzenhausen so gemacht werden konnten, ist mit ein Erfolg der dortigen Bürgerinitiative, und daß Saargemünd von der Auflage her eine für uns positive Entwicklung zu nehmen scheint, ist ebenfalls mit ein Erfolg der Bürgerinitiativen und des Drucks der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD. — Präsident Schnur übernimmt den Vorsitz.)

Gerade deswegen ein Wort zu den öffentlichen Ausführungen des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen über Vertreter dieser Initiativen: Für uns zeugten die Ausführungen des Ministers dort von schlechtem Stil, wo sie das öffentliche Engagement des Pfarrers Heipp verunglimpften, indem der Minister versuchte, diesem Mann den Mantel eines unchristlichen Gebarens umzuhängen. Selbst wenn eine Kritik an dem Vorgehen des Pfarrers berechtigt sein sollte, der Versuch des Ministers, ihn zu demütigen, war keinesfalls der Stil eines guten Christen!

(Beifall bei der SPD.)

Und das ist meine Frage: Welche moralische oder sonstige Legitimation hat den Minister zu solchen Mitteln greifen lassen? Was Cattenom betrifft, hierzu wurde in der Vergangenheit von meiner Fraktion einiges in aller Deutlichkeit gesagt. Meine Kollegen werden dies an dieser Stelle noch einmal tun.

(Zuruf des Abgeordneten Ganz (CDU).)

Ich mache deswegen nur noch eine Bemerkung, und zwar in Ihre Richtung, Kollege Ganz. Meine Damen und Herren, wer wie Sie als Koalitionsfraktion die Atomkraft bejaht und im eigenen Land eine Option für solche Kraftwerke offenhält, kann nicht das Recht haben, vom Nachbarn zu verlangen, seine Bauabsichten in punkto Kernkraftwerke einzuschränken oder gar aufzugeben; solches Verhalten ist unredlich und dient sicherlich nicht dem nachbarschaftlichen Verhältnis.

(Beifall. — Abg. Ganz (CDU): Dummes Gerede!)

Aber auch zum Bundesnachbarland hin gibt es grenzüberschreitende Probleme; das Beispiel Bexbach-Daxlanden zeigt dies. Ich habe mich schon dazu geäußert, deswegen nur noch soviel. Hier kann es ebenfalls nicht angehen, daß man im eigenen Lande aus wahltaktischen Gründen auf „umweltschonende“ Trassen macht — der Wirtschaftsminister Klumpp tat dies beispielsweise in St. Ingbert — und das Nachbarland Rheinland-Pfalz, wie geschehen, mit einer Klumpp-Auktion überfährt. — Übrigens gibt es zur Lösung von grenzüberschreitenden Umweltproblemen ein ganz einfaches Rezept — eine Patentlösung à la Hügel: „Die sollen doch ihr Akkuwerk gefälligst ins Landesinnere verlegen und schauen, wie sie mit ihrem Dreck zurecht kommen.“ Originalton Hügel in Habkirchen — kein Kommentar.

(Abg. Hügel (FDP): Was haben Sie daran auszusetzen?)

Die Frage war: Was haben Sie daran auszusetzen? — Ich freue mich, daß diese Frage ins Protokoll und auch in die Öffentlichkeit kommt, Herr Kollege Hügel.

Nun einige Sätze zu dem, was die Förderung des Umweltbewußtseins bzw. die Erziehung zum Umweltbewußtsein betrifft, wobei klar ist, daß nur breit gestreute Ansätze in allen Lebensbereichen zum Erfolg führen können. Wichtig ist die Umwelterziehung im schulischen Bereich, und ich denke hier: einschließlich der Fachhochschulen und Universitäten. Dies ist die wichtigste Zielmaßnahme. Eine Antwort zur Anfrage der Abgeordneten Granz, Springer und Lindner zum Umwelterziehungsunterricht brachte das Kultusministerium ganz schön durcheinander und führte zu Antworten, die ganz einfach unwahr sind und im übrigen den oft praktizierten Stil von Antworten auf parlamentarische Anfragen der Opposition wiedergeben.

(Beifall bei der SPD.)

So wird zum Beispiel gesagt, es gäbe Endergebnisse einer 1974 eingesetzten Kommission für Fragen der Umwelterziehung in den Schulen. Teilnehmer dieser Kommission erinnern sich, daß diese Sache ohne Ergebnisse ganz einfach eingeschlafen ist. Das ist doch wirklich ein elementarer Widerspruch. Die Bildung von Unterkommissionen wurde vom Minister verneint, obwohl es sie gab und obwohl gerade ihre Arbeiten zu Teilergebnissen führten. Um sich kein Bild machen zu können bzw. um nicht fragen zu können, wurden weder der Name des ehemaligen Kommissionsvorsitzenden bekanntgegeben, noch die Sitzungshäufigkeit und ihre Daten genannt. Ich finde, das ist eine alberne Verdummungstaktik, allerdings mit System.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn ich gerade von Bewußtseinsbildung spreche, darf der von der Landesregierung vernachlässigte Bereich der Verbraucheraufklärung und der Ausstellung nicht vergessen werden. Bewußtseinsbildung heißt übrigens auch, als Landesregierung in eigenen Angelegenheiten positiv voranzugehen und nicht, wie zum Beispiel,

(Zuruf)

(Abg. Lindner)

Herr Kollege Schacht, im Falle von Verbrennungsmaßnahmen auf Landesbaustellen, riesige Verbrennungsaktionen mit Altreifen als Brandträger nicht nur zuzulassen, sondern offensichtlich auch ungeahndet zu lassen. Gleiches gilt gerade für den Staatsforst. Unser Superminister ist weg. Bei Rodungsarbeiten werden zur Verbrennung des frischen Holzes mit Vorliebe Altreifen als Brandträger verwandt, und damit wird eindeutig gegen rechtliche Vorschriften verstoßen. Ich möchte gern mal wissen, was der zuständige Ressortminister dazu sagt.

(Zuruf: Nichts.)

Private und kommunale vorbildliche Beispiele von Umweltpreisen, von Umweltmuseen und eines Lärmtelefons zeigen, wo die Landesregierung in Sachen Bewußtseinsbildung versagt hat und durch solche Initiativen beschämt wird.

Meine Damen und Herren, es wären von mir mit Sicherheit noch einige Punkte anzusprechen. Ich möchte aber das Fazit des saarländischen Umweltberichtes 1979 aus sozialdemokratischer Sicht nochmals in Stichworten ziehen. Erstens. Der Bericht weist die gleichen Mängel wie das sogenannte Programm auf und kann daher nicht ausreichen, um die Umweltpolitik des Saarlandes den Erfordernissen entsprechend auszurichten. Es fehlen die umfassende Bestandsaufnahme, Analysen, Zielwerte sowie eine mittel- und langfristige Umsetzungsmöglichkeit, besonders durch Finanzierungspläne. Der Umweltbericht entspricht somit genausowenig dem einstimmigen Parlamentsbeschluß wie das sogenannte Umweltprogramm.

Zweitens. Insbesondere bedürfen die nachstehend genannten Teilbereiche einer größeren Beachtung bezüglich der ordnungsgemäßen Erledigung ihrer umweltpolitischen Aufgaben: Einsatz der Umweltschutzindustrie in der Arbeitsmarktpolitik, Wasser und Abwasser, Luft und Lärm, Natur- und Landschaftsschutz, Abfallbeseitigung, Abfallwirtschaft, Sondermüll, Recycling, grenzüberschreitende Maßnahmen, Umweltbewußtsein, Umweltkatastrophenpläne, Einhaltung der Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Drittens. Es kann und soll nicht gesagt werden, daß die saarländische Umweltpolitik in den letzten Jahren auf der Stelle getreten hat. Es ist das Bemühen vieler guter Fachleute des Umweltministeriums zu spüren, die Umweltprobleme in den Griff zu bekommen und neue Wege zu finden. Daß dies nicht immer gelingt, ist zum Teil schon in der falschen Personalpolitik des Ministers begründet. Vor allem fehlen aber die politischen Vorgaben, und wenn zudem überwiegend defensiv reagiert und regiert wird, wird es gerade in der Umweltpolitik des Landes kein entscheidendes Vorwärtkommen geben.

So wie die gesamte Politik des Saarlandes durch die Ideologien der Koalitionsfraktionen gebremst wird, zeigt sich dieses politische Hindernis besonders in der Umweltpolitik als Hemmnis. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele. Die Umweltentscheidungen der Koalitionsfraktionen bei der Novelle zur Abfallbeseitigung sowie vor allem bei der Ablehnung der von uns eingebrachten „begrenzten Verbandsklage“ haben im übrigen dazu

beigetragen, Klarheit über die Glaubwürdigkeit von CDU und FDP in Sachen Umweltschutz zu erhalten.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf: Sehr richtig!)

Ich erinnere dabei nur an die unselige Aussage des Rechtspflegeministers: „Durch die von den Sozialdemokraten gewünschte Verbandsklage besteht die Gefahr, daß die im Naturschutz tätigen Vereine zu Kampfverbänden umfunktioniert werden.“ — Ohne Kommentar, außer dem einen: Ich habe Minister Schacht als Umweltminister, der sich immer der guten Kontakte und Verbindungen zu den Umweltverbänden rühmt, zu dieser Aussage — wie überhaupt zu dem Thema der Verbandsklage, die er vorher immer so positiv dargestellt hat — vermißt. Meine Damen und Herren —

(Minister Schacht: Das ist eine Lüge, Herr Kollege. Sie haben doch nie — Glocke des Präsidenten.)

Dann fragen Sie die Verbände, bevor Sie mich ungerügt der Lüge bezichtigen. Meine Damen und Herren, in der Umweltpolitik für das Saarland gibt es noch viel zu tun. Nach dem 27. April packen wir Sozialdemokraten es an!

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mann.

Abg. Mann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Luft und Wasser kennen keine nationalen Grenzen. Unbeeindruckt von Schlagbäumen und Grenzmarkierungen transportieren sie nationalen Schmutz und nationale Schadstoffe in die Nachbarländer. Als Anlieger des Warndts kann ich Ihnen davon ein Liedchen singen. Ich weiß nicht, warum Sie das bezweifeln, Herr Kollege Schmit.

(Abg. Schmit (SPD): Das bezweifle ich nicht, ich wundere mich nur über Ihren Sprachgebrauch. — Lachen.)

Daran werden Sie sich in den nächsten fünf Jahren noch gewöhnen müssen.

(Heiterkeit.)

Ich hoffe dabei, daß wir uns hier wieder begegnen, Herr Kollege.

(Zuruf von der SPD: Als Besuchergruppe. — Glocke des Präsidenten.)

Die Bundesrepublik importiert Abgase aus französischen Autos, Gift aus englischen Chemikalien, Lärm aus holländischen Baumaschinen, Müll von italienischen Weinflaschen.

(Abg. Mann)

Doch nicht der Warenaustausch stellt das Problem dar. Angrenzend an das Saarland sind auf französischem Boden umweltbeeinträchtigende Unternehmen in Betrieb oder geplant. Immissionen aus Carling führen zu starken Schäden am Warndtwald, der nur noch den Charakter eines Erholungswaldes haben kann. Der Kohleabbau von französischer Seite unter dem Warndt läßt den Grundwasserspiegel sinken, führt dazu, daß Notbrunnen versiegen, und verursacht neben Schäden durch Grubenrisse im Wald auch erhebliche Schäden an vom Kohleabbau betroffenen Orten und Gebäuden.

Das Rosselproblem, inzwischen bundesweit bekannt, ist immer noch ungelöst. Die Chemiefracht dieses Flusses ist nicht zurückgegangen. Sie vermindert die Wasserqualität der Saar ab dem Einmündungsbereich erheblich und schädigt selbst Mosel und Rhein. Alle Versicherungen von französischer Seite sind im Grunde das geblieben, was sie waren, nämlich Versprechungen ohne Verpflichtung. Zwar kommt das Rosselproblem bei der zuständigen Internationalen Kommission zum Schutz von Mosel und Saar immer wieder zur Sprache; auch gibt es Teilerfolge. So ist die Schlammfracht der Rossel erheblich zurückgegangen, doch hat sich hier seit zwanzig Jahren im Grunde nichts geändert. Die Rossel stinkt nach wie vor!

In Carling ist ein weiterer Ausbau der industriellen Kapazitäten vorgesehen. In Saargemünd ist der Bau eines Batteriewerkes mit Blei-Emissionen sicher. In Cattenom entsteht der größte Atommeiler Europas. Alles in Grenznähe und alles deshalb so gefährlich, weil durch die vorherrschenden Westwinde gerade saarländisches Gebiet starken Umweltbeeinträchtigungen ausgesetzt ist.

Die Einwirkungen auf die Planungen der französischen Seite sind gering. Hier ist nationales Recht maßgebend. Gleichfalls läßt das Bundesimmissionsschutzgesetz eine Beteiligung Betroffener aus anderen Staaten nicht zu. Möglichkeiten, die es vielleicht gibt, sind juristisch unsicher und lassen lange, zeitraubende und daher unzweckmäßige juristische Auseinandersetzungen erwarten. Je enger die Nachbarschaft und je intensiver der Warenaustausch, um so weniger kann eine auf sich gestellte nationale Umweltpolitik ausrichten. Dabei ist nationale Umweltpolitik nicht überflüssig, sondern ein wesentlicher Bestandteil, der durch eine europäische Umweltpolitik sinnvoll zu ergänzen ist. Bei der Regelung von Fragen mit grenzüberschreitenden Dimensionen sollten neue europäische Verfahrensweisen Vorrang vor nationalen haben. Noch aber ist es nicht soweit. Es ist nötig, daß hier ein Signal gesetzt wird, ein Anfang gemacht wird.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion begrüßt ganz nachdrücklich den Vorstoß der Landesregierung, ab dem 1. Januar 1980 Vorhaben in Grenznähe, die nach § 4 des Bundesimmissionsschutzgesetzes genehmigungsbedürftig sind und gemäß den Grundsätzen des Genehmigungsverfahrens in örtlichen Tageszeitungen im Inland bekannt gemacht werden müssen, auch in französischen bzw. luxemburgischen Tageszeitungen bekanntzugeben. Damit wird den im Ausland ansässigen Betroffenen die Möglichkeit geboten, bei der jeweiligen saarländischen Genehmigungsbehörde schriftliche Bedenken gegen die geplanten Vorhaben einzubringen, die alsdann unter sachlichen Gesichtspunkten geprüft und behandelt werden.

Ich wünschte mir, dies Beispiel würde bei unseren französischen Nachbarn auch Schule machen.

Meine Damen und Herren, dies ist der richtige Weg. Er hat auch schon ein positives Echo auf französischer Seite gefunden. Denn es wurde bekannt, daß man dort bereit ist, Einwendungen deutscher Gemeinden gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes so zu behandeln, als ob französische Betroffene Einwendungen erheben. Die Problematik bei dem Bau umweltbeeinträchtigender Anlagen in Grenznähe besteht ja darin, daß durch die jeweiligen innerstaatlichen Gesetze der Kreis der Betroffenen um so kleiner wird, je näher solche Anlagen an der Grenze errichtet werden, da eben die Betroffenen fremder Staaten eine Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen nicht haben. Die hier eingreifenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Verwaltungs- und Verfahrensrechtes sind auf das Staatsgebiet begrenzt. So verstehe ich auch die von Herrn Lindner zitierten Ausführungen meines Kollegen Hügel.

Ich glaube daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir alle die Landesregierung unterstützen werden, wenn es darum geht, im Bundesrat initiativ zu werden, um zu erreichen, daß ausländischen Betroffenen ein gleiches Recht auf Zugang zu immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zusteht wie Betroffenen des eigenen Landes. Ich gehe davon aus, daß gute Beispiele schlechte Sitten verderben, und hoffe, daß Regelungen solcher Art sich im europäischen Raum allseits durchsetzen. Dies hätte dann auch eine abgestimmte Standortplanung im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzbereich zur Folge.

Meine Damen und Herren, durch gezielte Maßnahmen konnte erreicht werden, daß die Umweltbelastung in unserem Land verringert wurde. Dies ist maßgeblich etwa auf das Benzingleisgesetz oder das Bundesimmissionsschutzgesetz und die Technischen Anleitung Luft zurückzuführen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Bereich Völklingen. Hier entsteht für alle sichtbar ein modernes Blasstahlwerk, das die alten Anlagen ablöst. Auch haben die Arbeiten an einem Modellkraftwerk begonnen. Diese Anlagen werden bei größerer Kapazität einen geringeren Verschmutzungsgrad aufweisen. Dies kann durch die Anwendung moderner Technik und natürlich unter dem Druck der bestehenden Gesetze erreicht werden.

Wir wissen alle, daß im Zuge der weltweiten Energieverknappung die Kohle erheblich an Attraktivität gewonnen hat. Dabei liegt die Zukunft der Kohle nicht im Verheizen, sondern im Veredeln. Vergasung oder Verflüssigung der Kohle wird kommen, und wir werden solche Anlagen auch in unserem Lande haben; denn die in Ensdorf geförderte Kohle eignet sich ganz besonders für solche Zwecke. Dabei muß man wissen, daß Anlagen dieser Art umweltbeeinträchtigende Wirkungen haben, die unvermeidbar sind. Es ist deshalb völlig in Ordnung, wenn die Landesregierung mögliche Standorte solcher Anlagen zunächst unter Umweltgesichtspunkten prüft, den die später auftretenden Umweltbelastungen sollen für die Bevölkerung so gering wie möglich gehalten werden. Die Standortwahl muß dies berücksichtigen und muß auch sicherstellen können, daß die Emissionen dieser Anlagen von der Umwelt verkraftet werden können.

(Abg. Mann)

Meine Damen und Herren, daß die Kohle wieder Zukunft hat und daß im saarländischen Bergbau sichere Arbeitsplätze geschaffen werden, habe ich vorhin kurz angedeutet. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß die Beeinträchtigung der Bevölkerung durch den Kohleabbau dort erheblich ist, wo unter bebauter Ortslage abgebaut wird. Hier im Vorfeld Schäden zu verhindern oder zu mindern, ist auch ein Stück Umweltschutz. Entschädigungen nach dem Berggesetz können den betroffenen Bürgern niemals die Angst und die Aufregung, die Bergschäden verursachen, ausgleichen. Wenigstens die langfristigen Bauleitplanungen sollten sich am Bergbau orientieren. Es ist unverantwortlich, ein Gebiet als Baugebiet auszuweisen, das in überschaubarer Zeit zum Bergschadensgebiet werden wird. Hier sollte eine stärkere Koppelung zwischen Planung und Bergbehörden erfolgen. Dies gilt auch, wenn es darum geht, in gefährdeten Gebieten vorbeugende Maßnahmen zu treffen, z. B. Bergsicherheitsmaßnahmen bei Neubauten. Es sollte Aufgabe aller Politiker in ihrem Bereich sein, sich um die Sorgen und Nöte der geschädigten Menschen oder der vom Schaden bedrohten Menschen zu kümmern.

Meine Damen und Herren, im Umweltbericht vermisste ich eine klärende Stellungnahme zur Kompostierungsanlage Saarwellingen. Hier ist inzwischen schon viel Zeit vergangen, und ich meine, eine Entscheidung ist lange überfällig. Daß eine solche Anlage ganz im Sinne der Wiederaufbereitung ist, sei noch einmal in Erinnerung gerufen.

Über die Abfallbeseitigung möchte ich weiter nichts sagen. Wir haben hier, und das wissen Sie alle, die Gemeinden wieder eingebunden und zu Trägern des Abfallbeseitigungsverbandes Saar gemacht. Diese Lösung hat sich nun zu bewähren. Ich hoffe, daß der Abfallbeseitigungsverband Saar von sich aus den Bürgern, die erst jetzt Bescheide über zum Teil jahrelang anstehende Gebühren erhalten, ein großzügiges Ratenangebot macht, was auch z. T. inzwischen geschehen ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, daß ich für die Zukunft von der Landesregierung verstärkte Anstrengungen im Bereich der Abfallbeseitigung für erforderlich halte.

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Das glaube ich nicht, Herr Lindner. Im anderen Falle würde ich es von Ihnen erhoffen. Ich habe nur gesagt „die Landesregierung“, habe also nicht gesagt, welche. Wenn Sie sie dann stellen sollten – was ich nicht glaube –, würde ich es von Ihnen genauso erhoffen.

Da der Bund das Rhein-Bodensee-Programm aufstocken will, dürfte sich beispielsweise für Fragen der Errichtung von Kläranlagen hier ein Anreiz ergeben. Ich möchte betonen, daß bei all meinen Bemühungen in Bundesrichtung um die Reinhaltung der Rassel mir immer wieder dargelegt wurde, daß wir Saarländer endlich auch einmal selbst dafür sorgen sollten, daß unsere Gewässer rein sind.

(Zuruf.)

Das hat mein Kollege Baum mir schriftlich mitgeteilt. – Der Bau von Talsperren, wie ihn die Landesregierung betreibt,

wird von meiner Fraktion unterstützt und begrüßt. Dadurch wird viel getan, um eine Versorgung mit Brauch-, aber auch mit Trinkwasser zu gewährleisten. Wenn man berücksichtigt, daß die Grundwasservorkommen durch den Kohlebergbau zwangsläufig abnehmen werden, ist dies eine richtige Alternative.

Ich möchte damit zum Ende kommen und alle Kollegen auffordern, das Problem des Umweltschutzes verstärkt aufzugreifen und es nicht den Grünen zu überlassen. Die FDP wird dies jedenfalls wie in der Vergangenheit auch künftig verstärkt tun. Ich darf Sie bitten, dem gemeinsamen Antrag von FDP und CDU zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Schacht.

Minister Schacht:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur in unserem Land, sondern in ganz Mitteleuropa – man kann sagen, in weiten Teilen der übrigen Welt – beobachten wir zu Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die wachsende Sorge der Menschen über die Ungewißheit der persönlichen und unserer gemeinsamen Zukunft.

Nun ist es zwar richtig, meine Damen und Herren, daß man eigentlich zu allen Zeiten mit einer gewissen Besorgnis in die Zukunft geblickt und von einer mehr oder weniger goldenen Vergangenheit geschwärmt hat. Und es ist sicherlich auch richtig, daß man zu allen Zeiten „die Jugend von heute“ mit Verwunderung, zum Teil mit Entrüstung und manchmal auch mit Entsetzen betrachtet hat.

Nichts Neues also, könnte man sagen und gelassen zur Tagesordnung übergehen, wenn auch heute wieder danach gefragt wird, wie das alles weitergehen, wo das alles enden soll. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten trotz aller Hektik, die uns umgibt und die uns vorwärts treibt, nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, wenn solche Fragen, solche Zweifel heute – und gerade von jungen Leuten – geäußert werden.

Niemand von uns hat überhören können, daß die achtziger Jahre mit weltpolitischen Paukenschlägen begonnen haben und daß die Großmächte dieser Erde eine härtere Sprache miteinander sprechen. Schon kommt der Gedanke auf, daß unsere Sorgen und Nöte des vergangenen und des vorvergangenen Jahrzehnts wohl doch erträglicher waren, als wir damals dachten, und daß wir vielleicht schon bald von den glücklichen sechzigern und vielleicht auch von den reichen siebziger Jahren sprechen werden.

So sehr dies aber dem Ablauf gleichen mag, den die Menschheit in vielen Jahrhunderten schon erlebt hat, man sollte im

(Minister Schacht)

Jahre 1980 die Sorgen unserer Zukunft nicht leichtfertig als den Zweckpessimismus von notorischen Schwarzsehern abtun. Die Besonderheit, das, was es in anderen Jahrhunderten und für andere Generationen nicht gegeben hat, besteht für uns heutige darin, daß wir erstmals seit Menschengedenken den Planeten, auf dem wir leben, als unsicher, als gefährdet erleben.

So schrecklich, meine Damen und Herren, und grauenhaft für den einzelnen die großen Kriege, Seuchen und Naturkatastrophen auch gewesen sein mögen – denken wir an den Dreißigjährigen Krieg, an die Pest in Europa, an das Erdbeben von Lissabon, an die beiden sogenannten Weltkriege –, immer gab es jenseits der Trümmer einen neuen Anfang, neue Hoffnung, Aussicht auf bessere Zeiten.

Der Mensch im letzten Viertel dieses Jahrhunderts dagegen wird tagtäglich aufs neue mit katastrophalen Zukunftsaussichten konfrontiert. Nichts scheint mehr sicher, nichts beständig. Die Wissenschaftler, denen wir staunend zuhören, erklären uns zum Beispiel, daß die schützende Ozonschicht um die Erde von den Treibgasen unserer Spraydosen nach und nach angegriffen wird, daß die Zivilisation eines Tages alles natürliche Leben ausgerottet haben wird und daß wir schon in wenigen Jahrzehnten in unseren Häusern werden frieren müssen. Mit einem Satz gesagt, meine Damen und Herren: noch nie wurde die Zukunft der Menschheit so überzeugend als beängstigend, verheerend und hoffnungslos dargestellt wie heute.

Es ist schon einige Überlegung wert, meine Damen und Herren, was dies alles für junge Menschen bedeutet, die in eine solche Welt mit einem so geprägten Bewußtsein eintreten und von denen wir dann Tatkraft, Frische und Lebensmut erwarten. Lassen Sie mich noch, meine Damen und Herren, das Bündel von Fragen und Aufgaben, das mit diesem Aspekt der Problematik verbunden ist, im Augenblick zurückstellen und fürs erste der heutigen Themenstellung folgend einige Worte aus der Sicht des Umweltministers dazu sagen, wie wir mit einer solchen existentiellen Herausforderung fertig werden können, was zu tun ist, was bereits getan ist.

Die Sorge der Menschen in unserem Land und anderswo wird – so meine ich – ganz wesentlich von der Angst genährt, unsere Umwelt könnte in absehbarer Zeit nicht mehr lebenswert – und schlimmer noch –, nicht mehr lebensfähig sein. Hierher gehört die Frage, um welchen Preis wir eigentlich die Energie erzeugen, die wir zum Überleben brauchen, und hierher gehört ganz generell das Problem, welche Auswirkungen der Zivilisation auf die Natur wir für erlaubt halten. Lassen Sie mich versuchen, in groben Zügen eine Antwort zu geben, die natürlich nicht umfassend sein kann, die aber Ansätze zeigen soll.

Gerade für uns Christen liegt doch wohl der Gedanke nahe, daß wir in einer höheren Verantwortung stehen, nicht nur den Mitmenschen gegenüber, sondern auch in bezug auf die uns anvertraute Erde. Hier, meine Damen und Herren, liegt der Schlüssel für fast alle Probleme, die uns heute belasten. Unser zwanzigstes Jahrhundert hat eine atemberaubende Vergrößerung und Vermehrung der technischen Fähigkeiten des Menschen gebracht. Und wie es oft so geht, wenn jemand

zu schnell wächst, die Reife, die Sittlichkeit ist nicht in gleichem Maße mitgewachsen. Unsere Zukunftschance liegt darin, in den beiden letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts einen Nachholbedarf an Verantwortlichkeit zu stillen.

Verantwortung, meine Damen und Herren, tragen wir aber nach zwei Seiten hin: zum einen gegenüber der Natur, die uns umgibt und die aller Technik zum Trotz die einzige und unverzichtbare Basis unseres Lebens ist, zum anderen aber auch gegenüber den Mitmenschen, die in bestimmten sozialen Formen und Einheiten zusammenleben und die die entsprechende Versorgung mit bestimmten Leistungen, zum Beispiel Energie und Güter, die die Nahrung ebenso nötig brauchen wie sauberes Wasser und klare Luft.

Diese beiden Verpflichtungen, in denen wir stehen, haben jeweils Konsequenzen, die sich angesichts der heute erreichten Bevölkerungsdichte teilweise zwangsläufig zuwiderlaufen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es ein Irrweg – oder nennen wir es eine Scheinlösung –, wenn manche heutzutage für die Rückkehr zum Naturzustand kämpfen und alles verfeuern, was Technik heißt. Ich will das am Beispiel Energieversorgung ganz kurz erläutern.

Die Bundesrepublik ist ein Land, das nur über einen großtechnisch verwertbaren Rohstoff verfügt, nämlich die Kohle. Unsere Abhängigkeit von den Lieferanten aller anderen Energieträger ist uns in den letzten Jahren immer deutlicher vor Augen geführt worden. Das hat unter anderem zur Folge gehabt, daß uns der Wert unserer Kohle bewußter wurde als vorher und wir die Bemühungen verstärkt haben, den Ausnutzungsgrad dieses Rohstoffes in der Großtechnik zu optimieren. Kohlekraftwerke – und ich betone, saarländische Kohlekraftwerke – haben heute einen technologischen Standard erreicht, der seinesgleichen sucht. Die folgerichtige Weiterentwicklung ist einerseits in der Kohleveredelung zu sehen, andererseits in der teilweisen Verlagerung der Elektrizitätserzeugung auf den Rohstoff Uran, mit anderen Worten auf das Kernkraftwerk.

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Ja, ich komme jetzt darauf, Herr Lindner. – Die Verfechter der angeblichen Alternativen vernachlässigen durchweg die ganz handfesten praktischen Konsequenzen, die ihre Alternativlösungen heraufbeschwören. Als Beispiel die Windenergie. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, kann sich im Ernst das Saarland unter einem Wald von surrenden Windrädern vorstellen, die auf Bergen, in Tälern und um die Städte herum stehen, und wer wagt – die Frage gilt auch Ihnen, Herr Lindner –, bei solchen Visionen noch von Landschaft zu sprechen? Oder das Beispiel Sonnenenergie. Wußten Sie, daß man zwar diejenige Energie, die Biblis B aus Uran gewinnt, also 1 250 Megawatt, auch aus Sonnenstrahlen erzeugen kann, daß aber dazu Spiegel auf der Fläche der Größe der Stadt Saarbrücken benötigt werden? Und wer würde dagegen nicht protestieren?

Um nicht mißverstanden zu werden, will ich sofort hinzufügen, daß wir selbstverständlich alle vernünftigen Möglichkeiten der Energieeinsparung ebenso wie die der alternativen Energieerzeugung nutzen müssen und werden. Aber, Herr Kollege

(Minister Schacht)

Lindner, es wäre unverantwortlich — das gilt vor allen Dingen jetzt für Sie —, die Menschen in unserem Lande glauben zu machen, wir wären als Industriestaat existenzfähig ohne Kohlekraftwerke und ohne Kernkraftwerke.

Damit, meine Damen und Herren, ist wieder jenes Wort gefallen, von dem ich vorhin gesprochen habe: Verantwortlichkeit. Um unseren Industriestaat überhaupt am Leben zu erhalten und ihn so am Leben zu erhalten, daß er auch weiterhin den ärmeren Staaten und Völkern Hilfe leisten kann, brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, das heißt, wir brauchen Straßen, Autobahnen, Schienen, schiffbare Flüsse

(Abg. Lindner (SPD): Haben wir doch!)

und gleichermaßen eine sichere Energieversorgung, also Kraftwerke. Sie sagen, Herr Lindner, die hätten wir. So wie Sie reden, wollen Sie sie morgen gar nicht mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Wenn wir, meine Damen und Herren, von diesen Notwendigkeiten ausgehen — und ich meine, wir sollten das gerade heute nicht außer Betracht lassen —, dann ist das Problem meiner Meinung nach so zu formulieren: Wie lassen sich die als notwendig anerkannten Maßnahmen verwirklichen, ohne daß die Natur mehr als absolut unvermeidlich beeinträchtigt wird? Unter Natur muß in diesem Zusammenhang außer der erlebten Umwelt auch all das verstanden werden, was zur Erhaltung der Lebensgrundlage jetzt und später beiträgt, insbesondere also auch die Rohstoffquellen.

Umweltpolitik, die von einer solchen Aufgabenstellung ausgeht, darf man als verantwortliche Politik bezeichnen. Hier liegt auch zugleich meine Antwort auf die besorgte Frage, was uns die Zukunft bringen wird. Wenn Augenmaß, Einsicht in Notwendigkeiten und engagierter Umweltschutz miteinander verpflichtet, dann haben wir gute Aussichten, die Fehler wiedergutzumachen, die aus der Sorglosigkeit und Fortschrittsgläubigkeit vergangener Jahrzehnte entstanden sind. Und hier kann man sicherlich sagen: Vieles ist bereits geschehen, vor allem auch im Saarland; manches bleibt noch zu tun.

Industriereviere, an deren graue Eintönigkeit sich heute kaum noch jemand erinnern will, sind zu industriegeprägten Landschaften geworden, in denen man wieder leben kann. Der Müll, weithin sichtbares Produkt unseres Wohlstandes, liegt nicht mehr in abgeschiedenen Winkeln eines Waldes oder einer Talauweild umher, sondern ist dem Bürger endgültig aus den Augen, sobald sich der Deckel über der Tonne geschlossen hat, die hinter seinem Hause steht.

Vieles, meine Damen und Herren, was auf diesem und ähnlichem Gebiet in den letzten Jahren geleistet wurde, scheint als Selbstverständlichkeit hingenommen zu werden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir sollten aber aufmerksam, so meine ich, auch solche positiven Entwicklungen beobachten und sie zum Anlaß für

Zuversicht und zugleich auch für eigene Mitwirkungsbereitschaft nehmen.

Wenn ich in größerer Ausführlichkeit auf die Grundsatzpositionen eingegangen bin, von denen die umweltschützende Arbeit dieser Landesregierung ausgeht, dann habe ich damit einen doppelten Zweck verfolgt. Zum einen halte ich es für angebracht, dem Bürger dieses Landes bei Gelegenheit der heutigen Debatte nicht nur Rechenschaft über einzelne Maßnahmen, sondern auch über die Leitlinie und große Zielsetzung unserer Politik zu geben. Zum anderen muß der große Zusammenhang auch deshalb einmal aufgezeigt werden, weil die Bedeutung der Mitwirkungsbereitschaft, von der ich sprach, nur so wirklich zu ermessen ist. Und nur im großen Zusammenhang, meine Damen und Herren von der Opposition, läßt sich auch ermessen, welche Verantwortung derjenige übernimmt, der in lebenswichtigen Fragen dieses Landes und seiner Menschen parteipolitisch taktiert, um kurzfristig — ich möchte lieber sagen: kurzfristig; Sie können ja mal nachdenken, was ich damit meinen könnte —, kurzfristig Gewinn zu erzielen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich werde Ihnen einige Beispiele liefern, meine Damen und Herren. Die positiven Entwicklungen, die ich erwähnt habe, sind das Resultat jahrelanger konsequenter Arbeit, die sich in vielen kleinen, manchmal mühsamen Schritten vollzieht. Der Bericht 79 zum Umweltprogramm Saarland, über den wir heute diskutieren, legt Zeugnis dafür ab, daß die im übrigen Bundesgebiet nach wie vor beklagte Verschlechterung der Emissionslagen — vor einigen Tagen sprach ja auf einer Veranstaltung der SPD der Umweltminister Bremens, der genau das gesagt hat, daß wir in der Bundesrepublik immer noch auf diesem Sektor zunehmen — für das Saarland nicht zutrifft. Hier hätte er es im Grunde nicht zu sagen brauchen.

Ich will es ganz deutlich sagen: die Emissionen gerade in unserem Belastungsgebiet an der Saar konnten vermindert werden, obwohl wir in einigen Bereichen zumindest unsere Schwerindustrie intensiver denn je nutzen. Ich kann und will Ihnen hier nicht Tabellen und Zahlenkolonnen vorlesen, meine Damen und Herren, aber lassen Sie mich beispielhaft die Eckdaten des Staubniederschlages in den Belastungsgebieten wiedergeben.

In Dillingen hatten wir, bezogen auf die letzten zehn Jahre, einen Höchstwert von 0,62 Gramm pro Quadratmeter je Tag im Meßjahr 1971/72, heute haben wir 0,23 Gramm; das sind 63 Prozent weniger. Für Völklingen wurde im Meßjahr 1970/71 der Höchstpegel mit 0,87 Gramm gemessen; heutiger Wert: 0,26 Gramm; das sind 70 Prozent weniger. In Saarbrücken gab es im Meßjahr 1971/72 die größte Belastung dieser Dekade mit 0,61 Gramm, heute haben wir 0,20 Gramm; das sind 68 Prozent weniger. Das gleiche Bild zeigt sich in Neunkirchen, wo in den Meßjahren 1971/72 und 1974/75 der jeweils gleiche Höchstmeßwert von 0,36 Gramm auftrat, während heute 0,18 Gramm gemessen werden; das sind 50 Prozent weniger. Auch einer Opposition, meine Damen und Herren, würde es, so meine ich, nicht schlecht anstehen, dies als eine entscheidende Verbesserung unserer Umweltbedingungen anzuerkennen.

(Minister Schacht)

(Abg. Lindner (SPD): Wollen Sie sagen, daß die durch die Landesregierung erreicht wurde?)

Durch die Opposition natürlich nicht. Was soll das denn! Sie ist erreicht worden durch Auflagen, die die Landesregierung den Industrieunternehmen gegeben hat. Was meinen Sie denn!

(Abg. Lindner (SPD): Auf Grund von was?)

Auf Grund von Bestimmungen, die wir durchgesetzt haben.

(Abg. Lindner (SPD): Sie waren verpflichtet zu dem, was Sie gemacht haben!)

Herr Kollege Lindner, ich halte es für einen ausgemachten Unsinn, so muß ich sagen, wenn Sie immer so tun, als ob das, was im Lande erreicht worden ist, das Verdienst von Bundesseite ist, wenn wir aber im Vergleich zu anderen Ländern besser dastehen, werfen Sie das einfach unter den Tisch.

(Abg. Lindner (SPD): Sagen Sie doch, was Sie an Eigenleistung für das Land gemacht haben, außer Bundesgesetze anzuwenden.)

Herr Lindner, ich frage mich manchmal, wieso Sie eigentlich Mitglied dieses Landtages sind.

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

In Ordnung! Soll ich das nicht machen?

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Ich bin im Parlament. Ich gebe dem Parlament Auskunft.

(Abg. Lindner (SPD): Das Parlament ist Teil der Öffentlichkeit!)

Sie tun so, als wäre alles, was auf Bundesebene geschieht, eigenes Verdienst, und Sie treten nur hierhin, um der Öffentlichkeit zu sagen, sie könne nach Bonn schauen. Das ist Ihre Arbeit!

(Abg. Lindner (SPD): Nennen Sie mir mal die Haushaltsposition, in der Sie etwas getan haben zur Verminderung der Emissionen.)

Kollege Lindner, ich will Ihnen mal etwas sagen. Wir haben doch Verordnungen herausgegeben, wir haben ein Gewerbeaufsichtsamt, das prüft, ob die Auflagen erfüllt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Brück (SPD).)

Sie reden doch immer davon, daß die Landesregierung zuständig ist. Und die Landesregierung hat dafür gesorgt, daß das hier besser wurde.

(Abg. Lindner (SPD): Das ist doch wohl auch Ihre Aufgabe!)

Sie kritisieren doch dauernd, daß die Landesregierung ihre Aufgabe nicht erfüllt. Wenn wir sie erfüllen, sagen Sie: das ist Ihre Aufgabe.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sprach von manchmal mühsamen Schritten, wobei ich mir klar bin, daß ich mit Ihnen, Herr Lindner, da nicht übereinstimme. Ich sprach auch von Mitwirkungsbereitschaft. Lassen Sie mich zunächst ein positives und — weil ich von jungen Menschen sprach — ein besonders erfreuliches Beispiel anführen. Anlaß war eben einer der emittierenden Betriebe im Raum Klarenthal, die Kokerei. Von Zeit zu Zeit werden dort immer wieder Beschwerden wegen Staubemissionen laut. Vielfach wurde sogar der Verdacht geäußert, man schalte an Wochenenden die Filteranlagen ganz oder teilweise ab. Es soll auch Abgeordnete geben, die so etwas sagen.

Die letzte derartige Beschwerde ging Ende des vergangenen Jahres bei mir ein. Sie stammte von einer Gruppe junger Leute, die sich den interessantesten — und ich meine auch sehr nutzbringenden — Gag einfallen ließen, ihrem Brief ein Beutelchen mit aufgesammeltem Staub beizufügen, um so die Belastung augenfällig zu machen. Nach mehreren stichprobenartigen Kontrollen durch das zuständige Oberbergamt und einer Analyse der übersandten Staubprobe konnte ich den Beschwerdeführern vor kurzem antworten. Zunächst ließ sich sehr leicht der Verdacht ausräumen, an den Wochenenden würde an den Filteranlagen manipuliert. Allerdings stellte sich heraus, daß die Füllgasverbrennungswagen auf den alten Koksöfen, und insbesondere der Wagen des neuen Sechsmeter-Versuchsofens, trotz aller bisherigen Anstrengungen technisch noch nicht ausgereift sind, wodurch eine ungleichmäßige Staubabscheidung entsteht. An der Behebung dieses Mangels — dies wurde, wenn man so will, von diesen jungen Leuten veranlaßt — wird zur Zeit gearbeitet; und man kommt auch hier, wie ich mir sagen ließ, weiter. Die mikroskopische Analyse der genannten Staubprobe ergab, daß sich lediglich ein Drittel aus Kokskörnern zusammensetzte. Der überwiegende Teil bestand aus Kehrlicht, in dem Insekten, Kunststoffasern, Haare, Zementabrieb sowie Straßenstaub enthalten waren. Es wird gegenwärtig noch genauer geprüft, ob die gefundenen Kokskörner möglicherweise Petrolkoksteile sind, denn Petrolkoks wird ja bekanntlich per LKW angefahren. Sollte sich dies bestätigen, so müßten die derzeit mit Planen abgedeckten LKW wirksamer abgedeckt werden, um einen Staubaustritt zu verhindern.

Sie können jetzt fragen: Warum erzählt der diesen Fall hier? Aber Sie werden schon festgestellt haben, daß hinter dieser kleinen Sache eine enorme Arbeit steckt, weil man — und ich meine zu Recht — diesen Beschwerden, diesen Ansprüchen der Bürger nachgeht. Auch hier, meine Damen und Herren, sind wir auf der Grundlage guten Willens von allen Seiten — ich schließe dabei die Bürger mit ein — dem Ziel, den bestmöglichen Umweltschutz zu verwirklichen, ein kleines Stückchen nähergekommen.

(Zuruf.)

Ja, natürlich, Umweltschutz ist eine ganz mühsame Arbeit. — Neben dem Staubbiederschlag ist vor allem die Immissionslage bei Schwefeldioxyd von besonderer Wichtigkeit. Entgegen

(Minister Schacht)

der weit verbreiteten Meinung wird selbst im industriellen Ballungsgebiet des Saarlandes, im Großraum Saarbrücken-Völklingen, der von der TA Luft festgesetzte Immissionswert für Schwefeldioxyd von 0,14 Milligramm je Kubikmeter seit jeher weit unterschritten. So betragen die ermittelten Jahresdurchschnittswerte in der Zeit von 1973 bis 1978 im gemessenen Minimum 0,04, im gemessenen Maximum 0,06 Milligramm pro Kubikmeter. Dazu muß noch angemerkt werden, daß in weiten Bereichen des Ruhrgebietes und in Berlin der von der TA Luft festgesetzte Grenzwert von 0,14 Milligramm pro Kubikmeter oft und relativ lange im Jahr überschritten wird. In Verbindung mit der Schwefeldioxydbelastung muß auch darauf hingewiesen werden, daß durch die Verordnung über den Schwefelgehalt von leichtem Heizöl und Dieselmotortreibstoff der Schwefelgehalt in diesen Brennstoffen von 0,55 im Jahre 1975 auf 0,30 Prozent seit dem 1. Januar 1979 reduziert wurde.

Meine Damen und Herren, ich muß noch ein Wort über die Smog-Gefahr sagen, über die sogenannten Inversionswetterlagen. Im letzten und im vorletzten Jahr ist in Nordrhein-Westfalen und in Berlin erstmals die erste Stufe des Smog-Alarmes ausgelöst worden. Die Verordnung, auf der die entsprechende Lagebeurteilung fußt, ist auch im Saarland erlassen worden. Diese erste Stufe, die noch keine Zwangsmaßnahmen auslöst, sondern lediglich situationsgerechte Verhaltensweisen der Bevölkerung empfiehlt — das hat den Charakter eines Appells —, tritt bei einem Schwefeldioxydgehalt von 0,8 Milligramm je Kubikmeter in Kraft. Zum Zeitpunkt des Berlin-Smog-Alarmes vor einigen Wochen lag im Saarland die höchste Konzentration zwischen 0,1 und 0,2 Milligramm. Während der im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen ausgerufenen ersten Alarmstufe — zu dieser Zeit herrschte über dem gesamten Bundesgebiet eine relativ starke Inversionswetterlage — wurden im Saarland einzelne Spitzenwerte von etwa 0,5 Milligramm pro Kubikmeter ermittelt. Insgesamt kann man sagen, daß insbesondere wegen der schmalen Form unseres Industriegebietes — längs der Saar und quer zur vorherrschenden Windrichtung — mit Smogsituationen wie in Nordrhein-Westfalen oder in Berlin kaum zu rechnen ist.

Meine Damen und Herren, eine Betrachtung der wesentlichen Immissionsprobleme dieses Landes wäre unvollständig, wenn ich nicht auch über die derzeit heftig diskutierte Bleibelastung ein Wort sagen würde. Zu Anfang dieses Jahres haben der Wirtschafts- und der Umweltminister einvernehmlich gegenüber dem saarländischen Akkumulatorenwerk in Otzenhausen die strengste Emissionsauflage erteilt, die in Europa gegenüber einem solchen Betrieb je ausgesprochen wurde. Der in der Genehmigungsurkunde fixierte Wert beträgt ein Milligramm Blei pro Kubikmeter Abluft, d. h. ein zwanzigstel des Wertes, der nach der heute gültigen TA-Luft noch zulässig wäre. Auch im Vergleich mit der Neufassung der TA-Luft — dort sind ebenfalls noch 20 Milligramm festgeschrieben, aber 5 Milligramm als Stand der Technik genannt — muß diese saarländische Auflage, das darf man sicher so sagen, als bahnbrechend anerkannt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun macht uns ebenso wie der Bevölkerung im Bliesgau der Bau des Akkumulatorenwerkes in Saargemünd Sorgen. Bis heute hat die Landesregierung zunächst einmal eine Anglei-

chung des geplanten Saargemünder Emissionswertes an aktuelle deutsche Verhältnisse erreichen können. Das sind fünf Milligramm je Kubikmeter. Darüber hinaus haben wir die französische Genehmigungsbehörde zur Vorlage aller einschlägigen Dokumente aufgefordert sowie dazu, sie solle sich an unserer Otzenhausener Auflage von einem Milligramm pro Kubikmeter orientieren. Ihnen allen, meine Damen und Herren, ist bestimmt bekannt, daß ich im ständigen Dialog mit den verschiedenen Bürgerinitiativen stehe, die sich gegen das Akkuwerk wenden. Zum aktuellen Stand dieser Angelegenheit ist zu sagen, daß ab heute, 19. März, die Genehmigungsunterlagen in Saargemünd offenliegen und daß unsere Bemühungen gegenüber der französischen Seite insoweit erfolgreich waren, als wir vor einigen Tagen diese Unterlagen erhalten haben und davon schnellstmöglich die wichtigsten Teile übersetzt haben, so daß den Bürgern des Bliesgaus die Möglichkeit eröffnet werden kann, diese Unterlagen bei uns in deutscher Sprache einzusehen.

Wenn die Franzosen die Einsprüche deutscher Bürger entgegennehmen, dann sollte auch dies vielleicht einmal als Resultat der Bemühungen dieser Landesregierung anerkannt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hier aber komme ich nicht umhin, mit einer gewissen Bitterkeit festzustellen, daß die meisten Bürger — einschließlich der zu Initiativen zusammengeschlossenen — sich bei weitem einsichtiger und kooperativer verhalten als jene Herren von der Opposition, die ich wohl einzeln nicht zu nennen brauche — sie sind ja bekannt —, die es sich nicht nehmen lassen, aus der Besorgnis der Bürger Kapital zu schlagen. Meine Damen und Herren, ich wiederhole: politisches Kapital, das mit absolut unredlichen Mitteln erwirtschaftet werden soll. Wie nennen Sie es denn, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn behauptet wird, daß wir nicht früh genug informiert hätten, wenn man uns Versäumnisse vorwirft, wir hätten schon 1978 etwas gewußt — was im übrigen immer noch nicht bewiesen ist. Ich bestreite das nach wie vor, und keiner beweist mir das; ich warte darauf, daß jemand beweist, daß eine offizielle Dienststelle angeschrieben wurde. Ich frage auch: was hätten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, mehr als die Landesregierung gegen dieses Akkuwerk auf französischem Boden tun können, oder was hätten Sie getan?

(Abg. Brück (SPD): Wir haben es bei Lauterbach verhindert.)

Es tut mir leid, dies sagen zu müssen: statt dessen halten Sie sich in Ausschußsitzungen — ich war das letzte Mal selbst dabei — zurück, obwohl Sie dort restlos Auskunft erhalten könnten. Es ist im Ausschuß ja wohl auch so gedacht. Wenn man dann glaubt, all Ihre Fragen seien beantwortet, gießen Sie einige Tage später bei der nächsten Demonsterveranstaltung wieder mit Macht Öl ins Feuer. Das, meine Damen und Herren, ist nicht die praktizierte Mitverantwortung eines Mandatsträgers.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

(Minister Schacht)

Wenn Sie so wollen, kann ich Ihnen das erklären, Herr Lindner. Nach der Sitzung im Ausschuß ging Herr Kopp zu einer Bürgerversammlung und hat dort gesagt, die durchzuführenden Messungen müßten von einem neutralen Institut durchgeführt werden. Damit sagt er genau, daß die Beamten dies nicht richtig machten und daß sie nicht vertrauenswürdig seien. Er unterstellt damit den Beamten, daß sie ihre Arbeit nicht ordentlich machen. Ich finde das verantwortungslos.

(Zurufe von der SPD.)

Nein, er hat es gesagt. Er! Die Beamten können das also seiner Meinung nach nicht oder machen es nicht richtig. Genau das ist gesagt worden. — Bitte schön, Herr Kopp.

Abg. Kopp (SPD):

Sie haben sich bisher nicht um den Originalton meiner Rede bemüht. Sie haben mich noch nicht gefragt, obwohl bisher mehrfach Gelegenheit bestand, darüber zu reden, sondern Sie haben sich nur auf die Saarbrücker Zeitung verlassen.

Minister Schacht:

Sie hätten doch berichtigen können.

Abg. Kopp (SPD):

Darf ich etwas fragen? Warum ist es bisher — trotz mehrfacher Rückfragen im Ausschuß — nicht gelungen, ganz konkret einmal die Untersuchungsergebnisse des Gutachtens der Universität des Saarlandes, Biogeographisches Institut, zu widerlegen? Es steht heute immer noch im Raum, ob das, was in diesem Gutachten festgestellt wurde, richtig ist oder nicht richtig ist. Sie sagen nur, Sie hätten andere Meßergebnisse. Konkret ist nichts widerlegt worden.

Minister Schacht:

Ich weiß nicht, von was Sie jetzt reden. Ich spreche gerade von Saargemünd. Sie sprechen jetzt also sehr wahrscheinlich von Otzenhausen. Bleiben wir doch einmal bei Saargemünd. Es war eine gute Taktik, die Sie anwenden. Nur, Herr Kopp, Sie können ja jetzt am Mikrophon auch sagen, daß Sie also nicht der Meinung sind, daß ein neutrales Institut prüfen soll und daß die Beamten des Landes auch für Sie vertrauenswürdig sind. Das können Sie doch jetzt sagen! Sagen Sie es doch!

Abg. Kopp (SPD):

Ich habe in einer Wahlveranstaltung in Blieskastel gesagt, auch die Emissionsmessungen in der französischen Firma müssen von unabhängigen Institutionen vorgenommen wer-

den, weil wir von Ihnen informiert wurden, daß die sogenannten Null-Pegel-Messungen von den französischen Behörden an die Firma General Motors selbst vergeben wurden.

(Zuruf von der CDU.)

Ich habe gesagt, daß ich Bedenken habe, wenn man Messungen, die objektiv sein sollen, an den, der die Emission selber verursacht, vergibt. Da habe ich eine unabhängige Überprüfung gefordert.

Minister Schacht:

Herr Kopp, wissen Sie, ich bin an sich ja sehr froh, daß Sie das jetzt so sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Kopp (SPD).)

Nein, nein, Sie haben in der Bürgerversammlung von den Messungen auf deutscher Seite gesprochen und haben gesagt — —

(Zurufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

Dann sagen Sie es doch, dann bin ich ja zufrieden. Wenn Sie jetzt hier sagen, Sie seien nicht der Meinung, daß ein neutrales Institut die Messungen auf deutscher Seite vornehmen soll, bin ich ja zufrieden. Das müssen Sie aber der Bürgerinitiative auch sagen. Sie dürfen nicht dort so und hier so reden. Sagen Sie es doch.

(Abg. Kopp (SPD): Sie müssen doch Emissions- und Immissionsmessungen unterscheiden.)

Ich spreche von Immissionsmessungen auf deutscher Seite. Ich kann nicht in Frankreich messen. Darauf habe ich keinen Einfluß, im übrigen der Abgeordnete Kopp auch nicht. Sie haben von deutscher Seite gesprochen. Bleiben Sie bei der deutschen Seite. Warum sagen Sie es denn jetzt nicht? Scheinbar sind Sie doch der Meinung, daß es ein neutrales Institut machen soll. Sie haben hier immer noch nicht widerlegt. Sagen Sie es doch.

(Zuruf des Abgeordneten Kopp (SPD).)

Ich habe doch in Frankreich nichts zu sagen, Herr Kopp.

(Abg. Kopp (SPD): Sie wissen, daß es eine Anregung verschiedener Gemeinderatsfraktionen gibt, ein deutsch-französisches Forschungsprojekt zu machen und dies an ein neutrales Institut zu vergeben. Stellen wir die Tatsachen doch nicht auf den Kopf.)

Ich warte vergeblich darauf, daß Sie Ihre Meinung geändert hätten. Sie sind also nach wie vor der Auffassung, daß die deutschen Beamten nicht ordnungsgemäß messen.

Meine Damen und Herren, ich muß an dieser Stelle den Umstand hervorheben, dem auch in der Öffentlichkeit Beachtung

(Minister Schacht)

geschenkt werden sollte, denn spürbare und für die Bevölkerung wirklich bedrückende Umweltprobleme dieses Landes sind Probleme von jenseits der Grenzen. Während es in unseren Belastungsgebieten echte Verbesserungen der Emissionslagen gibt, während wir in unseren eigenen Betrieben im Interesse unserer Menschen harte Auflagen erteilen, haben wir speziell aus dem französischen Grenzraum Immissionen, Verunreinigungen und Gefährdungen hinzunehmen, über die sich die Bürger zum Teil zu Recht beschweren. Die damit aufgerissene Problematik brauche ich Ihnen nicht zu erläutern, weil sie sich im Grunde von selbst versteht.

Der saarländische Umweltminister wird für Belastungen verantwortlich gemacht, für die er von Amts wegen nicht gerade stehen und auf deren Ursachen er nur sehr begrenzt Einfluß nehmen kann. Lassen Sie es mich anders formulieren: Das, was in unserem Lande politischen Ärger auf dem Sektor Umweltschutz bereitet — Carling, Cattenom, Saargemünd, nicht zu vergessen die Rossel —, nimmt seinen Ursprung auf französischem Territorium. Ich meine, ich könnte sagen, daß ich es für ein Gebot der Fairneß halte, die daraus folgenden besonderen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet dem Umweltminister zugute zu halten und nicht mutwillig die gleichgerichteten Interessen der Bevölkerung und der Regierung auseinanderzudividieren, um eine in Wahrheit gar nicht vorhandene Frontstellung einiger Bürger gegen den Staat, dessen Teil sie ja auch selber sind, zu provozieren.

Zum Thema Cattenom, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben, was ich am 18. Dezember 1979 in Bonn in der deutsch-französischen Regierungskommission für Standortfragen von Kraftwerksanlagen im gemeinsamen Grenzraum ausgeführt habe. Ich darf hier wörtlich wiederholen: Bei der vorgesehenen starken Kapazitätserhöhung an sich war früher einmal in Erwägung gezogen, insgesamt 4 200 Megawatt in Cattenom zu installieren. Dies wäre bereits mehr Leistung, als die Bundesrepublik Deutschland an irgendeinem Standort vorsieht. Dies wurde dann auf 2 600 Megawatt reduziert. Hier muß man leider sagen: doch wohl zur Beschwichtigung der Nachbarstaaten. So liegen wir nun bei 5 200 Megawatt. Ich will mich hier nicht der Frage zuwenden, ob diese Konzentration an Atomkraft und an elektrischer Energie technisch beherrschbar ist. Es ist aber klar, daß mit dieser gewaltigen Infrastruktur elementare Sicherheitsinteressen der saarländischen und auch der — ich darf dies den Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz vorwegnehmen — rheinland-pfälzischen Bevölkerung betroffen sind.

Ich habe dann weiter gesagt: Das in Cattenom vorgesehene extreme Projekt von vier Großblöcken ist wegen der damit verbundenen Ballung kein rein französisches Projekt mehr. Es berührt uns ebenfalls unmittelbar. Man kann hierbei nicht die Staatsgrenze als Wirksamkeitsgrenze betrachten. Weil dies so ist — und nicht anders —, wurde auch diese Kommission überhaupt gegründet. Herr Kollege Kopp, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, das habe ich gesagt; nicht hier, sondern das habe ich den Franzosen gegenüber in der Kommission gesagt. Das ist die Meinung der Landesregierung.

(Abg. Hans Georg Wagner (SPD): Späte Erkenntnis! — Zuruf des Abgeordneten Ganz (CDU).)

Meine Damen und Herren, ich habe in der Regierungskommission dort weiter gesagt — —

(Zurufe von der SPD.)

Das ist nicht heute gesagt worden.

(Zuruf des Abgeordneten Kasper (SPD).)

Also Herr Kasper, ich kenne die Zahlen ein bißchen besser. Sie können sie mir ruhig glauben. Ich möchte hier unmißverständlich den Standpunkt — —

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Kasper (SPD).)

Das galt natürlich an dem Tage, als ich das in Bonn ausgesprochen habe, Herr Kasper. Ich wiederhole ja das, was ich in Bonn gesagt habe.

(Abg. Kopp (SPD): Das hätten Sie schon ein Jahr vorher verlesen können.)

Herr Kopp, Sie sind ein bißchen schlauer als ich, ich weiß das wohl. Nur, das hat ja vorher nicht in der Zeitung gestanden.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Kopp (SPD).)

Ja, ja, die Jungsozialisten sind ja die Allergrößten in Deutschland überhaupt. Sie wissen alles besser.

(Abg. Kasper (SPD): Hundertmal ausgeführt!)

Ich möchte hier unmißverständlich, so habe ich weiter ausgeführt — —

(Zurufe von der SPD.)

Vielleicht nehmen Sie es doch einmal zur Kenntnis, dann wissen Sie, was ich in Bonn als Meinung der Regierung vortragen habe. Was soll das denn! — Ich möchte hier unmißverständlich den Standpunkt der saarländischen Landesregierung zum Ausdruck bringen. Wir protestieren energisch gegen die Errichtung von vier Blöcken à 1 300 Megawatt in Cattenom. Die Landesregierung erwartet von der Republik Frankreich, daß das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland — hier spreche ich für das saarländische Gebiet — von jeglichen negativen Einwirkungen des Kernkraftwerkprojektes Cattenom freigehalten wird. Dies kann nur durch einen Verzicht auf die Blöcke 3 und 4 erreicht werden.

Zum Abschluß meiner Rede in Bonn habe ich ferner — ich zitiere auch hier wörtlich — ausgeführt: Ich möchte hier einmal klarstellen, daß die von der saarländischen Landesregierung erklärte grundsätzliche Zustimmung zur Atomkraft nicht so ausgelegt werden darf, als sei damit auch ein Placitum zum Atomgiganten Cattenom verbunden. Wenn wir ja sagen zu Atomanlagen, meinen wir damit Anlagen in vernünftiger Größenordnung. Es sollte also ein bedingtes, kein bedenkenloses Ja sein. Das sollten unsere französischen Nachbarn zu

(Minister Schacht)

unterscheiden wissen. Die saarländische Landesregierung bittet Sie — so weiter —, die vorgetragenen Bedenken und Anregungen ernstzunehmen. Zu den bisherigen Problemfällen, die das lothringisch-saarländische Verhältnis latent belasten, ist mit der besorgniserregenden Grundsatzentscheidung zu den Blöcken 3 und 4 in Cattenom ein weiterer Fall hinzugekommen: Ärger wegen der Rossel, Ärger wegen des Kraftwerkes Großblittersdorf, Ärger wegen der Luftverschmutzung in Carling und nun gewaltiger Ärger wegen Cattenom.

Dies wird nicht, dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die allgemeine Bewertung der Grenzräume und der entwicklungs-politischen Gesichtspunkte bleiben. Verwirklichen Sie Ihr ehrgeiziges Vorhaben mehr im Landesinnern. Ihre Grenzregion Lothringen bedarf soviel elektrischer Energie nicht. Unsere Region auch nicht. Wir sind in der Lage, den Strombedarf langfristig aus Kohle zu decken, zum Teil auch den von Luxemburg und Rheinland-Pfalz. Wenn eine europäische Raumordnung ernsthaft betrieben werden soll, dann ändern Sie bitte Ihre Pläne, die die räumliche Ordnung gefährden, anstatt sie in Abstimmung mit Ihren Grenzpartnern sinnvoll weiterzuentwickeln.

So viel, meine Damen und Herren, aus meiner Ansprache in Bonn. Das ist die Chance gewesen, mit den Franzosen selbst zu sprechen. Dies ist auch heute noch die Position der Landesregierung, die sie, wie ich meine, unmißverständlich gegenüber den französischen und bundesdeutschen Gesprächspartnern vertreten hat und auch heute noch vertritt. Und eines sei ganz deutlich hinzugefügt: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß das Problem Cattenom einzig und allein von Bundeskanzler Schmid im direkten Kontakt mit dem französischen Staatspräsidenten einer Lösung nähergebracht werden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Dort, auf Bundesebene, liegt heute die Hauptverantwortung für den Fortgang der Dinge. Das ist nun einmal so, meine Damen und Herren, der Bund ist zuständig.

Ich kann allerdings nicht umhin, hier ein eklatantes Beispiel mangelnder Mitwirkungsbereitschaft zu beklagen. Ich habe von Anfang an sehr großen Wert darauf gelegt, von Mitwirkungsbereitschaft zu sprechen und zu erklären, was ich meine. Hier muß ich ein eklatantes Beispiel solch mangelnder Mitwirkungsbereitschaft der Opposition in lebenswichtigen Fragen dieses Landes erwähnen, weil es schlagartig erhellt, welches Spiel hier getrieben wird. Im Juli 1977 stellte mein Haus die Broschüre „Primstalsperren“ vor, in der umfassend über die Talsperren Nonnweiler und Wadrill unterrichtet wird. Den damaligen Stand der Überlegungen gibt in etwa folgende Passage wieder; ich zitiere: „Das hier vorgestellte Projekt soll in mehreren Stufen verwirklicht werden. Den Kern bildet die Talsperre Nonnweiler. Als zweite Stufe soll dann die Talsperre an der Wadrill gebaut werden, um die Aufgaben an der Prims zu übernehmen, während sich die Talsperre Nonnweiler ganz zur Blies hin orientieren könnte.“

Meine Damen und Herren, das war im Jahre 1977. In den folgenden Jahren fanden dann Bürgerversammlungen und Besprechungen mit kommunalen Vertretern statt. Zudem wurde das Projekt Wadrill bei der Berichterstattung in den

Medien wiederholt hervorgehoben. Von vornherein war klar, daß die Talsperre Wadrill ein bedarfsabhängiges Projekt war und eine bedarfsabhängige Fortführung eines Stufenprojekts sein sollte; und erstaunlicherweise regte sich zwei Jahre lang kein Ärger, kein Unmut, keine Sorge bei der Bevölkerung, obwohl die Absicht des Sperrenausbaus bekannt war. Die Sorge der Bevölkerung, meine Damen und Herren, entstand in der heute akuten Form erst im zweiten Halbjahr 1979, als der örtliche Abgeordnete der SPD über Land zog und behauptete, man müsse sich wehren. Wogegen?, könnte man fragen, aber Sie, Herr Kasper, hatten alle Begründungen parat. Da war plötzlich die Rede von eingezäunter Schlammwüste, von Unmöglichkeit der Gewerbeansiedlung, von der Speisung eines Kernreaktors usw.

Auch die säuberliche Auflistung, wie und weshalb das Nonnweiler Talsperrenwasser schon verplant ist — daß weiß Herr Kasper nämlich —, hinderte Sie, Herr Kasper, und einige Ihrer Kollegen nicht daran, in der Zeitung wiederholt zu behaupten, es gebe keine Auskunft der Landesregierung über die Notwendigkeit der Wadriller Talsperre. Und als dann durch meine Entgegnung offenkundig wurde, daß Sie sehr wohl alle Unterlagen kannten, also wider besseres Wissen Unruhe in der Bevölkerung verursacht hatten, da las man, meine Damen und Herren, ungläubig staunend in der Saarbrücker Zeitung, die SPD-Landtagsfraktion habe sich noch nicht eingehend mit der Notwendigkeit der vorsorglichen Planung der Talsperre Wadrill befaßt. Zu diesem Zeitpunkt lagen die detaillierten Unterlagen der SPD-Fraktion schon mehr als drei Monate vor. Und zu diesem Zeitpunkt hatte der stellvertretende Vorsitzende Kasper in zahlreichen Versammlungen immer wieder betont, über die Notwendigkeit des Wadriller Bauvorhabens sei von der Landesregierung nichts zu hören gewesen.

Und sollte dies als Beleg für die zwielichtige Verunsicherungstaktik nicht genügen, die einige Mitglieder der Oppositionsfraktion in dieser Angelegenheit betreiben, dann will ich das bisher letzte Glied der Kette schildern. In einer Wahlanzeige der Saarbrücker Zeitung, Ausgabe Merzig, vom 15./16. März 1980, scheut die SPD Merzig-Wadern, Unterbezirksvorsitzender Kasper, nicht davor zurück, mir die Verbreitung von Halbwahrheiten vorzuwerfen, weil ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, daran erinnere habe, daß Sie am 13. Dezember 1979 dem Haushaltstitel zugestimmt haben, in dessen Erläuterung es wörtlich heißt: „Hieraus können insbesondere die Kosten für die baureife Planung der Talsperre Wadrill bestritten werden.“ Diesem Titel haben Sie zugestimmt in diesem Landtag. Und ich habe nie behauptet —

(Abg. Lindner (SPD): Wir haben dem Haushalt nicht zugestimmt.)

Sie haben diesem Titel hier im Landtag zugestimmt.

(Abg. Lindner (SPD): Wir haben dem Haushalt nicht zugestimmt!)

Ach, wissen Sie, Herr Lindner, das sind doch ausgemachte Spitzfindigkeiten. Sie haben dem persönlichen Teil des Ministers im Einzelplan 09 des Haushalts nicht zugestimmt. Und den sachlichen Dingen haben Sie sogar einstimmig zugestimmt.

(Minister Schacht)

(Abg. Lindner (SPD): Das kann doch hier nicht so stehenbleiben.)

Doch! Dann kommen Sie doch hierher und sagen Sie etwas dazu.

(Abg. Lindner (SPD): Sie werden doch nicht behaupten, daß wir dem Haushalt zugestimmt hätten.)

Das habe ich doch nie behauptet.

(Abg. Lindner (SPD): Dem Einzelplan 09 haben wir nicht zugestimmt.)

Meine Damen und Herren, ich habe nie behauptet, daß Sie dem ganzen Einzelplan 09 zugestimmt hätten oder dem ganzen Haushalt. Ich habe behauptet — und das ist richtig und nachweisbar —, daß die gesamte SPD-Fraktion dem sachlichen Teil meines Haushaltstitels 09 zugestimmt hat, und der Kollege Kasper auch.

(Weitere Zurufe von der SPD.)

Die Heftigkeit ist ja verständlich, wenn man erwägt, wie peinlich es dem Haushaltsexperten der SPD-Fraktion sein muß, monatelang mit der Behauptung, nicht informiert zu sein, über Land zu ziehen und dann bewiesen zu bekommen, daß er selbst, Herr Kasper, hier im Parlament für einen einschlägigen Betrag von 800 000 DM seine Hand gehoben hat. Bei allem Verständnis muß ich ganz eindeutig hier feststellen: das ist nicht nur schlechter politischer Stil, das ist ein unsauberer Umgang mit der Wahrheit. — Bitte, Herr Kollege.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Meine erste Bemerkung: die SPD-Fraktion hat den Haushalt abgelehnt.

Minister Schacht:

Nein, sie hat diesem Teil von Einzelplan 09 zugestimmt.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Sie hat den Haushalt in seiner Gesamtheit abgelehnt. Das können Sie jetzt drehen, wie Sie wollen. Zum zweiten. Wenn Sie jetzt sagen, diese Aussage betreffend Wadrill sei als eine sehr verbindliche von seiten der Landesregierung anzusehen, dann muß ich Sie daran erinnern, daß Planungsmittel mit derselben Aussage auch für das Polizeizentrum verwandt werden können, was aber bisher über zehn Jahre hinweg nicht realisiert wurde. Wie glaubwürdig sind Sie in dieser Aussage?

Minister Schacht:

Herr Wagner, ich bin ja auch lange genug Parlamentarier, ich kenne solche Ablenkungsmanöver natürlich. Bleiben wir doch bei diesem Thema. Sie haben den Haushalt abgelehnt, weil Sie einzelne Teile des Haushalts abgelehnt haben. Aber Sie wollen ja wohl gerade damit erreichen — wenn Sie einzelnen Teilen zustimmen —, daß der Bevölkerung gesagt werden kann: Wir haben selbstverständlich dem zugestimmt, dafür sind wir. Und bei meinem Teil des Einzelplans 09 im Haushalt haben Sie außer dem persönlichen Teil zu den Sachfragen ja gesagt. Und auch zu der Planung Wadrill haben Sie ja gesagt. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen — und das ist ja wohl einwandfrei erwiesen —, daß Ihre Fraktion davon wußte, daß im Haushalt 800 000 DM für die Planung eingesetzt waren. Das steht auf jeden Fall fest.

Nun, ich verzichte hier und heute darauf, nochmals über die Berechnungen zu referieren, die Anlaß zum Planungsbeginn für Wadrill gegeben haben. Die Fakten sind in dem Ihnen allen bekannten vorliegenden Bericht 1979 zum Umweltprogramm Saarland enthalten, den jeder Bürger in meinem Hause anfordern kann. Weil wir über diesen Bericht zur Zeit diskutieren, nehme ich wohl zu Recht an, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ihn nicht nur bei sich haben, sondern auch die entsprechenden Stellen gelesen haben.

Lassen Sie mich aber, bevor ich zum Schluß komme, noch drei wichtige Bereiche der Umweltpolitik und der Vorsorgewirtschaft wenigstens streifen. Ich meine die Wasserversorgung, die Abfallbeseitigung und die Abwasserreinigung. Wir alle können ohne die örtliche zentrale Wasserversorgung nicht mehr auskommen. Wir betrachten sie als Selbstverständlichkeit und wundern uns nicht einmal über die Regelmäßigkeit, mit der das Wasser aus den Leitungen fließt. Der Bürger vertraut fast gedankenlos darauf, daß das immer so bleibt. Wer weiß schon oder wer kümmert sich darum, wo das Wasser herkommt, das er täglich verbraucht? Wer macht sich Gedanken darüber, was alles erforderlich ist, um Bevölkerung und Industrie jederzeit ausreichend mit gutem Wasser zu beliefern? Kaum jemand denkt daran, daß die Brunnen, Wasserwerke und Speicherbehälter alle errichtet und gepflegt werden müssen. Vorausgehen muß aber die Erschließung des Wasservorkommens, dessen dauernde Erhaltung ebenfalls viel Arbeit erfordert. Die qualitative und quantitative Sicherheit der Versorgung ist nur in dem Maße möglich, wie es uns gelingt, die natürlichen Vorräte zu schützen.

Führen wir uns kurz vor Augen: Das Wasser, das wir trinken, stammt aus dem Grund und Boden unter uns. Ich brauche Ihnen angesichts der immer dichter werdenden Besiedlung die Gefahren nicht aufzuzählen, denen das Wasser ausgesetzt ist, wenn wir nicht die Hand auf die Wassergewinnungsgebiete legen und schädliche Einflüsse, die sich vielfach erst in Jahren auswirken, von ihnen fernhalten.

Wenn ich eine Bilanz der durch das Land, die Gemeinden und die Gemeindeverbände erbrachten Leistungen in den letzten dreißig Jahren ziehe, dann steht die Wasserversorgung an hervorragender Stelle. Sie hat einen hohen Entwicklungsstand erreicht. Wir verfügen in jedem Teil des Landes über leistungsfähige Wasserwerke und über gut ausgebaute Lei-

(Minister Schacht)

tungssysteme. Annähernd hundert Prozent der Einwohner des Landes werden zentral mit Trink- und Wirtschaftswasser beliefert, ein Prozentsatz, wie er in anderen Bundesländern kaum erreicht wird. Wir können zudem dank ausreichender eigener Wasservorkommen zuversichtlich in die Zukunft blicken. Natürlich hat dies alles auch großer finanzieller Anstrengungen bedurft. Rund 330 Millionen DM sind in den Jahren 1950 bis heute in die öffentliche zentrale Wasserversorgung investiert worden. Das Land hat dabei kräftig mitgeholfen.

Der zweite bedeutende Themenkreis, zu dem ich noch ein Wort sagen möchte, ist der der Abfallbeseitigung. Bundesweit kam es zu einer Neuordnung der Abfallbeseitigung, als zu Anfang der siebziger Jahre die neuen Abfallbeseitigungsgesetze in Kraft traten. Der mitdenkende und auch mitverantwortende Bürger sieht heute ein, daß das Geschäft der Abfallbeseitigung in geordneten Bahnen verlaufen muß und daß die kurzfristige Bequemlichkeit der Müllkippe grad um die Ecke der Vergangenheit angehört. Die dem Grundsatz folgende wichtigste Neuregelung bestand darin, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Zusammenfassung der Abfallbeseitigung in größeren Gebietseinheiten zu schaffen. Erst dadurch wurden überhaupt strukturell und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen möglich. Nun, der Grund für die großräumige Abfallbeseitigung liegt darin, daß die Anforderungen des Umweltschutzes und nicht zuletzt auch die Rentabilität heute nur mit dem Betrieb von zentralen Anlagen erfüllt werden können. Zentrale Anlagen setzen aber einen entsprechend weiträumigen Einzugsbereich voraus.

Für Verbrennungs- und Kompostierungsanlagen, die sehr teuer in der Herstellung und sehr kostenintensiv im Betrieb sind, leuchtet dies unmittelbar ein. Und hier will ich auf das, was Herr Mann gefragt hat, kurz antworten. Beim augenblicklichen Stand der Untersuchung über die Einrichtung einer Kompostierungsanlage müßte ich nein sagen. Die kann nicht gebaut werden. Es ist nicht sicher genug, daß diese Art Anlage so gut arbeitet, daß die Bürger nicht durch die Kompostierungsanlage belastet werden. Das sage ich so lange, Herr Lindner, bis ich weiß, daß ich ja dazu sagen kann, daß die Anlage laufen kann. Im übrigen werden zur Zeit in Deutschland Kompostierungsanlagen geschlossen. Das ist ein Beweis dafür, daß wir richtig gehandelt haben, als wir meinten, vorsichtig sein zu müssen mit dem Bau einer Anlage, die sicher heute Mittel in einer Größenordnung von 50 Millionen DM verschlingen würde – und vielleicht ein bißchen mehr. Hier meine ich, Herr Lindner, man kann nicht einfach entscheidungsfreudig sein, ohne sicher zu sein, daß diese Entscheidungsfreude auch hinterher noch Freude macht.

(Abg. Lindner (SPD): Ja oder nein sagen, aber nicht immer vielleicht!)

Nein, die Christdemokraten und diese Landesregierung achten darauf, daß mit dem Geld der Bürger nicht leichtsinnig umgegangen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Die Aussage, die ich getroffen habe, meine Damen und Herren, gilt auch in gleicher Weise für Deponien, wenn man bedenkt,

daß Richtschnur heute nicht mehr der ungeordnete Gemeindegemüllplatz ist, sondern die geordnete Großdeponie, die im Interesse des Umweltschutzes und der Landschaftsgestaltung eine Vielzahl von Anforderungen zu erfüllen hat. Gegenwärtig, meine Damen und Herren, sind 76 Prozent der Einwohner des Saarlandes an zentrale Anlagen angeschlossen. Dieser Entsorgungsgrad kann sich auch auf Bundesebene sehen lassen – die Stadtstaaten haben höhere Prozentsätze vorzuweisen –, wir können mit der technischen Seite der Abfallbeseitigung äußerst zufrieden sein.

Zufriedenstellend, meine Damen und Herren, ist auch der Entsorgungsgrad, den wir im Saarland bei der Abwasserreinigung erreicht haben. Hier will ich gern das Wörtchen relativ dazusetzen, Herr Lindner. Ich beziehe mich damit auf den fast vollständigen Anschluß unserer Gemeinden an die öffentliche Kanalisation. Der im Saarland erreichte Wert von nahezu hundert Prozent der Hausanschlüsse darf auf Bundesebene einschließlich Berlin als Spitzenleistung gelten. Hier hat das Schwergewicht der Arbeit in den vergangenen Jahren gelegen. Weil wir das Schwergewicht unserer Arbeit bislang auf die Schaffung dieser Grundvoraussetzung einer effektiven Abwasserreinigung gelegt haben, sind wir verständlicherweise bei den Kläranlagen noch nicht soweit wie andere Länder.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Die anderen Länder sind auf diesem Gebiet noch nicht soweit.

(Abg. Lindner (SPD): Ein guter Wasserbauer fängt bei der Vorflut immer unten an.)

Der Kläranteil beträgt derzeit – Herr Lindner, ich würde an Ihrer Stelle zuhören – rund 50 Prozent. Und wir sind mit Hochdruck an der Arbeit. Auch wir haben ja mehr Geld zur Verfügung gestellt, um diesen Anlagenbau voranzutreiben. In den letzten zwei Jahren sind sechs neue Kläranlagen in Betrieb genommen worden. Nun können Sie gleich wieder sagen: Sie müssen sie bauen. Ich muß sagen: Wir haben einen Verband, der sie baut.

(Zuruf: Richtig!)

Der hat von uns mehr Geld bekommen, als er in den letzten Jahren verbaut hat. Ich sage auch gleich noch dazu –

(Zuruf.)

Habe ich nie gehabt. Ich sage noch dazu: es ist ein kommunaler Verband. Damit Sie nicht gleich wieder kommen – so viel ich gehört habe, hat sich Herr Netzer als nächster gemeldet –, sage ich es schon vorweg. Und nun verweise ich in diesem Zusammenhang auch auf unseren Ministerratsbeschuß vom 4. März, wonach das Saarland die landesrechtlichen Voraussetzungen für den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes zum 1. Januar 1981 schaffen wird. Und, Herr Lindner, noch eine Bemerkung.

(Abg. Lindner (SPD): Wie denn?)

(Minister Schacht)

Ich habe nie etwas anderes gesagt, als daß das Abwasserabgabengesetz ab 1.1.81 in Kraft sein soll. Ich habe auch von dieser Stelle aus schon einmal gesagt, daß ich hier im Gegensatz zu meinen Kollegen aus CDU- und CSU-regierten Ländern stehe. Sie sollten das endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Lindner (SPD): Dann darf ich Sie an Ihre Antwort auf meine Anfrage erinnern, in der Sie das nicht gesagt haben.)

Wenn Sie richtig hingehört hätten, dann hätten Sie verstanden, was ich gerade gesagt habe.

(Abg. Lindner (SPD): Ja jetzt! Die Anfrage ist drei Jahre alt!)

Zweck des Abwasserabgabengesetzes ist es, meine Damen und Herren, künftig die Reinhaltung der Gewässer effektiv zu gewährleisten und zugleich die erhebliche Kostenlast, die durch die Erfüllung dieser Aufgabe entsteht, gerechter als bisher zu verteilen. Sie reden natürlich von teurer, Herr Lindner. Gerechter als bisher zu verteilen!

(Zuruf: Aber es wird teurer!)

Trotzdem ist es aber gerechter. Das ist wichtiger! Zum einen wird dies dadurch erreicht, daß jeden, der Abwässer in die öffentlichen Gewässer einleitet, eine Abgabepflicht in Anlehnung an die Schädlichkeit seines Abwassers trifft. Zum anderen wird das Verursacherprinzip hier konsequent durchgeführt und der bisherige Mißstand, daß Schäden durch Gewässerverschmutzung nicht den Verursacher, sondern den Unterlieger oder die Allgemeinheit belasten, beseitigt. Die praktischen Vorbereitungen zum Vollzug des Abwasserabgabengesetzes sind in vollem Gange. Die Abgabepflichtigen sind ermittelt und bereits benachrichtigt worden, mit welcher Abgabenlast sie ab 1. 1. 81 zu rechnen haben.

(Abg. Lindner (SPD): Das würden sie gern überprüfen.)

Dies bedeutet, daß bereits alle Abgabepflichtigen im Saarland die auf sie zukommende Belastung kennen und daß vorbehaltlich einzelner Korrekturen die vorläufigen Abgabenbescheide termingerecht erlassen werden können.

Ich hoffe, daß sich der neue Landtag sofort nach Beginn seiner Legislaturperiode mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Saarländischen Wassergesetzes befaßt und es zügig zur Verabschiedung bringt. Es ist fertig. Diese Novellierung des Saarländischen Wassergesetzes dient sowohl der landesrechtlichen Ergänzung und dem Vollzug des Abwasserabgabengesetzes als auch der Anpassung an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes.

Meine Damen und Herren, in fünf Tagen, am 24. März 1980, werden wir offiziell den Naturpark Saar-Hunsrück seiner Bestimmung übergeben. Eine umfangreiche und langwierige Arbeit findet damit ihren erfolgreichen Abschluß, eine Arbeit, der ich mich in meiner ganzen bisherigen Amtszeit als Umweltminister verpflichtet gefühlt habe. Auch hier muß man sagen:

mühsam, aber es führt zum Ziel. Die Rechtsverordnung, die in wenigen Tagen in Kraft tritt und die Basis für den Park schafft, findet ihre Ermächtigungsgrundlage in § 18 des neuen Saarländischen Naturschutzgesetzes, jenes Gesetzes, durch das die gesamte Naturschutzarbeit im Saarland auf eine breite und solide rechtliche Grundlage gestellt wurde.

Ähnlich fundamentale und richtungweisende Funktion wie das gerade erwähnte Gesetz haben auch die von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungspläne Umwelt und Siedlung. Aus Zeitgründen kann ich auch diesen Themenkreis nur ganz kurz berühren, möchte aber doch mit wenigen Sätzen Sinn und Zweck dieser Pläne umreißen.

Mit diesen beiden jüngsten Landesentwicklungsplänen hat die Landesregierung ihre umweltpolitische Konzeption auch in die einschlägigen Ziele für Raumordnung und Landesplanung integriert. Die umweltrelevante Zielsetzung für das künftige Siedlungsgeschehen besteht darin, daß der ländliche Raum vom unerwünschten Siedlungsdruck, der vom Verdichtungsraum ausgeht, freigehalten werden soll. Auch im Verdichtungsraum soll die Landschaft für den Wohnbau und seine Folgemaßnahmen nur zurückhaltend in Anspruch genommen werden. Der Landesentwicklungsplan Umwelt will mit dem System einer differenzierten Funktionsteilung die ökonomischen Erfordernisse mit den ökologischen Belangen in größtmögliche Harmonie bringen. Die Ausweisung von Freiräumen und Grünflächen, die nach ökologischen Kriterien geformt das ganze Land durchziehen, soll zu einer flächenhaften Einschränkung der Siedlungstätigkeit führen und damit einem weiteren Fortschritt der oft beklagten Landschaftszersiedlung begegnen.

Meine Damen und Herren, trotz der engen Auswahl meiner Themen habe ich Ihre Geduld strapazieren müssen, ohne auch nur annähernd alle wichtigen Probleme des Umweltschutzes anzusprechen oder gar abhandeln zu können. Ich will auch nicht, meine Damen und Herren, auf die vielen von Herrn Lindner angesprochenen Einzelfragen eingehen, die ich nicht als Kleinigkeiten, aber doch als sehr spezielle Fragen bezeichnen möchte. Ich frage mich allerdings, Herr Kollege Lindner, warum im zuständigen Ausschuß dieses Landtages, in dem Sie Vorsitzender sind, nicht solche Fragen, wie Sie sie hier angesprochen haben, auf die Tagesordnung kommen, um einmal eingehend erörtert zu werden. Wenn ich auf diese Fragen von dieser Stelle aus eingehen wollte, brauchte ich dafür mindestens eine Stunde. Dabei wären es im Grunde genommen Fragen, die nur bestimmte Teile unserer Bevölkerung und bestimmte Damen und Herren dieses Parlamentes interessieren würden. So klein sind die Fragen.

Ich würde Ihnen auch empfehlen, meine Damen und Herren von der Opposition, sich einmal die Umweltberichte anderer Länder anzusehen und sich gleichzeitig die Frage zu stellen, wieviel Länder in der Bundesrepublik überhaupt ein Umweltprogramm haben. Sie kommen mit einer Hand sehr gut aus, Sie brauchen nicht einmal alle Finger. Sagen Sie mir ein einziges SPD-regiertes Land, in dem es ein Umweltprogramm gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

(Minister Schacht)

Bremen, das ist das einzige. In Hessen gibt es kein Umweltprogramm, da gibt es Landesentwicklungspläne. Sie dürfen es mir glauben: Sie kommen in Deutschland mit einer Hand aus, Sie brauchen nicht einmal alle Finger. Meine Damen und Herren, mit diesem Umweltbericht gehe ich in die Umweltministerkonferenz und lasse mich feiern. Das können Sie mir so wörtlich abnehmen.

Meine Damen und Herren, ich mußte auch unerwähnt lassen die hervorragende Zusammenarbeit meines Hauses mit den engagierten Vertretern der naturschutztreibenden Vereine und Verbände, die Leistungen auf dem Gebiet des ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutzes, die intensive Arbeit der Landschaftspflege speziell im Hinblick auf den Straßenbau, der im Saarland noch immer – das möchte ich unterstreichen – Maß und Ziel gekannt hat und so manches Mal zum aktiven Helfer des bewahrenden und behütenden Umweltschützes, Naturschützes geworden ist. Ich erinnere daran, daß im Saarland kein Meter Straße oder Autobahn gebaut wird, ohne daß zugleich Neupflanzungen angelegt werden. So kosteten Aussaat, Bepflanzung und Pflegearbeit, z. B. an der Autobahn Riegelsberg in Richtung Nonnweiler 5,5 Millionen DM. Zusätzlich wurden an dieser Autobahn 120 Bänke und Tische aufgestellt, die bei jeder längeren Autofahrt zu Verschnaufpausen einladen. In den letzten fünf Jahren pflanzte die Straßenbauverwaltung rund 2,5 Millionen Sträucher und rund 1,25 Millionen Bäume. Es werden im Saarland von der Straßenbauverwaltung 9 Millionen Quadratmeter Grünfläche gepflegt. Jährlich werden aus dem Haushalt der Straßenbauverwaltung 5 Millionen DM ausgegeben für Natur- und Landschaftspflege.

Meine Damen und Herren, Naturschutz, Landschaftsschutz, Umweltschutz – nirgendwo sonst steht die Verwaltung so sehr in Kontakt mit dem Bürger, nirgendwo sonst wird derart diffizile Arbeit unmittelbar am Lebensnerv des Landes geleistet. Ich bin froh und glücklich darüber – und ich sage dies drei Tage nach einer Wahl, bei der die sogenannten Grünen in ein Landesparlament eingezogen sind –, daß diese Landesregierung den Draht zum Bürger nicht verloren hat, daß dieser ab und zu so nützliche Prozeß sich im Saarland innerhalb einer sogenannten etablierten Partei Gehör verschafft und daß Grünsein im Saarland nicht bedeutet, zu einer Außenseitergruppe zu gehören.

Ich wiederhole meinen herzlichen Dank, meine Damen und Herren, an alle jene, die durch Aufgeschlossenheit, konstruktive Kritik, sachliches Engagement in Vereinen und Verbänden und durch tatkräftige Hilfe dazu beigetragen haben, daß diese Landesregierung eine, wie ich meine, gute Bilanz in Sachen Umweltschutz vorweisen kann. – Danke schön.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Meine Damen und Herren, darf ich darum bitten, auch den Rest der Sitzung noch einigermaßen diszipliniert über die Runden zu bringen, Zwiegespräche also möglichst zu vermeiden und den Redner sprechen zu lassen. Es hat jeder die

Möglichkeit, seine Meinung am Rednerpult hier darzulegen. Das Wort hat der Abgeordnete Netzer.

Abg. Netzer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 29. 8. 1979 ausgeführt: Der Schutz der natürlichen Umwelt ist eine der großen Herausforderungen dieser Zeit. – Der vorliegende Umweltbericht 1979 zum Umweltprogramm Saarland wird diesem Anspruch allerdings in keiner Weise gerecht.

Lassen Sie mich, verehrter Herr Umweltminister, auf einige Dinge eingehen, die Sie hier so theatralisch vorzutragen verstanden haben. Sicherlich bedarf der Umweltschutz in seinem Gesamtzusammenhang unseres natürlichen Lebensraumes, dessen wir Menschen bedürfen, einer eingehenden Gesamtbetrachtung. Nur bei einer Gesamtbetrachtung ist es überhaupt möglich, dem Umweltschutz in den einzelnen Bereichen den notwendigen Stellenwert einzuräumen.

Dies hatten wir Sozialdemokraten vor fast zwanzig Jahren erkannt. Sie werden sich sicherlich erinnern können, daß 1960 kein Geringerer als Willy Brandt in den Wahlkampf gezogen ist und den blauen Himmel über der Ruhr gefordert hat. Den hat er nicht nur aus reinem Interesse, daß die Schloten stillgelegt werden sollen, gefordert, sondern weil er eine Gesamtbetrachtung des Lebensraumes für uns Menschen angestellt hat. Und von daher die Intention der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, für die Verbesserung der Lebensqualität und der Lebensräume der Menschen zu kämpfen und diese sicherzustellen.

Von daher erheben wir mit Fug und Recht – wir können dies mit ruhigem Gewissen tun – immer wieder den Anspruch darauf, diejenigen zu sein, die den Umweltschutz dorthin gebracht haben, wo er sich heute befindet, nämlich in einer guten Position. Sie aber versuchen, falsche Töne hineinzubringen, indem Sie sagen, betrachten Sie einmal in unserem Lande den Rückgang der Staubbiederschläge, die wir zu verzeichnen haben. Sie nennen dann in sehr anschaulicher Weise den Rückgang der Zahlen. Ich könnte das auch tun, aber es wären nur Wiederholungen. Wir haben die Tatsache nie bestritten, nein, im Gegenteil. Wir Sozialdemokraten haben aktiv, als diese Landesregierung von der CDU in absoluter Mehrheit geführt wurde, dafür gekämpft, daß die Konverter bei den Stahlwerken in diesem unserem Lande eine entsprechende Entstaubung erfahren.

(Beifall bei der SPD.)

Dies haben wir 1967 schon getan, und ich darf Sie darauf hinweisen, daß kein anderer als unser Ministerpräsidentenkandidat Oskar Lafontaine diese Demonstration 1967 angeführt und dieses heiße Eisen in unserem Lande angepackt hat.

Des weiteren darf ich Sie aber auch auf die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, verweisen. Jetzt können Sie natürlich sagen, da hat die Opposition uns unterstützt. Fehlanzeige. Haben Sie nicht getan. Die historische Entwicklung und Dar-

(Abg. Netzer)

stellung wäre es wirklich wert gewesen, daß auch die Regierung die Unterstützung, die sie durch die Opposition erfahren hat, in einer solch umfassenden siebzigminütigen Rede des Umweltministers entsprechend erwähnt.

Ich will Ihnen noch ein anderes sagen. Wenn Sie so von den Erfolgen der Regierung reden, dann darf ich Sie noch auf folgendes hinweisen. Wir haben heute einige Stunden lang eine Debatte über unseren Arbeitsmarkt und dessen Entwicklungen geführt. Es kann Ihnen doch wohl nicht entgangen sein, daß durch die Stilllegung der SM-Öfen der Stahlwerke vieler Kokereien und dergleichen mehr von vornherein natürliche Emissionsquellen einfach verlorengingen, sonst bräuchten wir die negativen Zahlen des Arbeitsmarktes und die hohe Arbeitslosigkeit nicht zu beklagen. Es ist also nicht alles auf den Umweltschutz zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD.)

Daß Sie die entsprechenden Umweltschutzvorschriften ausführen, halte ich wirklich für eine Forderung, die man jeder Regierung — gleichgültig von welcher Partei sie gestellt wird — zumuten bzw. von ihr verlangen muß.

Und nun zu Ihrer Aussage, ohne Kohlekraftwerke und ohne Kernenergie kommen wir nicht aus. Das erstere, nämlich daß wir ohne Kohlekraftwerke nicht auskommen, würde ich Ihnen zugestehen. Dabei sind wir uns aber darüber klar, daß wir die notwendigen Entstaubungsanlagen bzw. die Vollentstaubung durchaus technisch beherrschen, daß wir dies also machen können. Das war jahrelang umstritten. Wenn Sie sagen, ohne Kernenergie kommen wir nicht aus — im Zusammenhang mit Cattenom haben Sie gesagt, in dieser geballten Kraft möchten wir sie nicht haben, weil sie uns da zu gefährlich ist —, da drängt sich mir ein Vergleich auf, Herr Minister, Sie möchten also lieber einen Pkw gebaut haben ohne Bremsen. Der ist Ihnen nicht so gefährlich wie der Omnibus, der keine Bremsen hat. Ich meine, das eine läuft auf das andere hinaus. Wenn eine Landesregierung sagt, sie ist für die Kernkraft — wir haben diese Diskussion geführt —, dann kann sie sich nicht damit herausreden, daß sie sagt, aber diese massierte Kraft ist mir zuviel. Dann hätte sie mit uns Sozialdemokraten hier in diesem Parlament im voraus entsprechend differenziert zu der Gesamtproblematik debattieren sollen. Aber das haben Sie ja nicht getan; deshalb beschweren Sie sich heute nicht darüber.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich zu der Frage Abfallbeseitigung noch zwei Sätze verlieren. Wir brauchen uns ja nicht über die fast sechzig Millionen DM, die der Abfallbeseitigungsverband an Darlehen aufnehmen mußte, zu unterhalten. Die Bürger haben die entsprechend hohen Zinsen zu bezahlen aus dem ganz einfachen Grunde, weil Sie Ihrer Aufsichtspflicht nicht so nachgekommen sind, wie wir das erwarten können. Aber wenn Sie sagen Abfallbeseitigungsplan, Sie möchten keine Kompostierungsanlage — —

(Zurufe.)

Doch, haben Sie gesagt. Nach jetzigen Erkenntnissen möchten Sie sie nicht haben. Aber dann sollten Sie auch hingehen und sollten dies nicht seit Jahren — ich glaube, es sind schon fast sechs Jahre — permanent offenhalten und immer wieder sagen, der Stand der Dinge ist noch nicht soweit. Dann bereinigen Sie den Abfallbeseitigungsplan entsprechend, und dann können wir zum gegebenen Zeitpunkt wieder darüber diskutieren. Aber dann müssen Sie auch den Abfallbeseitigungsplan, auf den Sie sich beziehen und auf den Sie sich bei jeder Gelegenheit berufen, entsprechend bereinigen und korrigieren.

In der Frage des grenzüberschreitenden Umweltschutzes widmen Sie sich im Umweltbericht, den Sie vorgelegt haben, mit einer einzigen Seite diesem gesamten Problem. Ich habe zwar vernommen, daß Sie hier in beredter Sprache sehr viel Zeit darauf verwendet haben, diese Dinge darzustellen, und daß Sie sich auf Cattenom, auf Blei, auf Rossel, auf Carling, auf Chemiekomplex und auf viele andere Dinge mehr bezogen haben. Ich aber hätte erwartet, daß eine verantwortungsbewußt handelnde Landesregierung und deren Minister solche Dinge in einen Umweltbericht hineinschreibt und nicht den untauglichen Versuch unternimmt, diesen gesamten Komplex herunterzuspielen, indem er nicht im Bericht erscheint bzw. nur mit einer knappen Seite abgetan wird. So hat die Landesregierung beispielsweise in ihrem Umweltbericht formuliert — das muß man sich fast auf der Zunge zergehen lassen —: „Die Landesregierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, in den unter ihrer Beteiligung tagenden grenzüberschreitenden Beratungsgremien die Belange saarländischer Umweltpolitik zu vertreten und auf die abgestimmte Raumordnung im Grenzraum hinzuwirken.“ Es sind dies die Saar-Lor-Lux-Regionalkommission, die Deutsch-Französische Kommission für Standortfragen von Kernkraftwerken im gemeinsamen Grenzraum und die Internationale Kommission zum Schutze der Saar und der Mosel.

Aber ich meine, verehrter Herr Minister, mit diesen allgemeinen Formulierungen kann man keine Umweltpolitik betreiben und schon gar nicht, wenn es sich um eine grenzüberschreitende Umweltpolitik handelt. Um diese wenigen dürren Worte wenigstens etwas mit Gehalt anzureichern, sahen sich dann die Regierungsfractionen genötigt, dem Beschlußantrag noch ein eigenes Papier nachzuschicken. Vom Umfang her gesehen übertrifft er allerdings die rund vierzig Zeilen — Sie sehen, ich habe ihn also wirklich exakt nachgelesen — der regierungsamtlichen Verlautbarungen zu diesem Thema um fast 100 Prozent. Bei der näheren Analyse des Inhalts erweist sich das ganze freilich als reine Vernebelungstaktik. Dort, wo der Umweltminister noch Fehlanzeige vermelden muß, produzierten die Regierungsfractionen ein wahres Wortgestöber in der Absicht, man möge nicht die rauhe Wirklichkeit dahinter entdecken.

Da wird „mit Befriedigung zur Kenntnis genommen“ und „Anerkennung“ gezollt für etwas, was selbst der sonst mit allen Mitteln um Publizität bemühte Ressortminister nicht als Erfolg auf seine Fahne geschrieben hat, nämlich eine Senkung der Blei-Emissionswerte in Saargemünd, da wird die Landesregierung aufgefordert, sich weiterhin sehr intensiv um eine Abstimmung und gemeinsame Problemlösung im Saar-Lor-Lux-Raum zu bemühen, so als habe man in der Vergangenheit

(Abg. Netzer)

geschlafen. Denn anders ist es ja wohl kaum zu interpretieren, meine Damen und Herren, daß die heute für so äußerst wichtig anerkannte Regionalkommission vor ihrer letzten Sitzung im November 1979 sich eine eineinhalbjährige Pause gegönnt hat. Sie haben sich nicht verhöhrt: eine eineinhalbjährige Pause hat sich diese Kommission gegönnt trotz der dringenden Probleme, die wir im gemeinsamen Grenzraum haben.

Ein Höhepunkt dieses Beschlusantrages ist aber auch unzweifelhaft die Aufforderung an die Bundesregierung, die Landesregierung in ihren Bemühungen gegen die Rosselverschmutzung tatkräftiger als bisher zu unterstützen.

(Minister Schacht: Das ist Bundessache!)

Abgesehen davon hat die FDP damit ihrem zuständigen Bundesinnenminister Baum ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt, wie Sie zugestehen werden. Sie versucht, die „wohltätige Koalition“ mit diesem Schlenker von ihrem eigenen Versagen abzulenken. Zum einen verschweigt sie natürlich den berechtigten Vorwurf der französischen Seite, daß auch im deutschen Saar-Einzugsgebiet erheblicher Nachholbedarf in der Frage der Abwasserbehandlung — das hat der Minister ja vorhin zugestanden — festzustellen ist. Zum anderen wird allerdings dabei unterschlagen, daß es zunächst einmal Sache der saarländischen Vertreter in der Internationalen Kommission zum Schutze von Saar und Mosel ist, die dringenden Anliegen der saarländischen Bevölkerung dort mit Nachdruck vorzubringen und zu vertreten.

(Minister Schacht: Nein!)

Darüber hinaus zeugt es nach meinem Dafürhalten von einem seltsamen Engagement, von jemand Unterstützung zu erwarten, ohne zuvor einmal mit ihm Konsultationen aufgenommen zu haben. Erst neuerdings — und dies im Vorfeld der Landtagswahl — sahen sich die Umweltstrategen der FDP bemüht, mit ihrem Parteilfreund Baum in dieser Frage einmal Kontakt aufzunehmen. Für seine Gesprächsbereitschaft erhält er nun vorab die entsprechende Ohrfeige.

Die Reihe grotesker Darbietungen in diesem Antrag wird mit einem besonders gelungenen Beitrag gedanklicher Akrobatik fortgesetzt. Konnte man bisher immer der Auffassung sein, die Regierungsfractionen hätten sich mit der Kernkraftzentrale Cattenom abgefunden und es gehe ihnen nur noch um möglichst strenge Sicherheitsvorkehrungen — das war Ihre bisher dargestellte regierungsamtliche und fraktionsamtliche Auffassung;

(Minister Schacht: Sie haben nicht zugehört, was ich in Bonn gesagt habe!)

das haben Sie nachträglich, verehrter Herr Schacht, entsprechend artikuliert, als nämlich das Kind in den Brunnen gefallen war —, so taucht in diesem Papier hier, das die beiden Regierungsfractionen vorgelegt haben, erstmals das Wort — man lasse sich das einmal auf der Zunge zergehen — vom „Verzicht“ auf, von Verzicht auf Kernenergie.

Wenn die Bundesregierung aufgefordert wird, wegen der für die saarländische Bevölkerung unzumutbaren Ballung von

Kernkraftwerkskapazitäten in unmittelbarer Grenznähe die Europäische Kommission bei ihren Bemühungen um eine gemeinsame Standortplanung zu unterstützen, so kann dies doch nur heißen, daß Sie den Standort Cattenom noch nicht für endgültig erachten.

(Zuruf von Minister Schacht.)

Da muß man sich einfach die Frage stellen, ob es sich hier um Sinneswandel oder um Wahlkampfaktik handelt. Auf jeden Fall ist Ihnen — das muß man festhalten — eine Formulierung dabei gelungen, in die sich wieder einmal alles hineininterpretieren läßt.

(Abg. Klimmt (SPD): Jawohl, typisch!)

Und damit der Bürger dann auch versteht, um was es sich bei soviel frommen Sprüchen handelt, wird schließlich ein alles erklärendes Resümee gezogen. „Maßstab saarländischer Umweltpolitik sind und bleiben die Belange und Bedürfnisse der Menschen.“ — Es ist eigentlich großartig zu wissen, daß der Mensch hier so im Mittelpunkt Ihrer Politik steht. Man hätte nämlich in der Tat nicht gewußt, für was dieses Papier sonst gut sein sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Bei den begrüßenswerten Bestrebungen, die verbal unterstützt werden, beiderseits der Grenzen bei Genehmigungsverfahren die volle Gleichberechtigung der Bürger mit unterschiedlicher Staatsangehörigkeit zu erreichen, hätte es nicht der leeren Worte bedurft. Da verstehen wir uns, und da haben wir eine gemeinsame Linie. Ich glaube, da ist dieses Parlament sich einig wie selten. Es hätte dieser großen, leeren Worte nicht bedurft. Man hätte hier geeignete Schritte folgen lassen sollen, um diese Problematik einer Lösung zuzuführen.

(Vizepräsident Herold übernimmt den Vorsitz.)

Es wäre auch besser gewesen, wenn die Landesregierung in der Vergangenheit eher versucht hätte, entsprechende Aktivitäten zu entfalten, damit ein europäisches Umweltschutzrecht hätte geschaffen werden können, und dies im wohlverstandenen Bürgerinteresse. Die Rosselanlieger beispielsweise sind seit Jahren die Geschädigten von den Verstößen der französischen Industrie; obwohl es eindeutige französische Gesetze gibt, wonach keine schädlichen Stoffe in die Gewässer eingeleitet werden dürfen — so steht es expressis verbis in den französischen Gesetzen —, wird dort permanent dagegen verstoßen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es der Landesregierung hier nicht bekannt ist, daß es solche strengen Vorschriften nach dem französischen Recht gibt. Ich frage mich, warum eigentlich die Landesregierung es in der Vergangenheit nicht als ihre vornehmste Aufgabe angesehen hat, einmal ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, das sich dieser Gesamtproblematik des grenzüberschreitenden Umweltschutzes widmet, das einmal dargestellt hätte, wo, an welchen Gerichten der Bürger bei welchen Anlässen und Gegebenheiten sein Recht suchen kann, mit welchem Erfolg er dies Recht suchen kann. Da hätte die Landesregierung nach meinem Dafürhalten im Bürgerinteresse wirklich mehr getan als

(Abg. Netzer)

immer nur wieder mit diesen leeren Versprechungen. Hier muß ich eindeutig Fehlanzeige feststellen. — Herr Wicklmayr.

Abg. Dr. Wicklmayr (CDU):

Ich habe in meinem Hause eine Untersuchung darüber anstellen lassen, ein Gutachten darüber, was in der Vergangenheit an Klagen dieser Art möglich war, wo sie geführt und mit welcher Rechtsbegründung sie versehen worden sind. Ich habe dies dem Oberbürgermeister der Stadt Völklingen auch zugestellt. Die Rechtsgrundlagen und die internationalen Vorschriften, die hier eingreifen, sind also zumindest zusammengestellt.

Abg. Netzer (SPD):

Herr Dr. Wicklmayr, es ist mir bekannt, daß Sie das in Ihrem Hause zusammenstellen ließen. Ohne jemand zu nahe treten zu wollen: das ist eine ganz komplizierte Materie, bei der es nicht nur um deutsches und französisches Recht, sondern auch um deutsches und luxemburgisches Recht usw. geht; es ist also Internationales Recht. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es in Einklang mit dem Recht der einzelnen Länder und dergleichen steht sowie der Entwicklung des europäischen Rechtes und der Meinungen, die vom Europäischen Gerichtshof dazu entwickelt wurden. Alles dies hätte es gerechtfertigt, bei der Gesamtproblematik, die wir zu verzeichnen haben, bei den Problemen, die uns noch vor der Haustür stehen, einmal eine Kommission zu beauftragen, eine unabhängige Kommission, die sich in diesem internationalen Recht bestens auskennt. Das ist meine Forderung an die Landesregierung. Und ich würde anerkennend hier sagen, wenn die Landesregierung dies in Auftrag geben würde: es ist eine positive Tendenz, die die Landesregierung dann wenigstens in die richtige Richtung hineinbringt. Aber bisher hat sie das nicht getan. Ich fordere sie auf, dieses Versäumnis auszugleichen. Ich wäre dankbar dafür, und bestimmt wären auch die Menschen dankbar, die von diesen grenzüberschreitenden Belastungen betroffen sind.

Das Gefährdungspotential auf Grund der massierten Industriensiedlungen im Grenzbereich ist geschildert worden. Wir haben oft genug darüber gesprochen; wir kennen es alle. Aber was ich hier ebenfalls bedauern muß, ist, daß im Umweltbericht nicht mit einer einzigen Zeile, meine Damen und Herren, die Frage der Alarmpläne ihren Niederschlag gefunden hat. Ich habe dazu vor zweieinhalb Jahren die erste Anfrage gestellt, vor einem halben Jahr habe ich die zweite Anfrage gemacht. Die Landesregierung hat sich darauf zurückgezogen, daß man dies in den zuständigen Gremien zwar vorliegen habe, aber bis heute sei von den Länderregierungen noch nichts genehmigt worden.

Meine Damen und Herren, das ist nicht ausreichend. Die saarländische Bevölkerung hat wenigstens ein Anrecht darauf, zu wissen, was in den Alarmplänen, die vorgesehen sind, eigentlich inhaltlich niedergelegt ist, damit man erkennen kann, ob die notwendigen Vorsorgen getroffen worden sind. Erst

wenn man dies weiß, kann man sachliche Diskussionen führen und Meinungsbildungsprozesse einleiten.

Der Mangel an grenzüberschreitender Verkehrsplanung wird auch immer wieder deutlich, wenn wir uns die Auseinandersetzungen und Belästigungen der Zollübergangsstelle Lauterbach über die gesamte Strecke der LIO 165 vom Brückenkopf Wehrden bis zur Zollübergangsstelle betrachten. Hier liegen einfach seit Jahren Vorschläge auf dem Tisch des Hauses, Entlastungsstrecken zu bauen, beispielsweise die Raffineriestraße bis zur französischen Grenze auszubauen und entsprechend mit den französischen Partnern zu verhandeln. Das kann man in der interregionalen Kommission machen, damit sie entsprechend abgenommen wird. Zu der gesamten Problematik der grenzüberschreitenden Verkehrsplanung gibt es kein einziges Wort, damit auch nicht zur Verbesserung der Wohnqualität und des Städtebaues, kein Wort zu einem notwendigen Generalverkehrsplan mit der notwendigen Bestandsaufnahme und den einzelnen Faktoren. Das reicht einfach nicht aus.

(Abg. Schacht (CDU): Das ist doch kein Bericht meines Hauses!)

Ja gut, es ist kein Bericht Ihres Hauses, es ist ein Bericht der Umwelt. Aber dann müssen die Fakten dargestellt werden, sie müssen aufgenommen werden, und dann müssen Hinweise gegeben werden, wie man sich bemüht, dies in Zukunft abzustellen.

Auch die Frage des Lärms spielt eine entscheidende Rolle für die Zukunft. Die Lärmpegel sind ständig am steigen. Lassen Sie mich dazu noch eine Bemerkung anfügen. Herr Minister Schacht, Sie haben in der Haushaltsdebatte im Dezember, als wir Ihren Haushalt beraten haben — ich hatte darauf hingewiesen, daß wir an der LIO 165 Lärmpegel zwischen 74 und 84 db hatten — gesagt, das ist der Lärmpegel eines Düsenjägers. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß der 140 db beträgt.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Verehrter Herr Minister, das sind Meßwerte, die können Sie jederzeit nachprüfen — ich habe Sie dazu schon einmal aufgefordert —; bei der Stadt Völklingen können Sie diese Werte jederzeit bekommen.

(Abg. Schacht (CDU): 84 db ist unmöglich!)

Zwischen 72 und 84 db — die Meßstellen liegen ebenfalls fest — im Tagesmittel. Nehmen Sie mir das doch bitte ab; das sind Lärmwerte, die exakt festgestellt wurden. Ich fordere Sie nochmals auf, Herr Minister, auf Grund der immer dringlicher werdenden Probleme des Umweltschutzes, der Lärmbekämpfung und des vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Verkehrslärmschutzgesetzes — wo in Zukunft immer stärker diesem Umweltschutzgedanken Rechnung getragen werden muß — einen Generalverkehrsplan vorzulegen, der in Zukunft dafür Sorge trägt, daß die entsprechenden Prioritäten gesetzt werden, wann, wo, zu welchem Zeitpunkt und mit

(Abg. Netzer)

welchem Vorrang welche Straßen, Entlastungsstrecken und Ortsumgehungen gebaut werden.

Es kann nicht hingenommen werden, Herr Minister Schacht, daß Sie mir in einem Schreiben zu dieser LIO 165 antworten, betreffend den Ausbau des zweiten und dritten Abschnittes, daß auf Grund verschiedener Erschließungsmaßnahmen von Industriegebieten für kreuzungsfreie Anschlüsse die Gelder nicht zur Verfügung stehen, und die Bevölkerung wird weiter diesen Belastungen ausgesetzt. Dies kann so nicht hingenommen werden. Dann müssen Sie eben in Ihrem Hause andere Prioritäten setzen.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eine Frage aufgreifen. Ich komme eigentlich aus dem Staunen nicht heraus, ich habe nicht die Absicht, in irgendeiner Form Polemik zu betreiben. Ich treffe sachlich nüchterne Feststellungen, die jederzeit von Ihnen nachgeprüft werden können, denen Sie auch nicht widersprechen werden. Der Kollege Mann hat ebenfalls die Frage des Kohleabbaues angesprochen. Daß wir die Kohle und den Abbau der Kohle haben müssen, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten; darin sind wir weitestgehend einer Auffassung. Ich bin dankbar, daß der Kollege Mann jetzt auch der Auffassung ist; er hat ja eine Zeitlang im Widerspruch zu seinem Wirtschaftsminister gestanden. Aber Kohleabbau darf auch nicht so betrieben werden, daß er neben der Städtebauplanung, der Landschaftsplanung, der Verkehrsplanung und der Umweltschutzplanung einfach als selbständiges Krebsgeschwür läuft.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm (CDU).)

Aber, verehrter Herr Kollege Wilhelm, wenn ich das in diesem Zusammenhang betrachte – und ich habe es in einen sachlichen Zusammenhang gestellt –, dann können Sie diesen Anspruch von mir nicht als Angriff werten. Sie wären besser beraten gewesen, in der Landesregierung darauf hinzuwirken, daß diese Gedanken in die Landschaftsplanung oder in die Landesplanung Eingang gefunden hätten, damit hier eine koordinierte Abbauplanung neben den Grundsätzen, die ich genannt habe, vorgenommen wird. Auch die Frage der Erhaltung unseres Grundwassers ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die letzten Untersuchungen haben dies deutlich bestätigt, und zwar Untersuchungen von Fachleuten, nicht von mir.

Kollege Schacht, Sie haben eine Zwischenbemerkung – nein, Kollege Groß, meine Redezeit ist begrenzt –

(Lachen bei der CDU)

mit dem Hinweis auf das Bundesberggesetz gemacht. Ich habe eigentlich darauf gewartet. Sie weisen auf das Bundesberggesetz hin; das ist mir zu billig. Sie können sich nicht aus der Verantwortung heraushehlen. Wir haben ein föderatives Staatssystem. In diesem föderativen System tragen Sie als Regierung Verantwortung; dieser Verantwortung müssen Sie gerecht werden. Wenn das Bundesberggesetz – ich glaube, es stammt aus dem Jahre 1863 –

(Zurufe.)

Ja, ja, Kollege Groß, ich weiß, wovon ich rede, was Sie offenbar nicht immer wissen. Wenn wir von diesem Preußischen Berggesetz reden, das dieses Alter besitzt, und von den Veränderungen, die nicht geleugnet werden können, dann ist es Ihre Verpflichtung und vornehmste Aufgabe als Landesregierung, über den Bundesrat aktiv zu werden, damit in dem von mir genannten Sinne im gemeinsamen Interesse der Menschen, der Industrie, der Arbeitsplätze und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage der Menschen die entscheidenden Fortschritte getan werden und die Gesetze geändert werden.

Vizepräsident Herold:

Herr Abgeordneter Netzer, Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Netzer (SPD):

Abschließend noch einen Satz, Herr Präsident. Ich habe versucht, Ihre Berichterstattung mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Ich habe Ihnen dargelegt, was wir von dem, was Sie vorgelegt haben, halten. Ich würde es so formulieren: Man kann nur hoffen, daß am 27. April diese Verfolgungsjagd endgültig ein Ende findet. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Herold:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Budell. Für ihn ist Redezeitverlängerung beantragt.

Abg. Dr. Budell (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich sagen, ich hoffe, daß ich die Redezeitverlängerung nicht beanspruchen muß. Ich werde dies versuchen.

(Zuruf des Abgeordneten Triem (SPD).)

Selbstverständlich, Herr Kollege, bei dieser vorgeschrittenen Zeit. Leider Gottes ist es immer so, auch bei den Haushaltsberatungen, Herr Minister Schacht: im Dunkeln wird dann das Problem Umwelt diskutiert. Es ist selbstverständlich, daß die Opposition am Umweltbericht – bis auf einige positive Bemerkungen des Herrn Lindner – nichts Gutes läßt. Wer hätte auch etwas anderes erwartet! Wenn Minister Schacht den Bericht in zwei Jahren nicht auf Glanzpapier, sondern auf Umweltpapier druckt, ich glaube, dann ist Herr Lindner sowie so völlig mit dem Bericht einverstanden,

(Abg. Lindner (SPD): Sie haben aber eine komische Meinung von mir; so leicht bin ich nicht zufriedenzustellen!)

(Abg. Dr. Budell)

und dem Umweltminister kann bescheinigt werden, daß er in Analyse und Therapie der Umweltsituation in unserem Lande weithin gerecht geworden ist. Dieser Bericht ist ein guter Bericht und ein weiterer Schritt zum ökologischen Denken und Handeln, was wir mehr denn je brauchen.

(Frau Abg. Granz (SPD): Das glauben Sie selber nicht!)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei der Ökologie, bei der Umwelt sind, dann möchte ich doch den einen Hinweis geben: Einen ganzen Tag hinter Vorhängen bei diesem Licht — sicher, wir sind selber daran schuld, denn wir haben uns ja um eine umfassende Berichterstattung bemüht, kein Vorwurf an die falsche Seite —, das ist schon sehr viel, was wir da mitmachen müssen.

Nun, Umweltpolitik ist ein hervorragendes Thema für eine Oppositionsfraktion. Auf der einen Seite fordert natürlich diese Opposition, daß die Regierung dies und jenes mache, daß sie Straßen baue, Arbeitsplätze und Industrieanlagen schaffe, Infrastruktur bereitstelle und-und-und. Dann kommen Sie natürlich am Abend desselben Tages und sagen, diese Umweltsituation in unserem Lande, was sind da für Versäumnisse geschehen, wie schlecht ist die Situation. Und damit ist genau das Problem angesprochen, nämlich jenen Kompromiß zu finden, wie wir in dieser technisierten Zivilisation bestehen können. Wo sie hinführt, möchte ich jetzt gar nicht ansprechen. Aber wir müssen in der konkreten Situation bestehen. Auf der anderen Seite müssen wir die Natur, diese Erde so erhalten oder ihr wenigstens soweit helfen, daß sie diese Zivilisation verkraften kann. Dies scheint mir überhaupt der Grundgedanke unserer langfristigen Überlegungen zu sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

All unser Bemühen — und das möchte ich an dieser Stelle einschieben — verlangt natürlich wieder staatliche Reglementierung, verlangt Gesetze, verlangt Verordnungen, verlangt eine ganze Bürokratie. Am Schluß wissen wir natürlich, daß überall Fehlverhalten eintreten kann, und wir müssen die Frage immer wieder von neuem stellen: Wie machen wir das, wo wir doch weniger Bürokratie schaffen wollen, wo wir doch die Selbstverantwortung des einzelnen stärken wollen? Hier ist natürlich auch die kommunale Selbstverwaltung angesprochen, denn wir haben ja über das Landesplanungsgesetz, über das Landesentwicklungsprogramm, über die Landesentwicklungspläne bis hin zu den Bauplänen der Gemeinden,

(Abg. Lindner (SPD): Wir haben kein Programm!)

den Flächennutzungsplänen, die darübergelagert sind, ein ganzes System geschaffen, wo sehr viel Reibung entstehen kann. Wenn man zum Beispiel der Zersiedlung der Landschaft Einhalt gebieten will, muß übergeordnet geplant werden. Dies tritt natürlich in Kollision mit dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, mit ihren Bauplänen usw. usf. Das möchte ich hier nur einmal angedeutet haben.

(Abg. Lindner (SPD): Eine gute Regierung schafft das!)

Ich habe es sehr begrüßt, daß der Minister in seinem Bericht die Lebensumwelt des Menschen, und zwar seine direkte Umwelt, sein Wohnumfeld, den Städtebau, meine ich, ganz vorn angestellt hat. Dies ist für uns zunächst einmal das ureigenste Anliegen und eine Herausforderung ohnegleichen. Nur möchte ich an dieser Stelle vermerken, daß ich es nicht so gerne lese — wiewohl ich auch, Herr Schacht, Verständnis dafür habe —, wenn Sie an zwei Seiten Ihren Berichtes von der Funktionsentflechtung sprechen. Es ist natürlich richtig, daß stark emittierende Betriebe nicht in unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen sein sollten. So sehr dies richtig sein mag, so sehr halte ich es aber für falsch, wenn die Funktionen menschlichen Daseins, menschlichen Lebens entzerrt, auseinandergenommen werden. Arbeiten, Wohnen usw. ist im wesentlichen, Herr Schacht, auf die Industrie abgestellt. Mir schwebt bei unserem Städtebau mehr denn je ein Zusammenführen menschlicher Funktionen vor. Die Funktionsmischung sollte mehr in den Vordergrund gehoben werden. Dann hat der Mensch das Umfeld, das er überblickt, die kleine Einheit, bei der er sich als Individuum empfindet und wo er auch das soziale Umfeld findet, in dem er gesund leben kann, als Mensch leben kann und wo er sich bestätigt fühlt.

(Beifall bei der SPD.)

An dieser Stelle meine ich, wer die Natur schützen will, muß die Stadt lebenswerter machen, damit der Drang der Menschen nach draußen zurückgestellt werden kann, so daß wir der freien Landschaft und ihren Problemen mehr gerecht werden können. Die freie Landschaft ist heute mehr denn je gefährdet, die belebte Natur ist am meisten gefährdet. Wir beklagen den Verlust an freier Landschaft mehr und mehr.

(Beifall bei der SPD.)

Darum habe ich es — und da können Sie auch Beifall spenden — sehr begrüßt, als der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung an ganz hervorragender Stelle gesagt hat: Wir müssen den Verlust an freier Landschaft, an Grund und Boden in der Zukunft so klein wie möglich halten. Wenn die Regierung dies in der nächsten Legislaturperiode — und es muß ja auch sein — mehr denn je verfolgt —

(Zuruf des Abgeordneten Lindner (SPD).)

Natürlich muß sie dann sagen wie. Das ist zum Beispiel, was Städtebau anbelangt, das Erfordernis der differenzierten Verdichtung. Das muß stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Georg Wagner (SPD).)

Sehen Sie, und dann kommt noch der Bauwisch, Herr Kollege Wagner, dann kommt es dabei gar nicht mehr so sehr darauf an. Meine Damen und Herren, der Verlust an freier Landschaft —

(Zurufe und Sprechen.)

Ich habe Ihnen auch zugehört, das müssen Sie bestätigen. Sehen Sie, verhalten Sie sich ordentlich, wie sich dies in

(Abg. Dr. Budell)

einem Parlament gehört. — Meine Damen und Herren, es sind nicht nur die Wohnsiedlungen, die die freie Landschaft beanspruchen, es sind auch die Industrieanlagen. Das Opel-Werk, das nach Homburg kommen sollte, steht in der Niederung, die sich von Homburg bis nach Kaiserslautern erstreckt, in der Landstuhler Moorsenke. Dort hat man natürlich sehr viel freie Landschaft, hervorragende Landschaft. Ich habe in diesem Raum meine Jugend verlebt. Ich kenne diese Landschaft, ich weiß, wie reich gegliedert sie war, was sie geboten hat: eine Fülle von Pflanzenarten, die sonst nicht vorkommen, und von Tierarten konnte man dort beobachten. Aber da ist halt jetzt das Opel-Werk, und das entlastet natürlich auch den saarländischen Arbeitsmarkt, das müssen wir dann auch sehen. Es sind des weiteren auch die vielen Straßen in dem Zusammenhang zu sehen, die wir gebaut haben. Meine Damen und Herren, Sie kennen meine Haltung: es sollte der Zeitpunkt kommen, wo wir Schluß machen, freie Landschaft in dem Maße wie bisher für Straßen zur Verfügung zu stellen. Ich weiß, der Bund hat den Anfang gemacht, einige Straßen, die ohnehin nicht gebaut werden, zu streichen.

(Abg. Lindner (SPD): Das ist schon einmal etwas.)

Es ist wenigstens ein Anfang, wenn auch nur ein verbaler. Meine Damen und Herren, freie Landschaft vernichten bedeutet natürlich, Tiere und Pflanzen immer mehr zurückzudrängen. Aber diese sind wesentlicher Teil unserer eigenen Lebensgrundlage. Ich habe mich natürlich über eines gefreut, Herr Schacht, das darf ich einmal so sagen; Sie sind ja Bauminister.

(Minister Schacht: Auch!)

Auf jeden Fall habe ich mich gefreut, daß in dem Bericht soviel Ökologie enthalten ist. Der Minister hat z. B. geschrieben: „Die Gesellschaft gefährdet selbst ihre eigenen Lebensgrundlagen, wenn sie duldet, daß durch weitere Inanspruchnahme der freien Landschaft das Gleichgewicht der Natur beeinträchtigt wird.“ Wiewohl es natürlich schwer ist, den Begriff „Gleichgewicht der Natur“ zu definieren. Es ist wirklich sehr schwer, man kann es eigentlich nur von der negativen Seite her tun.

Nun, die Folge — ich habe es eben schon angedeutet — dieses Landschaftsverlustes ist das Verschwinden von Tier- und Pflanzenarten aus der Landschaft. Lebensgemeinschaften werden zerstört, eine Gefährdung oder gar Ausrottung von Arten ist meist eine Folge — Sie wissen das — von Eingriffen in Ökosysteme und nicht selten ein brauchbarer Indikator dafür. Wenn wir feststellen, daß heute eine Pflanzenart nicht mehr bei uns vorkommt, wenn eine Tierart nicht mehr bei uns vorkommt, dann wissen wir, daß unsere Umwelt sich nicht verbessert hat, sondern daß die Umweltsituation sich verschlechtert hat. Daher die Indikatorwirkung von vielen Arten. Und im Gefolge und in der Ausführung des Naturschutzgesetzes erwarten wir nunmehr eine Arten-Schutzverordnung des Bundes und schließlich auch des Landes, damit wir von dort her einiges tun können. Ich möchte hier Ihren Blick auf die Naturlandstiftung lenken. Diese Stiftung kann sicherlich nicht eine heile Welt schaffen und kann diese Welt nicht retten. Aber wir haben doch Beispiele dafür gesetzt, wie man Landschaftsteile in ihrer Ursprünglichkeit oder in

ihrer Entwicklung sich so überläßt oder so lenkt, daß sie ein wertvoller Bestandteil unserer Landschaft sind.

Nun, meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang sind es natürlich die Chemikalien, die wir in so enormer Menge in diese Landschaft bringen, allein die Landwirtschaft und auch wir durch alle möglichen Tätigkeiten. Man kann sagen — nicht unbedingt, um jemandem Angst zu machen —, daß die Chemisierung der Landschaft und der Natur, der Biosphäre eine Zeitbombe ist, die irgendwann einmal explodieren wird. Wir haben Chemikalien in den Kreislauf der Stoffe hineingebracht, von denen wir nicht wissen, welche Auswirkungen sie haben werden. Heute — oder war es gestern? — war in der „Welt“ ein Artikel über Chemikalien, die die Amerikaner zur Entlaubung der vietnamesischen Wälder angewandt haben.

(Abg. Ganz (CDU): Das machen die nicht allein. — Abg. Kopp (SPD): Das sind doch nur Unterstellungen. — Das höre ich zum erstenmal von Ihrer Seite, daß die Amerikaner so etwas gemacht haben.)

Herr Kollege, bitte stören Sie mich nicht. Ich weiß, wovon ich rede, glauben Sie es mir. Ich kann Ihnen auch einmal entsprechende Literatur geben. Es sind überall dieselben, in Ihrem Sinne die Kapitalisten, in meinem Sinne auch die Sozialisten, sie wollen immer mehr produzieren, sie wollen immer mehr auf den Markt bringen, auf den freien oder auf den anderen. Es ist völlig egal, in Ihren Auswirkungen sind beide gleich. Aber dieses vietnamesische Beispiel zeigt, daß heute Kinder auf die Welt kommen, die mißgestaltet sind in einer Art und Weise, wie es Contergan überhaupt nicht vermocht hat. Und dies sind doch schon schlimme Beispiele. Das ist die Chemisierung unseres Lebens. Und dies abzuwenden ist mit eine Hauptaufgabe für den Rest dieses Jahrhunderts.

Nun, was tut der Bund? Wir haben ja heute von der Opposition immer gehört, was das Land tut oder nicht tut, diese Landesregierung usw. Das ist Ihr gutes Recht, ich würde es genauso machen. Aber diese Bundesregierung wollte schon lange ein Umweltchemikaliengesetz auf den Weg bringen. Das Schicksal dieses Gesetzes ist eine wahre Tragödie.

(Abg. Lindner (SPD): So ist es!)

Man könnte gerade meinen, Herr Schmit läßt sich von denen, die Chemikalien produzieren, die Hand halten, wenn er sich damit beschäftigt und seine Meinung dazu niederlegt. Hier wäre es eine dankbare Aufgabe für Sie, meine Herren, etwas zu tun. Nun, wer macht es? Die Antje Huber macht es. Ich habe einen Artikel im „Spiegel“ gelesen, wo darüber mächtig hergezogen wird. Na ja, diese Bundesregierung scheint offensichtlich mit ihren Frauen — Marie Schiel, Frau Strobel und wie sie alle heißen — nicht soviel Glück zu haben. Aber schade, daß ein so schwaches Mitglied der Bundesregierung wie Antje Huber dieses so wichtige Gesetz federführend in die Hand bekommt. Das kann doch nur heißen — hier ist die Absicht ganz klar —, daß dieses Gesetz, zumindest auf Zeit, verhindert werden soll.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in unserem Land mehr denn je auch ökologische Ausgleichsflächen. Der Naturpark Saar-Hunsrück wird jetzt eingeweiht, seiner Bestimmung

(Abg. Dr. Budell)

übergeben. Gut, damit wird aber nicht zusätzlich Natur geschaffen, es wird sicherlich einiges getan, flankierend mitgeholfen, und sicherlich wird einiges geschützt. Wir müssen in unserem so dicht besiedelten Raum insbesondere darauf achten, daß solche Flächen erhalten bleiben. Hier bieten sich die Brachflächen an, meine Damen und Herren. Brachflächen werden oft so negativ dargestellt. Ich finde, das ist gar nicht richtig. Denn die ökologischen Wirkungen von Brachflächen stehen den ökologischen Wirkungen, der Sozialfunktion des Waldes z. B., gar nicht so sehr nach. Solche Brachflächen bieten doch geradezu die Möglichkeit, daß Tiere und Pflanzen sich erhalten können. Sie werden dort nicht so unmittelbar belästigt, wie dies bei bebauten Flächen der Fall ist.

Nun, ich will auf diese Thematik nicht näher eingehen, weil ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auch die Redezeitverlängerung, wie ich versprochen habe, nicht allzu sehr in Anspruch nehmen will. Ich möchte hier nur noch eines sagen. Feuer in der Landschaft sollte soweit als möglich zurückgedämmt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Hier ist gesagt worden, daß im Forst Abfallholz zusammen mit Benzin, Altöl, Reifen usw. beseitigt worden sei. Solche Beispiele gibt es sicherlich, das ist passiert. Und das muß auch geahndet werden. Ich bin der Meinung, daß überhaupt nichts verbrannt werden soll. Denn die Energie, die dort verlorengeht, steht ja dann der Bodendynamik nicht mehr zur Verfügung.

Ich habe mir hier noch notiert: AB-Maßnahmen. Meine Damen und Herren, ich habe gerade in der letzten Zeit draußen in der Landschaft wieder einige Beispiele erlebt. Da wird, sicherlich in guter Absicht und wahrscheinlich in Verkennung des Begriffes Landschaftspflege, die Landschaft gepflegt, das heißt auf gut saarländisch: „Das Zeuch muß jetzt emol weg.“ Und dann wird natürlich so richtig alles weggehauen und verbrannt. Dies ist verspätetes RAD-Denken, dem sollten wir nicht anhängen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun, meine Damen und Herren, die Landwirtschaft spielt natürlich in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. Heute dürfen wir doch sagen, daß die Flurbereinigung sicherlich die schlimmsten Fehler vermeidet. Herr Minister Klumpp, es ist gut so, daß in diesem Bereich ökologisches Denken eingezogen ist. Heute sind die Flurbereinigungsbehörden bestrebt, Flächen für die Natur, für Pflanze und Tier, auszuweisen. Wir sollten davon mehr denn je Gebrauch machen. Von dieser Stelle aus habe ich einmal gesagt: Bei der Flurbereinigung wird alles bereinigt – die ganze Natur wird von Baum und Strauch gereinigt –, und dann tobt sich die Ideologie der geraden Linie und des rechten Winkels auf dem frei gewordenen Land so richtig aus.

(Abg. Kronenberger (SPD): Jawohl! – Beifall bei der SPD.)

Wir sind heute, Gott sei Dank, davon weggekommen und sind auch in der Lage, mehr sichtbar machen zu können, welche

Bedeutung Feldgehölze in der freien Flur haben – insbesondere für die Unterstützung des Kleinklimas, aber auch, um die Erosion zu verhindern; denn die Erosion ist insgesamt die Krankheit auf dieser Erde und etwas ganz Schlimmes, weil von dort aus sehr viel Hunger in dieser Welt ausgeht, da durch Abschwemmung fruchtbare Erde verlorengeht.

(Beifall bei der SPD.)

Minister Klumpp:

Herr Dr. Budell, gestatten Sie eine Frage? – Ist Ihnen bekannt, daß ich, seit ich Minister bin, angeordnet habe, gerade die Flurbereinigung als ein Mittel zu gebrauchen, solche Gehölze und solche Flächen zu schaffen, um die Flurbereinigung als Mittel eines aktiven Landschaftsschutzes einzusetzen?

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abbrennen mit Reifen ist unerhört und muß natürlich unterbleiben.

Abg. Dr. Budell (CDU):

Das kann wirklich nicht so bleiben. Nun, meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch auf etwas anderes hinweisen.

(Abg. Muthweiler (SPD): Bei der Talsperre sind Tausende von Autoreifen mit Benzin übergossen und verbrannt worden. – Zurufe. – Sprechen. – Glocke des Präsidenten.)

Der Kollege Schwarz und ich werden sehr häufig mit den nachteiligen Entwicklungen, die jedes Hochwasser im Raum der Blies mit sich bringt, konfrontiert. Wir können das Übel nicht dort abstellen, wo seine Auswirkungen sich am deutlichsten zeigen, sondern wir müssen versuchen, die Wassereinzugsgebiete der Flüsse so zu gestalten, daß das schnelle Abfließen von Wasser verhindert wird.

(Beifall bei der SPD.)

Dort ist gesündigt worden, weil man meinte, jeder kleine Bach müßte gradlinig gezogen werden, müßte noch in Betonschalen gelegt werden usw. usf. Dort ist die Sünde geschehen, und man braucht sich dann nicht zu wundern.

(Beifall bei der SPD. – Minister Schacht: Herr Kollege Budell, ich bitte doch darum, daß Sie in diesem Zusammenhang sagen, wo nach Ihrer Meinung die Flüsse und Bäche begradigt worden sind.)

Das Wassereinzugsgebiet der Blies liegt zu zwei Dritteln auf rheinland-pfälzischem Boden, Herr Minister Schacht.

(Minister Schacht: Herr Kollege Budell, ist Ihnen bekannt, daß die gleichen Hochwasser, wie sie heute vorkommen, auch früher vorgekommen sind?)

(Abg. Dr. Budell)

Ja, mit Sicherheit.

(Minister Schacht: Wissen Sie, daß die Hochwasserbeseitigung rund hundert Millionen DM allein in diesem Projekt kosten würde?)

Es ist eine andere Frage, wie man die Folgen einer verfehlten Behandlung der Wassereinzugsgebiete beseitigt und ob man diese schafft.

(Minister Schacht: Das ist die Frage überhaupt. — Abg. Hans Georg Wagner (SPD): Ja, das ist die Frage. — Beifall.)

Und ich bin der Meinung, wir könnten es.

(Minister Schacht: 100 Millionen, dann mach ich's.)

Aber es wäre ökologisch richtiger und vernünftiger, wenn man das Wasser in der Landschaft hielte. Dies sollte Grundsatz der Wasserpolitik sein, das Wasser in der Landschaft zu halten. Das ist das Richtige.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Springer (SPD): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Sie hätten doch heute morgen die Gelegenheit gehabt, eine große staatsmännische Rede zu halten, Herr Springer.

(Abg. Springer (SPD): Stimmen Sie mir zu, daß die Überschwemmung der Blies eine Folge der Begradigung des Schwarzbaches ist?)

Dies ist in ganz geringem Maße richtig.

(Beifall bei der SPD. — Minister Schacht: Das ist falsch!)

Nein, nein, ich habe es positiv formuliert, denn es kommt auf das letzte Stückchen begradigten Schwarzbachs bei der Lösung dieses Problems überhaupt nicht mehr an. Das ist genau in Ihrem Sinne, Herr Minister, weil das andere, wenn man es so sagt, wirklich falsch ist. Nun noch ein Wort zur Landwirtschaft.

(Abg. Netzer (SPD): Herr Minister, wie hätten Sie's gern?)

Ich habe mit großem Interesse im Umweltbericht gelesen, daß neben den herkömmlichen Landbaumethoden auch alternative Methoden zu pflegen sind. Dies hat mich gefreut, weil hier ein Weg aufgezeigt ist, wie wir von der Chemisierung der Landschaft allmählich wegkommen können.

Nun, meine Damen und Herren, bei einer Umweltdebatte, bei einer Aussprache darüber darf natürlich das Thema Wald nicht fehlen, weil in einem hochtechnisierten Land, wie das Saarland es ist, der Wald mit seinen Ausgleichswirkungen von allergrößter Bedeutung ist. Leider ist, und dies ist im Umweltbericht sehr klar dargestellt, unsere Waldflächenbilanz negativ. Dies wäre noch nicht so schlimm, wenn der Wald dort, wo er am meisten gebraucht wird, nämlich in den Ballungsräumen, nicht am meisten in Mitleidenschaft gezogen

würde. Herr Minister Klumpp, wir von der CDU-Landtagsfraktion unterstützen selbstverständlich Ihr Wiederaufforstungsprogramm, wobei ich sagen möchte, daß nicht unbedingt jede freie Fläche, die anderweitig ökologisch von Bedeutung ist, aufgeforstet werden muß. Sie denken ja auch nicht in dieser Richtung.

Was ebenfalls aus ökologischen Gründen in unserem Lande ganz ausgezeichnet anläuft, ist das Sonderprogramm für die Laubholzkulturen. Und ich möchte hinzufügen: auch aus sehr guten wirtschaftlichen Gründen, weil dieses Holz einmal ganz hervorragend sein wird. Wir haben in unserem Lande die Standortkartierung durchgeführt. Ich glaube, wir sind hier auf einem vorbildlichen Weg vorwärtsgeschritten und werden dem Problem des Waldbaues und seiner Ökologie einen besonderen Akzent verleihen; ich halte dies für richtig.

Ein Programm zur Erhaltung von Standorten mit alten Bäumen könnte vielleicht auch einmal ins Auge gefaßt werden, nicht zuletzt auch, um gerade dort das Studium ökologischer Beziehungen in besonderem Maße durchführen zu können.

(Zuruf von Minister Klumpp.)

Das ist ja schon am Laufen, und es ist hervorragend zu sehen, wie ein solcher Wald sich von selbst weiterentwickelt.

Nun, ich habe zur Wasserwirtschaft schon gesprochen. Im Bericht steht, die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung sei ein Schwerpunkt der Wasserwirtschaftspolitik des Landes. Meine Damen und Herren, auf dieser Erde ist nichts so wichtig wie Wasser, wie Sauerstoff, wie die Nährstoffe. Dies sind die Dinge, die wir im Grunde brauchen, diese Versorgung muß zuerst sichergestellt werden.

Wir haben in unserem Lande nach Berechnungen jährlich etwa 185 Millionen Kubikmeter nutzbare Grundwasservorräte. Ich befürchte aber, sind wir einmal gezwungen, diese große Menge an Grundwasser in Anspruch zu nehmen, wird dies nicht ohne Einfluß auf die Landschaft bleiben können. Ich habe mir unlängst bei uns im Königsbruch und im Teufelsmoor diese Dinge einmal angeschaut. Es ist natürlich erschütternd, wenn man dann sieht, daß eine zwei bis drei Meter dicke Torfschicht nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zustand ist, nämlich von Wasser durchtränkt, sondern völlig trocken. Dies hat dann natürlich Einwirkungen auf die Landschaft, und deshalb sollten wir noch vorsichtiger mit Wasser umgehen. Sie wissen, daß ich einmal gesagt habe, daß Öl wichtig ist, aber Wasser lebenswichtig. Daher sollte dem Wasser zunächst unsere besondere Sorgfalt gelten.

Die Grundwasservorräte müssen wir natürlich gegen Beeinträchtigung schützen. Sie wissen, was heute alles möglich ist. Ich erinnere an das Streusalz, an die ganze Chemie, die auf unsere Äcker kommt, auf Unfälle auf der Straße, Öle und dergleichen mehr. Dies kann auf Dauer nicht ohne Folgen bleiben.

Wir haben — und das hat unseren Bürgern gefallen und den Bürgermeistern noch viel mehr — alle Wohngebiete hervorragend kanalisiert, aber dann war das Interesse meistens am

(Abg. Dr. Budell)

Ende, dann ging alles in unsere Gewässer. Wir sind nun dabei, dieses enorm teure Programm zu verwirklichen, überall Kläranlagen zu bauen. Nur möchte ich hier darauf hinweisen, daß damit das Problem noch nicht gelöst ist, denn es wäre völlig falsch zu meinen, man schicke vorne den Dreck hinein und hinten käme dann trinkbares Wasser heraus. Dies so zu sehen, wäre völlig falsch.

Meine Damen und Herren, um unsere Grundwasservorräte zu schonen, um sie für Trinkwasser zu reservieren, brauchen wir natürlich die Talsperren. Ich weiß um die Problematik von Talsperren. Wer die riesige Landschaftswunde bei Nonnweiler sieht, ist natürlich erschüttert über das Werk, das hier in Gang gesetzt wurde. Auf der anderen Seite müssen wir dies auch an der Wadrill in Kauf nehmen, um unsere Probleme in Zukunft lösen zu können.

Wir haben in diesem Hause schon viel über Abfallbeseitigung diskutiert. Es war kein technisches Problem, es war ein Problem der Bürokratie, das uns so viele Schwierigkeiten bei der Lösung bereitet hat. Die Probleme sind jedoch dann erst gelöst, wenn die Wiederverwendung, das Recycling soweit gediehen ist, daß mehr und mehr Stoffe entweder in den natürlichen oder den wirtschaftlichen Kreislauf wieder eingehen. Je mehr eingehen, um so besser die Lösung des Problems.

In diesem Sinne spielt die Kompostierung eine besondere Rolle. Ich höre es gar nicht gerne, daß die technischen Möglichkeiten der Kompostierung so begrenzt sind, und ich habe Verständnis für den Minister Schacht — wiewohl ich gerne drängen würde, die Kompostierungsanlage baldmöglichst zu bauen —, wenn er hier sagt: Wenn das Problem nicht gelöst ist, dann keine Zustimmung für den Bau. Ich bin der Meinung, lieber noch warten, als hier etwas technisch nicht Perfektes hinstellen, das dann die Möglichkeit des Recyclings von organischen Abfällen ins Gerede kommen läßt.

Ich bin auch der Meinung, um das noch einmal zu sagen —, daß wir, was den Bau von Kläranlagen angeht, nicht unbedingt jetzt im Hauruck-Verfahren alles hinstellen sollten. Gerade auch auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung sind neue technische Möglichkeiten in der Erprobung. Mir wäre es am liebsten, wenn es auf möglichst biologische Weise ging, weil dann die Probleme fester in den Griff zu bekommen sind, weil dann vor allen Dingen auch mehr Wasser in der Landschaft bleibt. Stellen Sie sich einmal vor, was passiert, wenn eine ganze Stadt nach einem Regen sich entwässert, was da an nicht notwendig zu reinigendem Wasser einfach in die Kläranlagen geht und dort den Betrieb belastet.

Es ist hier mit etwas Ironie und Sarkasmus über das Recycling hergefallen worden im Hinblick auf Glas und Papier. Wir sollten diese Regierung ermuntern, den Bürgern noch mehr Hilfen an die Hand zu geben, insbesondere Informationshilfen, damit das hier weiter geht.

Der Immissionsschutz spielt natürlich eine ganz besondere Rolle. Wir haben schon lange die Staubbiederschläge gemessen und die SO₂-Belastung. Ich würde sagen, daß man da etwas langsamer machen sollte und mit den freiwerdenden Mitteln noch in andere Bereiche hineingehen sollte. Allerdings

möchte ich nicht sagen, daß man diese Meßprogramme aufgeben sollte. Sie sind eine gute Grundlage für die Beurteilung der ökologischen Situation unserer Ballungsräume. Natürlich hat sich der Staub aus den verschiedensten Gründen stark vermindert, das muß man sehen. Und außerdem ist Staub nicht gleich Staub; denn er kann sehr verschiedene Zusammensetzungen haben und kann eine Reihe toxischer Substanzen enthalten, wie z. B. Blei. Wir sind mit dem Blei in „ganz hervorragender Weise“ konfrontiert worden, einmal mit der Problematik Otzenhausen und zum anderen mit der Problematik Saargemünd. Ich möchte hier dem Minister wirklich von ganzem Herzen ein Wort des Dankes sagen, weil er in einer Weise, wie wir dies überhaupt nicht erwarten konnten —

(Zurufe von der SPD.)

Wieso denn nicht! Nicht jeder hat doch soviel Zeit, sich diese Mühe zu geben. Der Minister hat in hervorragender Weise die Bevölkerung im Bliesgau informiert, nicht an der Nase herumgeführt, Herr Läßle. Was er gesagt hat, ist schriftlich fixiert, ist niedergelegt. Bei der Schwere des Problems spielt es überhaupt keine Rolle, wann wer wie wo erstmals informiert wurde. Wichtig ist, daß die Probleme gelöst werden.

Was tut der Bund, meine Damen und Herren? Hier möchte ich Sie einmal wieder ansprechen. Die Franzosen sind bereit, in Saargemünd Auflagen zu machen, sich mit deutschem Standard vergleichen zu lassen. Wir haben gesagt, daß in der Bundesrepublik bei den Emissionen 5 Milligramm pro Kubikmeter Abluft in der Diskussion sind. Wie wir wissen, haben die Franzosen dies jetzt gefordert. Sie könnten allerdings nur zwanzig Milligramm pro Kubikmeter fordern, weil just diese zwanzig Milligramm in der TAL immer noch stehen und, wie man hört, dort auch bleiben sollen. Hier bin ich der Meinung, Freunde: tut doch einmal etwas bei Euren Kollegen in der Bundesregierung, daß sie mit den Festsetzungen in der „Technischen Anleitung Luft“ heruntergehen.

(Zuruf: Da will jemand etwas.)

Vorhin haben auch Kollegen von mir dort gestanden und mußten wieder gehen. Aber, Herr Kopp, ich bin ja nicht so wie Ihre Kollegen.

Abg. Kopp (SPD):

Herr Kollege Dr. Budell, was ist denn maßgebend, die TA Luft als eine reine Verordnung oder der § 5 des Immissionsschutzgesetzes, wo drinsteht, daß die Umwelttechnologie angewendet werden muß, die dem heutigen technischen Standard entspricht?

(Zurufe.)

Das, was Sie in Otzenhausen genehmigt haben, ist doch völlig unabhängig von der TA Luft. Oder war das illusionär, was Sie als Minister da genehmigt haben?

Abg. Dr. Budell (CDU):

Sehen Sie, die Franzosen stützen sich natürlich auf den Wortlaut der Verordnung oder könnten sich darauf stützen und einen höheren Emissionswert vorschreiben. — Herr Minister Klumpp.

Minister Klumpp:

Herr Kollege Budell, ist Ihnen bekannt, daß wir in Otzenhausen bei einem neuen Bleiwerk diesen Ausstoß von fünf Milligramm verlangt haben, daß dies eingehalten wird

(Zurufe von der SPD)

und daß dieses unser Vorgehen dazu führt, daß wir bei diesen Auflagen eben vorbildlich sind und die TA Luft — —

(Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Abg. Dr. Budell (CDU):

Jawohl, dies wollte Herr Minister Klumpp natürlich sagen, denn er hat ja den Auflagenbescheid unterschrieben und dort steht neben einigen anderen Auflagen „ein“ Milligramm pro Kubikmeter drin. Natürlich. — Herr Schacht.

Minister Schacht:

Sie haben ja gesehen, daß der Kollege Lindner jetzt fünf Milligramm sagen wollte, obwohl er die Unterlagen in Fotokopie vorliegen hat, in denen „ein Milligramm“ steht.

(Zurufe.)

Jawohl, genau das. Die Mitglieder des Ausschusses Umwelt, Raumordnung und Bauwesen haben die Genehmigungsurkunde in Fotokopie.

(Abg. Lindner (SPD): Wir haben doch auch „eins“ gesagt. Das habe ich doch vorhin in meiner Rede gesagt. Der genehmigende Minister muß doch recht haben, wenn er fünf sagt. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Herold:

Herr Kollege Budell, Herr Minister Schacht und Herr Kollege Lindner, wenn sich hier jemand zu Wort melden will, hat er die Möglichkeit, das beim Präsidenten zu tun. Es geht nicht, daß Herr Schacht beim Redner Anfragen hält, sich gleichzeitig mit Herrn Lindner unterhält und Stellungnahmen abgibt. Das gilt für den Herrn Abgeordneten Lindner genauso. Wenn Sie eine kurze Bemerkung machen wollen, dann machen Sie die. Wenn das nicht reicht, können Sie sich nachher zu Wort melden.

(Beifall.)

Minister Schacht:

Ich brauche nicht den Präsidenten zu fragen, sondern den Abgeordneten, der spricht. So haben wir das wohl in der Geschäftsordnung.

Vizepräsident Herold:

Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht: Sie können eine Bemerkung machen. Anderenfalls entziehe ich Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Budell (CDU):

Bitte sehr, Herr Minister Schacht.

Minister Schacht:

Herr Kollege Budell, ist es richtig, daß Sie vorhin feststellen wollten, daß der § 5 Immissionsschutzgesetz im Grunde eine Verordnung herausfordert und diese Verordnung der Bundesregierung eben die zwanzig Milligramm beinhaltet?

Abg. Dr. Budell (CDU):

Genauso ist es, und diese zwanzig Milligramm sollten dort verschwinden. Da sollten wenigstens fünf Milligramm stehen; technisch möglich wird auch ein Milligramm sein, vielleicht noch weniger.

(Abg. Kopp (SPD): Aha! — Beifall. — Zurufe.)

Man wird sehen, und dies ist ja dann auch für uns die Möglichkeit, von deutscher Seite auf die Franzosen einzuwirken. Genau hier liegt der Hebel, und hier hat Minister Schacht doch in hervorragender Weise für die Bevölkerung dieses Landes gekämpft. Das sollten wir hier einmal anerkennen.

(Beifall. — Sprechen.)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die gesundheitlichen Schäden von Blei eingehen. Es gibt eine Theorie, die besagt, daß das römische Weltreich an Blei zugrunde gegangen ist. Ich kann dies nicht kontrollieren. Sicherlich wird etwas dran sein. Blei belastet das Nervensystem zweifelsohne und von dort her — —

(Zuruf: Die Altphilologen sind auch heute noch gefährdet. — Heiterkeit.)

Sie vielleicht, Herr Kollege. Passen Sie auf! — Ich möchte hier noch auf etwas anderes hinweisen. Es sind sehr früh schon Untersuchungen gemacht worden, um festzustellen, welche Einwirkungen Blei auf die Kernteilung bei Mitosis und

(Abg. Dr. Budell)

Meiosis hat. Ich darf sagen, daß ich nicht ganz unbeteiligt bei diesen Untersuchungen bin, zumindest was die Vorbereitungen anlangt. Es hat sich herausgestellt, daß Blei selbst — in welcher Form auch immer — keine genetischen Schäden hervorruft. Aber im Zusammenwirken mit Brom gibt es nachweislich genetische Schäden. Und dies ist dann wichtig zu wissen, wenn man bromhaltige Beruhigungsmittel oder dergleichen zu sich nimmt.

Nun, etwas anderes macht mir bei den Immissionen aber auch Sorgen. Ich habe zum ersten Male — hochangesiedelt — aus dem Mund des Bundeskanzlers gehört, wie gefährlich CO₂ ist. Er hat die Gefährlichkeit des CO₂ natürlich entdeckt, als diese als Argumentation dienen sollte, um den Atomkraftwerken ein bißchen mehr Ansehen in der Bevölkerung zu verschaffen. Aber in der Tat ist die Vergrößerung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre ein ernstes Problem, weil langfristig daraus globale Klimaschwankungen und sicherlich gefährliche Entwicklungen hervorgerufen werden können. Dieses CO₂ ist an und für sich kein Gift, sondern die Grundlage unserer Ernährung, denn die Pflanze nimmt es zusammen mit Wasser auf. Unter Einwirkung des Sonnenlichtes wird daraus unsere Nahrung bereitet, die Kohlenhydrate usw.

Meine Damen und Herren, über Lärm ist heute hie und da etwas gesprochen worden. Der Lärm ist die Geißel unserer Zeit, und es wird immer schlimmer, vor allem dann,

(Beifall)

wenn man in einer Stadt oder einem Dorf wohnt, wo viel Verkehr durchfließt. Im Bericht des Umweltministers steht, daß er bepflanzte Erdwälle bevorzugt. Dies ist richtig, denn sie fügen sich besser in die Landschaft ein.

(Beifall.)

Die Lärmschutzwände sind natürlich auch ein optisches Problem. Allerdings muß dazugesagt werden, lieber eine solche nicht gerade schön aussehende Wand, als daß man dauernd dem Lärm ausgesetzt ist, der in einem hohen Maße gesundheitsschädlich ist.

Meine Damen und Herren, im Bericht ist auch das Problem der Strahlenbelastung angesprochen. Lassen Sie mich nun etwas zu Cattenom sagen. In einem Rechtsgutachten, das in diesen Tagen vor dem Kreistag Merzig—Wadern erläutert wurde, hat Prof. Klöpfer von der Universität Trier festgestellt, daß die politische Einflußnahme auf die französische Regierung auf Grund der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit allein von der Bundesregierung ausgehen kann. Dies ist für uns Grundsatz bei der Beurteilung des Problems Cattenom.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir können eben nicht das Notwendige erreichen, um —

(Zuruf des Abgeordneten Triem (SPD).)

Die Landesregierung kann lediglich die Bundesregierung zum Handeln bewegen. Sehen Sie, und hier sehen wir ja gut aus!

(Lachen bei der SPD.)

Denn diese Landesregierung hat gehandelt. Ich darf daran erinnern, daß Ministerpräsident Röder dem Bundeskanzler die Problematik Cattenom bereits am 31. August 1976 dargelegt hat. Die Antworten seit 1976 sind bis zum heutigen Tag immer dieselben. Ich zitiere jetzt aus einer Verlautbarung vor dem Deutschen Bundestag; es ist die Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Franz Josef Conrad. Darin steht — ich zitiere —: „Der Bundeskanzler hat in seinen Gesprächen den französischen Staatspräsidenten auf die Besorgnisse der deutschen Bevölkerung im Grenzgebiet hingewiesen.“ — Ganz hervorragend! „Hingewiesen“, das ist doch was! — „Besondere Vereinbarungen wurden nicht getroffen, da Fragen des Umweltschutzes, der Reaktorsicherung und des Strahlenschutzes zur Zeit in den entsprechenden Fachgremien, wie in der Deutsch-Französischen Kommission für die Sicherheit Kerntechnischer Anlagen und in der Internationalen Saar-Mosel-Kommission, behandelt werden und deren Erörterung noch nicht abgeschlossen ist.“ Soweit die Mitteilung der Bundesregierung.

Hier müssen wir uns doch einmal fragen: Wann handelt denn der Bundeskanzler endlich in dieser Frage,

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zuruf von der SPD: Jeden Tag!)

der Bundeskanzler, den die Jusos Atomkanzler genannt haben? Will er überhaupt etwas erreichen, muß man hier fragen? Hat er es überhaupt ernsthaft versucht, oder hat er bereits sein Einverständnis mit dem Atomgiganten in Kattenhofen erklärt, oder hat er ein Stillhalten zugesichert? Diese Fragen muß man doch einmal stellen, weil sie sich uns allmählich aufdrängen. Oder müssen wir feststellen, daß der Kanzler die saarländische Bevölkerung im Stich gelassen hat? Das soll er hier doch einmal eindeutig sagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der SPD.)

Ich habe hier wiederholt die SPD gefragt: Wann erfahren wir denn etwas? Auch unser früherer Kollege Wagner, der heute im Europaparlament ist, ist im November, glaube ich, mit dem Kanzler zu Giscard d'Estaing zu einem Treffen nach Aachen gefahren. Da hätte doch der Kollege Wagner uns einmal etwas sagen können! Aber Schweigen im Walde! Wer gestern abend in „Report“ den hessischen Ministerpräsidenten Börner gehört hat, der kann die Bürgerinitiativen in Hessen verstehen, die das Wort vom „Atomland Hessen“ geprägt haben. Er hat sich verwahrt gegen die Haltung von Albrecht und Späth, die nicht genug für die Atomkraft gekämpft hätten. Der Bundeskanzler kommt ja jetzt ein paarmal ins Land, er kommt nach Saarbrücken; vielleicht gibt er uns da eine Antwort. Vielleicht erhebt er hier seinen Protest gegen dieses Atomkraftwerk, gegen die Atomzentrale in Cattenom.

(Zuruf des Abgeordneten Triem (SPD).)

Abg. Kopp (SPD):

Herr Dr. Budell, haben Sie denn mit dem gleichen Eifer, mit dem Sie jetzt hier reden, auch letztes Jahr an Pfingsten gegen dieses Atomkraftwerk vor Ihrer Haustür demonstriert, wie wir es getan haben? Und haben Sie dagegen protestiert, als man uns nicht über die Grenze gelassen hat in diesem Europa kurz vor der Europawahl? Haben Sie da dieselbe Aktivität entwickelt wie an diesem Rednerpult?

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Dr. Budell (CDU):

Sie haben nur vergessen, Ihren Kanzler mitzunehmen. – Nun, meine Damen und Herren, eines ist ganz klar: der Bundeskanzler ist verantwortlich in dieser Frage auch nach dem Grundgesetz. Und die grundgesetzliche Ordnung sollten wir hier doch wahren.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich enorm, was dort geschieht. Die zwei Blöcke à 1300 MW sollten einmal ergänzt werden durch zwei à 900 MW; jetzt sind es vier Blöcke à 1300 MW. Dies ist natürlich eine enorme Zusammenballung. Und wenn kein nukleares Ereignis, wie man das in der Sprache der Bundesregierung so schön sagt, eintritt, dann sind allein die ansonsten auftretenden Umweltbelastungen groß genug.

(Zurufe von der SPD.)

Eben hat Minister Schacht ja zitiert, was er in der Regierungskommission gesagt hat.

Meine Damen und Herren, es wäre natürlich interessant, gerade diese Energiefrage in bezug auf die Belastung der Umwelt hier weiter darzustellen. Wir werden noch Schwierigkeiten genug bekommen, wenn die Kohlehydrierung einmal in Gang gesetzt werden muß. Eine Stadt oder eine Stadtratsfraktion von der SPD hat sich ja schon geäußert – ich meine in Saarlouis –, daß so etwas bei ihnen nicht gebaut werden darf. Das ist das übliche – –

(Zurufe und Heiterkeit.)

Schade, daß der Kollege Silvanus heute nicht da ist. – Dort können Sie, meine Damen und Herren, Ihr Bekenntnis zur Kohle ablegen. Und genieren Sie sich doch nicht, dann zu sagen: natürlich hat das große Belastungen auf die Umwelt zur Folge, aber wir müssen irgendwo den Kompromiß finden. Sie kennen mich, und ich bin der Meinung, daß dieser Kompromiß insgesamt – Ökologie – Ökonomie – dort gesucht wird, wo das Überleben des Menschen garantiert und die Zukunft unserer Kinder sichergestellt ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Herold:

Das Wort hat der Abgeordnete Kasper.

Abg. Kasper (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit ein paar kurze Bemerkungen zu zwei Problemen. Zuerst einmal zu den massiven Vorwürfen, die von Minister Schacht an meine Person gerichtet wurden und auch an Ihre, Herr Kollege Schmit, in Sachen Talsperre Wadrill.

Sie haben gesagt, daß da ein örtlicher Abgeordneter über Land zöge und die Bürger verunsichere. Ich brauche da oben nicht über Land zu ziehen, um Ihnen das einmal zu sagen, ich wohne dort oben, und die Bürger, die dort wohnen, sind die Wähler, die mich wählen; und die habe ich zu vertreten, das ist meine Aufgabe. Und es ist meine Auffassung auch von Partizipation, von Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen, daß ich reflektiere, was die Bürger an Sorgen haben; und es ist meine Aufgabe, die dann auch an die Stelle zu bringen, zu der ich delegiert worden bin. Das ist unser persönliches Selbstverständnis von parlamentarischer Demokratie.

(Beifall bei der SPD. – Minister Schacht: Sie haben mir bis heute noch keinen Brief geschrieben; Sie nicht!)

Anscheinend ist es so, daß wir in dem Selbstverständnis praktizierter Demokratie unterschiedlicher Auffassung sind, Herr Kollege Schacht. Das muß auch einmal in diesem Zusammenhang gesagt werden.

Ich bleibe dabei: es besteht in dieser Frage immer noch ein erhebliches Informationsdefizit. Und für die, die sich in dem Raum dort oben damit befassen – da schließe ich uns mit ein –, ist dieses Projekt noch nicht ausreichend auf seine Notwendigkeit hin begründet. Die paar Sätze, die in Ihrem Programm stehen mit schönen Bildchen usw., reichen nicht aus, um, wie der Kollege Dr. Budell gesagt hat, da eine Wunde in die Landschaft zu schlagen, ein Hundert-Millionen-Projekt hinzusetzen, einen Damm von 85 Metern vor eine Ortschaft zu setzen, 34 Millionen Kubikmeter Wasser dort anzustauen. Da muß man – wenn Sie jetzt schon Ökologie gepredigt haben, Herr Dr. Budell – auch in der Praxis die Dinge angehen und hier nicht nur schöne Sonntagsreden halten.

(Abg. Ganz (CDU): Das muß man schließlich von zwei Seiten sehen. Sie sehen es nur von einer Seite. – Zuruf des Abgeordneten Dr. Budell (CDU).)

Ich bleibe dabei, daß dieses Projekt noch nicht ausreichend begründet ist. In der Tat befinden wir uns hier im Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftspolitischer Notwendigkeit als mögliche Voraussetzung zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Eingriffen in die Ökologie. Aber da müssen wir abwägen, da müssen wir versuchen, einen vernünftigen, nach allen Seiten hin vertretbaren Kompromiß zu finden. In diesem Abwägungsprozeß sind wir. Und im Rahmen dieses Abwägungsprozesses, auch was die Bürger angeht, fehlt es noch an Informationen. Dies ist unsere Position und nichts anderes. Was Sie mir hier vorgeworfen haben, geht von daher ganz an der Sache vorbei.

(Abg. Kasper)

Wie Sie mit den Bürgern und Bürgerinitiativen umspringen, Kollege Schacht, das muß hier auch einmal gesagt werden. Das, was von uns in Anfragen vorgetragen wurde — der Kollege Meder hat damals auch eine Anfrage an Sie gerichtet —, ist nicht nur von uns geboren worden, sondern das war Ausfluß der Proteste der Bürger, weil sie sich nicht ausreichend informiert fühlten. In Wadrill gibt es Ortsräte und politische Parteien, und dort haben die Vertreter aller politischen Parteien und jeder Couleur erhebliche Proteste deutlich gemacht. Ihre Antwort dazu war ganz lapidar, dies sei grotesk. Wie haben Sie sich ausgedrückt? „Groteske Überlegungen des Ortsrates“ usw. Wenn man sagt, wenn Vertreter von politischen Parteien oder Vertreter von Kommunalparlamenten Informationen wollen, dies sei grotesk, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Protest eskaliert. Und so ist es in Wadrill passiert.

(Beifall bei der SPD.)

Unsere Aufgabe war es, zu versuchen, mehr Licht in dieses Projekt zu bekommen. Ich könnte jetzt die historische Entwicklung dieses Projektes weiter aufzeigen — ich habe eine Menge Material dabei —, aber das kann man vielleicht im Rahmen einer schriftlichen Dokumentation einmal nachholen. Ich möchte das aber auch politisch werten. Sie verteidigen sich mit öffentlichen Erklärungen, sogar mit einem offenen Brief; das ist ganz neu, daß eine Landesregierung mit einem offenen Brief gegen die Abgeordneten vorgeht, aber wenn das eine neue Methode ist, gut, akzeptiert. Wenn Sie schon so vorgehen, dann muß ich Ihnen einmal — mit allen Kraftausdrücken, mit denen Sie als Minister in diesem Brief gegen mich vorgegangen sind — sagen: Wenn Sie glauben, mich damit einschüchtern zu können, dann sind Sie bei mir an der falschen Adresse. Das ist ein ganz billiges und vordergründiges Ablenkungsmanöver, das Sie betreiben, um von Ihrem Versagen abzulenken, ein wasserwirtschaftliches Großprojekt sach- und fachgerecht auf den Weg zu bringen. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben mir weiter vorgeworfen, ich hätte gegen elementare Interessen des Landes verstoßen. Dazu kann ich nur sagen: Wenn jemand gegen elementare Interessen der Bevölkerung verstoßen hat, dann Sie selbst und Ihre Mitarbeiter. Beim Vorgehen in der Sache Großtalsperre Wadrill wurde nämlich in unverantwortlicher Weise gegen elementare Prinzipien einer offenen und öffentlichen Information der Bürger verstoßen. Das war Ihr Verstoß, und der wird auch von mir deutlich gemacht.

Dazu noch eine Bemerkung. Vor der Kommunalwahl war in Wadrill eine Bürgerversammlung. Auf dieser Bürgerversammlung wurde von Verantwortlichen Ihres Ministeriums die Realisierung des Talsperrenprojektes in ganz weite Ferne gerückt; das ist doch der Unmut, der dort besteht. Und unmittelbar nach der Kommunalwahl, nämlich am 21. August des vorigen Jahres, wurde dann, ohne daß man die Bürger noch einmal kontaktiert hatte, vom Kabinett lapidar beschlossen: die baureife Planung dieses Projektes wird jetzt erstellt, und das Projekt wird realisiert. Die Bürger fühlten sich betrogen, wenn man vor der Kommunalwahl sagt, das liegt noch in weiter

Ferne, aber kaum ist die Kommunalwahl vorbei, wird bereits definitiv beschlossen; das ist einfach die Bürger hintergangen; deshalb auch der Protest dort. Auch dies muß man in dem Zusammenhang einmal hier sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie werfen mir auch vor, Gedankenverbindungen hergestellt zu haben zwischen Ihrem Phantomprojekt eines Hochtemperaturreaktors und der Talsperre als mögliches Kühlwasserreservoir für diesen Hochtemperaturreaktor. Sie haben doch bis jetzt noch nicht konkret dazu Stellung genommen.

(Minister Schacht: Ich habe es als Unsinn bezeichnet!)

Sie haben das als Unsinn bezeichnet, aber Sie haben nicht dazu Stellung genommen, ob für dieses Projekt Kühlwasser von der Talsperre genommen werden soll, und auch nicht dazu, ob dieses Projekt schon eine prophylaktische Infrastrukturmaßnahme im Hinblick auf das von Ihnen vorgesehene Hochtemperaturreaktorprojekt ist.

(Zuruf von Minister Schacht.)

Aber das ist doch dummes Zeug; das ist doch Unsinn, Kollege Schacht. Lesen Sie bitte Ihre Dinge einmal genauer durch. Hier wurde ein Sachzusammenhang hergestellt, nämlich die Talsperre Wadrill als mögliches Kühlwasserreservoir für das von Ihnen propagierte Phantomprojekt eines Hochtemperaturreaktors, und dazu haben Sie bisher konkret noch nicht Stellung genommen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Minister Schacht.)

Nun zu dem von Ihnen angesprochenen Haushaltsansatz. Es geht hier um einen Haushaltsansatz für allgemeine Planungsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe. In der Erläuterung dazu steht, daß dieses Geld auch für die Erstellung der baureifen Planung dieses Projektes herangezogen werden kann.

(Zuruf von der CDU. — Präsident Schnur übernimmt den Vorsitz.)

Sie wissen ja, wie der Abstimmungsmodus im Rahmen der Haushaltsdebatte ist; dann müßten wir tausend Einzelabstimmungen machen. Sie haben aber bewußt verschwiegen, daß die Landtagsfraktion den Landeshaushalt 1980 insgesamt abgelehnt hat und auch Ihren Haushalt, den Haushalt des Umweltministers, abgelehnt hat. Wir haben ihn abgelehnt wegen ihrer erwiesenen Unfähigkeit in Teilbereichen Ihrer Ressortzuständigkeit, zum Beispiel in der Abfallbeseitigung und auch in Teilbereichen der Wasserwirtschaft. Dazu gehört auch die unzureichende Informationspolitik in Sachen Talsperre Wadrill. Das muß man doch einmal richtigstellen, daß hier ein massiver Eingriff in den Naturhaushalt vorliegt; das ist ja auch in Ihrem Umweltbericht aufgenommen, ich möchte das jetzt nicht hier zitieren. Zu der schon einmal angesprochenen Planung, daß die Talsperre möglicherweise als Trinkwasserreservoir vorgehalten werden sollte, gibt es auch noch keine konkreten Aussagen.

(Abg. Kasper)

(Zuruf von Minister Schacht.)

Sicher, da wird gesagt, jetzt noch nicht, aber vielleicht später einmal. Aber das müßte man schon konkreter planen und konkrete Informationen liefern — nicht eventuell oder zirka — und konkrete Untersuchungen starten. Um aber Gutachten erstellen zu lassen und weitere Untersuchungen anzustellen, braucht man natürlich wiederum Geld.

Ich möchte wirklich nicht dazu beitragen, daß diese Sitzung eine Nachtsitzung wird. Die letzte Bemerkung dazu. Es wird auch von Ausgleichsmaßnahmen gesprochen, die dort im Rahmen des ökologischen Eingriffs getroffen werden. Auch was diese ökologischen Ausgleichsmaßnahmen angeht, ist die Bevölkerung daran interessiert, daß sie einmal konkret darüber informiert wird, was dies im einzelnen sein soll und wie der landschaftspflegerische Begleitplan konkret aussehen soll. Ich meine, wenn es um ein solches Projekt geht, dann muß man das doch aus einem Guß planen und nicht „salamihaft“ vorgehen. Wenn man die Notwendigkeit erst einmal begründet und der Bevölkerung sagt, dies ist erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, aber dies wird ausgeglichen durch diese und jene konkreten Maßnahmen, dann hat man eine ganz andere Grundlage, um mit den Bürgern zu diskutieren. Auch hier liegt ein Informationsdefizit vor, und auch hier muß ich Ihnen einen entsprechenden Vorwurf machen, Herr Minister Schacht.

(Beifall bei der SPD.)

Soviel zur Talsperre. Ich habe gesagt, alles, was wir an Material haben, wird noch dokumentarisch aufgearbeitet, damit man einmal die Chronologie dieser Entwicklung nachlesen kann. Dies jetzt hier vornehmen zu wollen, würde den Rahmen der Zeit sprengen, die ich mir hier gesetzt habe.

Nun noch einige Bemerkungen zu Cattenom. Die Landesregierung — und auch Sie wieder heute abend, Herr Minister Schacht — zeigte sich plötzlich erschreckt auf Grund der starken Kapazitätsausweitung der geplanten Kernenergiezentrale in Cattenom. Wir sind der Auffassung, daß das, was bisher geplant war, nämlich zwei Blöcke von 2 x 1300 Megawatt zu errichten und zwei von 900 Megawatt, außerdem war die Schnelle-Brüter-Technologie schon im Gespräch, es gab auch schon Dossiers und Unterlagen, in denen schon von 4 x 1300 Megawatt die Rede war — —

(Zuruf.)

Jetzt plötzlich, vielleicht auch, weil die politische Landschaft verändert und die Sensibilität für diese Dinge gewachsen war, haben Sie sich erschreckt gezeigt und versucht, hier auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Das ist doch die Situation.

(Zuruf von der CDU.)

Das läßt sich alles belegen. Wir hatten hier eine Debatte über die Problematik Cattenom. Ich habe die Beiträge dazu einmal verglichen; Sie haben hier einige Argumente gegen Cattenom vorgetragen. Na gut, mir kommt es vor, als hätten Sie das hier aus unseren Beiträgen entnommen, denn genau das, was wir

hier schon vor zwei Jahren gesagt haben, haben Sie jetzt als ganz neue Erkenntnis zu vermitteln versucht.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch die Situation. Ich möchte dann noch Bezug nehmen auf die spezielle Passage in Ihrem Beschlußantrag, wo Sie Cattenom ansprechen. Es heißt hier etwa: Da der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Umweltschutz große Bedeutung zuzumessen ist, soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Landesregierung in ihren Bemühungen tatkräftiger als bisher zu unterstützen. Das Klöpfer-Gutachten haben wir auch gelesen. Wir kennen also die Problematik, was die völkerrechtliche Vertretung der Bundesrepublik zu Nachbarstaaten, zu Nationalstaaten angeht, wonach dort eben der Bund zuständig ist. Das kann aber doch nicht bedeuten, daß aus den anderen Körperschaften heraus keine Initiativen entwickelt werden. Da hat es bisher eben an entsprechenden Initiativen in diesem Lande und auch von Ihnen gemangelt.

(Beifall bei der SPD.)

Da sind wir auch, was unsere Forderungen anbetrifft, von Ihnen nicht ausreichend unterstützt worden. Dann steht hier, daß Sie bedauern, daß es bisher nicht gelungen ist, die französische Regierung zu einem Verzicht — zum ersten Mal erscheint also jetzt in einem Antrag von Ihnen die Terminologie „Verzicht“ — auf die Ballung von Kernkraftwerken in unmittelbarer Grenznähe zu bewegen. Sie wollen also die Bundesregierung auffordern, daß diese sich bemüht, daß doch noch ein Verzicht realisiert werden kann.

Ich kann mich noch sehr genau erinnern, als wir hier über zwei Beschlußanträge debattierten. In einem Antrag stand, daß an Sicherheitsauflagen herumgedoktert werden solle. In dem anderen Antrag stand, daß man versuchen solle, daß auf diese Anlage verzichtet wird. Bei dem einen handelte es sich um Ihren Antrag, wonach also an den Sicherheitsauflagen herumgedoktert werden sollte. Der andere Antrag, mit dem ein Verzicht angestrebt wurde, war unser Antrag. Also auch hier versuchen Sie jetzt, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Unsere damalige Initiative haben Sie nicht unterstützen wollen. Auch hier wird Ihre Doppelzüngigkeit deutlich und wie pharisäerhaft Sie in dieser Angelegenheit vorgehen. Auch das muß hier ganz klar und deutlich gesagt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Robert Wagner (CDU).)

Sie werfen uns doch seit Jahren vor, unsere Forderung auf Verzicht der geplanten Kernenergieanlage im französischen Cattenom sei unrealistisch. Wir haben Sie hier im Landtag wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Sie sich unseren Vorstellungen doch anschließen sollten. Wenn Sie sich jetzt kurz vor der Landtagswahl hinstellen und sagen, Kernenergie bei uns ja, Kernenergie im Ausland aber nein, dann haben Sie sich in dieser Sache total unglaubwürdig gemacht.

(Beifall bei der SPD.)

Wir fordern hier schon seit Jahren das, was in Ihrem Beschlußantrag drinsteht, eine europäische Energiepolitik und was wir

(Abg. Kasper)

da alles an verbindlichen Absprachen und Möglichkeiten für die betroffenen Bürger brauchen. Wir haben auch gesagt, wenn eine solche europäische Energiepolitik nicht bald Wirklichkeit wird, sehen wir Gefahren für ein vereintes Europa. Auch das haben wir hier bereits gesagt. Nicht Sie, sondern wir haben ständig darauf hingewiesen und verurteilt, daß die europäischen Nationalstaaten dabei sind, ihre atomaren Großanlagen an der Grenze der jeweiligen Nachbarstaaten zu errichten. Wir — und nicht Sie — haben uns gegen die geplante Kernkraftgigantomanie im Obermoselraum zur Wehr gesetzt. Das muß man hier doch einmal richtigstellen dürfen. Wir sagen auch nicht nur ein bedingtes Nein zu dem, was in Cattenom vorgesehen ist. Auch hier sagen wir Sozialdemokraten ganz klar: Solange nicht das Problem der Beseitigung des Atom- mülls und des Standortes, wo der giftige Atommüll hin soll, geklärt ist, solange gibt es bei uns keinen Zubau und keine Betriebsgenehmigung.

(Beifall bei der SPD.)

Da wir wissen, daß auch in Frankreich die Atommüllbeseitigung nicht gelöst ist, sind wir also — —

(Abg. Schacht (CDU): Das hat der Herr Kasper bei der ersten Debatte im Landtag vor zwei Jahren auch schon gesagt. — Abg. Läßple (SPD): Genau.)

Ja sicher, das haben wir gesagt. Ja sicher!

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Das steht doch hier drin. — Es käme noch einiges dazu, gerade was Cattenom angeht. Wir haben ja auch verfolgt, was sich in Fessenheim an den Druckwasserreaktoren abgespielt hat. Wir wissen, daß das, was in Cattenom vorgesehen ist, in etwa dem entspricht, was in Fessenheim steht, was das Kühlsystem angeht, ein nicht auszuschließender Kernschmelz- unfall. Gleiche Sicherheitsmängel in Cattenom könnten unsere Region in ein zweites Harrisburg verwandeln. Auch das kann man in diesem Zusammenhang einmal sagen.

Dann noch eine letzte Bemerkung. Der Ministerpräsident, der uns den Brief, auf den ich jetzt Bezug nehme, schrieb, ist nicht mehr hier. Da hat sich die Landesregierung, was Cattenom angeht, wieder erstaunlich unvorbereitet gezeigt. Das beweist allein die Tatsache, daß man sich erst Anfang Mai oder Ende Mai in der Lage sieht, eine parlamentarische Anfrage der SPD-Fraktion zu beantworten. In dieser Anfrage wollten wir Auskunft über die Sicherheitsbedenken gegen französische Druckwasserreaktoren haben. Auch soll die Landesregierung in diesem Zusammenhang zu den Umweltgefahren durch Cattenom Stellung nehmen. Seit einigen Monaten liegen entsprechende Gutachten des Freiburger Öko-Institutes hierzu vor. Stellungnahmen der Bundesregierung liegen hierzu vor.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Dann liegt das Rechtsgutachten von Dr. Klöpfer aus Trier, auf das Bezug genommen worden ist, hierzu vor. Wenn Sie, um diese Fragen zu beantworten, bis Anfang Mai brauchen, dann muß man Ihnen vorwerfen, sich mit diesem für das

Saarland so wichtigen Problem nur mangelhaft beschäftigt und auseinandergesetzt zu haben. Auch das muß man sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Sie jetzt hier einen Beschlußantrag einbringen, nur weiß wir kurz vor der Landtagswahl stehen, in dem Sie den Verzicht auf Cattenom fordern, dann kann man nur sagen: Welch ungläubwürdige Politik wird hier von Ihnen betrieben!

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Groß.

Abg. Groß (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gesamte Bevölkerung des Saarlandes kann davon überzeugt sein, daß die CDU-Landtagsfraktion alles tun wird, um die umweltpolitische Situation — Herr Läßple, da können Sie lachen — so zu gestalten, daß sie — —

(Zuruf des Abgeordneten Läßple (SPD).)

Ja sicher, Sie haben noch nicht das nötige Verständnis für die Umweltpolitik.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Läßple (SPD): Ich gehöre auch zur Bevölkerung, ich glaube das nicht.)

Nun, dies allerdings war nicht der Grund meiner Wortmeldung. Der Kollege Netzer hat in seinen nicht sehr geistreichen Ausführungen die Position der SPD-Landtagsfraktion hier dargelegt. Nicht zuletzt die Doppelzüngigkeit — —

(Zuruf von der SPD.)

Ich habe hier ein Flugblatt Ihrer Partei, in dem Vorrang für die Saarkohle angedeutet wird. Unten steht: „Die Zukunft menschlicher gestalten“. Herr Netzer, sind Sie der Meinung, daß die Zukunft menschlicher zu gestalten ist, wenn, wie Sie den Bergbau bezeichnet haben, das Krebsgeschwür beseitigt wird?

(Hört, hört! bei den Regierungsparteien. — Widerspruch bei der SPD. — Abg. Schacht (CDU): Das hat er gesagt!)

Sie haben ihn so bezeichnet. Sie haben nicht nur die Widersprüchlichkeit in den Aussagen Ihrer eigenen Kollegen offen- gelegt, sondern Sie haben den 22 000 Beschäftigten im Saar- bergbau einen Schlag mit der Faust ins Gesicht gegeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

(Abg. Groß)

Sie haben nicht nur den Mitarbeitern der Saarbergwerke einen Schlag ins Gesicht gegeben, sondern Sie haben über den größten Wirtschaftszweig dieses Landes ein ganz beschämendes Urteil abgegeben. Aber wir sind es ja gewohnt, daß hier von der Opposition viele sprechen, auch solche, die von der Problematik keine Ahnung haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie haben im Rahmen Ihrer Ausführungen langfristig Planungen der Saarbergwerke gefordert, Planungen, die in Flächennutzungspläne und Bebauungspläne eingebunden werden sollen. Dies würde den Tod des Saarbergbaues quasi jetzt schon bedeuten. Wissen Sie auch warum? Ich will Ihnen das in aller Deutlichkeit sagen: Kohlen können ganz einfach nur dort abgebaut werden, wo sie liegen. Davon müssen Sie ausgehen.

(Zurufe von der SPD.)

Nicht Herr Mann, sondern Ihr Kollege Netzer und Ihr Kandidat, der es einmal werden möchte – –

(Weitere Zurufe von der SPD.)

Diese haben gefordert, daß die Abbauplanung in den Rahmen der kommunalen Leitplanung kommt. Und dies würde den Tod des Saar-Bergbaues bedeuten, lassen Sie sich das gesagt sein. Nun, im Bundesberggesetz, das ja zur Beratung ansteht und die Anhörung durchlaufen hat, wird diese Frage von Ihrer Bundesregierung auch nicht geklärt. Ich kann Ihnen aber sagen, daß hier im Saarbergbau eine ganz hervorragende Lösung war. Das Oberbergamt hat frühzeitig die mittelfristige, aber auch die langfristige Abbauplanung den betroffenen Gemeinden zur Kenntnis gegeben, zur Anhörung und Abstimmung. Herr Kollege Netzer, Kommunalpolitik gehört auch dazu; und ich glaube, hier fehlt vielen diese praktische Erfahrung in Kommunalpolitik. Dies können Sie sich auch einmal hinter die Ohren schreiben.

Nun, das Unternehmen Saarberg hat, was die Umwelt betrifft, wesentliche Leistungen in der Zeit der Rationalisierung erbracht. Davon können Sie ausgehen. Es hat alle Bergehalden rekultiviert. Es hat zudem, was den Umweltschutz bezüglich der Kraftwerke betrifft, ein Konzept entwickelt, das eine Umweltverbesserung bringt, die bisher noch nicht erreicht war. Es hat aber gleichzeitig seine gesamte technologische Entwicklung immer in Einklang gebracht mit der Umwelt. Und wenn Sie hier von Krebsgeschwür sprechen, so haben Sie nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch deren Familien mit einbezogen. Das müssen Sie einmal sehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun haben Sie, meine Damen und Herren, die Meinung von Herrn Netzer gehört. Wenn er hier den Vorrang für Planung gibt, so ist das bereits ein krasser Widerspruch zu dem, was Ihre Partei eigentlich sagt. Das muß ja auch in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Dies war eigentlich der Grund für meine Wortmeldung. Ich könnte sicherlich über die technologische Entwicklung und

den Bereich des Umweltschutzes, was Saarberg hier im Saarland alles tut, noch einige Ausführungen machen, aber ich möchte wegen der fortgeschrittenen Zeit dieses nicht länger tun. Ich hoffe, daß die Bevölkerung unseres Landes Ihre Äußerung, Herr Kollege Netzer, mitbekommen hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Netzer.

Abg. Netzer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Groß, ich hatte heute abend in meinem Beitrag schon einmal gesagt: Offenbar sind Sie nicht imstande, zuzuhören, wovon die Rede ist, oder aber – und das will ich Ihnen nicht unterstellen – Sie sind nicht immer imstande, im Zusammenhang zu erfassen, wovon geredet wird.

(Lachen bei der CDU.)

Sonst würde es sich verbieten, daß Sie als christlich-demokratischer Abgeordneter falsches Zeugnis wider besseres Wissen geben.

(Jawohl! und Beifall bei der SPD.)

Ich wiederhole noch einmal, was ich gesagt habe, und ich würde Ihnen empfehlen, das im Protokoll nachzulesen, vielleicht geht es Ihnen dann für das nächste Mal wirklich ein. Man sollte nicht nur schwätzen, sondern auch zuhören können. Ich habe gesagt, daß das, wie es der Herr Umweltminister im Zusammenhang dargestellt hat, sehr wohl die Zustimmung meiner Fraktion findet, daß das ganze im Gesamtzusammenhang zu betrachten ist. Ich habe dann im Detail ausgeführt, daß es einfach erforderlich ist und nicht mehr hingenommen werden kann, im Interesse des Städtebaus, im Interesse der Verkehrsplanung, der Wohnqualität, der Wassersicherung und der Landesplanung sowie der Landschaftsplanung und nicht zuletzt des Umweltschutzes schlechthin, daß der Bergbau nebeneinander unbeschadet all dieser Vorgänge und Planungen wie ein Krebsgeschwür gesondert durch die Gegend hinkt. Das war meine Darstellung.

(Andauernde Unruhe und Sprechen.)

Das eine ohne das andere ist nicht machbar. Wenn Sie das eine betrachten, können Sie das andere nicht leugnen. Wir haben bis heute noch keine Medaille entwickelt, die nicht zwei Seiten hätte. Und eine verantwortliche Politik in unserem Lande für die Bevölkerung, für die Menschen, für die Wirtschaft, für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen und Lebensbedingungen kann das eine nicht ausschließen, wenn sie das andere will. Diesen Gesamtzusammenhang muß man sehen; und dies hat die Landesregierung in ihrer Regierungserklärung hier vor diesem Hause deutlich gemacht. Ich habe

(Abg. Netzer)

dies zitiert. Und Sie können nicht so tun, als wenn man das eine ohne das andere betrachten könnte.

Ich habe hier erklärt, verehrter Herr Kollege Groß – Sie sollten wirklich nicht falsches Zeugnis geben –, daß meine Fraktion in diesem saarländischen Landtag zum wiederholten Male erklärt hat, daß die Kohle in unserem Land Vorrang vor allen übrigen Energiearten hat. Dies ist für uns ein Glaubensbekenntnis, dahinter stehen wir. Und Sie sind nicht imstande, mir etwas anderes in meine Aussage hineinzuzinterpretieren. Die Landesregierung hat eine Aufgabe, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, und die gesetzlichen Verpflichtungen bestehen seit 1964 nach dem Bundesbaugesetz. Danach ist sie verpflichtet, entsprechende Bauleitplanungen bzw. Flächennutzungsplanungen zu überwachen, dafür zu sorgen, daß die von den Bauleitträgern erstellt werden, von den Gemeinden und Städten, die dafür zuständig sind. Dieses Versäumnis hat die Landesregierung begangen, und sie braucht sich nicht zu wundern, wenn sie dann einige Vorwürfe in der Richtung bekommt, daß sie die entsprechenden Planungen in diesem Land nicht aufeinander abstimmt.

Nicht mehr und nicht weniger habe ich gesagt. Das hat absolut gar nichts damit zu tun, daß die Notwendigkeit des Bergbaus in unserem Land von den Sozialdemokraten nie bestritten wurde; im Gegenteil, sie wurde immer dort unterstützt, wo es nur möglich war. Aber dabei darf man vernünftige wirtschaftliche, gesellschaftspolitische, umweltpolitische Interessen nicht vernachlässigen, so wie dies bisher von der Landesregierung getan wurde. Denn mir ist keine Initiative bekannt, wie sie im Bundesrat eingebracht wurde, damit der Deutsche Bundestag das Preußische Berggesetz von 1863 ändert.

Dies waren die Aussagen, die ich getätigt habe. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Kollege Groß, zukünftig besser zuzuhören.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat der Abgeordnete Becker.

Abg. Alfred Becker (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! War ich gestern noch einigermaßen versöhnt hinsichtlich der Glaubwürdigkeit von SPD-Politikern, als ich in „Report“ Holger Börner hörte – er hat mir gut gefallen, ein hervorragender Mann, hervorragend in seiner Ansicht –, muß ich mich heute schon wieder total revidieren. Aber das ist die Politik der SPD, sprunghaft von Tag zu Tag, je nach Laune, opportunistisch.

(Abg. Brück (SPD): Wir müssen einspringen, weil Ihre Ministerpräsidenten nicht in der Lage sind, die Entsorgung in Deutschland zu machen.)

Opportunistisch wie immer. Ich habe mich nur deshalb gemeldet, weil ich eben den Herrn Kollegen Kasper hörte, der von mangelnder Information des Ministeriums im Zusammenhang mit Wadrill gesprochen hat. Ich habe mich selbstverständlich auch informieren müssen über Wadrill, vor zwei Jahren schon; ich habe damals schon einmal kurze Ausführungen gemacht. Aber es gibt noch eine andere Art der Information, ich möchte es Ihnen einmal vortragen.

„Juso AG Büschfeld informiert“. Da gibt es so ein schönes Gedichtchen: Hoch droben im Hochwald, friedlich und still, floß dereinst der Bach Wadrill. Doch seit einiger Zeit, oh graus, ist es mit der Stille aus. Denn der Minister aus Saarbrücken ließ Maschinen und Bohrtürme schicken. Die rissen die schöne Landschaft auf, denn da soll nun ein Staudamm drauf. Für den Naturfreund ist es nicht zu begreifen, soll doch hier die Natur einer Wahnidee weichen. Dem Betrachter stellt sich die Frage nun: Wie konnte der Schacht nur so was tun? Doch er hatte, wie es die übliche Art, die Verwaltung von Wadern um Erlaubnis gefragt. Der Chef dieser Verwaltung, unser Bürgermeister Klein, willigte natürlich hemmungslos ein.

Frei nach Becker füge ich hinzu: Denn er war nicht allein. Nun, Juso-Freunde, hört die Kunde, Euer Hansi Kasper war in gleicher Runde.

(Lachen.)

Auch er hat ja gesagt und Euch nicht gefragt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun könnte man diesem Gedichtchen ein Schmunzeln abgewinnen – –

(Zuruf.)

„Frei nach Becker“, habe ich hinzugefügt.

(Zurufe von der SPD.)

Die letzten zwei Sätze. Das konnten die Jusos ja nicht wissen, daß er in gleicher Runde war. Aber das könnte man mit einem Sprung schon übergehen. Das wäre auch nicht so schlimm, die Grünen freuen sich darüber, wäre nicht ein Artikel vor diesem Gedichtchen erschienen, der natürlich die Sache etwas ernster macht. Und hier zeichnet verantwortlich der Unterbezirksvorsitzende Hans Kasper zur Talsperre Wadrill. Da geht es natürlich so ähnlich an, mit einem Sound wie Ganghofer.

(Lachen.)

Da wo sich der Bach durch das enge Tal zwischen bewaldeten Bergen schlängelt, finden Erholungssuchende eine noch unversehrte Natur von eigenartigem Reiz, mit einer reichen Tier- und Pflanzenwelt. – Genau dem würde ich jederzeit zustimmen, das paßte mir auch, kämen dann nicht gleich hinterher Informationen wie zum Beispiel: Ein riesiger Damm soll errichtet werden. Wer kann sich nicht leicht in die Gefühlslage der Bürger, die unterhalb des Dammes wohnen,

(Abg. Dr. Becker)

hineinversetzen, auch wenn man Ihnen versichert, der Damm würde halten? Wer möchte schon dort leben, wo er ständig unter einer Bedrohung zu leiden hat? Wie ist das mit dem Wert der Häuser, der Grundstücke, der durch das pure Vorhandensein einer Gefahrenquelle herabgemindert wird? — Das sind Befürchtungen und Ängste, die die Lebensqualität der Mitbürger beeinträchtigen.

(Zuruf.)

Soweit die Information. Hätte man das mit einem Fragezeichen versehen, wäre es noch eine Frage. Aber dann kommt es ganz schön. — Darf ich noch einen Satz hinzufügen: Selbstverständlich hat man noch davon gesprochen, daß im Sommer die Wasserfläche absinkt und die verschlammten Ufer ein idealer Nährboden für viele lästige Insekten sein könnten. Herr Dr. Budell würde an Feuchtbiotope denken; wo gibt es da lästige Insekten!

(Lachen.)

Aber die Information kommt dann schlagartig, sprunghaft, wie das immer so geschieht, und mit einem klaren Satz: „Bohrgenehmigung war Baugenehmigung“. Und dann kommt das Schönste; das gefällt mir, und dazu eine Frage an den Kollegen Kasper. Hier steht drin — und er hat selbst mitverantwortlich gezeichnet —: Wer dem Einsatz einer solchen Summe — genannt sind zwei Millionen — für die Planung zugestimmt hat, wird die Baugenehmigung nicht verweigern können! Herr Kasper, ich frage Sie: Können Sie die Baugenehmigung verweigern? Ja oder nein? Sie haben nämlich zugestimmt!

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das unterstellt man einem Bürgermeister. Und es steht noch hintendran: So kann man natürlich nicht mit den kommunalen Vertretern herumspringen — der Bürgermeister angesprochen. Nun, Herr Kasper, wer für so etwas verantwortlich zeichnet und genau gewußt hat, daß er dieser Planung hier im Landtag mit zugestimmt hat, wer seine Leute im Hochwald falsch informiert, wer mit diesem Ganghofersound und mit diesen absolut schludrigen Bemerkungen hier Information betreibt, der kann doch als Politiker nicht mehr ernstgenommen werden. Wer so hemmungslos mit Gemüt, Gefühl, Befürchtungen, Ängsten der Bürger umspringt und dann noch glaubt, von der Regierung informiert zu werden, und wer selbst so hemmungslos informiert — „mein Gott, Hansi,“ muß ich da beinahe sagen. — Vielen Dank.

(Heiterkeit. — Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Schacht.

Minister Schacht:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz etwas sagen. Zuerst zu Cattenom. Herr

Kasper, Sie können es darstellen wie Sie wollen. Von dieser Stelle aus habe ich im Sommer 1978 für die Landesregierung erklärt, daß wir uns dagegen wenden, daß ein so großes Atomzentrum oder Kernenergiezentrum in Cattenom errichtet wird. Dann war ich in der ersten Hälfte des vorigen Jahres in Paris und habe dort von dem französischen Vertreter zur Kenntnis nehmen können, daß man zur Zeit nur zwei Kernkraftblöcke baut. Auf unsere Fragen — ich selbst habe gefragt und Staatssekretär Dr. Schmid von der Bundesregierung ebenfalls —: Werden Sie einen weiteren Block bauen?, hat man uns erklärt: Das können wir nicht sagen. Als wir weiter gefragt haben — das ist im Protokoll nachzulesen, und Sie können im übrigen ja die Bundesregierung fragen —: Wie stehen denn die Chancen, daß zwei weitere Blöcke gebaut werden?, ist geantwortet worden: Die Chancen stehen 50:50.

Völlig zu Recht konnte und mußte festgestellt werden, daß wir von dem Beschluß der französischen Staatsregierung überrascht wurden, daß vier Blöcke mit je 1 300 Megawatt gebaut werden sollen. Daraufhin habe ich bei der nächsten Zusammenkunft der deutsch-französischen Kommission in Bonn — da war auch wieder Staatssekretär Dr. Schmid Leiter der deutschen Delegation — das ausgeführt, was ich Ihnen hier vorhin vorgelesen habe. Ich weiß nicht, was Sie an der Haltung der saarländischen Landesregierung in diesem Falle auszusetzen haben. Es bleibt dabei, und es ist nicht wegzuretuschieben, ganz allein die Bundesregierung ist für die Frage Cattenom zuständig. Die Landesregierung kann nur mahnen, daß die Bonner etwas tun, und das ist in überreichem Maße — ich wiederhole: in überreichem Maße — geschehen. Wenn wir von seiten der Landesregierung eine Dokumentation auflegen würden, würde die so dick werden wie Ihre; so oft ist geschrieben worden, so oft sind Gespräche geführt und Protokolle angefertigt worden. Das zu dieser Frage.

Zum zweiten wollte ich noch einmal etwas zu Wadrill sagen. Aber Herr Becker hat Ihnen das in sehr drastischer Weise und auch in plastischer Weise, glaube ich, noch einmal dargelegt. Sie können nicht daran vorbeikommen. Sie, Abgeordneter Kasper, haben, wie alle Abgeordneten in diesem Hause, die Information gehabt, daß im nördlichen Saarland drei Talsperren gebaut werden sollten, eine davon in Wadrill. Bei der Planung ist man dann davon ausgegangen, daß wir nicht zwei kleine, sondern eine größere bauen könnten, so daß wir an der dritten vorbeikommen. Das war der Versuch, die Landschaft zu schonen. Und Sie haben den Bericht zum Umweltschutzprogramm Saarland seit dem 26. oder 27. November in der Hand. Darin steht, daß wir heute schon — denn wir wissen, daß die Unternehmen, die sich angemeldet haben, diese Wassermengen wirklich abnehmen — mit dem, was zusätzlich an Wasser von Nonnweiler kommt, nicht mehr auskommen.

Wir haben immer gesagt, und ich sage es auch heute wieder: die Planung, die in Wadrill betrieben wird, ist eine vorsorgliche Planung. Es ist auch noch nicht beschlossen, eine Talsperre zu bauen. Ich muß aber, ich kann jetzt „leider“ sagen oder auch nicht, davon ausgehen, wenn das, was im Gespräch ist — die gemeinsame Flüssigphase in Dillingen, das Stahlwerk in Völklingen, die Großkokerei, eine Kohleverflüssigungs- oder -vergasungsanlage —, verwirklicht wird, daß wir erheblich mehr Wasser benötigen. Und jetzt sage ich Ihnen auch ganz offen, wir müssen auch daran denken, wenn wir technisch

(Minister Schacht)

einen Hochtemperaturreaktor einsetzen können — jetzt können wir streiten: vielleicht 1990, 1995, 2000, das spielt auch keine Rolle, meinerwegen auch 2005 —, daß dann eine verantwortliche Wasserwirtschaft natürlich auch planen muß, daß Kühlwasser für diesen evtl. zu errichtenden Hochtemperaturreaktor vorhanden ist. Die Wasserwirtschaft kann nicht für drei Jahre planen, die muß schon für 20, 30 Jahre planen; und das tun wir. Herr Kasper, das haben Sie alles gewußt. Und ich wiederhole, was ich —

(Abg. Kasper (SPD): Ich zweifelte Ihre Daten an.)

Das ist doch ganz billig. Aber, Herr Kasper, Sie haben gesagt — andere auch —, ich hätte mal „grotesk“ gesagt. Wissen Sie, wo ich „grotesk“ gesagt habe? — Als ein Bürger, ich kann ruhig sagen, ein Mandatsträger, der eine Bürgerversammlung selbst geleitet hat —

(Zuruf.)

Nein, nein, Herr Giebel, der hier anwesend ist, war mit einem anderen Mitarbeiter meines Hauses in Wadrill, hat dort Informationen gegeben. Und der Mann, der die Bürgerversammlung geleitet hat, hat Wochen später gesagt, er habe keine Informationen. Und da habe ich gesagt, das wäre grotesk. Ich würde das immer wiederholen und sagen, wenn jemand eine Bürgerversammlung leitet und hinterher erklärt, er sei nicht genügend informiert, dann stimmt was nicht. Herr Kasper, wenn ich sage, Sie haben in lebenswichtigen Fragen unseres Landes eine falsche, eine schlechte, eine unmögliche Haltung eingenommen, dann wiederhole ich: Sie waren in Rheinland-Pfalz — vielleicht wissen Sie es nicht, aber Sie könnten und müßten wissen, daß der größte Teil der Talsperre auf rheinland-pfälzischem Gebiet liegt — und haben dort vor sozialdemokratischen Kommunalpolitikern erklärt: Das ist eine Reaktortalsperre. Ich glaube, Sie haben wörtlich gesagt „Reaktorsperre.“ Das war wohl die wörtliche Rede, die in der Zeitung zu lesen war. Sie haben die Gedanken der Leute, die das lesen, so gelenkt: da kommt jetzt ein Kernenergiezentrum oder ein Kernkraftwerk nach Wadrill. Da steht nichts in der Zeitung vom Hochtemperaturreaktor im Jahre X.

(Zurufe von der SPD.)

Entschuldigung, aber das stand so in der Zeitung. Ich habe das Gefühl, Sie haben sich gefreut, daß das so drin stand und haben es nicht berichtet. Sie haben vorhin gesagt, Herr Meder hat mir einen Brief geschrieben. Ja, das hat er. Herr Meder hat sich erkundigt und er hat einen sehr ausführlichen Brief erhalten. Ein Bürger, dessen Name mir völlig unbekannt war, hat mir ebenfalls einen Brief geschrieben. Der hat genau die gleiche ausführliche Antwort bekommen wie der Abgeordnete Meder. Herr Kasper hat bis heute dem Umweltminister und seinem Hause noch keinen Brief geschrieben, um sich zu erkundigen, was dort los ist. Aber er geht hin und spricht dagegen. Ich habe gesehen, daß Herr Becker ein Mitteilungsblatt Ihrer Partei hat, da steht hinten die Argumentationskette gegen Wadrill drin. Vorne auf der ersten Seite links oben steht — ich habe mittlerweile festgestellt, daß das offenbar in allen Mitteilungsblättern der SPD im Lande drinsteht —, daß eine SPD-regierte Landesregierung alles tun wird, damit bei

Saarberg die Förderung von 9 Millionen Tonnen heute auf 15 Millionen Tonnen in den nächsten Jahren heraufgesetzt wird. Das steht da drin — verantwortlich für die Meldung in dieser Ausgabe: Herr Kasper.

Jetzt sage ich Ihnen, was 6 Millionen Tonnen Kohle zu veredeln im Hinblick auf das dazu erforderliche Wasser bedeutet. Wir haben zur Zeit rund 6 Millionen Tonnen, die veredelt werden. Dazu brauchen wir im Lande 400 Millionen Kubikmeter Wasser. Wir haben eine Förderung an Grundwasser — als Trinkwasser usw. — von nur 100 Millionen Kubikmetern. 6 Millionen Tonnen Kohle, die wir heute veredeln, brauchen 400 Millionen Kubikmeter Wasser. Wenn Sie also 6 Millionen Tonnen mehr fördern wollen, dann frage ich Sie, wo Sie das Kühlwasser hernehmen wollen. Ich will damit nur sagen, wie unehrlich das ist. Ich traue Ihnen nämlich nicht zu, daß Sie die Zusammenhänge nicht kennen. Sie stellen einfach die berechtigte Angst der Bürger, die nicht wissen, worum es geht, in Ihr politisches Kalkül. Sie sagen den Bürgern: Wir sind dagegen, wir helfen Ihnen. Und dabei verstoßen Sie gegen elementare Interessen des Landes.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, Kühlwasser, wenn wir weiter Industrie ansiedeln wollen. Und dann dieses dumme Gerede, von wegen der Schacht — Gewerkschaftler — spricht für die Unternehmen, für die Kapitalisten, damit die Wasser haben — was für ein Unsinn! Diese Unternehmen — mir ist das völlig egal, wie der Unternehmer heißt, solange er die Löhne zahlt und humane Arbeitsbedingungen hat — schaffen Arbeitsplätze, und die Unternehmen, die viel Wasser brauchen, schaffen zufällig auch noch sehr gut bezahlte Arbeitsplätze, zumeist noch Arbeitsplätze, die im Arbeitsschutz an erster Stelle stehen. Und hier, Herr Kollege Kasper, werfe ich Ihnen vor, daß Sie es mit der Wahrheit nicht genau nehmen, aber gleichzeitig die Frechheit besitzen, in bezug auf den Haushalt zu sagen, daß ich die Unwahrheit spreche.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn das die Politik ist, die wir in unserem Lande für unsere Menschen hier betreiben, dann wird mir angst und bange. Bleibt mir nur, zu hoffen, daß Sie möglichst wenig Schaden anrichten können; in der Opposition ist der Schaden ja geringer, als wenn Sie an die Regierung kommen. Und das schaffen Sie auf jeden Fall nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat der Abgeordnete Hans Georg Wagner.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte in den letzten Minuten war wohl kaum dazu angetan, Zeugnis dafür abzulegen, daß es der Landtag ernst meint, wenn es um die Probleme des Bergbaues geht. Wenn ich einmal von dem ausgehe, was dem Kollegen Netzer unterstellt worden ist, nachdem er

(Zurufe von der CDU)

(Abg. Hans Georg Wagner)

in seiner Rede ein klares und kühnes Bekenntnis zum Saarbergbau abgelegt hat, und wenn Sie an einem Ausdruck, der da gebraucht worden ist, etwas aufziehen, was nicht stimmt, ist das in höchstem Maße unfair und muß zurückgewiesen werden.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

In den letzten fünf Jahren, meine Damen und Herren, ist in diesem Landtag niemand gewesen, der mehr als die SPD-Landtagsfraktion für unsere Bergleute gekämpft hat, für den Vorrang der heimischen Steinkohle.

(Zurufe von der CDU und Lachen.)

Und hierbei hat der Kollege Hans Netzer ebenso mitgewirkt wie jedes andere Mitglied der SPD-Landtagsfraktion auch.

(Anhaltende Zurufe von der CDU. – Glocke des Präsidenten.)

Ich sage Ihnen, wer so vorbehaltlos die Kernenergie unterstützt hat, wie Sie dies im Oktober vergangenen Jahres getan haben, der hat die Interessen der Saarbergleute mit den Füßen getreten. Sie sind doch die letzten, die sich über die Entwicklung in Cattenom aufregen können. Sie haben doch vorbehaltlos hier die Kernenergie gefordert in Ihrem Antrag im Oktober, und jetzt regen Sie sich auf und sagen, der Bundeskanzler ist an allem schuld. Bleiben Sie doch bei der wirklichen Entwicklung.

(Zurufe von der CDU. – Unruhe.)

Wenn wir hier die Saarbergleute unterstützen, lassen wir uns nicht von Ihnen zurückdrängen. Ich finde es lächerlich, wenn der Ministerpräsident – –

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Schnur:

Meine Damen und Herren, bewahren Sie doch noch etwas Ruhe.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Ich finde es lächerlich, wenn der Ministerpräsident, der heute abend offenbar durch Wahlveranstaltungen daran gehindert ist, an dieser Sitzung weiter teilzunehmen, im Landtag erklärt, seine Landesregierung habe im Jahre 1979 1 000 Arbeitsplätze im Saarbergbau geschaffen.

(Zuruf von der CDU: Hat er nie gesagt!)

Natürlich hat er das gesagt. Bei der Wahlkampföffnung in Hasborn haben wir es doch auch alle gehört. Ich finde, das ist eigentlich mehr ein Verdienst derjenigen, die über das

Öl in der Welt verfügen; denn wenn der Ölhahn nicht zuge dreht worden wäre, wäre die Renaissance der einheimischen Steinkohle auch nicht gekommen. Ich bin sicher, der Ministerpräsident würde das, was er hier mit den 1 000 Arbeitsplätzen getan hat, wieder tun, indem er sagt, wenn die Produktion auf 15 Millionen Tonnen pro Jahr ausgedehnt wird, ist das auch ein Erfolg der Landesregierung.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm (CDU).)

Es stand immerhin schon im Energieprogramm der Bundesregierung drin, daß man den Vorrang der heimischen Steinkohle sehen müsse und dadurch natürlich Produktionssteigerungen eintreten können.

Noch ein Satz zu dem, was der Kollege Mann angeschnitten hat. In der Tat hat die saarländische Bevölkerung durch den Bergbau Vorleistungen erbracht für die internationale und nationale Energieversorgung; denn die Bergschäden sind nun einmal ein Ergebnis untätigen Bergbaus, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU.)

Das ist eine Sache, die man gemeinsam bekämpfen muß, damit die Schäden möglichst gering bleiben. Deshalb war ja unsere Forderung – die Sie abgelehnt haben – die, einen Raumordnungsteilplan aufzustellen oder einen Landesentwicklungsplan Bergbau im Einvernehmen mit den Bergbaubehörden. Sie haben doch zugegeben, Herr Kollege Schacht, daß das Oberbergamt als Träger öffentlicher Belange offenbar nicht ausreicht, um die Probleme der Bauleitplanung der Kommunen – der Kollege Mann hat das ja hier angeführt – zu lösen.

Abg. Schacht (CDU):

Eine kurze Zwischenbemerkung. Sie haben gesagt, Sie wollten ein Raumordnungsprogramm haben. Das ist doch etwas anderes als ein Teilplan. Ein Raumordnungsprogramm kann man machen; nur, ein solches Programm zu machen, das keine praktischen Auswirkungen hat, ist ein bißchen sozialistisch.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Herr Kollege Schacht, Sie haben offenbar nicht zugehört. Wir wollten – ich habe mich verbessert – einen Landesentwicklungsplan Bergbau haben.

(Abg. Schacht (CDU): Sie haben ein Raumordnungsverfahren verlangt.)

Was wir offiziell verlangt haben, ist ein Landesentwicklungsplan Bergbau. Wir wollen doch wohl alle das gleiche. Wenn Sie hier rumtönen und sagen, das Oberbergamt reicht aus, und der Kollege Mann, der ja Ihrer Koalition angehört, sagt, daß das nicht ausreicht, weil die Gemeinden in der kommu-

(Abg. Hans Georg Wagner)

nenen Planung keine Rücksicht nehmen, dann muß man hier eben ein anderes Instrumentarium finden.

(Zurufe von der CDU. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Schnur:

Ich bitte darum, doch endlich die Redner einmal ausreden zu lassen.

Abg. Hans Georg Wagner (SPD):

Was wir wollen, ist doch klar. Wir wollen einen landesverbindlichen Plan — wie auch immer Sie ihn nennen wollen —, der sicherstellt, daß in den Kommunen rechtzeitig bekannt ist, welche Bergbauplanungen bestehen, damit nicht dort Wohnungen erstellt werden, wo später Schäden zu befürchten sind. Das ist das große Problem, da sind wir uns doch völlig einig. Also unterstützen Sie uns doch in dieser Sache und seien Sie nicht dagegen! Ich finde, daß wir das mitberücksichtigen müssen.

Ein weiterer Punkt ist der, ob Sie einmal an die Gemeinden in diesem Land gedacht haben, die hervorragende Vorleistungen erbracht haben, indem sie Bergschäden hingenommen und beseitigt haben. Hätte man nicht einmal diese Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches besser ausstatten können? Dazu hat bisher auch kein Mensch von Ihrer Seite etwas gesagt.

Ein letzter Satz zu dem, was hier immer so zum Planungstitel Wadrill gesagt wird. Sie sind ja länger im Parlament als ich, Herr Kollege Schacht. Tatsache ist, daß ein allgemeiner Planungstitel des Landeshaushalts besteht. Da wird seit zehn Jahren ein Polizeizentrum mitgeschleppt, von dem zwar immer den Polizeibeamten vorgegaukelt wird, daß es irgendwann einmal gebaut wird, von dem aber jedermann weiß, daß das nicht kommt. Das steht aber mit drin.

(Abg. Schacht (CDU): Das hat mit Umwelt nichts zu tun.)

Ich will das nur in die Argumentation miteinbeziehen. Da stehen noch andere Dinge drin. Das Finanzamt Völklingen sollte einmal mit hinein. Das ist abgelehnt worden, dafür ist man in Saarlouis dem Kollegen Hein in einem anderen Projekt entgegengekommen. Diese Planungsmittel stehen also zur Verfügung; ob die Planung realisiert wird, ist eine ganz andere Frage. Da gehört zunächst einmal ein Raumprogramm dazu, dann die Kostenüberlegungen, die Haushaltsunterlagen; alles das muß aufgestellt werden, und dann kann man die Planungsmittel dafür in Anspruch nehmen. So ist das. Und genau dasselbe ist es auch hier in dem Fall. Der Kollege Kasper wollte ja nicht, daß nicht geplant wird, sondern der Kollege Kasper wollte doch wohl — soweit ich ihn verstanden habe —, daß zunächst einmal eine umfassende Information der Bevölkerung erfolgt. Aus dieser Information heraus lösen sich vielleicht alle Probleme.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben ja gehört, vorher Information, bevor Sie drei Tage nach der Kommunalwahl definitiv sagen, jetzt wird das Ding verbindlich geplant. Herr Kollege Dr. Budell, damit ist eine Wunde in die Landschaft geschlagen. Bleiben Sie redlich in dieser Diskussion.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat der Abgeordnete Kopp.

Abg. Kopp (SPD):

Herr Kollege Schacht, ich habe in dieser Diskussion — —

(Zuruf des Abgeordneten Ganz (CDU).)

Danke schön, Herr Ganz. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schacht, ich hatte hier bei den verschiedenen Wortmeldungen von Ihnen den Eindruck, daß Ihre Energie an diesem Pult in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu der Energie steht, die Sie aufwenden, wenn vor Ort tatsächlich Umweltprobleme anstehen.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Schacht (CDU): Das ist eine Frechheit!)

Sie haben mich übrigens vorhin auch nicht geschont, und ich antworte nicht mit der halben Härte, mit der Sie mich vorhin aus Presseberichten zitiert haben. Die Presseberichte hatte ich weder autorisiert, noch haben Sie vorher die Gelegenheit genommen, mich über den ganz konkreten Berichtsinhalt dieser Presseerzeugnisse zu befragen.

Ich meine erstens einmal, was Cattenom betrifft, können Sie sich aus der Verantwortung nicht herauswinden. Sie gehören als Mitglied der saarländischen Regierung der Internationalen Standortkommission an, und Sie haben dort saarländische Interessen zu vertreten,

(Zurufe von der CDU — Abg. Kasper (SPD): Hört doch einmal zu!)

auch wenn sie im Gegensatz — ich möchte fast hinzufügen: gerade dann —, wenn sie im Gegensatz zur Bundesregierung stehen. Sie haben bisher nicht einmal die saarländische Bevölkerung und — soweit ich weiß — auch nicht den Ausschuß für Umwelt im saarländischen Landtag über die Entwicklung, soweit sie das Saarland betrifft, informiert. Inzwischen liegt ja, wie man Anfragen im Bundestag entnehmen kann, bereits der zweite Entwurf eines „Internationalen Wärmelastplans Mosel“ vor, der ganz enorme Auswirkungen auf das Mikroklima im Obermoselraum prognostiziert und der ganz enorme Auswirkungen auf die Mosel, deren Wärmebelastung und Wasserführung aufzeigt.

(Abg. Kopp)

(Abg. Schacht (CDU): Klimagutachten der saarländischen Landesregierung. — Weitere Zurufe.)

Dieses Gutachten ist der Bevölkerung im Obermoselraum jedenfalls unter anderem bekanntgeworden durch die Aktivitäten des Saarbrücker Bundestagsabgeordneten Hajo Hoffmann. Ich habe bisher von Ihnen in bezug auf die schwersten Gefahren, die da prognostiziert werden, noch nichts gehört. Ich muß mich wundern, daß Sie uns bisher nicht unterstützt haben, auch nicht die saarländischen Jungsozialisten bei all ihren Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen gegen das Kernkraftwerk in Cattenom.

(Beifall bei der SPD.)

Der zweite Punkt ist die Frage der Akkuwerke. Ich will das jetzt noch einmal aufgreifen, weil das so nicht stehenbleiben kann. Sie haben bei verschiedenen Veranstaltungen, insbesondere in Reinheim, übrigens auch im Umweltausschuß, Sprecher von Bürgerinitiativen angegriffen, ich hätte fast gesagt: diffamiert.

(Abg. Schacht (CDU): Einen.)

Zwei Leute: Herrn Hesedenz und den Pfarrer Heipp. Und hier machen Sie es umgekehrt. Das ist auch eine Art von Doppelstrategie oder Doppelzüngigkeit. Hier sagen Sie, die ganzen Bürgerinitiativen seien mit Ihnen einer Meinung.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Ich mache draußen vor Ort Veranstaltungen mit diesen Bürgerinitiativen. Ich führe sowohl mit der Hanweiler Bürgerinitiative Gespräche als auch mit denen in Blieskastel und sonstwo. Ich kann sagen, die sind äußerst besorgt — nach wie vor. Wenn Sie sich gerade die Dokumentation der Hanweiler Bürgerinitiative anschauen, die mir dieser Tage zugesandt worden ist, da ist über die große Besorgnis, insbesondere über die Antwort der Landesregierung vom 25. Oktober zu lesen, wo Sie gesagt haben: wenn die Franzosen die deutschen Umweltvorschriften einhalten, dann ist keine Gefahr zu besorgen. Ich formuliere es etwas frei, aber es entspricht dem Sinn Ihrer Antwort. Ich bin der Meinung, daß es nicht gesichert ist, daß in Frankreich die Auflagen durchgesetzt werden können, wie Sie sie jetzt für Otzenhausen durchgesetzt haben. Ich bin nicht einmal der festen Überzeugung, ob die in Otzenhausen durchgesetzten Auflagen dem unmittelbar bevorstehenden Stand der Technik entsprechen. Es gibt Fachleute — ich bin kein Fachmann, was Physik oder Technik betrifft —, die sagen, es sei möglich, einen Wert von 0,2 Milligramm Blei zu erhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Schacht (CDU).)

Der Kollege Dr. Budell hat vorhin — wenn ich ihn zitieren darf, der sicherlich eher Fachmann ist als ich — gesagt, „ein“ Milligramm pro Kubikmeter Abluft oder sogar weniger. Da habe ich ihm zugestimmt.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe.)

Ich habe wirklich das Gefühl, daß es dann auch auf Grund der Kompetenzzuweisung innerhalb der saarländischen Landesregierung — nämlich Genehmigungsbehörde im Bereich des saarländischen Wirtschaftsministers und die Behörde, die Umweltschutzvorschriften zu beachten hat, in Ihrem Ministerium — eben vorkommt, wie es hier bei der Blei-Akku-Frage tatsächlich vorgekommen ist, daß Sie in einer Sitzung des Umweltausschusses durch einen Ihrer Beamten sagen lassen, man halte es nicht für opportun, direkte Gespräche mit Delco Remy und mit den französischen Behörden zu führen und ich nachher ein Protokoll in die Hand bekomme, das just besagt, daß Ihre Kollegen vom Wirtschaftsministerium schon eine Woche vorher gerade eben diese Gespräche geführt haben, die Sie nicht für opportun halten. Da habe ich das Gefühl, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut.

(Abg. Schacht (CDU): Nicht meine Beamten. — Beifall. — Zurufe.)

Und dieses Gefühl liegt offenbar bei den Bürgerinitiativen vor, die auch jetzt nach Ihren Aktivitäten von Eigeninitiativen nicht absehen. Sie haben gerade vor wenigen Wochen die Demonstration in Hanweiler, zu der ja auch kein Kollege aus der CDU-Fraktion gekommen ist, veranstaltet.

(Zuruf.)

Ja, wir waren mit vier Kollegen da, und Herr Wagner vom Europaparlament war auch da. Ich habe auch keine Stellungnahme von Ihnen dazu gehört, daß wir erneut nicht über die Grenze gekommen sind, obwohl dort in Saargemünd eine Anlage gebaut wird, die auf Grund ihrer Emissionen auch für uns in der Bundesrepublik von bestimmter Bedeutung ist.

(Abg. Schacht (CDU): Die Demonstrationen sind überflüssig. Deshalb mache ich dazu nichts.)

Wen wundert da nicht — um den Kreis zu schließen — die Doppelzüngigkeit, daß hier kein Kollege aus der FDP-Fraktion heute die Frage des Verbandsklagerechts angesprochen hat. Ich darf einmal aus der Frankfurter Rundschau von heute zitieren, wo Frau Dr. Engel, umweltpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion in Hessen, sich noch einmal sehr stark für das Verbandsklagerecht ausgesprochen hat und unter anderem sagt, daß sich eine Fülle besonders eindrucksvoller Beispiele von Landschafts- und Biotopzerstörungen bei bestehendem Verbandsklagerecht niemals ereignet hätte. Sie sagt weiter, daß es gewisse egoistische Interessen gebe, durchaus von sehr einflußreichen Kräften — vielleicht hat sie hier Herrn Klumpp gemeint; und ich zitiere wörtlich —, „die nun die neueste Version aufbringen, da Bonn nunmehr den Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes mit der Verbandsklage vorgelegt hat, müßten die Länder abwarten.“ Und das bezeichnet sie als nichts anderes als Verhinderungsstrategie. Ich habe das Gefühl, daß das in Umweltfragen insgesamt um sich gegriffen hat. Und das nützt, so glaube ich, der ganzen Sache nichts. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den von der CDU- und der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag Drucksache 7/2157. Wer für die Annahme der Drucksache 7/2157 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? – Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Antrag Drucksache 7/2157 mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Ich rufe auf Punkt 9 der Tagesordnung:

Aussprache über die Antwort der Regierung zu der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion betreffend Lage der Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Saarland (Drucksache 7/1900).

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Schreiber. Herr Schreiber hat Verlängerung der Redezeit beantragt, die hiermit genehmigt wird.

(Beifall. – Zurufe.)

Abg. Schreiber (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe schon einmal hier von dieser Stelle aus die Aussage gemacht, daß es die Sozialpolitik ja gewohnt ist, zu einer späten Stunde – zu einer Nachtstunde – noch zu Wort zu kommen. Ich darf hier ganz offen sagen – und diejenigen, die mich kennen, wissen, daß ich eine offene Sprache liebe –, daß ich mich heute bemüht habe, nachdem sich abzeichnet, daß wir in der Tat bis in die Nachtstunden hinein tagen werden, diesen wichtigen Punkt in den Mittelpunkt einer anderen Debatte zu stellen.

(Zurufe und Sprechen.)

Ich bedauere außerordentlich, daß es nicht möglich war, einvernehmlich zu erreichen, daß wir zu einem anderen Zeitpunkt diese für uns wichtige Frage diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Wann denn? Morgen?)

Ich halte es – das sage ich genauso offen –, Herr Kollege Läßle, für unerträglich, wenn um diese Zeit nach einer sehr langen Debatte dieses Problemfeld behandelt wird.

(Zurufe von der SPD. – Andauernd Sprechen und Unruhe.)

Ich weiß nicht, Herr Kollege Läßle, was Sie und Ihre Fraktion damit eigentlich beweisen wollen.

(Abg. Läßle (SPD): Sie wollten sie doch haben. – Weiter Sprechen und Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Schnur:

Ich bitte doch nun wirklich die Redner ausreden zu lassen. Es hat jeder die Möglichkeit, sich hier zu Wort zu melden, der glaubt, etwas zur Debatte beitragen zu können.

Abg. Schreiber (CDU):

Ich sage Ihnen nur eines: der Sache haben Sie damit keinen Dienst erwiesen. – Herr Kollege Läßle, selbstverständlich!

Abg. Läßle (SPD):

Herr Kollege Schreiber, wir haben immer deutlich gemacht, daß dies für uns eine wichtige und zentrale Debatte ist. Schon zweimal stand sie auf der Vorlage im Präsidium, zweimal wurde sie von der CDU wieder abgesetzt. Wir haben gesagt, wenn sie jetzt wieder abgesetzt werden soll, beantragen wir die Debatte als Sozialdemokraten, weil wir sie für wichtig erachten. Wir sind gern mit Ihnen bereit, heute und jetzt aufzuhören und die Debatte morgen zu führen, aber nicht nach der Wahl. Ein solches Thema kann nicht auf die Zeit nach der Wahl verschoben werden. Es steht in diesem Parlament an auf Grund der Anfrage und muß auch von diesem Parlament diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe.)

Abg. Schreiber (CDU):

Das war jetzt doch mehr als eine Frage! – Sie wissen ganz genau, Herr Läßle – und das ist es, was mich ärgert –, ich habe heute mit einer ganzen Reihe von Kollegen von Ihnen gesprochen.

(Anhaltend Unruhe und Sprechen. – Glocke des Präsidenten.)

Sie waren alle einverstanden, die Debatte zu vertagen. Aber einige wenige haben gemeint, sie müßten sie heute abend, zu dieser Stunde noch, durchsetzen. Das muß auch einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Schnur:

Ich bitte, die Vorreden zu unterlassen und zur Sache zu sprechen.

Abg. Schreiber (CDU):

Ich käme sofort zur Sache, Herr Präsident, wenn ich nicht andauernd gestört würde.

Präsident Schnur:

Sie haben selber zu vertreten, daß Sie gestört werden.

Abg. Schreiber (CDU):

Meine Damen und Herren, die Lage der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist von Zeit zu Zeit sowohl im Rahmen der politischen Diskussion, aber auch in Presse, Rundfunk und Fernsehen Gegenstand von Betrachtungen. Sie gestatten mir ganz sicher, den vormaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu zitieren, der gesagt hat: Vorurteile werden selten ausgesprochen. Man gesteht sie sich ungern ein, aber man praktiziert sie. Die Journalisten mögen schreiben, was sie wollen, die Politiker mögen reden, was sie wollen. Unser Land wird nicht zuletzt danach beurteilt, wie sich die Deutschen gegenüber den Ausländern verhalten. – Dies ein Wort des vormaligen Bundespräsidenten Walter Scheel in seiner Weihnachtsansprache 1976.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage der ausländischen Arbeitnehmer ist ganz sicher unter verschiedenen Aspekten zu behandeln. Sie wissen, daß es hier eine ganze Reihe von Problemlagen gibt sowohl im Bildungsbereich wie im Arbeitsmarktbereich wie auch im sozialpolitischen Bereich. Ich meine aber, daß dies Problem – und wir haben uns vielleicht zu sehr daran gewöhnt, dies vornehmlich unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten zu sehen – längst nicht nur ein arbeitsmarktpolitisches ist, sondern dies ist zutiefst – das ist meine Überzeugung – ein humanes Problem. Natürlich ist es – lassen Sie mich das ganz offen ansprechen – manchmal sehr schwer, in unserer Gesellschaft über diese Fragen zu diskutieren, weil man eben auch sehr oft innerhalb der Gesamtdiskussion den Eindruck hat, daß gerade wegen der Arbeitsmarktsituation die Frage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland unter sehr negativen Aspekten gesehen wird.

Ich darf hier eines ganz deutlich sagen: unsere ausländischen Arbeitnehmer haben durch ihre Mitarbeit nach dem Kriege in erheblichem Maße zu unserem Wohlstand beigetragen. Ich glaube, wir können nicht so einfach tun als Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und sagen: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; der Mohr kann gehen!

Ich darf noch eines sagen, und das scheint mir wichtig zu sein für die Gesamtproblematik. Eines der Hauptprobleme bei der Diskussion um unsere ausländischen Mitbürger ist die Frage nach der Atmosphäre innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und der Atmosphäre in unserer Gesellschaft. Ich glaube, wir benötigen eine positive Einstellung der Bevölkerung, damit wir auch in der Lage sind als Politiker, das, was politisch notwendig ist, das, was wir als politisch notwendige Maßnahmen ansehen, auch entsprechend durchzusetzen und daß dies auch leichter durchsetzbar ist. Und dazu gehört eben auch eine positive Bewußtseinsbildung und die Schärfung eines Problembewußtseins.

Ich glaube, es ist auch notwendig – und das ist ein Appell an alle diejenigen auch, die betroffen sind –: die ausländi-

schen Arbeitnehmer müssen natürlich die Hilfen, die angeboten werden, die aufgebaut werden, auch akzeptieren. Und das ist oft eine Frage der Information und eine Frage der direkten Ansprache unserer ausländischen Freunde. Hier ist ein Problem anzusprechen, das über viele Jahre diskutiert worden ist und das letztendlich nicht zu Ende diskutiert worden ist, nämlich die Frage Integration einerseits und andererseits die Frage der Rotation, das heißt also, daß nach einer gewissen Anzahl von Jahren die ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückkehren.

Hier gibt es ganz sicher zwei unterschiedliche Problemkreise. Das eine ist der Problemkreis der ausländischen Arbeitnehmer, die aus EWG-Ländern stammen – auch gesetzlich gesehen ist diese Personengruppe ganz anders gestellt –, das andere der Kreis derjenigen, die aus Nicht-EWG-Ländern stammen. Ich meine, wir müssen Gelegenheit zur Integration bieten, und zwar Gelegenheit zur Integration unter Wahrung kultureller Eigenständigkeit. Die CDU-Landtagsfraktion hat mit der Großen Anfrage zur Lage der Kinder ausländischer Arbeitnehmer versucht, einen kleinen Beitrag zur Lösung der Gesamtproblematik zu leisten. Dabei kam es uns darauf an, Hinweise zu erhalten, die in entsprechende Aktionen und Aktivitäten einmünden sollten. Gerade was die Lage unserer ausländischen Familien angeht, gibt es oft Grauzonen, und die Informationen fließen meist nur sehr spärlich. Von daher haben wir leider nicht immer die notwendigen Informationen – ich spreche hier alle Ebenen an, sei es Bund, Land oder Kommunen –, die uns die Möglichkeit bieten, auf Grund von Hinweisen dort anzusetzen, wo es notwendig ist.

Einige Worte zur Problemlage insgesamt. In der Bundesrepublik Deutschland leben fast vier Millionen Ausländer. Davon sind fast zwei Millionen Beschäftigte, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind. Nur zur Verdeutlichung: davon sind etwa 1,1 Millionen Türken, 630 000 Jugoslawen und 521 000 Italiener. Allein in Nordrhein-Westfalen leben etwa 1,2 Millionen ausländische Mitbürger; eine Vergleichszahl: im Saarland sind es rund 40 000. Dabei ist – wiederum auf die Bundesebene bezogen – der überwiegende Anteil 21 bis 35 Jahre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Bundesrepublik Deutschland leben auch rund eine Million Kinder von ausländischen Arbeitnehmern. Die Zahl der Ausländer, die über fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, steigt ständig. Wir haben mittlerweile rund 877 000, die zehn und mehr Jahre in der Bundesrepublik Deutschland leben. Ich meine, nachdem rund 70 Prozent dieser Ausländer ja sagen zu einem ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik, ja sagen zu einer Integration in der Bundesrepublik, haben wir die Verpflichtung, über diese Frage nicht nur nachzudenken, sondern ganz konkrete Schritte einzuleiten.

Lassen Sie mich noch zwei, drei Zahlen zum Saarland sagen. Im Saarland leben etwa 17 400 italienische Staatsbürger, rund 6 000 türkische Staatsbürger, rund 1 800 jugoslawische Staatsbürger, 400 Spanier, 400 Griechen, 400 Portugiesen und 105 Marokkaner. Im Saarland hat die Ausländerbeschäftigung einen etwas günstigeren Verlauf genommen als in den übrigen Bundesländern. Seit 1957 bereits hatten

(Abg. Schrelber)

wir vor allen Dingen aus dem italienischen Sprachgebiet Einwanderungen zu verzeichnen, die – im großen und ganzen zumindest – kontinuierlich, das heißt, ohne die Infrastruktur des Landes zu stark zu belasten, eingegliedert werden konnten.

Vielleicht auch dazu zwei Vergleichszahlen, die das Problem verdeutlichen. In der Bundesrepublik Deutschland leben auf 1 000 deutsche Personen 64 Ausländer, im Saarland sind es auf 1 000 Personen 38 Ausländer. Auch das beweist, daß sich das Problem im Saarland nicht in der Schärfe stellt wie im Gesamtgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Granz (SPD).)

Ich habe gesagt, es zeigt sich nicht in der Schärfe wie im Schnitt der Bundesrepublik Deutschland; ich habe nicht gesagt, daß wir keine Probleme haben.

Lassen Sie mich einige Problembereiche – in der Kürze der Zeit können es in der Tat nur einige Bereiche sein –, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, herausgreifen. Zunächst eines der Probleme, die unsere ausländischen Freunde am meisten bedrücken, nämlich das Wohnproblem. Dies ist in der Tat eines der größten Probleme; wer mit diesen Fragen zu tun hat, kann das bestätigen. Oft werden unsere ausländischen Mitbürger von Vermietern skrupellos ausgenutzt und sind diesen Vermietern oft auch schutzlos ausgeliefert. Sie wissen, daß aus den verschiedensten Gründen von seiten der ausländischen Arbeitnehmer nur sehr ungern gerichtliche Klage erhoben wird. In allen größeren Städten besteht die Gefahr der Bildung sogenannter Gastarbeitergettos. Ich meine – und das ist eine Forderung, die man einmal diskutieren müßte –, wir sollten festlegen, daß ein bestimmter Prozentsatz freierwohnender Wohnungen für Ausländer zur Verfügung gestellt wird. Die Vergabe öffentlicher Gelder könnte auch von der Verpflichtung abhängig gemacht werden, einen bestimmten Prozentsatz der geförderten Wohnungen Ausländern anzubieten.

Lassen Sie mich einen zweiten Problembereich ansprechen, den Problembereich der Gesundheit. Hier wird immer wieder – auch in den Diskussionen und Gesprächen – Klage geführt, weil man der Auffassung ist, die ärztliche Versorgung sei oft unzureichend. Ich sage „oft“, auch dies muß selbstverständlich relativiert werden. Man muß dabei berücksichtigen, daß auf Grund der Sprachschwierigkeiten häufig von seiten der Ärzte falsche Diagnosen zustande kommen. Man muß auch berücksichtigen, daß, ebenfalls auf Grund der Sprachschwierigkeiten, richtige Medikamente oft falsch eingenommen werden. Alle diese Dinge, wie Sprachschwierigkeiten und Kontaktschwierigkeiten, bedingen bei Gastarbeiterkindern eben eine höhere Verweildauer in Krankenhäusern. Eine weitere Ursache, die zu vermehrter Krankheit führt, ist, daß auch in hygienischer Hinsicht die Wohnverhältnisse oft nur sehr unzureichend sind.

Lassen Sie mich auch noch einige Worte zu den Problemen der ausländischen Kinder verlieren, zunächst einmal auf die Bundesrepublik bezogen. Ich habe bereits die Zahl von rund einer Million Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland genannt, davon rund 400 000 unter sechs Jahren. Im Moment ist es so, daß rund jedes fünfte neugeborene Kind Ausländer ist, und jedes siebte Kind hat ausländische Eltern. Im Jahr werden

rund 100 000 ausländische Kinder geboren. In einigen Städten der Bundesrepublik sind heute schon die Hälfte der Erstklässler Gastarbeiterkinder. Mir ist ein Beispiel aus Duisburg bekannt, wo in einer Schule mit 131 Schulanfängern nur 23 Deutsche sind, alle anderen sind ausländische Kinder.

Auch zum Saarland noch zwei, drei Zahlen. Wir hatten Anfang 1979 9 626 ausländische Kinder, davon 5 009 italienische Staatsangehörige, 1 998 Türken, 879 Franzosen und 359 Jugoslawen. Bei Kindern stellt sich natürlich sofort die Frage nach der Betreuung, und hier muß man sagen, daß gerade der Kindergarten als eine vorschulische Einrichtung eine große Rolle spielen könnte. Aber – das ist eine Feststellung, die bundesweit zutrifft – nur 26 bis 28 Prozent der ausländischen Kinder besuchen einen Kindergarten. Im Saarland sind es etwas mehr, nämlich rund 50 Prozent der Kinder zwischen drei bis sechs Jahren, und damit liegt das Saarland etwas über dem Bundesdurchschnitt. Ich glaube – und ich möchte hier zwei, drei Forderungen anknüpfen –, die sächlichen und personellen Verbesserungen für die Kindergärten in den kommenden Jahren müssen in dieser Frage angestrebt werden, die Zusammenarbeit mit den Eltern ist zu verbessern – Stichwort Bildungsberatung –, die Kooperationsbereitschaft der Eltern muß verstärkt werden – Stichwort bessere Information – und die Frage der Kosten ist gerade vor dem Hintergrund der ausländischen Arbeitnehmer neu zu überdenken. Ich meine, gerade die Kindergärten sind ein wichtiges Instrumentarium zur Integration und zur Eingliederung der Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Stichwort: Kennenlernen und Einüben des Zusammenlebens sowie das Lernen des Miteinander im Kindergarten.

Nun noch einige allgemeine Anmerkungen zur Schulsituation. 1978 haben rund 434 000 ausländische Kinder allgemeinbildende Schulen besucht. Von 1978 bis 1979 haben 5 337 ausländische Schüler allgemeinbildende und berufliche Schulen im Saarland besucht. Im Saarland bilden – das ist bekannt, ich habe das eben bereits in den Gesamtzahlen genannt – den größten Anteil der ausländischen Kinder die italienischen Kinder.

Lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zum Stichwort Schule und zum Hauptschulabschluß machen. Sicher ist es in den letzten Jahren auf diesem Gebiet etwas besser geworden. Wir hatten geringfügig verbesserte Schulerfolge, aber wir wissen alle, daß dies nach wie vor einer der großen Problembereiche ist. Ich möchte dazu einige Gründe nennen. Dies hängt zunächst einmal mit der geringen Kenntnis der deutschen Sprache zusammen, mit der Doppelbelastung durch den Besuch deutscher Schulen und die Pflege der Sprache und Kultur des Heimatlandes zu Hause; ganz sicher ist auch ein Grund der mangelnde Kontakt mit deutschen Kindern – Stichwort: Gettobildung –, ganz sicher ist auch einer der Gründe, daß die Kinder zu spät nach Deutschland kommen, d. h., daß sie zunächst im eigenen Schulsystem eingeschult werden und dann in ein Land kommen, wo eine ganz andere Sprache gesprochen wird. Außerdem kommt noch hinzu, daß ausländische Lehrer häufig nicht die notwendige Qualifikation haben, um helfend eingreifen zu können und die Teilnahme am deutschen Unterricht vorbereiten zu können; vielfach sind deutsche Lehrer auch nicht in der Lage, Deutsch als Fremdsprache zu vermitteln, dies in dem Sinne, daß Deutsch für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer in der Tat eine Fremdsprache ist.

(Abg. Schreiber)

Lassen Sie mich dazu noch zwei, drei Sätze verlieren. Zunächst einmal muß der zusätzliche Deutschunterricht in der Schule und in Intensivkursen ausgebaut werden. Wir brauchen auch die Verbesserung des Unterrichts im Bereich Sprache; hier unter anderem auch den muttersprachlichen Unterricht durch konsularische Vertretungen. Wir müssen dazu auch von seiten des Landes noch zusätzliche Hilfen anbieten. Als dritten Punkt brauchen wir die organisierte Hausaufgabenhilfe, die es schon zum Teil gibt; sie wird von freien Verbänden angeboten. Ich bin der Auffassung, daß wir hier in der Tat in den nächsten Jahren diese Hausaufgabenhilfe verstärkt unterstützen müssen.

Lassen Sie mich zu dem Komplex Schule noch einige Forderungen anführen, die für die Zukunft Gültigkeit haben. Wir benötigen verbesserte Methoden zur Unterrichtung in Deutsch als Fremdsprache; dafür müssen Lehrer speziell ausgebildet werden.

(Beifall.)

Wir benötigen zweitens die Erarbeitung altersgemäßer Verfahren zur Feststellung der sprachlichen Voraussetzungen zur Einschulung in deutschsprachige Klassen, drittens — ich habe es bereits angesprochen — die Verbesserung der Hausaufgabenhilfe, viertens die stärkere Beschäftigung von ausländischen Lehrern an deutschen Schulen unter deutscher Schulaufsicht und fünftens eine bessere Information der Eltern.

Zum Stichwort Berufsbildung möchte ich noch einige wenige Anmerkungen machen. Das größte Defizit ist ganz sicher — dies auch wiederum bundesweit —, daß nur etwa 33 Prozent eine berufliche Ausbildung absolvieren — und da gibt es ganz sicher noch eine Grauzone, wo man die Zahlen noch nicht genau festlegen kann — und daß weniger als die Hälfte der Berufsschulpflichtigen am Berufsschulunterricht teilnehmen. Eine pessimistische Prognose sagt aus, daß wir 1985 etwa 280 000 Gastarbeiterkinder ohne qualifizierte Ausbildung haben werden. Wir müssen feststellen, daß jedes Jahr etwa 45 000 junge Ausländer auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt drängen. Die Arbeitslosenquote bei den jugendlichen Ausländern — und das ist ein ganz großes Problem — ist mindestens doppelt so hoch wie bei den Deutschen. Ich habe hier eine Vergleichszahl. Danach waren es 1978 etwa 100 000 Arbeitslose im Alter zwischen 15 und 20 Jahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich mit Ausländerproblemen und den Problemen ausländischer Familien und ihrer Kinder beschäftigt, hat ganz sicher einen Problembereich vor sich, der weit verzweigt ist. Ich habe es bereits zu Beginn meiner Ausführungen gesagt. Es ist ein Problem, das uns alle nicht gleichgültig sein kann. Es ist ein Problem, das die Politiker der verschiedensten Sparten — seien es Wirtschaftspolitiker, Sozialpolitiker oder Bildungspolitiker — angeht. Ich meine, wir sollten vor diesem Hintergrund die Frage prüfen und auch die Frage diskutieren, wie wir unseren ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien ein größeres Mitspracherecht innerhalb unserer Demokratie, innerhalb der Demokratie, die sie gewählt haben — die sie gewählt haben im Sinne der Arbeitsplatzsuche —, einräumen können.

Ich weiß, daß dies eine Diskussion ist, die seit vielen Jahren geführt wird. Ich möchte hier auch nicht das Thema Wahlrecht

und ähnliches ansprechen, das würde im Augenblick zu weit führen. Ich möchte nur eines sagen: Wir sollten versuchen, in einen ständigen Dialog mit unseren ausländischen Mitbürgern zu treten, damit wir auf Grund der Erfahrungswerte, die wir in dieser Diskussion gewinnen, ein Stück weit mehr auf sie eingehen können, ihre Probleme verstehen lernen und auf Grund des Verstehens dieser Probleme auch zu Lösungsansätzen kommen. Wenn wir das gemeinsam tun könnten, wäre ich persönlich sehr froh. — Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klimmt.

Abg. Klimmt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht unbedingt ein schlechtes Datum, heute über Probleme der ausländischen Arbeitnehmer zu reden, da heute im Bundeskabinett in Bonn der Kühn-Bericht und die Vorschläge des Koordinierungskreises zur Integration der zweiten Ausländergeneration beraten worden sind. Ich weiß nicht, was in Bonn diskutiert worden und was im einzelnen dabei herausgekommen ist, da wir ja etwas vom Nachrichtenfluß abgeschlossen sind bei dem Bemühen, hier selbst Nachrichten zu produzieren. Aber ich meine, wir sollten unsere Diskussion hier noch ernst nehmen.

Ich bedauere auch, Kollege Schreiber, daß das so spät läuft, daß wir so spät zu dieser Diskussion kommen. Ich bedauere noch viel mehr, daß dies schon zweimal abgesetzt wurde.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist einer der Hauptgründe, warum sich das jetzt alles auf der letzten Sitzung drängt. Kollege Schreiber, es sind Krokodilstränen, die Sie weinen, wenn Sie sagen, es sei bedauerlich, daß dieses Thema zu so später Stunde diskutiert werden muß. Sie wissen ganz genau, daß dieses Thema der Diskontinuität zum Opfer gefallen wäre, daß diese Vorlage im nächsten Parlament natürlich nicht mehr Gegenstand der Beratung gewesen wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Schreiber (CDU).)

Nein, Sie sollten sich darin ein bißchen auskennen; die Anfrage ist in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr existent und nicht mehr Gegenstand der Verhandlungen, sie ist keine Drucksache des nächsten Parlamentes. Darüber müssen Sie sich im klaren sein. Deswegen waren wir der Auffassung, daß dieses Thema in dieser Legislaturperiode vor diesem Parlament diskutiert werden soll. Uns hätte es nichts ausgemacht, beispielsweise morgen oder zu einem anderen Zeitpunkt noch einmal zu tagen. Aber wenn dies heute die letzte Sitzung ist, dann diskutieren wir das Thema auch heute, weil ich nicht der Meinung bin, daß es unter den Tisch fallen kann. Wir sollten uns überlegen, warum wir dazu neigen, einen solchen Punkt etwa

(Abg. Klimmt)

wieder von der Tagesordnung abzusetzen, oder warum wir jetzt wieder sagen, wir vereinbaren, das machen wir in zwei Monaten oder später. Da steckt ja vielleicht ein bißchen dahinter, daß es sich hier um eine Gruppe handelt, die bei den anstehenden Wahlen nicht wahlberechtigt ist. Ich bin absolut sicher, wenn die ausländischen Arbeitnehmer wahlberechtigt gewesen wären, hätten wir uns gar nicht eingekriegt – wechselseitig in unserem Bemühen –, dieses Thema noch schnell vor der Landtagswahl auf die Tagesordnung zu bekommen.

(Beifall bei der SPD.)

Dieses Thema ist natürlich – und darauf hat der Kollege Schreiber in seinen Ausführungen hingewiesen – nicht gerade populär, weil es eine ganze Reihe von Vorurteilen in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung gibt, so daß man nicht unbedingt Lorbeeren in der politischen Diskussion ernten kann, wenn man ein derartiges Thema ausführlich zu diesem Zeitpunkt fährt. Es war eine erfreuliche Übereinstimmung, Kollege Schreiber, wie Sie die Bedeutung dieser Frage geschildert haben. Wir haben es mit einem Thema zu tun, mit der Situation von Menschen, die hier sind, mit der Situation von Kindern, die hier sind, manchmal nicht auf ihren eigenen Willen hin, sondern weil sie ihren Eltern gefolgt sind oder weil sie in einem fremden Land geboren wurden. Wir haben die Verpflichtung zur Solidarität diesen Menschen gegenüber, die in unserem Lande leben.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt noch einen weiteren Grund. Es ist nicht nur das Gebot der Solidarität, das meine Partei für wichtig hält, sondern es geht auch um eine praktische Frage. Was sich dort unter Umständen entwickelt, kann eine soziale Zeitbombe sein, die uns in der Zukunft große Schwierigkeiten bringen wird und auch soziale Konflikte hervorrufen kann, von deren Ausmaß wir uns jetzt noch gar keine richtige Vorstellung machen können. Insofern muß man jetzt schon rechtzeitig, wo man sieht, daß dieses Problem auf uns zukommt, die Weichen stellen. Deshalb ist die Anfrage verdienstvoll.

Die Frau Minister wird mir verzeihen, wenn ich sage, daß die Antworten bei einigen wichtigen Fragen so dürr sind, daß man das Problem daran nicht ernsthaft diskutieren kann. Ich denke etwa an die Frage zum Schulerfolg, die nicht beantwortet wird, und an die Fragen zur Situation der beruflichen Bildung, was die Ausbildungsplätze, was den Durchlauf von Ausbildungsplätzen und die Absolvierung von Lehren angeht. Nun, wir können hier ja auf Vergleichszahlen des Bundes zurückgreifen – insofern kann man weiter darüber reden –, die beim Kühn-Bericht genannt sind. Aber wenn wir jetzt nichts Genaueres zum Schulerfolg sagen können, liegt es daran, daß wir auf Vermutungen angewiesen sind. Das Saarland hat im Gegensatz zu den Ländern Berlin, Baden-Württemberg und Hessen, die einen neunprozentigen Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Einwohnerschaft haben, einen Anteil von 3,7 Prozent der Wohnbevölkerung. Das Saarland liegt also noch an neunter Stelle von allen Bundesländern, was den Anteil der ausländischen Arbeitnehmer angeht. Aber trotzdem glaube ich, daß sich die Probleme der ausländischen Arbeitnehmer auch in unserem Lande wiederfinden lassen, sich in unserem Lande darstellen und hier einer Lösung bedürfen. Wir müssen sehen, daß trotz

des Anwerbestopps der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer auf Grund der hohen Geburtenzahl oder des Nachfolgens von Familie und Kindern aus den Heimatländern in der letzten Zeit wieder angestiegen ist.

Ein weiteres Merkmal ist, daß die Verweildauer, also die Anwesenheit in unserem Lande, zunimmt. Wir haben Familien, die schon zehn, fünfzehn oder mehr Jahre in unserem Lande leben. Auch die Zahl der Kinder, die hier geboren werden oder die hier hinzukommen, steigt, so daß wir auch in Zukunft einen großen Anteil von Kindern haben werden, um die wir uns kümmern müssen. Ich glaube, dazu gibt es keine Alternative. Es ist auch wichtig zu entscheiden, welchen Weg man geht. Ich bin dankbar, daß wir jetzt nicht mehr über Fragen wie Rotations- und Integrationsprinzip streiten, sondern daß wir uns wohl gemeinsam dazu durchgerungen haben, bei Wahrung der Eigenart dieser Arbeitnehmer doch die Integration anzustreben. Auch in Beantwortung der Frage ist das von der Landesregierung so geäußert worden. Nur müssen wir wissen, wenn wir das wollen, wenn wir den ausländischen Arbeitnehmern, die hier schon lange leben, wenn wir den Kindern, die hier geboren sind, wirklich die Integration ermöglichen wollen, daß das dann auch Konsequenzen in rechtlichen Fragen hat. Das betrifft das Arbeitsrecht, das Aufenthaltsrecht und die Fragen der Staatsangehörigkeit. All diese Dinge müssen in der Zukunft diskutiert werden. Ich glaube, daß der Kühn-Bericht eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht hat, die diskussionswürdig und in einigen Fällen diskussionsbedürftig sind.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf des Abgeordneten Robert Wagner (CDU).)

Ich sage, daß der größte Teil dessen, was vom Kühn-Bericht gesagt worden ist, begrüßenswert ist und daß ein Teil sicherlich diskussionsbedürftig ist. – Herr Kollege Wagner, wenn Sie mir jedes Mal, sozusagen wie der Chor in der griechischen Tragödie, Zustimmung signalisieren wollen durch die zweite Stimme, die Sie singen, so bin ich Ihnen sehr dankbar; vielleicht klingt das dann für die Kollegen etwas schöner, andere mag es stören.

Die Betrachtung der Situation der Kinder halte ich für sehr wichtig. Wenn wir feststellen müssen, daß mehr als die Hälfte ohne Schulabschluß die Schule verläßt und 60 Prozent ohne Berufsausbildung bleiben, dann glaube ich, daß die Erkenntnis Platz greifen muß, daß wir erheblich größere Anstrengungen unternehmen müssen. Ich möchte mich hier berufen auf die Vorschläge des Koordinierungskreises vom 22. 11. des letzten Jahres, die die Ansätze zeigen. Dort heißt es: „Da die Ausländerkinder in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland aufwachsen und ein Großteil von ihnen auf lange Zeit oder Dauer in der Bundesrepublik bleiben wird, muß in allen Bildungsbereichen die Integration im Vordergrund stehen, wobei jedoch auch der Bezug zum Herkunftsland in Sprache und Kultur gepflegt und aufrechterhalten werden sollte. Die Integrationsmaßnahmen müssen darauf gerichtet sein, die jungen Ausländer zu befähigen, die Angebote und Möglichkeiten der Gesellschaft chancengleich wahrzunehmen, ohne die jungen Ausländer jedoch in eine Assimilation zu drängen.“ – Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt. „Drittens. Die Zielsetzung bezieht sich auf alle Lebensbereiche der jungen Ausländer und muß die unterschiedlichen sozialen Lernfelder Familie, Elemen-

(Abg. Klimmt)

tarerziehung, Schule, berufliche Bildung, Beruf und Freizeit im Sinne einer ganzheitlichen Förderung einbeziehen. Die Integrationshilfen müssen, um wirksam werden zu können, möglichst frühzeitig einsetzen, und Integration muß auch im Interesse eines guten Zusammenlebens zu einem wechselseitigen Prozeß zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung werden. Wegen der besonderen Bedeutung, die eine berufliche Qualifizierung für die Integration hat, müssen hierfür die ausländischen Jugendlichen einen Anspruch auf Arbeitserlaubnis erhalten."

Das sind Punkte, die, so glaube ich, uns zeigen, in welche Richtung der Weg geht. Ich hoffe, daß sie bei uns mittlerweile unbestritten sind. Nun muß man eben fragen, was bei uns im Lande im einzelnen gelaufen ist. Ich glaube, daß die vermehrten Hilfen notwendig sind — ich beschränke mich auf den beruflichen Bereich, die Kollegin Granz wird nachher noch den schulischen und vorschulischen Bereich genauer untersuchen —, ich glaube daß es darum geht, daß wir für diejenigen, die abgebrochen haben, vermehrte Hilfe für Abschlüsse zur Verfügung stellen, daß wir die beruflichen Schulen, in denen in starkem Maße ausländische Jugendliche lernen, besser ausstatten, sowohl was die Sachmittel als auch was die Lehrer angeht. Wir wissen ganz genau, daß hier die Förderung und die Betreuung wichtiger ist als in anderen Bereichen. Wir brauchen Förderkurse für diejenigen, die in der beruflichen Bildung einfach aufgrund ihrer Sprach- und Bildungsschwierigkeiten nicht mitkommen. Wir brauchen spezielle Angebote bei fehlendem Hauptschulabschluß, um das beispielsweise mit handwerklichen Tätigkeiten und vorberuflicher Bildung zu verbinden. Und wir brauchen auch die Motivierung der Betriebe, ausländische Arbeitnehmerkinder einzustellen und sie als Lehrlinge zu beschäftigen; denn es ist offensichtlich manchmal nicht sehr leicht, das Verständnis in der Wirtschaft dafür zu finden, etwa die Schwierigkeiten mit einem ausländischen Arbeitnehmerkind in Kauf zu nehmen.

Wir brauchen schließlich eins — ich glaube, das ist ganz wichtig —: wir müssen erkennen, daß in einigen Bereichen die normale Berufsausbildung nicht in der Lage sein wird, den Ansprüchen zu genügen, um solche Kinder ausreichend zu fördern. Deswegen meinen wir, daß auch wir dem näher treten müssen, solchen Kindern eine außerbetriebliche Ausbildung zu geben und außerbetriebliche Ausbildungsstätten zu erstellen, zu bauen und zu finanzieren, in denen sie dann mit besonderen pädagogischen Konzepten die Möglichkeit bekommen, auch wirklich einen Abschluß zu erlangen. Wir haben ja ein Signal von seiten der Bundesregierung, nachdem der Bundesbildungsminister erklärt hat, er möchte jetzt ein Programm auflegen, das dazu dienen soll, ausländische Jugendliche, wenn sie eine Berufsvorbereitungsmaßnahme durchlaufen haben — bzw. auch solchen Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluß besitzen und eine berufsvorbereitende Maßnahme durchlaufen haben, allerdings gleichwohl Schwierigkeiten haben und keinen Ausbildungsplatz finden —, in eine solche Maßnahme außerbetrieblich hineinzunehmen und dies auch fast voll, nämlich mit 90 Prozent, zu finanzieren. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Und ich hoffe, daß von seiten der Landesregierung dabei Unterstützung kommt, so etwas als Maßnahme auch hier ins Saarland zu bekommen, weil wir, was die Jugendarbeitslosigkeit angeht, durchaus ein starkes Bedürfnis haben, ein derartiges Modell in unser Land zu bekommen. Ich möchte das anregen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich glaube, daß diese Landesregierung hier einiges geantwortet hat, aber daß eine ganze Reihe von Fragen noch offengeblieben ist und Forderungen noch nicht erfüllt sind. Es war vollkommen klar, daß der Kollege Schreiber im Grunde unheimlich viele Forderungen hintereinandergelagert hat. Mein Kompliment dafür — wenn man einer Regierungsfraktion angehört, ist man sonst eigentlich damit beschäftigt, die Forderungen von anderen zurückzuweisen —, daß Sie jetzt auch einmal so ehrlich waren, zu sagen, hier sind noch viele Fragen offen, viele Dinge nicht eingelöst, daß Sie auch Forderungen gestellt haben. Dafür bin ich dankbar. Einen großen Teil dieser Forderungen kann ich unterstützen, muß sie in dem Bereich der beruflichen Bildung durch das ergänzen, was ich bereits vorgetragen habe. Ich hoffe, wenn wir jetzt alle schon so lernbereit und lernfähig sind — es sieht ja fast so aus —, daß dann auch einmal von der zuständigen Ministerin oder im Vorgriff auf mögliche Nachfolger zumindest schon einmal die Verwaltung in ihrem Ministerium beauftragt wird, so etwas wie die Bremer haben in Angriff zu nehmen, nämlich eine Konzeption zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen mit vielen guten Einzelvorschlägen. Wer es nachher ausführt, das ist eine andere Frage.

Aber wenn es uns gelingt, diese Dinge in Gang zu bringen und gemeinsam weiterzuarbeiten auf der gleichen Ebene, wie Sie, Herr Schreiber, es vorgeschlagen haben, und wenn es nicht einfach gesagt wird, weil es gesagt werden muß, sondern wenn es wirklich so gemeint wird, dann können wir, so glaube ich, auch wirklich in der Tat den ausländischen Arbeitnehmern ein wenig Hoffnung geben für das, was ihr Schicksal in der nächsten Zeit in unserem Land sein wird.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Frau Minister Dr. Scheurlen.

Frau Minister Dr. Scheurlen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße es als Arbeits- und Familienminister in diesem Lande sehr, daß diese Große Anfrage noch in der letzten Sitzung, wenn auch zu später Stunde, diskutiert wird, insbesondere zur Lage der Kinder ausländischer Arbeitnehmer. Ich halte es für eines der dringlichsten Probleme und der dringlichsten politischen Ziele, nicht nur in unserem Lande, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Wir müssen die Situation der Kinder weiter verbessern, denn — so ist es bereits angeklungen — es besteht die Gefahr, daß eine neue Problemgruppe entsteht.

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Kinder ist zwar in unserem Lande seit dem Jahr 1974 praktisch unverändert geblieben. Sie bewegt sich zwischen 40 000 und 43 500 Personen, davon sind rund 10 000 Kinder unter sechzehn Jahren. Diese Kinder sind überwiegend bereits bei uns geboren oder aufgewachsen. Nicht nur die ausländischen Arbeitnehmer, bei denen im Augenblick die Arbeitslosigkeit bei 8,9 Prozent steht, insbesondere die Kinder haben oft mit großen — schuli-

(Frau Minister Dr. Scheurlen)

schen und sonstigen — Schwierigkeiten zu kämpfen, weil sie eben in verschiedenen Ländern, Sprachräumen und Kulturräumen aufgewachsen sind. Und insbesondere sind die Kinder davon betroffen, die erst im schulpflichtigen Alter zu uns gekommen sind. Sie haben Lern- und Schulprobleme und daher auch fast zwangsläufig Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch müssen sie auch zwangsläufig ihre Situation mit der der deutschen Mitschüler vergleichen.

Die Landesregierung, dies möchte ich vorab sagen, hat sich stark bemüht, gravierende soziale Nachteile der ausländischen Kinder und Jugendlichen abzubauen und Integrationshilfen in verschiedenen Bereichen anzubieten. Dies wird in der Öffentlichkeit allerdings überwiegend nicht bekannt, und es ist gelegentlich auch außerordentlich schwierig. Sie haben vorhin mit Recht anklagen lassen, Herr Klimmt, die Dinge, die man für ausländische Arbeitnehmer und besonders für ihre Kinder tut, bleiben von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, aus den von Ihnen erwogenen Überlegungen: es sind ja noch keine Wähler.

Ich möchte hier nicht zur schulischen Situation Stellung nehmen, weil dies in den Bereich meines Kollegen Jochem fällt, und da kann ich mich nicht einmischen.

(Abg. Klimmt (SPD): Das würden Sie besser tun, dann wäre es vielleicht besser.)

Aber was den übrigen Bereich anbelangt, kann ich Ihnen sagen, daß in den vergangenen Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen worden sind, um den Problemen und Bedürfnissen der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien Rechnung zu tragen. Meine Damen und Herren, dann will ich eines einmal ganz offen ansprechen. Ich habe mich, und das muß ich mit Dank sagen, der Hilfe des italienischen Konsulats bedient. Denn eines ist außerordentlich problematisch. Wir alle wissen, daß das Grundproblem der jugendlichen ausländischen Arbeitnehmer ein Sprachproblem ist und daß wir dafür sorgen sollten, daß die Kinder möglichst früh in einen deutschen Kindergarten gehen, daß aber die ausländische Familie dagegen ist, die noch so etwas wie ein Stück Heimat in der Familie sieht und natürlich ihre Kinder so lange wie möglich in diesem behüteten Stück Heimat — ich muß fast sagen — konservieren möchte. Und nun gehen unsere intensiven Bemühungen dahin, die Eltern zu bitten, ihre Kinder in den Kindergarten zu geben.

(Abg. Triem (SPD): Haben Sie genug Kindergärten? Das ist doch nicht der Fall. — Vizepräsident Mann übernimmt den Vorsitz.)

Nach Rücksprachen mit dem italienischen Konsulat sind wir dazu übergegangen, im Rahmen von AB-Maßnahmen Hausbesuche in Familien zu machen und sie zu bitten, die Kinder in den Kindergarten zu schicken.

(Abg. Triem (SPD): Haben Sie genug Kindergärten? — Frau Abg. Granz (SPD): Die Türken?)

Dazu spricht gleich mein Kollege Jochem, wir haben uns vorhin darüber unterhalten. Ich bin der Auffassung, nicht Isola-

tion, sondern Integration ist das Gebot der Stunde! Wir wissen alle, daß es Familien ausländischer Arbeitnehmer gibt, die Probleme mit Kindergartenbeiträgen haben, aber Sie wissen, daß die Möglichkeit besteht, über das Jugendhilfegesetz Abhilfe zu schaffen.

Meine Damen und Herren, bei unseren Überlegungen, ausländischen Arbeitnehmern zu helfen, haben wir uns stets an den Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission zur Fortentwicklung eines umfassenden Konzepts der Ausländerbeschäftigungspolitik sowie den Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz orientiert. Kurz gesagt lassen sich die Zielvorstellungen so zusammenfassen: Verbesserung der schulischen und beruflichen Chancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer und erleichterte Erteilung einer Arbeitserlaubnis an ausländische Jugendliche, Förderung des Sprachunterrichts, Verstärkung der Sozial- und Beratungsdienste.

Was die aufenthaltsrechtlichen Regelungen angeht, ist zu sagen, daß nach fünfjährigem Aufenthalt in der Regel eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Das Arbeitserlaubnisrecht wird inzwischen wesentlich flexibler zugunsten der nachgeriesten Familienangehörigen angewandt. Bei nachgeriesten Kindern ist ein zweijähriger Aufenthalt Voraussetzung zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis. Darauf kann jedoch verzichtet werden, wenn die Jugendlichen an berufsvorbereitenden Maßnahmen von mindestens einem halben Jahr Dauer teilnehmen. Solche berufsvorbereitenden Maßnahmen werden in vielfältiger Weise in unserem Land angeboten. Ich erwähne, daß die Bundesanstalt für Arbeit Maßnahmen zum Nachholen des Hauptschulabschlusses fördert. Ich erwähne ferner das Berufsbildungsjahr. Sie sprachen vorhin den Koordinierungskreis ausländischer Arbeitnehmer an. Unter der Mitarbeit der Länder hat er ein umfassendes Konzept verabschiedet, das die schulischen und beruflichen Chancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer weiter verbessert. Das Konzept beinhaltet, die ausländischen Eltern mehr in unsere Arbeit mit einzubeziehen. Konkret sind bei uns im außerschulischen Bereich die organisierten Hausaufgabenhilfen mit zusätzlichem Deutschunterricht zu nennen.

(Frau Abg. Granz (SPD): Dafür geben Sie doch kaum Geld.)

Aber sicher. Im Laufe der Jahre konnte die Hausaufgabenhilfe im Saarland unter der Trägerschaft verschiedener Organisationen, wie zum Beispiel der italienischen Mission, der Arbeiterwohlfahrt, dem Diakonischen Werk und der Caritas, ausgebaut werden, und zwar aufgrund verstärkter finanzieller Hilfen sowohl des Landes als auch des Bundes und des EG-Sozialfonds.

(Frau Abg. Granz (SPD): Eben, da kommen die Mittel her!)

Wir haben dies erheblich erweitert, und wir haben im Augenblick 1 500 Kinder in der Hausaufgabenhilfe. — Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die sogenannten MBSE-Maßnahmen erwähnen, das heißt in Langschrift: Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung. Diese Maßnahmen wurden inzwischen bundesweit eingeführt. Im Saarland sind unter der Trägerschaft der Volkshochschule Saarbrücken im Jahre 1977 die ersten zwei Kurse eingerichtet worden,

(Frau Abg. Granz (SPD): und schiefgegangen!)

(Frau Minister Dr. Scheurlen)

die inzwischen immer stärker frequentiert werden. Auf Grund der bisher in der Praxis gewonnenen Erfahrungen sind Bund und Länder zu der Auffassung gelangt, daß neben dem sprachlichen das berufsvorbereitende Element in diesem Kurs verstärkt werden muß. Daher werden in den jetzt neu anlaufenden MBSE-Maßnahmen junge Ausländer mit ausbildungsschwerenden Sprach- und Bildungsdefiziten zur Arbeitsreife hingeführt, und deshalb gliedern sich auch die neuen Maßnahmen in folgende Lernbereiche: Berufsvorbereitung, Sprachvermittlung, Allgemeinbildung, sozialpädagogische Hilfe und Begleitung. Zu Beginn der einjährigen Maßnahme werden dem jungen Ausländer in Zukunft als Vorbereitung auf die Berufswahlentscheidung in höchstens sechswöchigem Wechsel drei verschiedene Berufsfelder vorgeführt. Er kann sie durchlaufen, und danach verbleibt er bis zum Ende der Maßnahme in dem Berufsfeld, das seinen Neigungen am ehesten entspricht.

(Frau Abg. Granz (SPD): Sagen Sie auch bitte noch etwas zur Finanzierung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist keine einfache Aufgabe, die Lage der Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Saarland zu verbessern. Die Mitwirkung der Eltern und der Kinder ist nämlich eine der wichtigsten Voraussetzungen, an der es oft mangelt. Aber ich glaube, daß wir in den vergangenen Jahren schon einiges erreicht haben. Ich kann hier jedenfalls versichern, daß wir unsere Bemühungen fortsetzen und weiter verstärken werden.

Ihre Anregung, Herr Schreiber, die Wohnsituation zu verbessern, ist in der Tat berechtigt. Wir haben, wie Sie wissen, im Kabinett in der letzten Woche den Beschluß gefaßt, daß wir für den Wohnungsbau von Aussiedlern und ausländischen Arbeitnehmern verstärkt etwas tun müssen, und wir haben den Wohnungsbauminister in dieser Hinsicht beauftragt. Ich bin der Meinung, daß wir, meine Damen und Herren, für die ausländischen Familien in der Bundesrepublik – bei denen ich davon ausgehe, daß der überwiegende Teil bei uns bleibt – ebenso verantwortlich sind wie für alle anderen Familien in diesem Lande und daß wir alles tun müssen, um soziale Benachteiligungen und Ghettobildungen, wo sie schon bestehen, abzubauen. In diesem Sinne werden wir unsere Bemühungen in den nächsten Jahren fortsetzen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Mann:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Granz.

Frau Abg. Granz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schreiber, in der Tat hat das Saarland unter der CDU/FDP-Landesregierung nur einen kleinen Beitrag zur Integration der ausländischen Familien, ihrer Kinder und auch ihrer Jugendlichen geleistet. Und wenn Sie sagen, wir sollten versuchen, einen Dialog mit den Bürgern zu führen, kann ich Ihnen nur sagen, daß wir das als SPD-Fraktion und als Kommunalpolitiker seit Jahren tun,

daß wir uns vor Ort aufhalten, daß wir mit den Schülerhilfen und den Eltern sprechen, daß dieser Dialog vorhanden ist und wir die Aufforderung nicht mehr brauchen. Ich frage mich hier, von welcher Seite Sie wie auch Frau Minister Scheurlen eigentlich sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Schreiber (CDU).)

Dann war es nur eine rhetorische Floskel, und dann müssen Sie auf derartige rhetorische Floskeln eben verzichten. Wenn Sie sagen, Sie stehen im Dialog, dann dürfen Sie nicht noch einmal betonen, daß wir versuchen wollen, in einen Dialog einzutreten. Wenn es anders gemeint war, dann gut. Sie haben es aber wortwörtlich so gesagt, ich habe es mitgeschrieben. Ihr Rollenverständnis wundert mich wirklich, für meine Begriffe bringen Sie das einfach durcheinander. Sie wissen nicht mehr, für welche Seite Sie reden; denn alle Forderungen – das hat mein Kollege Klimmt bereits gesagt –, die Sie hier aufgestellt haben, die Forderungen der verschiedenen Bundeskommissionen, die Sie hier noch einmal sauber vorgetragen haben, sind exakt unsere Forderungen.

Wer stellt hier eigentlich die Landesregierung, wer baut hier eigentlich den Landeshaushalt auf, wer verabschiedet ihn dann mehrheitlich? – Doch nicht wir als SPD-Fraktion, sondern Sie. Sie befinden sich hier doch in einem Rollendilemma, zu dem ich gerne einmal klare Aussagen hören würde. Ich nehme Ihnen, Herr Schreiber und Frau Scheurlen, Ihr persönliches Engagement für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Kinder gerne ab. Aber konkret ist hier im Land so gut wie nichts passiert.

Abg. Schreiber (CDU):

Frau Kollegin, gestatten Sie bitte eine kurze Zwischenfrage, ich will Sie nicht lange in Ihren Ausführungen unterbrechen. Sind wir einer Meinung, daß die Probleme, die wir hier diskutieren und die auch ich vorgetragen habe, in allen Bundesländern sichtbar sind und daß wir gemeinsam daran arbeiten müssen, diese Probleme, wo es sie eben noch gibt, zu bekämpfen? Sind wir uns in dieser Frage einig?

Frau Abg. Granz (SPD):

Wir sind uns in dieser Frage völlig einig. Die Frage ist nur, wie sich das jeweilige Land engagiert, und ich stelle fest, daß sich die Landesregierung des Saarlandes für ihr Land speziell eben nicht engagiert, sondern daß die Mittel zum überwiegenden Teil aus Bundesmitteln und aus dem EG-Fonds fließen und nicht aus dem Landeshaushalt. Darum ginge es aber in erster Linie, wenn wir die Situation der Kinder und Jugendlichen hier an der Saar verbessern wollten. Von daher finde ich es auch nicht fair, wenn Frau Scheurlen in der rosa Ausgabe der Saarlandinformationen auf die Presseerklärung meines Kollegen Klimmt mit reiner Wahlkampfpolemik reagiert. Sie hat selbst noch einmal deutlich gemacht, daß man gerade mit ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien keine Wahlkampf-

(Frau Abg. Granz)

polemik betreiben kann. Hier hat sie sich also selbst widersprochen.

(Beifall bei der SPD.)

In diesem rosa Blatt — es ist für mich im Moment wichtiger als die Beantwortung der Anfrage, weil es jüngeren Datums ist und die Antwort auf die Anfrage nicht ins Detail geht — wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Verbesserung der schulischen und beruflichen Chancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer Schwerpunktaufgabe der Regierung der nächsten Jahre ist. Wie wahr! Auch hier bekennen wir uns zu dem Prinzip der Integration, wie es mein Kollege Klimmt bereits verdeutlicht hat. Ich möchte deshalb direkt auf die Eingliederung in das saarländische Bildungswesen eingehen.

Wir haben heute in unseren Schulen vorwiegend mit der zweiten und dritten Ausländergeneration zu tun. Die Kinder der ersten Ausländergeneration hier im Saarland, die verstärkt Schwierigkeiten mit der Eingliederung in das deutsche Schulwesen hatten, weil sie eben nicht hier geboren worden sind, haben größtenteils ihre Schullaufbahn beendet. Sie befinden sich allerdings noch in der beruflichen Bildung, und dort sieht es ganz bedenklich aus, weil ein Großteil die Berufsschulpflicht nicht mehr wahrnimmt.

Es ist heute rund jeder 32. Schüler im Saarland ein ausländisches Kind. Sie mögen sagen, daß das im Vergleich zu anderen Bundesländern noch eine geringe Zahl ist. Das stimmt rein statistisch; aber es gibt hier im Saarland ganz erhebliche Verwerfungen, auf die Sie nicht eingegangen sind, Herr Schreiber. Diese Verwerfungen finden wir vor allem in den Ballungsgebieten, dort eben, wo eine Konzentration von Industrieansiedlungen vorliegt. Im Stadtverband Saarbrücken leben allein 19 000 Ausländer, im Stadtgebiet ist bereits jedes 10. Kind ein ausländisches Kind, und die Zahl wird steigen. Auch in den Antworten über die Schulregionen wird deutlich, daß überall dort erhöhte Ausländerquoten sind, wo größere Industrieansiedlungen sind. Da aber 85 Prozent der Eltern bekunden, daß sie einen Daueraufenthalt in Deutschland bevorzugen, ist eben damit zu rechnen, daß diese Kinder nicht nur die volle Schulzeit durchlaufen — und sie auch einen Anspruch darauf haben; das möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen —, sondern auch in die Berufsausbildung gehen werden und einen ebenfalls berechtigten Anspruch auf einen Arbeitsplatz geltend machen werden.

Wenn sich auch die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer insgesamt verringert hat, so trifft das dennoch nicht zu auf die Zahl der hier lebenden schulpflichtigen Kinder. Der Trend in die achtziger Jahre läuft eher in entgegengesetzte Richtung, denn die Zahl der ausländisch Lebendgeborenen steigt weiter. Im Saarland sind es ungefähr sechs Prozent aller Neugeborenen. Ich finde, daß das interessante Zahlen sind. Der Geburtenrückgang insgesamt wird sich nämlich bis zum Jahr 1975 zwar noch sehr stark auf die Schulen auswirken, und danach werden wir eine Beruhigung haben; aber 1990 schließlich wird die Zahl sprunghaft ansteigen, wobei wir 1989 nach Bundesprognosen einen absoluten Höhepunkt für ausländische Entlaßjahrgänge in der Bundesrepublik erleben werden. Die Schätzungen des bundesstatistischen Amtes belaufen sich auf 85 000.

Das ist eine Zahl, auf die eben in der Bildungsplanung unbedingt reagiert werden muß, und deshalb, Herr Kultusminister, auch an Sie noch einmal die Aufforderung, nicht nur für das gesamte Bildungswesen endlich wiederum einen Schulentwicklungsplan vorzulegen mit klaren Prognosen und Verwerfungen auch im ländlichen Bereich, sondern auch gleichzeitig die ausländischen Kinder mitzuberücksichtigen, um hier gezielt Lehrer einsetzen und Fördermaßnahmen anbieten zu können.

Es hat keinen Zweck, nach dem Gießkannenprinzip über das Land zu gehen, hier und dort auszustreuen, wenn im Grunde die Konzeption fehlt, obwohl Sie genau wissen, wieviel ausländische Kinder in den einzelnen Schulregionen in den Schulen sind; denn das alles hat natürlich Rückwirkungen auf das pädagogische Klima in den Schulen, zum einen in quantitativer Hinsicht und zum anderen in qualitativer Hinsicht. In quantitativer Hinsicht ist deutlich, daß die Zahl der ausländischen Kinder in den einzelnen Schulklassen steigt. Ich habe fünf Jahre in Brebach, einem ausgesprochenen Ballungszentrum von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien, gewohnt. Meine Tochter ist dann auf die Realschule Bruchwiese gegangen, die auch von ausländischen Kindern besucht wird. Dort stellt sich genau die Situation dar. Dort, wo zunächst einmal freiwillig über kommunale Einrichtungen, über soziale und kirchliche Einrichtungen Förderunterricht angeboten und versucht worden ist, die Kinder zu integrieren, hat in der Schule so gut wie nichts mehr stattgefunden. Und heute haben wir in der weiterführenden Schule überhaupt keine Fördermaßnahmen mehr, wobei noch nicht einmal auf die unterschiedlichen Nationalitäten reagiert werden kann.

Die italienischen Kinder sind ganz sicherlich hier im Saarland am besten betreut durch die Dopuscuola unter Leitung Don Luigi Petris, der hier in unserem Zuschauerraum bis nachts um Viertel vor elf aushält wegen dieser guten Sache. Schlecht betreut hingegen sind die türkischen Kinder, noch schlechter die spanischen Kinder. Diese haben so gut wie keine Chance, im allgemeinbildenden Schulwesen zu bestehen. Sie werden zum großen Teil als Sonderschüler eingestuft, obwohl nach den Kultusministervereinbarungen kein Kind wegen einer sprachlichen Behinderung im Deutschen auf die Sonderschule verwiesen werden dürfte. Sie werden also von vornherein als dumm abgestempelt, obwohl sie gleich begabt, möglicherweise sogar begabter als manche ihrer deutschen Klassenkameraden sind; sie scheitern aber, weil eben die Förderung für den Deutschunterricht nicht da ist. Die differenzierte Sicht gerade nach diesen Nationalitäten hat also den quantitativen und qualitativen Aspekt, den ich erwähnt habe.

Unser aller Anspruch ist, daß die intensive Förderung der ausländischen Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehe. Die schulische Situation ist hingegen folgende: 1. unzureichender Schulbesuch bei noch zu vielen ausländischen Kindern, 2. eine extrem niedrige Erfolgsquote, was den Abschluß betrifft, 3. die eindeutige Unterrepräsentation ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen. Aber gerade die Nichtbeherrschung der deutschen Sprache spielt eben eine wesentliche Rolle, gerade vom Grad der Sprachkenntnisse hängt die Möglichkeit ab, wie die Ausländer nachher am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben in unserem Land teilnehmen können.

(Frau Abg. Granz)

Zu 1: unzureichender Schulbesuch. Nur etwa 80 Prozent der ausländischen Schüler besuchen die Schule. Das heißt also, daß auch hier bei den Eltern verstärkt Aufklärung stattfinden muß, daß sie ihre Kinder eben zur Schule schicken, ähnlich wie wir das Problem bei den geistig Behinderten hatten, wo die Bildungswilligkeit und die Bildungsnotwendigkeit aus ihrem einfachen Kulturverständnis heraus noch nicht so mitgetragen wird. Der Schulbesuch vieler Schüler im Saarland bis zum Schluß wird nur bis zu 50 Prozent durchgehalten, was stark auf die auf Erwerbstätigkeit ausgerichtete Motivation der ausländischen Bevölkerung beziehbar ist, weil eben in vielen Kulturen kein berufliches Schulwesen da ist bzw. zum Teil nur vier Pflichtschuljahre vorhanden sind, wie z. B. bei den Türken.

Zu 2: eine extrem niedrige Erfolgsquote. Diese Frage konnte die saarländische Landesregierung überhaupt nicht beantworten. Wir haben uns daraufhin zusammen mit einem Stab ans Telefon gesetzt und verschiedene Statistiken bemüht und eruiert, und folgendes ergibt sich: Wir kommen zum Ergebnis, daß rund 44 Prozent die Schule ohne Hauptschulabschluß verlassen. Ganz genau sieht das aber so aus, daß 1978/79 143 Schüler ohne Hauptschulabschluß die Schule verlassen haben, 174 mit. Jetzt komme ich zu den niedrigen Zahlen für die Realschulabschlüsse: 1978/79 nur 24, Hochschulreife 12 und Fachhochschulreife nur 1, dagegen aber 17 Abgänge von Sonderschulen ohne Hauptschulabschluß. Wir sehen also, wo eben hier die Verwerfungen wirklich im Bildungswesen sind, wo wir mit Fördermaßnahmen ansetzen müssen.

Zu 3: die Unterrepräsentation ausländischer Kinder an den weiterführenden Schulen. Hierzu ist zu sagen, daß nur 12,5 Prozent im Saarland den Sprung zu einer weiterführenden Schule, also Realschule oder Gymnasium, schaffen. Wie ich bereits erklärt habe, hängt das damit zusammen, daß keine Sprachförderung mehr in den weiterführenden Schulen angeboten wird. Aber es wird auch kein muttersprachlicher Unterricht als Wahl für die zweite Fremdsprache angeboten. Ebenso ist die regelmäßige Teilnahme am Unterricht natürlich nicht immer gewährleistet, was ebenfalls von der Bildungswilligkeit und der sozialen Stellung der Eltern abhängt, so daß hier besondere Bildungsmaßnahmen eingeleitet werden müssen. Aber: ausländische Eltern resignieren natürlich auch sehr leicht — das ist mir in Gesprächen immer wieder nahegebracht worden — wegen des geringen Einblicks in das Schulsystem und der tatsächlichen schulischen Schwierigkeiten ihrer Kinder. Hier also auch dieses bürgernahe Ansprechen der Familien durch — weiß ich — einen Ombudsman oder einen Vermittler, ein Versuch, wie man es in Berlin mit dem türkischen Vermittlungsmann gemacht hat, obwohl der auch nicht überall ankommt. Aber ich meine, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, und die Landesregierung mit dem Sozial- und Kultusministerium müßte hier ein wenig phantasievoller sein, als sie es bisher gezeigt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Selbstverständlich steht den Kindern auch besonders der Übergangserlaß nach der 4. Klasse entgegen, denn wenn gerade die deutsche Sprache die schwache Sprache ist und die Kinder hier nur eine vier haben, dann werden sie eben schon nicht mehr fürs Gymnasium bzw. für die Realschule empfohlen. Ich habe für jedes einzelne Kind gekämpft, wo immer ich die Möglichkeit hatte, daß die Kinder auf weiterführende Schulen

gehen konnten. Sie haben es dann nachher ungeheuer schwer in dieser weiterführenden Schule. Das könnte Ihnen recht geben. Aber ich sage, es gibt Ihnen nicht recht, sondern wir müssen alles tun, um diese Barriere mangelnder Deutschkenntnisse auszuräumen, weil sie eben in den Fremdsprachen und in den naturwissenschaftlichen Fächern eindeutig Begabungen zeigen und wir damit im Grunde genommen den Beweis haben, daß viel mehr Kinder hier im Saarland einen Realschul- oder Gymnasialabschluß leisten könnten.

(Beifall bei der SPD. — Präsident Schnur übernimmt den Vorsitz.)

Ihr Anspruch, Herr Schreiber, Elternmitwirkung. Was wurde bisher getan? Ich sage: nichts. Ich gebe aber auch zu, daß gerade die Elternmitwirkung besonders schwierig ist. Wie gesagt, hier ist nur die persönliche Ansprache möglich. Wenn die Sprachschwierigkeiten unüberwindlich sind — was wir auch schon erlebt haben —, muß sogar noch ein Berater mit, der jeweils übersetzen kann. Also unbedingt auch Ausbildung von sozialen Helfern und von Stadtteilarbeitern, die sich eben genau auskennen und die hineingehen können.

Kindergärten. Wenn wir uns immer nur darauf berufen, daß es eine Absichtserklärung ist, daß mehr Kinder in die Kindergärten gehen müßten, aber eben doch nicht gehen, dann wird auch nichts geändert. Auch hier ist die Aufklärung vor Ort notwendig. Ich begrüße es, wenn jetzt durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit der italienisch-katholischen Mission solche Eltern-Gespräche geführt werden. Aber ich sage natürlich, das ist zu wenig, wenn ich mir die anderen Nationalitäten ansehe, die davon überhaupt nicht erfaßt und damit auch nicht betreut werden.

Nächster Punkt: Vorschule. Fehlanzeige. Es gibt nämlich keine Vorklassen mehr, und das, was Sie als Vorschule hier im Saarland noch proklamieren, ist Kindergarten. Nehmen wir einmal an, daß dort auch Vorschulprogramme mit enthalten sind, ohne daß echte Vorschulerziehung gemacht wird — was ich von einigen Kindergärten weiß —, so ist doch diese Vorschulerziehung überhaupt nicht auf ein ausländerspezifisches Angebot ausgerichtet.

Schulkindergärten. Da sind betroffen die Kinder, die schulpflichtig sind, aber nicht schulreif genannt werden. Ganze 25 Kinder der ausländischen Arbeitnehmer sind im Schulkindergarten. Sie können mir nicht weismachen, daß das die ganze Zahl ist bei den anstehenden Sprachproblemen. Also müßte hier besonders stark nachgeholfen werden, müßten hier mehr Schulkindergartenplätze eingerichtet werden oder Vorbereitungs-klassen, was ja ebenso eine Bundesforderung ist, wie es auch im Kühn-Bericht steht. Aber im Saarland gibt es nicht eine einzige Vorbereitungs-klasse für ausländische Kinder.

In der Grundschule werden Förderkurse, Intensivkurse und Hausaufgabenhilfe gefordert und angegeben. Bei allen dreien ist vom Kultusministerium im Saarland überhaupt kein System, keine Konzeption zu erwarten. Die Hausaufgabenhilfe leisten ausschließlich freie Träger. Keine einzige Hausaufgabenhilfe wird vom Kultusministerium angeboten. Das bedeutet eben, daß

(Frau Abg. Granz)

die Kinder, die nicht freiwillig in diese Hausaufgabenhilfe hineingehen oder von diesen freien Trägern nicht geworben werden konnten, keine Hausaufgabenhilfe erhalten und damit von vornherein chancenbenachteiligt sind.

(Beifall bei der SPD.)

Aber, Herr Kultusminister, Sie sind nicht nur phantasielos, Sie verhindern auch die kleinen Schritte. Ein kleiner Schritt, Herr Minister Wilhelm, ist gewesen, daß nach Gesprächen mit Betreuern der freien Träger vom Kultusministerium zugesagt worden ist, auf den Halbjahreszeugnissen die den Nationalitäten entsprechenden ausländischen Erklärungen in einem Beiblatt dazuzugeben. Nichts ist dazu passiert. Ich frage mich, wenn ich so etwas ankündige, und das kostet ein Geringes, warum ich das nicht mache. Das wäre ein erster Schritt gewesen, um Eltern überhaupt an der Schule zu interessieren.

(Beifall bei der SPD.)

Denn hier wäre nicht wieder der Dolmetscher notwendig gewesen. Das hätten Sie beweisen können.

Lehrersituation. Weder in der Weiterbildung noch in der Lehrerausbildung gehen Sie einen konsequenten Weg. Ein STIL-Lehrgang ist ausgefallen, ein weiterer ist jetzt angeboten und wohl auch besucht worden. Aber in der Lehrerausbildung machen Sie sich weder die Konzeption von Bremen noch von Rheinland-Pfalz zunutze. Auch die Stundenermäßigung, die Lehrer natürlich für die besondere Betreuung der ausländischen Kinder haben müssen, ist bisher nirgendwo festgeschrieben, sondern ist Absichtserklärung. Aber wir wissen ja, wie das mit den Absichtserklärungen des Kultusministeriums aussieht.

Auch zu den Lehrplänen für einen differenzierten Unterricht haben Sie nichts getan. Hier wundert es mich ganz besonders — und ich möchte diesen Punkt vorwegnehmen —, daß das Saarland nur einen einzigen Modellversuch von diesen sehr vielfältigen Modellangeboten der Bundesregierung in Anspruch genommen hat. Ich habe alle Modellvorhaben einmal durchgesehen, die bereits abgelaufenen und die bis 1985 laufenden. Ja sind Sie denn zu dumm, solche Modellvorhaben wenigstens abzurufen, sich dafür zu interessieren, Anträge zu stellen, damit nicht nur den Gruppen der ausländischen Kinder Genüge getan wird, sondern auch in anderen Bereichen Modellvorhaben durchgeführt und natürlich dann auch verwertet werden?

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben im Saarland nur eine Förderungsmaßnahme für die ausländischen Kinder; die läuft bis 1981. Bis dahin hat der Bund 544 969 Mark gegeben. Wir wissen heute noch nicht, wo jemals das Geld hingegangen ist, wo gezielt gefördert wird. Bei der Angabe „Ziel und Durchführung des Vorhabens“ wird gesagt, daß es für Förderunterricht ausgegeben wird. Aber wir wissen nicht, wohin! Auch das ist der Kultusminister uns schuldig.

Lassen Sie mich bitte trotz der fortgeschrittenen Zeit noch einen Bereich ganz, ganz kurz ansprechen. Wir sprachen von

den „klassischen“ ausländischen Kindern. Aber es gibt nun auch ausländische Kinder im Saarland, die ganz neu hergekommen sind; das sind die Kinder der polnischen Aussiedler. Das Saarland hat ja gesagt zur Aufnahme polnischer Bürger im Saarland, und sie sind untergebracht in Lebach in der Edith-Stein-Siedlung. Ich finde es unverantwortlich sowohl vom Kultusministerium wie vom Sozialministerium, aber auch vom Ministerpräsidenten, daß sie die Familien ins Saarland holen, ohne zugleich eine Frühsprachenförderung anzubieten, ohne Sprachförderung für die schulpflichtigen Kinder im Lande anzubieten; vielmehr sind die Eltern gezwungen, die Kinder auf Internate in Nordrhein-Westfalen und anderswo zu bringen, so daß direkt die Trennung von den Familien vorgenommen werden muß, wo die Familien doch gerade erst die Trennung von ihrer Heimat hingenommen haben.

(Beifall bei der SPD.)

Auch daß Sie keine polnisch sprechenden Lehrer suchen oder ausgebildete interessierte Eltern, die hier mit eingreifen, kann ich nicht verstehen. Wir waren bereits 1978 das erstmal in Lebach und haben damals schon vorgeschlagen, daß die Sprachlabore im Kreis Saarlouis, die bisher nur 20 Plätze hergeben, doch alle für die Sprachförderung zugänglich gemacht werden sollten, daß die Volkshochschule doch Intensivkurse anbieten könnte und daß das Internat in Lebach zur intensiven Sprachförderung für die Kinder und die jugendlichen Aussiedler geöffnet werden sollte und könnte.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben alle unsere Vorschläge nicht aufgenommen. Wir sehen darin Ignoranz. Wir hoffen, da ich das heute in dieser späten Stunde angesprochen habe, daß Sie tätig werden, nachdem es in die Öffentlichkeit kommt und nachdem deutlich gemacht wird, daß man nicht nur Verträge unterschreiben und Menschen hier ins Land holen kann, dann aber im Sozialpolitischen und im Bildungspolitischen liegenbleibt. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Jochem.

Minister Jochem:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, größere Ausführungen über die Problematik des ganzen Bereiches brauche ich nicht zu machen, denn die sind hinreichend gemacht worden. Ich teile weitgehend die Auffassungen, die bereits über die Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Problems geäußert worden sind. Ich bedauere allerdings, Frau Kollegin Granz, daß Sie es auch in der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode nicht vermocht haben, Fairneß walten zu lassen in Ihrer Kritik. Ich bin das zwar gewöhnt, aber ich hätte doch gedacht, in der letzten halben Stunde der Legislaturperiode wäre Ihnen das möglich.

(Minister Jochem)

Ein paar kurze Bemerkungen. Es ist nicht richtig, Frau Granz, und ist auch nicht fair, wenn Sie sagen, im Saarland sei nichts geschehen. Diese Formulierung haben Sie gebraucht.

(Frau Abg. Granz (SPD): Nein, nein!)

Sie haben es vorhin gesagt: Im schulischen Bereich ist nichts geschehen. Wenn Sie ein klein wenig informiert wären, dann wüßten Sie, daß wir gerade in der Fürsorge für unsere ausländischen Kinder in der Schule von Jahr zu Jahr mehr Angebote, mehr Förderung und mehr Engagement zeigen. Wir haben als Intensivkurse im Deutschunterricht augenblicklich an 25 Grundschulen, wo die Mehrzahl unserer italienischen bzw. unserer türkischen Kinder ist, Förderunterricht mit vier Wochenstunden eingerichtet. Das schlägt sich nicht im Haushaltsplan nieder, und zwar einfach deshalb nicht, weil es sich um Lehrer handelt, die diese vier Stunden pro Woche auf ihr Deputat angerechnet bekommen. Das können Sie natürlich im Haushalt nicht entdecken, es sei denn, bei den Personalkosten. Tatsache ist aber, daß diese Intensivkurse gehalten werden und daß wir dort, wo entsprechend viele ausländische Kinder sind, Förderkurse eingerichtet haben; die Möglichkeit, die Kurse einzurichten, hat der Schulrat, und es wird vielfach davon Gebrauch gemacht.

Lassen Sie mich zur Hausaufgabenhilfe noch eine Bemerkung machen. Wir haben insgesamt 44 Hausaufgabenhilfen in diesem Lande, die auch vom Lande gefördert werden. Dies sollte man nicht vergessen, daß sie, wenn sie sich auch in freier Trägerschaft vollziehen, doch finanziell aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Nun zu einer anderen Sorge. Es wird einfach so dargestellt, als seien die Sprachprobleme von heute auf morgen zu bewältigen. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß wir kaum einen Lehrer in diesem Lande haben, der türkisch sprechen kann. Wir haben versucht — beispielsweise im Rahmen der Lehrerfortbildung —, Sprachkurse anzubieten. Für italienisch ist das noch möglich; aber es ist kaum möglich, deutsche Lehrer zu finden, die in der Lage wären, türkische Kinder in deren Muttersprache zu unterrichten, so sehr wir uns auch bemühen. Ich selber habe Gelegenheit gehabt, mit einem Vertreter des türkischen Generalkonsulates darüber zu sprechen und habe ihn gefragt, ob es denn nicht möglich sei, uns türkische Lehrer zur Verfügung zu stellen. Die Pflege des muttersprachlichen Unterrichtes, die Notwendigkeit, Schüler auch mit der Kultur ihres Heimatlandes vertraut zu machen, scheitert nicht daran, daß die Landesregierung nichts tut, sondern sie scheitert daran, daß die Botschaften, die Generalkonsuln, die verantwortlich sind, uns die Lehrer nicht zur Verfügung stellen können. Wären sie da, würden wir sie auch finanzieren. Wir haben immerhin 250 000 DM im Haushaltsplan stehen, die zur Förderung dieses Unterrichtes dienen. Wir würden auch mehr Mittel einstellen, wenn sie gebraucht würden und wenn die entsprechenden Lehrer vorhanden wären. Ich frage Sie allen Ernstes, wie Sie dieses Sprachenproblem bewältigen wollen, wenn nicht die ausländischen Kinder in ihrer Muttersprache angesprochen werden.

Sie sprachen dann von dem Modell, das angemeldet worden sei bzw. vorhanden sei. Ich weiß nicht, ob Sie das Modell über-

haupt kennen. Es ist ein sehr umfassendes Modell, das Professor Sander durchführen wird, das all die Probleme, die hier angesprochen worden sind, im einzelnen untersucht. Es würde mich reizen, wenn nicht die Zeit so weit fortgeschritten wäre, einmal vorzulesen, was alles vorgesehen ist. Es wird beispielsweise auch im Rahmen der Lehrerfortbildung im Augenblick angestrebt, Kurse zu veranstalten für Lehrer, die bereit sind, sich in den fremden Sprachen auszubilden, die notwendig sind. Ich kann Ihnen sagen, daß wir alle Möglichkeiten der Modellanmeldung, soweit sie für das Saarland interessant waren, genutzt haben. Nur wissen Sie eines nicht, nämlich daß eine Reihe Anträge vom Bund nicht akzeptiert worden sind aus dem ganz einfachen Grunde, weil die Modellversuche in anderen Bundesländern notwendiger erschienen. Sie wissen selber, daß es Bundesländer gibt, die mehr ausländische Kinder zu betreuen haben als wir.

Nun darf ich noch eine Bemerkung machen zur Sonderschule. Frau Kollegin Granz, Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, darauf hingewiesen, daß Kinder wegen ihrer Sprachschwierigkeiten in die Sonderschule kommen und dann als Sonderschüler abgestempelt werden. Ich kann hier jetzt nicht feststellen, ob es im Einzelfall vielleicht so ist, wie Sie sagen. Aber wenn Sie die Verfügung vom 10. Oktober 1977 kennen, die ausdrücklich die Frage der ausländischen Sonderschulkinder regelt, dann werden Sie wissen, daß hier ganz bestimmte Regelungen vorgesehen sind, wie zum Beispiel die, daß vor der Prüfung der Sonderschulbedürftigkeit das Kind mindestens zehn Wochen im Unterricht beobachtet werden muß. Dabei hat der Lehrer die Aufgabe, festzustellen, ob das Kind nun tatsächlich nur infolge seiner Sprachschwierigkeiten nicht gefördert werden kann oder ob es ein Sonderschulkind ist.

Lassen Sie mich noch folgendes sagen. Die Anzahl der ausländischen Sonderschulkinder, gemessen an der Gesamtzahl der Ausländerkinder, ist im Prozentsatz geringer als die Zahl der deutschen Sonderschulkinder, gemessen an der Gesamtzahl der deutschen Kinder. Insofern können Sie Ihre Behauptung nicht einfach so aufrechterhalten. Des weiteren wissen Sie, daß bei Sonderschultests, wo immer dies möglich ist, ein Lehrer oder ein Betreuer hinzugezogen wird, der die Muttersprache beherrscht und gleichsam mitprüft, ob das Kind sonderschulbedürftig ist. Es heißt dann weiter in der genannten Verfügung: Ist das Untersuchungsergebnis nicht eindeutig, so ist der Besuch der bisherigen Schule zu empfehlen und bei Bedarf eine Überprüfung nach Ablauf eines Jahres vorzunehmen. Sie sehen also, daß praktisch alle Sicherungen hier eingebaut worden sind, die gewährleisten, ein normal begabtes Kind vor der Sonderschule zu bewahren, wenn es nur sprachliche Schwierigkeiten hat. Kurz und gut, es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten, die Sie angesprochen haben, zu erwidern.

Ich möchte abschließend dazu noch folgendes sagen. Wenn Sie objektiv und gerecht sind, werden Sie feststellen, daß wir in diesem Jahr weit mehr als noch im vergangenen Jahr — und auch im Hinblick auf Planungen und Modellversuche in den kommenden Jahren — eine ganze Reihe von Förderungsmaßnahmen in den Grundschulen und in der Betreuung der Schüler in den weiterführenden Schulen nicht nur geplant, sondern tatsächlich realisiert haben. Beispielsweise werden in solchen Grundschulklassen mit ausländischen Kindern über 125 zusätz-

(Minister Jochem)

liche Wochenstunden gehalten, um diese Kinder einigermaßen an den Leistungsstand bzw. an die Chancen heranzuführen, die unsere deutschen Kinder haben.

Ich bin mir im klaren darüber – und das möchte ich gar nicht verschweigen –, daß es nicht möglich sein wird, von heute auf morgen all diese Probleme und Forderungen, die hier – auch vom Kollegen Schreiber – gestellt wurden, zu erfüllen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß auch in den zuständigen Ausschüssen der Kultusministerkonferenz die Probleme für das gesamte Bundesgebiet gesehen werden. Ich würde Ihnen außerdem empfehlen, daß Sie sich einmal mit Herrn Kühn, dem Bundesbeauftragten für Ausländerfragen, unterhalten und ihn fragen, wo die Hauptursachen der Probleme liegen. Es liegt nämlich nicht an der Bereitwilligkeit der Kultusminister oder der Finanzminister, die Mittel zur Verfügung zu stellen, sondern es liegt an den Schwierigkeiten in der Natur der Sache, die man weder mit Geld noch mit organisatorischen Maßnahmen bewältigen kann. Deshalb, so meine ich, sollte man bei der Beurteilung dieser gesamten Problematik und bei allen Forderungen, die wir stellen müssen – die auch ich stelle –, zumindest objektiv sein und den Versuch unternehmen, dem Sachverhalt und den Sachzwängen gerecht zu werden. Dann wäre die Diskussion sicher ersprißlicher.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Ich rufe auf Punkt 10 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes auf dem Gebiet der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst (Drucksache 7/2122).

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Robert Wagner.

Abg. Robert Wagner (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen zu vorgerückter Stunde über die Behandlung des Gesetzes zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes auf dem Gebiet der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst zu berichten. Den Mitgliedern des Ausschusses für innere Verwaltung war daran gelegen, daß ihnen im Verlauf der Beratungen die Sinnhaftigkeit des Gesetzes, insbesondere aber seine Auswirkungen auf die Betroffenen, auch von den Verbänden auf dem Wege der Anhörung einsichtig gemacht wird. Deswegen eröffnete der Ausschuß das Anhörungsverfahren.

Lediglich ein Verband, der Deutsche Gewerkschaftsbund, hat sich zur Anhörung bereit gefunden und dem Ausschuß auch seine Gründe für die positive Haltung zu dem Gesetzentwurf dargestellt. Alle übrigen Verbände – auch die kommunalen Spitzenverbände – verzichteten darauf und erklärten schriftlich

ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Der Ausschuß hat daraufhin die Beratungen abgeschlossen. Er empfiehlt Ihnen, meine Damen und Herren, das Gesetz heute in Zweiter und zugleich letzter Lesung anzunehmen. – Danke schön.

(Beifall.)

Präsident Schnur:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Triem.

Abg. Triem (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht – wahrscheinlich auch nicht die Fähigkeit –, solche temperamentvolle Äußerungen zu machen, wie sie eben zu dem Wadriller Damm gemacht wurden, obwohl hier in gewisser Weise ein Dambruch erfolgt. Wir sind im Augenblick dabei, folgendes zu tun – wir machen mit, wir stimmen zu, weil wir müssen, weil es nicht anders geht –: Wir nehmen ein Gesetz zur Ausführung des Berufsbildungsgesetzes auf dem Gebiet der Berufsausbildung im öffentlichen Dienst an; das ist ein hochtrabender Titel. Dahinter steckt folgendes. Eine bundesgesetzliche Verordnungsermächtigung zur Ausfüllung des Bundesrechts besteht nicht. Die fehlende Ermächtigungsgrundlage zur Ausfüllung der rahmenrechtlichen Regelung durch Rechtsverordnung soll mit vorliegendem Gesetz geschaffen werden. Darunter steht, Alternative: Keine, Kosten: Keine! Also kann man offenbar ziemlich unbesorgt ein solches Gesetz annehmen.

Was geschieht, wenn es angenommen ist? Die Ermächtigung müssen wir ja dem Innenminister geben, er ist auch dazu in der Lage – das bezweifeln wir nicht –, eine gute Rechtsverordnung zu machen, mit der junge Lehrlinge im öffentlichen Dienst in Zukunft ausgebildet werden. Das war schon immer so, es ist noch immer ausgebildet worden. Der Unterschied, der jetzt zu früher besteht, ist folgender. Wenn sie fertig sind, sind sie keine Verwaltungsangestellten, sondern sie sind Verwaltungsfachangestellte. Das ist der Sinn.

Ich weiß nicht, was im Moment in Deutschland vorgeht. Ich glaube, wir eilen auf österreichische Verhältnisse zu oder mindestens auf bayerische; dort deutet sich auch so etwas an.

(Lachen und Beifall.)

Dort gibt es eine Tituliersucht, die ist ungeheuerlich. Wer immer daran schuld ist, meine Vorwürfe gehen nach allen Richtungen, an alle Köpfe, die sich so etwas ausdenken. Es wird in Zukunft so sein, daß der Verwaltungsangestellte, der redlich zwei Prüfungen bei der Verwaltungsschule abgelegt hat, neben einem Verwaltungsfachangestellten sitzt. Dieser Verwaltungsangestellte also, der vielleicht seit zwanzig Jahren in der Gruppe IV b BAT eingestuft und ein hochangesehener Mann ist, oder der Bilanzbuchhalter, den der Bürgermeister von Schmelz – oder wo auch immer – eingestellt hat, weil er ihm als Bilanzbuchhalter wertvolle Dienste leisten kann, z. B. beim

(Abg. Triem)

Rechnungsprüfungsamt, sitzt jetzt bei einem Verwaltungsfachangestellten. Natürlich wird es bei der bestehenden Tuchfühlung — wir sind ja bürgernah — so sein: die Leute kommen und sagen, mit dem Herrn Verwaltungsfachangestellten wollen wir nicht reden, wir wollen den Herrn Verwaltungsfachangestellten. Der Verwaltungsangestellte schickt ihn jetzt quasi zu seinem Lehrling, und der gibt ihm dann Auskunft. Ich weiß nicht, was in den Köpfen mancher Leute vorgeht. Das kann mit Bildungseuphorie nichts mehr zu tun haben.

(Beifall.)

Das ist eine Salamtaktik zum Abbau von Rechten, die sich Menschen in lebenslanger Arbeit erworben haben, und das bedeutet einen Abstieg auf der sozialen Stufenleiter für Hunderttausende von Angestellten im öffentlichen Dienst.

(Beifall und Zurufe.)

Das könnte jeder gemacht haben, das traue ich im Moment allen zu.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich habe mich nur deswegen hier zu Wort gemeldet, damit wenigstens einer den Mund aufmacht, damit es hier wenigstens einen gibt — vielleicht gibt es auch mehrere —, der das tut. Wir denken das gleiche — das darf ich ausdrücklich auch für den Vorsitzenden des Innenausschusses beteuern —, das muß doch auch einmal gesagt werden. Die Leute fragen doch, was denn bei Bund und Land getrieben wird, wenn man solche Verhältnisse schafft. Hier wird sozusagen das Oxford des kleinen Mannes geschaffen. Ich rede deshalb zu Ihnen, weil ich ein wenig Betroffenheit auslösen kann, damit alle die, die auf Konferenzen der Minister gehen, alle Referenten im Bund und im Land einmal anfangen nachzudenken. Wir haben den Inspektor graduiert; jetzt müssen wir die Verwaltungsangestellten „nachfachisieren“ oder so ähnlich. Wer dann am Ende im öffentlichen Dienst die Arbeit macht, das möchte ich gerne wissen. Daß sie höhere Forderungen erheben werden, prophezeie ich Ihnen jetzt schon.

Meine mahnenden Worte sollen für alle diejenigen gelten, die die Macht, die Kraft, die Fähigkeit haben, solchen Blödsinn zu verhindern. Dem Gesetz müssen wir zustimmen. Wir tun es auch, redlich wie wir sind.

(Beifall.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Minister Wilhelm.

Minister Wilhelm:

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren!

(Zuruf.)

Ich meine, um auf den Zwischenruf einzugehen, so einfach ist es wirklich nicht. Der Appell des Kollegen Ludwig Triem ist zwar verständlich, aber ich meine, er ist hier an der falschen Stelle vorgebracht worden. Er kann uns zwar allen zur Information und zur Anregung für Kritik dienen, aber im Grunde genommen werden diese Dinge an anderer Stelle verbrochen, nämlich dort, wo wir verhältnismäßig wenig Einfluß haben. Wir haben entweder die Rahmenrechtsbestimmungen des Bundes auszufüllen oder die Entscheidung zu treffen, daß wir darauf verzichten. Der Verzicht darauf würde aber bedeuten, daß wir in Zukunft in der Qualifikation mit den vom Bund festgestellten Bedingungen nicht mithalten können.

Aus diesem Grunde bleibt uns keine Wahl. Ob es uns schmeckt oder nicht, wir müssen dieses Gesetz vollziehen, wenn wir für die Betroffenen keine Nachteile herbeiführen wollen. Ich wollte noch einmal ausdrücklich klargestellt haben, daß uns allen bei dieser Entwicklung nicht wohl ist, einer Entwicklung, die nicht die Länder verursacht haben, sondern die den Ländern in der Regel vom Bund vorgegeben wird. Wenn es abschließend hier vielleicht noch eines Wortes bedarf: Wir sollten in Zukunft gemeinsam und geschlossen dagegenarbeiten, daß allzu viel Kompetenzen der Länderparlamente vom Bund übernommen werden und Vorgaben geschaffen werden, die wir dann zu vollziehen haben. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Schnur:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Brück.

Abg. Brück (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es einfach nicht so stehenlassen, wie dies der Innenminister hier immer tut. Es ist richtig, daß der Bund das macht, aber ich muß hier mit Nachdruck einmal feststellen, daß es die Länder waren, die dies dem Bund hingeschoben haben, daß diese Rahmenvorschriften — —

(Zurufe von den Regierungsparteien.)

Egal, wer regiert, das wurde dem Bund durch die Änderung des Grundgesetzes doch hingeschoben. Ich persönlich bedaure immer wieder — —

(Zuruf von Minister Wilhelm.)

Sie haben aber doch mitgemischt, daß die Besoldung nach Bonn gegangen ist. Sie haben doch mitgemischt, daß alle beamtenrechtlichen Vorschriften nach Bonn gegangen sind. Ich arbeite 31 Jahre ehrenamtlich in der Gewerkschaft mit. Wir haben es bedauert, daß die Länder die Hoheit nicht mehr haben.

(Abg. Brück)

Ich muß hier einmal mit aller Deutlichkeit sagen, daß die Länder eigentlich froh waren, daß der Bund diese Dinge macht.

(Beifall bei der SPD. – Abg. Ganz (CDU): Aber nicht nur die CDU-Länder.)

Präsident Schnur:

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Zweiter Lesung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke sehr. Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren Kollegen! Mit der Abwicklung der heutigen Tagesordnung ist der saarländische Landtag der 7. Wahlperiode voraussichtlich zum letzten Mal versammelt gewesen. Dies gibt mir Veranlassung, einige Sätze zum Abschied zu sprechen. Ich will mich nicht darauf beschränken, ein wohlklingendes Schlußwort nach dem Leitsatz „In vielen Worten wenig Klarheit“ zu artikulieren, sondern will umgekehrt in wenigen Worten kritische Wahrheit zu Protokoll geben.

Sie haben mich am 14. Juli 1975 einstimmig zu Ihrem Präsidenten gewählt und mir damit viel Vertrauen entgegengebracht und hohe Ehre erwiesen. Gleichzeitig haben Sie mir damit auch die Verpflichtung auferlegt und das Recht gegeben, die Würde des Parlaments zu wahren. Ich verhehle nicht, daß mir dies nicht immer ganz gelungen ist. Ich räume dabei ein, daß mir die Umstellung vom Minister, der die politischen Vorstellungen seiner Partei nach bestem Wissen und Gewissen in der Exekutive zu verwirklichen hat, auf den Parlamentspräsidenten, der sein Amt unparteiisch zu führen hat, nicht immer leichtgefallen ist. Ich bitte hierfür um Verständnis und diejenigen, denen gegenüber ich vielleicht ungerecht war, auch um gütige Nachsicht. Andererseits hat mir aber auch das Hohe Haus meine Aufgabe nicht immer leichtgemacht. Groll haben mir die hier vertretenen politischen Lager abwechselnd oder Parlament und Regierung alternierend entgegengebracht. Aber gerade dieses Gleichmaß im Wechsel der Ablehnung, die meine Amtsführung erfahren hat, scheint mir doch ein Beweis – wenn auch ein nicht übermäßig erfreulicher – dafür zu sein, daß ich bemüht war, mein Amt unparteiisch auszuüben.

Meine Damen und Herren, wir sind doch alle getragen von dem Bewußtsein, daß es zu unserer demokratisch-parlamentarischen Staatsorganisationsform keine für uns akzeptable Alternative gibt. Deshalb und wegen unserer Erfahrung in der auslaufenden Legistaturperiode – und da nehme ich die heutige Sitzung nicht aus – muß ich denjenigen unter Ihnen, die auch dem nächsten Landtag wieder angehören werden, und den Kollegen, die neu hinzukommen werden, noch folgendes sagen. Unsere Parlamente funktionieren nur zum Wohle unseres Volkes, wenn in ihnen hart gerungen wird. Das muß so bleiben. Aber Härte und Niveau, Durchsetzungsvermögen und Fairneß, parlamentarische Auseinandersetzung und Stil, politische Gegnerschaft und Taktgefühl sind doch keine Gegensätze. Sie lassen sich

bei etwas gutem Willen aller Beteiligten leicht miteinander verbinden. Ich bitte schon heute die Abgeordneten des nächsten Landtages, sich ernsthaft zu bemühen, dies überzeugend darzustellen. Dann kann es nicht erneut passieren, daß ein junger Journalist unser Parlament als „Quasselbude“ abqualifiziert und – wie geschehen – in seinem Entschuldigungsschreiben dann darauf hinweist, er habe nicht gewußt, daß dieser Begriff historisch belastet sei.

Auch Regierungsmitglieder und ihre Beauftragten sollten dem Parlament und seinen Abgeordneten mit größerem Respekt begegnen, vor allem dann, wenn diese von ihrem eigenen Initiativrecht Gebrauch macht. Das Parlament und die Abgeordneten sind natürlich ein Hemmnis für die freie, uneingeschränkte Entfaltung von Regierungsinitiative und natürlich eine häufig schwer zu überwindende und zu überzeugende Hemmschwelle für den Sachverstand in der Exekutive. Das aber, meine Damen und Herren, ist gewollt. Dafür hat unser Volk seine Parlamente eingerichtet und dafür wählt es seine Abgeordneten. Erfüllen Sie, meine Damen und Herren, die Sie als Abgeordnete dem Landtag der 8. Wahlperiode angehören werden, Ihr Mandat in erster Linie zum Wohle des Volkes und geben Sie nicht selbst den Systemüberwindern aus Überzeugung oder denen, die diese aus Gleichgültigkeit begünstigen, die Hebel in die Hand, die unsere Staatsform zum Schaden des Volkes zu verändern in der Lage wären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich vernehmlich schließen. Ich danke Ihnen allen, die Sie mit Tatkraft und unter vielen persönlichen Opfern hier lange Zeit Ihre Pflicht getan haben. Ganz besonders danke ich den Kolleginnen und Kollegen, die wie ich dem neuen Landtag nicht mehr angehören werden. Ich danke allen denen, die mich in den langen Jahren meiner öffentlichen Tätigkeit unterstützt haben. Ich wünsche dem saarländischen Landtag, seinen Mitgliedern, ich wünsche unserem Land und allen Saarländern eine glückliche Zukunft in Frieden und Freiheit.

(Beifall des Hauses.)

Herr Vizepräsident Herold.

Vizepräsident Herold:

Verehrter Herr Landtagspräsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir im Namen der drei Fraktionen ein kurzes Nachwort. Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, für Ihr Bemühen um den Ausgleich bei Meinungsverschiedenheiten und um Ihr Bemühen zur Verständigung zwischen den Fraktionen, für Ihr Eintreten für die Rechte des Parlamentes und Ihre erfolgreichen Bemühungen um die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten in diesem Hause. Wir alle kennen Sie als einen Mann, der geradeheraus seine Meinung zum Ausdruck bringt und es hinnimmt, daß andere das gleiche tun. Wir kennen und schätzen Sie als einen Politiker, der eine Sprache spricht, die jedermann versteht, wenn er diese auch nicht immer gerne hört oder mag. Wir wissen, daß Sie ein eigenwilliger Präsident waren. Das glaube ich für uns alle feststellen zu dürfen, ganz gleich, wo die Fraktionskolleginnen und -kollegen in den fünf Jahren standen. Wenn Sie nun mit Ablauf

(Vizepräsident Herold)

dieser Legislaturperiode aus dem Amt des Landtagspräsidenten ausscheiden, dann mögen Sie das mit dem Bewußtsein tun, daß Sie sich bei allen Kolleginnen und Kollegen Hochachtung und große Sympathie erworben haben.

Ich wünsche Ihnen, Herr Präsident – und jetzt muß ich mich umdrehen – Dir, lieber Ludwig, Deiner verehrten Gattin und Deiner Familie im Namen aller Mitglieder dieses Hauses Glück und Gesundheit für viele weitere Jahre. Dies sollte man, obwohl wir nicht wissen, ob es die letzte Sitzung sein wird, in dieser Form zum Ausdruck bringen. Ich danke Dir im Namen

aller in diesem Hause, für alle Kolleginnen und Kollegen, für Deine Amtsführung. Ludwig, recht herzlichen Dank!

(Beifall des Hauses.)

Präsident Schnur:

Ich bedanke mich recht herzlich für diese anerkennenden Worte und für die guten Wünsche.

Ich schließe die Sitzung.